

Marburg 1974

H. Horn -----

Europapräsenz und "flexible response":
die amerikanische Stationierungspolitik
in Westeuropa in den sechziger Jahren
(unter besonderer Berücksichtigung der
Rolle der Bundesrepublik Deutschland)

INAUGURAL - DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde

des

Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

vorgelegt von

HARALD HORN

aus Borgholzhausen

Marburg/Lahn 1974

Ich danke der Stiftung Volkswagenwerk, daß
sie mir von März 1970 bis Februar 1972 einen
Forschungsauftrag finanzierte, dessen Ergeb-
nis die vorliegende Arbeit ist.



Von dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der
Philipps-Universität Marburg/Lahn

als Dissertation angenommen am

Tag der mündlichen Prüfung am

Berichterstatter: Prof.Dr. Ernst-Otto Czempiel

Mitberichterstatter: Prof.Dr. Wilfried von Bredow

Mitberichterstatter: Prof.Dr. Georg Fülberth

"Fast eine Million amerikanisches Militärpersonal
und Angehörige; 21 Jahre nach Beendigung des
Krieges. Wie lange wollen wir sie am Rhein lassen?
So lange wie die römischen Legionen dort waren?"

Senator Mike Mansfield am 19. Januar 1967 im
Congress

GLIEDERUNG

Seite

Einleitung

1.	"Massive retaliation" und "flexible response". Der Wandel in der amerikanischen Militärstrategie zu Beginn der sechziger Jahre	1
1.1.	Die Strategie der "flexible response" als Doktrin für den allgemeinen Atomkrieg	11
1.2.	Die "flexible response" als Doktrin zur Abwehr "indirekter Aggressionen"	23
1.3.	Die Strategie der "flexible response" als Doktrin für den begrenzten Krieg	33
2.	Die Entwicklung der amerikanischen Europa- und Deutschlandpräsenz	45
3.	Die Doktrin der "flexible response" in der Durchführung: die amerikanische Strategie in der Berlinkrise	64
3.1.	Die legislative Zustimmung zur Instrumentierung der "flexible response"	75
3.2.	Die erneute Forderung nach höheren Eigenleistungen der Alliierten	80
4.	Die Auseinandersetzungen um die amerikanische Europapräsenz im Congress seit Mitte der sechziger Jahre	94
5.	Die Argumente gegen die amerikanische Europapräsenz	112
5.1.	Das ökonomische Argument: die senatoriale Forderung nach "burden sharing"	113
5.2.	Das finanzpolitische Argument: die senatoriale Forderung nach Ausgleich der Zahlungsbilanzkosten	137

5.3	Das politische Argument: der Verlust der interallianzpolitischen und intraallianzpolitischen Funktionen der amerikanischen Europapräsenz	148
5.4	Das militärische Argument: Rückkehr zur Strategie des Stolperdrahts	155
6	Die Argumente für die Erhaltung der unverminderten amerikanischen Europapräsenz	164
6.1	Das ökonomische Argument: unzureichende Einsparungen und die "burden sharing"-Bemühungen des westdeutschen Verbündeten	165
6.2	Das finanzpolitische Argument: westdeutsche Käufe in den USA	183
6.3	Das politische Argument: die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa	187
6.3.1	Die Erhaltung des politischen Gleichgewichts zwischen den Blöcken in Europa	187
6.3.2	Die Erhaltung des politischen Gleichgewichts innerhalb der Allianz	195
6.4	Das militärische Argument: Festhalten an der "flexible response"	212
7	Das "nationale Interesse" der USA an der Europapräsenz	227
7.1	Der politische Aspekt: die Erhaltung des Bündnisses mit Westeuropa	229
7.2	Der wirtschaftliche Aspekt: Westeuropa als Markt für amerikanische Waren und Anlagegebiet für amerikanisches Kapital	245
7.3	Der militärische Aspekt: die Verhinderung der Eskalation	260
8	Die Zukunft der Europapräsenz - Versuch einer Prognose	269

Einleitung

Als Ende Oktober 1973 in Wien die Verhandlungen über einen Abbau der konventionell gerüsteten Streitkräfte in Europa begannen, hatten die USA in dem Gebiet, das sich vom Nordkap bis zur Ostgrenze der Türkei erstreckt, 307 000 Soldaten stationiert¹. Weitere 14 000 Bürger der Vereinigten Staaten leben und arbeiten als Zivilangestellte des Department of Defense in diesem Teil der Welt. Außerdem haben 227 000 Angehörige der Soldaten und zivilen Beschäftigten ihren Wohnsitz in den westeuropäischen und angrenzenden NATO-Staaten. Damit dokumentieren mehr als eine halbe Million Nordamerikaner die militärische Anwesenheit inres Landes in Europa. Die meisten von ihnen leben in der Bundesrepublik.

Die amerikanische militärische Europa- und vor allem Deutschlandpräsenz zeichnet sich seit Anfang der fünfziger Jahre durch ein relatives hohes Maß an Kontinuität aus. Umso überraschender ist, daß die Frage nach den Ursachen dieser Dauerhaftigkeit bisher nur selten aufgeworfen wurde. In der westdeutschen Literatur wurde bislang kein Versuch unternommen, jene von der amerikanischen Exekutive traditionell angebotenen Begründungen für die Europapräsenz der US-Truppen zu überprüfen, wie sie zum Beispiel von dem damaligen Verteidigungsminister McNamara im Sommer 1966 vor dem Unterausschuß des Senats für nationale Sicherheit und internationale Tätigkeiten gegeben wurde. McNamara erklärte:

1) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S. 1081. In dieser Zahl sind die 24 000 Soldaten der Sechsten Flotte im Mittelmeer enthalten.

"Die Gründe für die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Deutschland sind klar. Sie sind dort wegen grundsätzlicher amerikanischer Sicherheitsüberlegungen... Sie sind dort, um zur Abschreckung und zum Streitkräftepotential der Allianz beizutragen. Sie sind dort wegen der amerikanischen Verantwortung für eine endgültige Regelung der Folgen des Zweiten Weltkrieges und wegen der amerikanischen und alliierten Verantwortung für die Freiheit Berlins. Sie sind dort, weil unsere deutschen Freunde und unsere anderen Alliierten und wir selbst das Interesse und die Bindung der USA an Europa kristallklar machen wollen. Sie sind dort, weil sie von der Bevölkerung Europas verlangt werden"¹.

Nach diesem Statement McNamaras werden die Vereinigten Staaten so lange in Europa militärisch vertreten bleiben, wie ihre Anwesenheit erforderlich ist und von den Alliierten gewünscht wird². Die Stationierung amerikanischer Truppen in Westeuropa wird abhängig gemacht von dem Ende der perzipierten Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion, der Lösung der noch offenen politischen Fragen aus dem Erbe des Zweiten Weltkrieges und der Fähigkeit der Verbündeten, für ihre militärische Sicherheit selbst Sorge zu tragen. Diese herkömmliche Rechtfertigung der Europa- und Deutschlandpräsenz der USA muß jedoch unbefriedigend bleiben, solange nicht explizit gemacht wird, was sich hinter den "grundsätzlichen amerikanischen Sicherheitsüberlegungen" und den Interessen und Bindungen der USA" verbirgt, von denen McNamara vor

1) The Atlantic Alliance. Hearings before the Subcommittee on National Security and International Operations of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 89th Cong., 2d Sess., Part 2, Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 193.

2) Im Juni 1966 erklärte auch der Sonderberater für Fragen der Nationalen Sicherheit unter Kennedy und Johnson, McGeorge Bundy, vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats: "Die Amerikaner werden sicher nicht abziehen, so lange sie in Westeuropa gebraucht und gewünscht werden... Ich sehe keinen Grund für die Annahme, daß es zu irgendeinem frühen Termin weise oder weitsichtig sein würde, die amerikanischen Streitkräfte in Europa einseitig zu reduzieren", in: United States Policy Toward Europe (And Related Matters), Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 43.

dem Jackson-Committee sprach. Die Analyse dieser Interessen gewinnt an Aktualität, wenn man berücksichtigt, daß die von McNamara benannten Prämissen für die Kontinuität der amerikanischen Europapräsenz entweder durch die bisherigen Resultate der Entspannungspolitik in Europa bereits relativiert wurden, oder aber bei den gegenwärtig stattfindenden multilateralen Verhandlungen über ein Sicherheitssystem für Europa zur Disposition stehen.

Im Mittelpunkt der Arbeit steht daher die Frage nach den politischen, ökonomischen und militärischen Interessen, zu deren Förderung die USA das außenpolitische Instrument ihrer Europapräsenz einsetzen. Ein weiteres Erkenntnisinteresse zielt auf die Stellung des westdeutschen Verbündeten im Bezugsrahmen dieser Politik. Dabei geht es nicht nur um die Relevanz des westdeutschen Territoriums für die Stationierung der US-Truppen in Europa, sondern auch um den westdeutschen Beitrag zu den Kosten eines kollektiven Sicherheitssystems, das die USA nach ihrem eigenen Verständnis im Interesse aller Verbündeten unterhalten.

Es wurde versucht, diesen Fragestellungen mit der Methode der Inhaltsanalyse nachzugehen. Die Auswertung des Congressional Record und der Niederschriften der mit außen-, militär- und nicht zuletzt finanzpolitischen Fragen befaßten Ausschüsse des amerikanischen Congresses bot sich an, weil sich die Legislative der USA seit der Erhöhung der Zahl der amerikanischen Divisionen in Europa zu Beginn der fünfziger Jahre kontinuierlich mit diesem Thema beschäftigt hat. Seit der Mitte der sechziger Jahre ist die amerikanische Stationierungspolitik in Europa zu einem der zentralen außenpolitischen Themen im Congress geworden. Die senatorialen Forderungen nach einem Abbau der US-Truppen in Europa kulminierten im September 1973 in einem Votum, das die Reduzierung der im Ausland stationierten amerikanischen Streitkräfte bis Ende 1975 um 23% fordert¹.

1) Frankfurter Rundschau vom 27. und 29.9.1973.

Die verfassungsmäßige Verantwortung des Senats im Bereich der Außenpolitik und die ausführlichen Auseinandersetzungen um die Stationierung amerikanischer Truppen in Westeuropa und die damit verbundenen Implikationen für die Außen-, Militär- und Finanzpolitik der USA in den sechziger Jahren in dieser Kammer begründen die besondere Bedeutung, die den Veröffentlichungen der Senatsausschüsse wie auch den Ausführungen der Senatoren im Plenum für diese Inhaltsanalyse zukommt. Im Senat selbst wiederum haben die Protokolle des Committee on Foreign Relations den größten Quellenwert. Diese traditionelle Sonderstellung der Publikationen des Fulbright-Committee wurde in jüngster Zeit noch dadurch gestärkt, daß durch den Einsatz hochqualifizierter Berater der Legislative in den Hearings ein echtes Gegengewicht zu den Spezialisten der Administration und ein Ausgleich des exekutiven Informationsvorsprungs geschaffen wurde. Diese Maßnahme hat zur weiteren Konkretisierung und Intensivierung der Diskussionen im außenpolitischen Ausschuß des Senats beigetragen. Während die Repräsentanten der Exekutive im Bewilligungsausschuß des Senats vor allem Rede und Antwort zu den Kosten der Stationierung amerikanischer Truppen in Europa stehen müssen und in diesem Zusammenhang oft heftiger Kritik ausgesetzt sind, werden ihnen vor dem Armed Services Committee des Senats nur selten Fragen gestellt, deren Beantwortung sie in Verlegenheit bringen könnte. Aus dieser Zurückhaltung der Mitglieder des Senatsausschusses für die Streitkräfte gegenüber den Regierungsvertretern ergibt sich der relativ geringe Quellenwert der Veröffentlichungen dieses Committees. Für den Streitkräfteausschuß und den Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses läßt sich ähnliches sagen; erst in jüngster Zeit hat das Foreign Affairs Committee des Repräsentantenhauses Schritte unternommen, die auch das Interesse dieser Kammer an der amerikanischen Europapräsenz deutlich machen. Seit 1970 haben sich mehrere Unterausschüsse des Committee on Foreign

Affairs sehr intensiv und extensiv mit Fragen der amerikanischen Europapolitik auseinandergesetzt.

Mit der beschriebenen Abstufung sind die Protokolle der hier aufgezählten Ausschüsse gleichermaßen relevant für die Erforschung der Einstellung der Legislativen und der Exekutiven zu den mit der Europa-Präsenz und Europapolitik der USA verbundenen Problemen. Die Konfrontation mit der legislativen Kritik vor allem der Senatoren zwingt die Regierungsvertreter zu detaillierteren und präziseren Darstellungen der administrativen Position, als dies in öffentlichen Statements und Reden normalerweise der Fall ist. Letztere wiederum wurden für diese Arbeit in erster Linie am Department of State Bulletin und an den Public Papers of the Presidents überprüft.

Die aufgezeigten Fragestellungen lassen sich nicht bearbeiten ohne eine Analyse der Militärstrategie, mit der die USA versuchen, ihre Position im internationalen System abzusichern. Die Beschreibung der Ursachen und Zielvorstellungen, die den Strategiewandel von der "massive retaliation" zur "flexible response" bestimmten, steht daher am Anfang dieser Studie. Ihr folgt ein Aufriß der Entwicklung der amerikanischen Europa- und Deutschlandpräsenz, in der sich die strategischen Vorstellungen der USA zum Teil konkretisieren. An einen Exkurs, in dem die erstmalige Anwendung der neuen Strategie in der Berlin-Krise vor dem Mauerbau 1961 beschrieben und die Bedeutung dieser Krise für die Instrumentierung der "flexible response" vor allem durch die Bundesrepublik hervorgehoben wird, schließt sich die Darstellung der legislativen Kritik an der amerikanischen Europa-Präsenz an. Den Argumenten der senatorialen Kritiker wird im folgenden fünften Kapitel die Beweisführung der Exekutive für die ungeschmälernte Anwesenheit starker US-Truppen in Europa gegenübergestellt. Ziel dieser Kontrastierung ist es, alle Vor- und Nachteile aufzuzeigen, die den USA aus der Stationierung ihrer Streitkräfte in Europa entstehen.

Diese sollen sodann von den langfristigen politischen, ökonomischen und militärischen Interessen abgesetzt werden, die die USA durch ihre Europa-präsenz zu sichern gedenken. Auf der Basis einer Analyse dieser mit der Anwesenheit amerikanischer Soldaten in Europa verfolgten Interessen soll dann abschließend versucht werden, zu einer Prognose über die Zukunft der amerikanischen Stationierungspolitik in Europa vor dem Hintergrund der MFR-Verhandlungen zu gelangen.

"Ich bin einer von diesen ziemlich engstirnigen Provinzler, die zuerst an die Sicherheit der Vereinigten Staaten denken."

Robert S. McNamara am 19. Januar 1962 vor dem Senatsausschuß für die Streitkräfte

1. "Massive retaliation" und "flexible response".
Der Wandel in der amerikanischen Militärstrategie
zu Beginn der sechziger Jahre

Als John F. Kennedy im Januar 1961 in sein Amt als neuer Präsident der Vereinigten Staaten eingeführt wurde, galt für die USA und ihre Verbündeten in modifizierter Form noch immer eine Militärstrategie, die in ihren Prämissen auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückging¹⁾. Die Theorie, daß ein Krieg durch das strategische Bombardement der Industriezentren und städtischen Ballungsgebiete des Gegners gewonnen werden könne, war während des Krieges gegen Deutschland und Japan eher widerlegt als bestätigt worden. Dennoch schien die Kapitulation Japans nach dem verbrecherischen Einsatz der ersten Atombomben die Hypothese zu rechtfertigen, daß eine mächtige, nun mit atomaren Waffen gerüstete Luftstreitmacht nicht nur von einem Angriff abschrecken würde, sondern auch aus-

1) Zur Entwicklung der Militärstrategie der USA und der NATO siehe u.a. Peter Althaus, "Die Entwicklung der amerikanischen Militärdoktrin nach 1945", in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 19. Jg., H. 1, Januar 1969, S. 1-22; Roger Hilsman, "NATO: The Developing Strategic Context", in: Klaus Knorr (ed.), NATO and American Security, Princeton, N.J. 1959, S. 11-36; ders., "Strategic Doctrines for Nuclear War", in: William W. Kaufmann (ed.), Military Policy and National Security, Princeton, N.J. 1956, S. 39-74; Samuel P. Huntington, The Common Defense. Strategic Programs in National Politics, New York und London 1961, bes. S. 25 - 113 und 298-341; William W. Kaufmann, The McNamara Strategy, New York - Evanston - London 1964; Robert Endicott Osgood, NATO. The Entangling Alliance, Chicago und London 1962, bes. S. 28-101; Urs Schwarz, Strategie. Die Entwicklung des politisch-militärischen Denkens in Amerika, Düsseldorf 1965; Maxwell Davenport Taylor, The Uncertain Trumpet, New York 1959, bes. S. 11-79, deutsch: Und so die Posaune einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Streite rüsten?, Gütersloh 1962; Nathan F. Twining, Neither Liberty nor Safe ty. A Hard Look at U.S. Military Policy and Strategy, New York - Chicago - San Francisco 1966

reiche, einen Krieg zu gewinnen, falls die Abschreckung scheitern sollte. Im Vertrauen auf das amerikanische Kernwaffenmonopol und unter dem Druck des Congresses und der Öffentlichkeit, die auf schnelle und umfassende Demobilisierung der Streitkräfte drängten, reduzierte sich die strategische Konzeption der USA - falls man vor 1950 überhaupt von einer amerikanischen Militärstrategie sprechen kann - auf die Drohung mit der massiven atomaren Bestrafung. Dieses Prinzip bestimmte die Strategie der USA seit Beginn der Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion nach dem Zerfall der Kriegsallianz gegen Deutschland, auch wenn der "massive retaliation" erst Mitte der fünfziger Jahre größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zuteil wurde.

Unter der Bezeichnung "New Look" entwickelte die Eisenhower-Administration 1953 ihre Variante einer atomaren Drohstrategie, die darauf zielte, den Status quo im Verhältnis zur Sowjetunion dadurch stabil zu halten, daß sie die UdSSR für den Fall einer militärischen Aggression mit Risiken konfrontierte, die in keiner Relation zu dem mit einem Angriff erstrebten Gewinn stehen würden. Zu Beginn des folgenden Jahres wurde das Konzept als Doktrin der "massiven Vergeltung" ausformuliert und Ende 1954 als verbindliche Militärstrategie des Bündnisses akzeptiert¹⁾.

Die Strategie der "massive retaliation" basierte in ihrer letzten Konsequenz auf der Drohung, daß die USA als Erste sofort und uneingeschränkt strategische nukleare Waffen an Orten ihrer eigenen Wahl einsetzen würden, falls die Sowjetunion irgendwo in der Welt selbst oder durch Verbündete versuchen sollte, mit

1) Außenminister John Foster Dulles gab eine Darstellung dieser strategischen Konzeption erstmals in seiner Rede am 12. Januar 1954, Text in: Department of State Bulletin (im folgenden abgekürzt: DOSB), Vol. XXX, No. 761, 25. Januar 1954, S. 107-110. Eine ausführliche Beschreibung findet sich in seinem Artikel "Policy for Security and Peace", in: Foreign Affairs, Vol. 32, No. 3, April 1954, S. 353-364

militärischen Mitteln die Positionen des Westens anzugreifen. Der Einsatz aller Atomwaffen würde automatisch erfolgen mit dem Ziel, dem Gegner möglichst großen Schaden zuzufügen. Die Drohung mit der atomaren Verwüstung war das politische und strategische Pendant zu einer auf die Eindämmung des Einflusses der Sowjetunion abzielenden amerikanischen Außenpolitik, in der der Konflikt mit der UdSSR als total perzipiert wurde und auch die Atomdrohung gerechtfertigt erschien, die im globalen Rahmen geführte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu Gunsten der westlichen Demokratien zu entscheiden. Nach den Intentionen ihrer Erfinder war die Strategie der "massiven Vergeltung" gleichermaßen ein Konzept zur Abschreckung begrenzter militärischer Konflikte und eines weltweiten Atomkrieges. Den konventionellen Streitkräften der NATO in Europa kam in dieser Strategie lediglich die Funktion zu, als "Schild" einen schnellen Vormarsch der Streitkräfte eines Angreifers aufzuhalten, während das atomare "Schwert" der USA gegen das Territorium des Angreifers eingesetzt werden würde.

Die Diskussion der Mängel und Unzulänglichkeiten dieser Doktrin ist so alt wie die Strategie selbst¹⁾. Während ein Teil der Kritiker auf die Unmenschlichkeit der Drohung mit der atomaren Ausrottung verwies²⁾, monierten andere, die Regierung lasse sich aus haushaltspolitischen Erwägungen auf ein Konzept ein, das ihr lediglich einen

1) Siehe u.a. die Darstellung der Kritik an der "massive retaliation" in der apologetischen Darstellung von Paul Peeters, Massive Retaliation. The Policy and Its Critics, Chicago 1959. Eine Zusammenstellung der ersten wichtigeren Stellungnahmen gegen die Strategie der "massiven Vergeltung" gibt Erhard Forndran, Rüstungskontrolle. Friedenssicherung zwischen Abschreckung und Abrüstung, Düsseldorf 1970, S. 51. Zur Kritik an der "massive retaliation" durch zwei hohe Militärs, die später in der Kennedy-Administration führende Positionen einnahmen, siehe das Buch des Stabschefs der Armee, General Taylor, Uncertain Trumpet, und die Publikation des stellvertretenden Stabschefs der Armee für Planung und Forschung, General James Gavin, War and Peace in the Space Age, New York 1958

2) Peeters, Massive Retaliation, S. 77ff.

"größeren Donner pro Dollar" verspreche¹⁾. Wieder andere Beobachter der amerikanischen Militärpolitik verwiesen darauf, daß die Androhung der automatischen Eskalation die Form des begrenzten Krieges nicht ausreichend berücksichtige. Diesen Kritikern erschien die Drohung mit der Auslöschung der sozialen Substanz des Gegners aus zwei Gründen unglaublich: einmal ließ es die gestiegene Verwundbarkeit des amerikanischen Vergeltungspotentials zweifelhaft erscheinen, ob die USA überhaupt in der Lage sein würden, die in Aussicht gestellte Sanktion zu verwirklichen; zum anderen erschien angesichts der unvorstellbaren Verwüstungen, die ein atomarer Schlagabtausch mit der UdSSR auch auf amerikanischem Gebiet anrichten würde, die Frage berechtigt, ob die USA tatsächlich auf Atombomben zurückgreifen würden, falls es zum Krieg kommen sollte.

Ausgangspunkt der Zweifel an der Fähigkeit und dem Willen der USA, die Atomdrohung ihrer Abschreckungsstrategie auszuführen, waren die Entwicklungen im Bereich der Militärtechnologie, die in den fünfziger Jahren das strategische Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR qualitativ veränderten²⁾. Früher als erwartet hatte die Sowjetunion das Atommonopol der USA gebrochen. Die Entwicklung einer russischen Wasserstoffbombe und der Aufbau eines Trägersystems aus Langstreckenbombnern ließen den Vorsprung der Vereinigten Staaten weiter zusammenschrumpfen. Im August 1957 gelang es der UdSSR, durch die erfolgreiche Erprobung zweier Interkontinentalraketen den strategischen Vorteil weiter zu reduzieren, den ein Netz von Militärbasen an der Peripherie der sozialistischen Staaten den USA bis dahin geboten hatte.

1) Peeters, Massive Retaliation, S. 126 ff.

2) Einen ausführlichen Überblick über die Wirkung atomarer Waffen und die Entwicklung der Trägersysteme gibt Neville Brown, Nuclear War. The Impending Strategic Deadlock, New York - Washington - London 1965; s.a. Hermann Kahn, On Thermonuclear War, London 1960, Kap. IX und X, S. 419 ff.; Raymond Aron, Einführung in die Atomstrategie. Die atlantische Kontroverse, Köln - Berlin 1964, S. 17ff.; von deutscher Seite jetzt auch von Weizsäcker, Carl Friedrich (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971

Die radikale Veränderung der strategischen Lage der Vereinigten Staaten war die Folge des Zusammentreffens verschiedener Entwicklungen im Bereich der Kernwaffentechnologie und auf dem Gebiet der Trägersysteme. Die Verbesserung der Reichweite, der Treffsicherheit und die Reduzierung der Flugzeit der Träger atomarer Sprengsätze bewirkten zusammen mit der gesteigerten Vernichtungskapazität, daß die sicherheitspolitische Lage der USA neu überdacht werden mußte. Diese Überprüfung hatte davon auszugehen, daß die Schäden, die den Vereinigten Staaten in einem allgemeinen Atomkrieg zugefügt werden können, nicht zu beheben sind und daß der einmal vollzogene Ersteinsatz nuklearer Waffen nicht revidierbar ist.

Vor diesem Hintergrund stellte sich besonders die Frage nach der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen im Falle eines Konfliktes, der lokal und bezüglich der eingesetzten Waffen begrenzt sein würde. Das Verhältnis von atomarer Drohstrategie und begrenztem Krieg bildete das zentrale Thema der Publikationen, die sich in den fünfziger Jahren mit der militärischen Doktrin der USA auseinandersetzten¹⁾. Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die These, angesichts der Fähigkeit der UdSSR zur Verwüstung auch

1) Siehe hierzu die Zusammenstellung bei Huntington, Common Defense, S. 348; außer den von Huntington angeführten Arbeiten von Kaufmann, Brodie, Kissinger und Robert E. Osgood wäre zu nennen: Malcolm W. Hoag, "The Place of Limited War in NATO Strategy", in: Knorr, NATO and American Security, S. 98-126; eine Bibliographie, die im Mai 1962 für das Center for International Affairs (Harvard) herausgebracht wurde, nannte bereits 328 Titel, siehe: Morton H. Halperin, Limited War. An Essay on the Development of the Theory and an Annotated Bibliography; s.a. ders., "Nuclear Weapons and Limited War", in: The Journal of Conflict Resolution, Vol. V, No. 2, 1961, S. 146-166; im Anschluß daran auch die sehr gute Zusammenfassung der unterschiedlichen Positionen, die in den fünfziger Jahren in der amerikanischen Literatur zu Fragen des begrenzten Krieges eingenommen wurden, bei Forndran, Rüstungskontrolle, S. 42ff.

des amerikanischen Territoriums könne der Rückgriff auf atomare Waffen seitens der USA nur noch zum Schutz des nordamerikanischen Gebietes ernsthaft in Aussicht genommen werden. Wenn das Ausmaß einer Aggression begrenzt ist und der zu erwartende Verlust für die USA den durch den Einsatz von Kernwaffen bei der Verteidigung der Alliierten zu erzielenden Gewinn zu übersteigen droht, was in einem Atomkrieg immer der Fall sein wird, werden die USA demnach in gleichem Maße von dem Widerstand gegen eine Aggression abgeschreckt, in dem sie zuvor gehofft hatten, diesen Angriff abzuschrecken. Wenn aber nach diesen Überlegungen ernsthafte Zweifel an dem Willen der USA zum Einsatz atomarer Waffen aufkommen können, dann wird die Abschreckung unglaublich.

Unter dem Eindruck dieser Kritik wandte die ausgehende Eisenhower-Administration ihr Interesse einer Varianten der Abschreckungsstrategie zu, die bereits kurz nach der Formulierung der "massive retaliation" unter der Bezeichnung "graduated deterrence" oder "graduated response" propagiert worden war¹⁾. Nach diesem Konzept wurde zur Abwehr begrenzter Angriffe nicht mehr der automatische Einsatz der strategischen Atomwaffenverbände der USA geplant. Die Doktrin der "graduated response" sah demgegenüber vor, in einer abgestuften Reaktion immer nur die Streitkräfte einzusetzen, die zur Abwehr einer Aggression erforderlich wären. Mit taktischen Atomwaffen ausgerüstete Bodentruppen sollten einen Aggressor zum Rückzug zwingen oder die Eskalation des Konfliktes einleiten. Aber auch in der Doktrin der "graduated deterrence" blieb das regierungsamtliche strategische Denken in den USA durch die Fixierung auf die atomaren Waffen und den Glauben an deren Ab-

1) Anthony W. Buzzard, "Massive Retaliation and Graduated Deterrence", in: World Politics, Vol. 8, No. 2, Januar 1956, S. 228-237; Paul H. Nitze, "Atoms, Strategy and Policy", in: Foreign Affairs, Vol. 34, No. 2, Januar 1956, S. 187-198

schreckungskraft gekennzeichnet.¹⁾

Das änderte sich, als Kennedy die Nachfolge Eisenhowers antrat. Kennedy hatte als damaliger Senator für Massachusetts zu den ersten gehört, die das Konzept der "massive retaliation" bereits kurz nach dessen Formulierung attackierten²⁾. In den fünfziger Jahren hatte er noch häufig kritisch zu Fragen der amerikanischen Strategie und Rüstungspolitik Stellung genommen³⁾. Die Kritik, die Kennedy an der militärischen Planung der Republikaner vorbrachte, konzentrierte sich auf drei Punkte: den Stand der strategischen Atomstreitkräfte, den Verlust der militärischen Flexibilität durch den Abbau des konventionell gerüsteten Potentials der USA und die Unfähigkeit des Landes, Konflikten unterhalb der Schwelle zum begrenzten Krieg wirksam zu begegnen. Kennedy warf vor allem im Wahlkampf um die Nachfolge Eisenhowers der republikanischen Administration vor, sie habe es versäumt, ein ausreichendes Arsenal an thermonuklearen Sprengköpfen und den erforderlichen

1) Zur Diskussion um die Abschreckungsstrategie in den letzten Jahren der Eisenhower-Administration siehe United States Foreign Policy. Compilation of Studies. Prepared under the Direction of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, pursuant to S. Res. 336, 85th Cong., and S. Res. 31 and S. Res. 250, 86th Cong., Senate Document No. 24, 87th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1961; Study No. 8. Development in Military Technology and Their Impact on United States Strategy and Foreign Policy by the Washinton Center of Foreign Policy Research, The Johns Hopkins University, December 1959; siehe hierzu auch Hearing before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 87th. Cong. 1st Sess., on the Formulation and Administration of United States Foreign Policy; Developments in Military Technology and Their Impact on United States Strategy and Foreign Policy; Ideology and Foreign Affairs; United States Foreign Policy in Western Europe; Economic, Social, and Political Change in the Underdeveloped Countries and Its Implications for United States Policy. January 27, February 3 and 17, March 3 and 9, 1961. Washington G.P.O. 1961, S. 285ff.

2) John Fitzgerald Kennedy. A Compilation of Statements and Speeches made during his Service in the United States Senate and House of Representatives, Senate Document No. 79, 88th Song. 2d Sess, Washington G.P.O. 1964, S. 320 ff; s.a. Peeters, Massive Retaliation, S. 100; zur frühzeitigen Kritik an dieser Strategie durch eine Reihe der einflußreichsten späteren Berater Kennedys s.bes. Artur M. Schlesinger, Die Tausend Tage Kennedys, Bern-München-Wien 1965.

3) Kaufmann, McNamara Strategy, S. 40ff.

Trägersystemen bereitzustellen¹⁾. Im Mittelpunkt dieser Vorwürfe stand die Behauptung, die Politik der Eisenhower-Administration habe eine Raketenlücke - verstanden als Differenz zwischen dem Potential an Interkontinentalraketen in der UdSSR und den USA - entstehen lassen²⁾. Kennedy gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß diese Versäumnisse die Glaubwürdigkeit der Abschreckung untergraben und einen Atomangriff auf die USA wahrscheinlicher gemacht hätten. Er prophezeite außerdem, daß die UdSSR den Vorteil ihrer strategischen Überlegenheit mit anderen Mitteln als dem des Atomkrieges ausnutzen werde, um ihre Position im internationalen System zu verbessern³⁾.

Die Überprüfung der amerikanischen Strategie und der mit ihr zusammenhängenden Rüstungspolitik gehörte daher zu den vorrangigen Aufgaben, denen sich die Kennedy-Administration zuwandte. Bereits in seiner Botschaft über die Lage der Nation erklärte der neue Präsident wenige Tage nach der Amtseinführung:

"An erster Stelle müssen wir unsere militärischen Mittel verstärken. Wir gehen einer Periode der unbestimmten Risiken und großer Verantwortung entgegen, in der die Streitmacht der Freien Welt sowohl im Hinblick auf die militärischen als auch auf die diplomatischen Möglichkeiten so gewaltig sein muß, daß jegliche Aggression von vornherein sinnlos erscheint. ... Ich habe daher den Verteidigungsminister angewiesen, unsere gesamte Verteidigungsstrategie zu überprüfen - unsere Fähigkeit, unseren Verpflichtungen nachzukommen; die Schlagkraft

1) John Fitzgerald Kennedy. Compilation of Statement, 88th Cong. 2d Sess., S. 705 und 911ff.

2) John Fitzgerald Kennedy, Der Weg zum Frieden, Hrsg. von Alan Nevius, Düsseldorf 1961 S. 47ff.; Titel der amerikanischen Originalausgabe: The Strategy for Peace, New York 1960; Noch im April 1961 behaupteten McNamara und der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, General Lemnitzer, es gäbe eine Raketenlücke. Siehe: Department of Defense Appropriations for 1962. Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong. 1st Sess, Part 1, S. 59ff

3) Kennedy, Weg zum Frieden, S. 50f.

die Verletzlichkeit und die Verteilung unserer strategischen Stützpunkte, Streitkräfte und Warnsysteme; die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Tätigkeit und Organisation; die Beseitigung veralteter Stützpunkte und Einrichtungen sowie die Zulänglichkeit, die Modernisierung und die Beweglichkeit unserer gegenwärtigen konventionellen und nuklearen Streitkräfte und Waffensysteme, im Lichte der augenblicklichen und zukünftigen Gefahr"1).

Die Revision der strategischen und militärischen Position der USA fand ihren Niederschlag in der Sonderbotschaft, die Kennedy am 28. März 1961 an den Congress richtete und in der die Doktrin der "flexible response" erstmals offiziell im Zusammenhang dargestellt

1) "Botschaft über die Lage der Nation (State of the Union Message) an den amerikanischen Kongreß vom 30. Januar 1961", in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 4, 1961, S.D. 101-D111, hier S. D 107

wurde¹⁾. Der Ausbau der militärischen Optionsmöglichkeiten mit dem Ziel, die Flexibilität der USA in den unterschiedlichen Formen des Konfliktes zu erhöhen, bildete den Kerngedanken der neuen Strategie. Der Bericht des Präsidenten ließ erkennen, daß die USA mit

1) The President of the United States. Recommendations Relating to Our Defense Budget, House of Representatives, Document No. 123, 87th Cong. 1st Sess., Washington 1961; deutsch: "Verteidigungsprogramm der Vereinigten Staaten. Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß, vom 28. März 1961", in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 8, 1961, S. D 252 - D 264; s.a. Amendments to the Budget Involving an Increase for the Military Functions of the Department of Defense, House of Representatives, Document No. 124, 87th Cong. 1st Sess., Washington 1961. Zur Darstellung der neuen Strategie durch Repräsentanten der Kennedy-Administration siehe u.a. die Statements McNamaras in den Hearings zum Militäretat für 1963, z.B. in Department of Defense Appropriations for 1963. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong. 2d Sess., Washington G.P.O., S. 1ff.; außerdem die Aussagen General Taylors in: Nominations of General M.D. Taylor and General E.G. Wheeler. Hearing before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 87th Cong. 2d Sess., Washington 1962, und in: Organizing for National Security. Hearings before the Subcommittee on National Policy Machinery of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Vol. 1, Washington G.P.O. 1961, S. 768ff. Der Terminus "flexible response" stammt von Taylor. Als wichtigstes Dokument der "flexible response" gilt die "Rede des amerikanischen Verteidigungsministers, Robert McNamara, vor der Universität Michigan in Ann Arbor am 16. Juni 1962 über Fragen der westlichen Verteidigung", in: Europa Archiv, 17. Jg., F. 14, 1962, S. D 363-D 371. Zusammenfassende Darstellungen der "flexible response" sind enthalten in: Robert McNamara, Die Sicherheit des Westens. Bedrohung und Abwehr, Wien-München-Zürich 1969; Kaufmann, McNamara Strategy, bes. S. 47ff., Morton Halperin, Contemporary Military Strategy, Boston und Toronto 1967, S. 43-55; Leonard Beaton, The Western Alliance and the McNamara Doctrine, Adelphi Papers No. 11, London (ISS) August 1964

der "flexible response" bemüht waren, das strategische Konzept und die Rüstungspolitik des Landes auf drei Formen der militärischen Auseinandersetzung auszurichten: auf den allgemeinen Atomkrieg, den begrenzten Krieg und die sogenannte indirekte Aggression¹⁾.

1.1. Die Strategie der "flexible response" als Doktrin für den allgemeinen Atomkrieg

Die strategischen Überlegungen der neuen Regierung hatten davon auszugehen, daß ein allgemeiner Atomkrieg²⁾ mit der Sowjetunion auch für das amerikanische Territorium ein Maß an Verwüstung zur Folge haben würde, das alle an früheren Kriegen orientierte Vorstellungen weit über- treffen mußte. In seiner Ansprache anläßlich der Paraphierung des Teststopabkommens hat Präsident Kennedy deutlich gemacht, daß er sich in diesem Punkt keinerlei Illusionen hingab:

"Ein Krieg heute oder morgen, falls er zu einem nuklearen Krieg führte, wäre nicht wie irgendein anderer Krieg in der Geschichte. Ein nuklearer Schlagabtausch in vollem Umfang mit den jetzt zur Verfügung stehenden Waffen, der weniger als 60 Minuten dauerte, würde mehr als 300 Millionen Amerikaner, Europäer und Russen auslöschen, ebenso wie eine unbestimmte Anzahl in anderen

1) Diese Einteilung findet sich auch in einer Rede, die der Assistant Secretary of State for International Organizations Affairs, Harlan Cleveland, im Mai 1961 hielt, Text in: DOSB, Vol. XLIV, No. 1145, 5.6.1961, S. 858-862. Der Unterstaatssekretär für internationale Sicherheit im Verteidigungsministerium, Paul H. Nitze, erklärte im April 1962, die USA müßten für "drei verschiedene Formen der militärischen Herausforderung" gerüstet sein: "den Atomangriff, den Angriff mit konventionellen Waffen und den 'indirekten' Angriff". Siehe "Ansprache des Unterstaatssekretärs für Internationale Sicherheit im amerikanischen Verteidigungsministerium, Paul Nitze, am 11. April 1962 in Hamburg zur Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten", in: Europa Archiv, 17. Jg., F. 11, 1962, S. D 288-D 302, hier S. D 291

2) Unter einem "allgemeinen Atomkrieg" wird hier ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR verstanden, in dem beide Seiten ihre strategischen Trägersysteme gegen militärische und zivile Ziele auf gegnerischem Territorium einsetzen.

Teilen der Welt. Und die Überlebenden - wie Chruschtschow die kommunistischen Chinesen gewarnt hat - 'die Überlebenden würden die Toten beneiden'. Denn sie würden eine so von Explosionen und Gift und Feuer verwüstete Welt erben, daß wir uns ihre Schrecken nicht einmal vorstellen können". 1)

Der amerikanische Verteidigungsminister schloß sich wenige Tage später diesen Schätzungen an²⁾. Im August 1964 erklärte McNamara, daß ein nuklearer Schlagabtausch, der weniger als eine Stunde dauere, fast 100 Millionen Amerikaner töten werde³⁾. Selbst wenn es gelänge, ein umfangreiches Raketenabwehrsystem aufzubauen und das Zivilschutzprogramm erheblich zu erweitern, sei nicht zu vermeiden, daß einige zehn Millionen Amerikaner Opfer eines allgemeinen Atomkrieges würden⁴⁾. In dem Hearing zum Militäretat für das Finanzjahr 1966 vor dem Bewilligungsausschuß und dem Ausschuß für die Streitkräfte des Senats stellte der Verteidigungsminister schließlich folgende Tabelle auf:

Geschätzte Auswirkungen zusätzlicher Mittel zu dem gebilligten Schadensbegrenzungsprogramm für die Zahl der Toten in den USA

(ausgehend von einer Bevölkerungszahl von 210 Millionen in 1970) 5)

1) Radio and Television Address to the American People on the Nuclear Test Ban Treaty. July 26, 1963, in: Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing The Public Messages, Speeches, and Statements of the President 1963, Washington G.P.O. 1964, S. 601ff., hier S. 603; Zu ähnlichen Ausführungen Präsident Johnsons im März 1964 siehe New York Times vom 25.3.1964.

2) New York Times, 14.8.1963.

3) Congressional Record, Vol. 110, 21.8.1964, No.165, S. A 4443.

4) Department of Defense Appropriations for 1964. Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 88th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1963, S. 30.

5) Department of Defense Appropriations, 166. Hearings before the Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 1st Sess., on H.R. 9221, Part. 1, Washington 1965, S. 52.

Zusätzliche Investitionen	Millionen Tote in den USA	
	Früher Angriff auf Städte	Verzögerter Angriff auf Städte
0 Milliarden Dollar	149	122
5 Milliarden Dollar	120	90
15 Milliarden Dollar	96	59
25 Milliarden Dollar	78	41

Diese Zahlen verstärkten in der amerikanischen Regierung die Erkenntnis, daß ein allgemeiner Atomkrieg nur Verlierer haben würde und keine Sieger. Vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses verneinte McNamara die Frage, ob die USA einen derartigen Konflikt gewinnen könnten:

"Ich glaube nicht, daß wir es können, nicht im normalen Sinn des Wortes 'gewinnen', weil meiner Meinung nach diesem Land so schwere Schäden zugefügt würden, daß sich unsere Lebensform verändern würde, verändern in eine unerwünschte Richtung". 1)

McNamara kam vielmehr zu der Erkenntnis: "So töricht ein unbegrenzter Krieg in der Vergangenheit auch gewesen sein mag, er ist heute nicht länger mehr Torheit, sondern vielmehr reiner Selbstmord"²⁾. Wenn aber ein allgemeiner Atomkrieg nur im kollektiven Selbstmord enden kann, dann gibt es keine Alternative zur Notwendigkeit, ihn unter allen Umständen verhindern zu müssen. Es war die Überzeugung der Kennedy-Administration, daß dies am sichersten dadurch zu erreichen sei, daß einem potentiellen Angreifer mit der nuklearen Vergeltung gedroht wird³⁾. Abschreckung durch Drohung mit

1) Department of Defense Appropriations for 1964. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong. 1st Sess., Part. 1, Washington G.P.O. 1963, S. 312f.; ähnlich äußerte sich McNamara in: Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 2d Sess., Part. 1, S. 340

2) "Die nukleare Verteidigung Amerikas". Rede des US-Verteidigungsministers am 18. September 1967 vor Vertretern der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI in San Francisco, United States Information Service; ohne Ort und Jahr, S. 22

3) Das Problem des allgemeinen Atomkrieges wird von McNamara sehr ausführlich abgehandelt in: Department of Defense Appropriations, 1966. Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations and the Committee on Armed Services, Senate, 89th Cong., 1st. Sess., S. 42 ff.

der atomaren Bestrafung blieb auch in der "flexible response" die ultima ratio, wobei sich für die Militär-experten der neuen Regierung wiederum die Frage stellte, mit welcher Variante der Drohstrategie sich Abschreckung am wirkungsvollsten erzwingen ließe.

McNamara und seine Mitarbeiter konnten sich bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage an den Vorschlägen orientieren, die von den verschiedenen strategischen Schulen unterbreitet worden waren - zum Teil hatten sich die militärpolitischen Sachverständigen der Kennedy-Administration in den fünfziger Jahren selbst an der Formulierung und Diskussion strategischer Probleme aktiv beteiligt¹⁾. Da gab es zum Beispiel die Anhänger einer Strategie der "minimum" oder "finite deterrence", die für eine relativ kleine und unverwundbare Raketenstreitmacht plädierten, deren Ziele sowjetische Städte sein sollten ("counter city strategy")²⁾. Das andere Extrem auf der Skala des strategischen Denkens in den USA vertraten die Verfechter einer "optimum mix"- oder "full counterforce"-Doktrin, die für die USA ein ausreichendes atomares Potential verlangten, um die gegnerischen Kernwaffenverbände in einem ersten Schlag zu vernichten. Wie McNamara selbst betonte, war der Aufbau einer derartigen Kapazität unter Berücksichtigung der partiellen Unverletzbarkeit der sowjetischen Atomstreitkräfte nicht möglich³⁾. Das aus einer solchen Politik resultierende Wettrüsten wäre darüber hinaus selbst von den USA nicht zu verkraften gewesen und hätte ein bis dahin nicht gekanntes Maß an Instabilität für das internationale System zur Folge gehabt. Die alternative

1) Zum folgenden s.a. Harlan B. Moulton, "The McNamara General War Strategy" in: Orbis, Vol. VIII, No.2, Sommer 1964, S. 238 - 254; außerdem Kahn, On Thermo-nuclear War, S. 3ff.

2) Für eine "minimum deterrence"-Strategie sprach sich u.a. aus: Jerome B. Wiesner: "Umfassende Systeme der Strategie der Abrüstung. Achtundzwanzig Problemanalysen, Gütersloh 1962, S. 219ff. bs. S. 236ff.

3) Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 88th Cong., 1st Sess., S. 29ff; Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong., 1st Sess., S. 312 und 341.

Drohung mit dem Atomkrieg gegen russische Städte lehnte McNamara wegen der Implikationen dieser Strategie für die USA im Falle des Scheiterns der Abschreckung aber gleichfalls ab.

Die Kennedy-Administration entschied sich daher für eine Strategie für den allgemeinen Atomkrieg, deren Basis die amerikanische Fähigkeit bilden sollte, selbst dann noch einen kontrollierten Kernwaffenkrieg gegen einen Aggressor zu führen, wenn die USA zuvor selbst das Opfer eines mit Atomwaffen geführten Angriffs geworden waren.¹⁾ Kennedy forderte zur Instrumentierung dieser Strategie den Aufbau einer amerikanischen "Zweitschlagkapazität", mit der jedem potentiellen Aggressor klar gemacht werden könne, daß ausreichende Vergeltungsstreitkräfte in der Lage sein werden, einen ersten Schlag zu überstehen und seine Verteidigung zu durchdringen, um ihm untragbare Verluste zuzufügen²⁾. Die Existenz einer "second strike capability" der USA bildet den Kern der Strategie der "flexible response". Das wurde von McNamara bestätigt, als er im September 1967 erklärte:

"Es ist weiterhin der Grundpfeiler unserer Strategie, dadurch von einem absichtlichen Angriff auf die Vereinigten Staaten oder ihre Verbündeten abzuschrecken, daß wir unsere höchst zuverlässige Fähigkeit erhalten, jedem einzelnen Aggressor oder jeder Gruppe von Aggressoren zu jeder Zeit während eines nuklearen Schlagabtausches - selbst nachdem wir einen ersten Überraschungsschlag absorbiert haben - ein unannehmbares Maß an Schaden zuzufügen" 3).

Die Kennedy-Administration ergriff sofort nach dem Regierungswechsel eine Reihe von Maßnahmen, die amerikanische "Zweitschlagkapazität" auf- bzw. auszu-

1) Zu den Elementen einer "Zweitschlagkapazität" sieht Albert Wohlstetter, "The Delicate Balance of Terror", in: Foreign Affairs, Vol. XXXVII, No. 2, Januar 1959, S. 211 - 234; dt. in: Europa Archiv, 14. Jg., F. 9/10, 1959, S. 268 - 290.

2) "Verteidigungsprogramm der Vereinigten Staaten. Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 28. März 1961", in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 8, 1961, S. D 252 - D 264, hier S. D 254

3) "Die nukleare Verteidigung Amerikas". Rede McNamaras am 18. September 1967, USIS, S. 2

bauen¹⁾. Der Präsident verkündete in seiner ersten Botschaft über die Lage der Nation, er habe die Intensivierung des Polaris Unterseebootprogramms und Sofortmaßnahmen zur Beschleunigung des gesamten Raketenprogramms der USA angeordnet²⁾. Über 75 % der im März geforderten zusätzlichen Gelder für den Militäretat sollten für die Vermehrung der strategischen Trägersysteme, die Härtung der Abschußbasen und die erhöhte Mobilität der Träger ausgegeben werden³⁾. Der Ausbau des Zivilschutzprogramms, wie er vom Präsidenten im Mai und Juli 1961 angeordnet wurde, bildete die defensive Ergänzung zur Erweiterung des offensiven atomaren Potentials der Vereinigten Staaten⁴⁾. Noch 1961 wurde von den Repräsentanten der Kennedy-Administration allgemein konstatiert, die USA besäßen eine "Zweitschlagkapazität" und verfügten bei den strategischen Waffen-

1) Zu den Maßnahmen, die nach Ansicht der neuen Regierung zum Ausbau der "second strike capability" erforderlich waren, siehe die Statements McNamara in: Department of Defense Appropriations for 1962. Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st. Sess., Washington G.P.O. 1961, S. 18ff. und in: Authorizing Appropriations for Aircraft, Missiles, and Naval Vessels for the Armed Forces. No. 10. Hearings before the Committee on Armed Services, House of Representatives, 87th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1961, S. 1238ff.

2) Europa Archiv, 1961, S. D 107; die Maßnahmen zum Ausbau der "Zweitschlagkapazität" beschrieb McNamara detailliert in: Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 2d Sess., S. 12ff. Den Aufbau des strategischen Potentials in seiner Amtszeit beschrieb Kennedy in: "Vorbereiteter Text der Rede, die der verstorbene Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, am 22. November 1963 vor dem Bürgerrat der Stadt Dallas in Texas halten wollte", in: Europa Archiv, 18. Jg., F. 23, 1963, S. D 561 - D 565, bes. S. D 563

3) Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 1st. Sess., S. 5f. und 135 ff.

4) "Sonderbotschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, vom 25. Mai 1961, an den amerikanischen Kongreß", in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 12, 1961, S. D 353 - D 364; "Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, am 25. Juli 1961", in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 17, 1961, S. D 498 - D 505

systemen über einen erheblichen Vorsprung gegenüber der UdSSR¹⁾.

Die Abschreckung eines bewußt geplanten atomaren Angriffs auf das Territorium der USA war nicht die einzige Zielsetzung, die von den Apologeten der "flexible response" mit dem Ausbau des strategischen Potentials der USA verfolgt wurde. Einen solchen Überfall hielt die Kennedy-Administration für unwahrscheinlich. Es wurde aber nicht ausgeschlossen, daß ein allgemeiner Atomkrieg durch Zufall, Mißverständnis, Irrationalität oder als Folge der Eskalation eines begrenzten Krieges entstehen könnte²⁾. In diesem Fall mußte es die vorrangliche Aufgabe der amerikanischen Militärstrategie sein, die Kriegsfolgen für die USA so niedrig wie möglich zu halten. Da die technischen Möglichkeiten der Schadensbegrenzung äußerst beschränkt und darüber hinaus extrem kostspielig sind, sah die Kennedy-Administration einen besseren Weg zur Lösung des Problems in der Propagierung ihrer Absicht, in einem Atomkrieg den Gebrauch von Kernwaffen zunächst auf deren Einsatz gegen mili-

1) So McNamara in einer Rede am 11.11.1961 in Atlanta und Gilpatric am 21.10.1961 in Hot Springs, beide zit. bei Michael Brower, "Nuclear Strategy of the Kennedy-Administration", in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 18, No. 10, Oktober 1962, S. 34 - 41; Zur Bestätigung der Angaben Gilpatrics, der erklärt hatte, "wir haben eine Zweitschlagkapazität, die zumindest dem entspricht, was die Sowjets in einem ersten Schlag einsetzen können", s. Rusks Ausführungen in: DOSB, Vol. XLV, No. 1168, 13.11.1961, S. 801f. Siehe auch McNamaras Jahresbericht über die amerikanische Militärpolitik 1961 in: Department of Defense, Annual Report for Fiscal Year 1961. Including the Reports of the Secretary of Defense, Secretary of the Army, Secretary of the Navy, Secretary of the Air Force, Washington G.P.O. 1962, S. 7ff.

2) McNamara in: Military Procurement Authorization. Fiscal Year 1962. Hearings before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1961, S. 7; zu den verschiedenen Ausgangspunkten eines Atomkrieges s. Aron, Einführung, S. 67ff.

tärische Ziele beschränken zu wollen. Diese "counter force"-Strategie wurde am ausführlichsten von McNamara in seiner Rede in Ann Arbor entwickelt¹⁾. Die Suche der USA nach einer Möglichkeit der Schadensbegrenzung ging so weit, daß McNamara richtigerweise konstatierte, der Erwerb einer unverletzlichen atomaren Zweitschlagkapazität durch die Sowjetunion liege auch im Interesse der USA, da die UdSSR im Besitz eines solchen Potentials nicht versucht sein würde, ihre eigenen ungehärteten Kernwaffen in einer Krisensituation in einem ersten Schlag gegen die USA einzusetzen. Je schneller die UdSSR ein solches Potential erwerbe, desto besser sei es für die USA²⁾. Mit dem Aufbau einer "second strike capability" durch die UdSSR wurde aber eine amerikanische "counter force"-Strategie militärisch sinnlos. Dieser Widerspruch in der amerikanischen Strategie für den allgemeinen Atomkrieg macht deutlich, daß es sich bei dem "counter force"-Konzept in erster Linie um eine Kooperationsofferte an die UdSSR handelte, in der der Schadensbegrenzung zumindest die gleiche Bedeutung zukommt wie der Abschreckung. Durch die versprochene Beschränkung des Einsatzes nuklearer Waffen gegen militärische Einrichtungen des Gegners und die Zurückhaltung eines Teils des unverwundbaren amerikanischen Potentials sollte der Sowjetunion in erster Linie ein Anreiz gegeben werden, im Falle eines Atomkrieges ihrerseits amerikanische Städte auszusparen³⁾. Die Abschreckung trat demgegenüber zurück und reduzierte sich letztlich auf die Verhütung eines atomaren Schlagabtausches, in den die amerikanischen und russischen Städte einbezogen

1) Europa Archiv, 1962, bes. S. D 367; Zur Darstellung der "counter force"-Strategie durch McNamara s.a. Congressional Record, Vol. 110, 22.4.1964, No. 78, S. 8543

2) Siehe hierzu Congressional Record, Vol. 109, No. 123, 9.8.1963, S. 13853. Zur Kritik an diesem Streben nach atomarer Parität statt Überlegenheit s. bes. die Diskussionen in: Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 88th Cong. 1st. Sess., Part 1, S. 312f. und 340f.

3) McNamara in seiner Rede in Ann Arbor, siehe Europa Archiv, 1962, S. D 367; siehe auch McNamaras Aussagen in: Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 88th Cong. 1st Sess., S. 29ff.

würden. Erst wenn die Sowjetunion Atomwaffen gegen die amerikanische Zivilbevölkerung und gegen die industriellen Zentren des Landes einsetzen würde, müßte die Abschreckung als gescheitert bezeichnet werden¹⁾.

Mit dem Ausbau der "second strike capability" und der Propagierung einer "counter force"-Strategie markiert der Strategiewandel von der "massive retaliation" zur "flexible response" den Übergang von einem Konzept der "aktiven" zu einer Doktrin der "passiven" Abschreckung²⁾.

1) So auch Wolf Graf von Baudissin, "Grenzen und Möglichkeiten militärischer Bündnissysteme. Sicherheitspolitische Perspektiven im kommenden Jahrzehnt", in: Europa Archiv, 25. Jg., F. 1, 1970, S. 1 - 10

2) Die Termini wurden von Robert E. Osgood, "Stabilizing the Military Environment", in: American Political Science Review, Vol. LV, März 1961, No. 1, S. 24-39, bes. S. 27 und 29 übernommen. "Aktive Abschreckung bezieht sich auf die Abschreckung militärischer Aggressionen gegen Alliierte und andere Mächte. Wenn sie stärker von strategischen nuklearen Vergeltungsmaßnahmen abhängt als von lokalem Widerstand, ist es erforderlich, daß ein potentieller Aggressor überzeugt ist, daß einer Aggression mit einem ersten Schlag entgegengetreten wird ... Wenn sie gegen einen Aggressor mit einer substantiellen Gegen-schlagkapazität angewendet wird, steht bei der aktiven nuklearen Abschreckung eindeutig die Glaubwürdigkeit eines ersten Schlages im Vordergrund und nicht allein die Fähigkeit, großen Schaden zuzufügen ... Das Anwachsen der sowjetischen Schlagkraft hat die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Bereitschaft zur Führung eines ersten Schlages gegen die Sowjetunion und deren Alliierte als Reaktion auf deren Aggression gegen die Verbündeten der USA ernstlich vermindert, es sei denn, vielleicht, daß diese Aggressionen die Form nuklearer Angriffe annehmen... Passive Abschreckung bezieht sich auf die Abschreckung eines direkten offensiven Angriffs gegen die eigene Nation. Sie erfordert im wesentlichen, daß ein potentieller Aggressor überzeugt wird, daß ihm unannehmbare Schaden mit einem zweiten Schlag zugefügt werden kann. Als zusätzliche Versicherung über die "minimum" oder "finite deterrence" hinaus wäre eine "counterforce"-Kapazität nützlich, um zu vermeiden, daß man gezwungen ist, nur gegen Städte oder Industriezentren vorzugehen, während der Feind militärische Einrichtungen angreifen könnte, und um bei der Beendigung eines strategischen Krieges kruz vor der Katastrophe zu helfen, falls die Abschreckung scheitern sollte". Der "aktiven Abschreckung" bei Osgood entspricht bei Kahn in etwa "Type II deterrence", während der "passiven Abschreckung" "Type I deterrence" entspricht, siehe: Thermonuclear War, S. 126ff. Zur Unterscheidung von aktiver und passiver Abschreckung siehe auch Glenn A. Snyder, Deterrence and Defense. Toward a Theory of National Security, Princeton New Jersey 1961, S. 276ff.

Das strategische Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR wurde durch diese Veränderung weiter stabilisiert, für die Alliierten hingegen brachte der Strategiewandel einen Sicherheitsverlust, da der atomare Schutz der USA für sie nicht länger im gleichen Maße wie in der "massive retaliation" gewährleistet ist¹⁾. Die Verschlechterung der sicherheitspolitischen Position der westeuropäischen Verbündeten resultierte vor allem aus der Entschlossenheit der Kennedy-Administration, den Einsatz strategischer Atomwaffen so lange wie möglich zurückzuhalten und auf die Sicherung der "fundamentalen nationalen Interessen"²⁾ der USA zu beschränken. Die Strategie der "flexible response" schließt den Rückgriff auf strategische Atomwaffen zur Abwehr eines begrenzten Angriffs in Westeuropa aus³⁾. Wie McNamara vor dem Joint Committee on Atomic Energy versicherte, ist es nicht im nationalen Interesse der USA oder der UdSSR, "strategische Kernwaffen zu gebrauchen, außer als Reaktion auf einen Angriff von solchem Ausmaß, daß das Überleben der Nation auf dem Spiel steht"⁴⁾. An anderer Stelle erklärte er, die USA würden das Überleben der Nation und der Alliierten nicht riskieren für

1) So auch Forndran, Rüstungskontrolle, S. 126 und 174f. Zur Ablehnung der "counter force"-Konzeption durch den Ausschuß für Fragen der Verteidigung und Rüstung der WEU siehe: Assembly of Western European Union, Proceedings, Eighth Ordinary Session, Second Part, December 1962, III, Assembly Documents, Paris o.J., S. 145

2) McNamara in: Department of Defense Appropriations for 1967. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 89th Cong. 2d Sess., S. 85

3) Im Gegensatz zu dieser Politik plädierten besonders Morton A. Kaplan, Thomas C. Schelling, Hermann Kahn und Glenn H. Snyder für den begrenzten Einsatz strategischer Atomwaffen zur Abwehr eines begrenzten militärischen Konflikts. Zu dieser "Strategie der begrenzten Vergeltung" siehe Forndran, Rüstungskontrolle, S. 63f.

4) Nonproliferation of Nuclear Weapons. Hearings before the Joint Committee on Atomic Energy, Congress of the United States, 89th Cong 2d Sess., on S. Res. 179, Washington G.P.O. 1966, S. 137

"irgendetwas, das weniger ist als eine Bedrohung dieses Überlebens"¹⁾. Die Überzeugung, daß Atommächte "in einer Situation nuklearer Parität" keinen allgemeinen Kernwaffenkrieg beginnen würden, "so lange ihr nationales Überleben nicht direkt auf dem Spiel steht", gehörte zu den Grundsätzen der "flexible response", wie sie von Taylor formuliert worden war²⁾. Unter Kennedy wurde diese Überzeugung Bestandteil der amerikanischen Militärstrategie.

Es war daher nur konsequent, wenn die neue Regierung die bis dahin verbindliche "Schild-Schwert"-Variante der Abschreckungsstrategie aufgab. In dem ursprünglichen Modell, wie es bis in die Anfangsgründe des New Look zurückging, bildeten die Bodentruppen und die taktischen Luftwaffenverbände der NATO den konventionell und seit 1957 auch atomar bewaffneten "Schild", hinter dessen Schutz die USA im Falle eines Angriffs mit dem atomaren "Schwert", ihren strategischen Kernwaffenstreitkräften, zum Schlag gegen einen Aggressor ausholen würden³⁾. In Übereinstimmung mit ihrem Angebot, strategische Kernwaffen nicht als erste einzusetzen, kehrte die Kennedy-Administration diese Doktrin einfach um und wies den bisherigen Schwertstreitkräften die passive Aufgabe zu, vom Einsatz gegnerischer Atomsprengköpfe abzuschrecken, während den herkömmlich armierten ehemaligen Schildstreitkräften nun der aktive Part bei der Verteidigung übertragen wurde.

Die Revision der Schild-Schwert-Vorstellungen wurde anlässlich der Besprechungen zwischen Kennedy und Mcmillan im Dezember 1962 offiziell ver-

1) Department of Defense Appropriations for 1965 - Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong., 2d Sess., Part 4, Washington G.P.O. 1964, S. 44f.

2) Trumpet Taylor, S. 61, siehe a. S. 180.

3) Vgl. die Definition von "Schild" und "Schwert", die der damalige SACEUR, General Norstad, in Mutual Security Appropriations for 1960 (and Related Agencies). Hearings before the Committee on Appropriations on H.R. 8385, U.S. Senate. 86th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1959, S. 12 gab.

kündet¹⁾, nachdem McNamara und Taylor zuvor bereits im Februar 1961 in dieser Richtung argumentiert hatten²⁾. Sicherung und Schadensbegrenzung durch Zusammenarbeit mit dem politischen Antagonisten begannen in der "flexible response", den Abschreckungsgedanken zurückzudrängen. Da der Fortbestand der amerikanischen Gesellschaft in einem Atomkrieg primär von der Rationalität und Kooperationsbereitschaft der UdSSR abhängt, war die Kennedy-Administration bereits in Friedenszeiten durch die Ankündigung der einseitigen Beschränkung des Gebrauchs strategischer Kernwaffen auf den Schutz der "nationalen Interessen" der USA und die umfassende Information der Sowjetunion über die amerikanische Strategie und die militärischen Kapazitäten des Landes³⁾ bemüht, dem möglichen Gegner dessen Eigeninteresse an

1) "Communiqué über die Besprechungen zwischen dem britischen Ministerpräsidenten, Harold MacMillan, und dem amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, vom 18. bis zum 21. Dezember 1962 auf den Bahamas", in: Europa Archiv, 18. Jg., F. 2, 1963, S. D30 - D32: "Der Präsident und der Premierminister kommen überein, daß es wichtig ist, neben einem nuklearen Schild ebenfalls ein nichtnukleares Schwert zu haben. Aus diesem Grunde stimmten sie auch darin überein, daß es von Wichtigkeit ist, die Schlagkraft ihrer konventionellen Streitkräfte auf weltweiter Basis zu erhöhen".

2) McNamara in: Military Procurement Authorization, Committee on Armed Services, Senate, 87 Cong. 1st Sess., S. 16: "Wir müssen mit dem Ausbau der Streitkräfte fortfahren, die erforderlich sind, um einen allgemeinen Atomkrieg abzuschrecken. Nur hinter dem Schild solcher Streitkräfte kann die Freie Welt hoffen, erfolgreich mit kleineren militärischen Aggressionen fertig zu werden". Trumpet Taylor, S. 64; ders., "Security will not wait", in: Foreign Affairs, Vol. 39, No. 2, Januar 1961, S. 174 - 195.

3) Zum Ausmaß der Informierung der UdSSR über den Stand der amerikanischen Atomrüstung im Herbst und Winter 1961 und zu den Grundlagen dieser Politik s. McNamaras Ausführungen in: Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 2d Sess., S. 20 ff.

dieser Zusammenarbeit vor Augen zu führen.¹⁾ Die Formulierung der "flexible response" in ihrer Relevanz für einen allgemeinen Atomkrieg war eine unilaterale Rüstungskontrollmaßnahme der Vereinigten Staaten²⁾ und zugleich der erste Schritt in Richtung auf eine partielle Großmächtekooperation, die in den sechziger Jahren ihre vertragliche Fixierung in dem Abkommen über den Heißen Draht, die Teststopvereinbarung und eine Reihe anderer Regelungen bis hin zum Nonproliferationsvertrag fand. Angesichts der teilweisen Interessenidentität zwischen den USA und der UdSSR hing die sicherheitspolitische Position der Verbündeten vor allem davon ab, wie die Vereinigten Staaten ihre "fundamentalen nationalen Interessen" definieren und was sie als "Bedrohung des Überlebens der Nation" ansehen würden.

1.2. Die "flexible response" als Doktrin zur Abwehr "indirekter Aggressionen"

Nach den Intentionen ihrer Erfinder war die Strategie der "massive retaliation" ein Patentrezept, das es den USA in einer als global perzipierten Auseinandersetzung mit der UdSSR und deren Verbündeten auch ermöglichen sollte, durch die Androhung des nuklearen Terrors die Sicherung der peripheren Positionen ihres weltweiten Engagements zu gewährleisten³⁾. Der Verlauf der inter-

1) Zur Reaktion der UdSSR auf den Wandel der amerikanischen Militärstrategie siehe: Strategie und Abrüstungspolitik der Sowjetunion. Ausgewählte sowjetische Studien und Reden. Einführung von Curt Gasteyger, Frankfurt am Main und Berlin 1964; Thomas W. Wolfe, Soviet Strategy at the Crossroads, Cambridge, Mass. 1964; ders., "Shifts in Soviet Strategic Thought", in: Foreign Affairs, Vol. 42, No. 3, April 1964, S. 475 - 486.

2) So auch der Direktor der U.S. Arms Control and Disarmament Agency, William C. Foster, "Risk and Security in the Age of Nuclear Weapons", in: DOSB, Vol. XLVIII, No. 1231, 28.1.1963, S. 128-134, bes. S. 129.

3) Vgl. Peeters, Massive Retaliation, S. 40ff. und 99ff.

nationalen Krisen in den fünfziger Jahren - nicht zuletzt die Entwicklung in Indochina - hatten demgegenüber jedoch die Immobilität deutlich gemacht, in die die USA immer dann gerieten, wenn sie versucht waren, mit Waffengewalt den bestehenden Zustand in solchen Ländern zu erhalten, in denen der Wunsch nach Befreiung aus kolonialer Abhängigkeit oder nach Umverteilung der ökonomischen und politischen Privilegien zu Veränderungen des gesellschaftlichen Status quo und zu außenpolitischen Umorientierungen zu führen drohte. Solche Konflikte gab es genug¹⁾. Die Zahl der begrenzten Kriege ist seit 1945 ständig gestiegen, wobei Staaten der Dritten Welt in mehr als 90 % der Fälle der Schauplatz der Kämpfe waren²⁾. Nach amerikanischen Angaben waren die USA in einem Viertel der Kriege direkt oder indirekt beteiligt, während in fast der Hälfte der Konflikte die Beteiligung einer kommunistischen Gruppe nachzuweisen war³⁾.

Die Kennedy-Administration, die sich dem Ziel der Stabilisierung des amerikanischen Einflusses im Sinne sozio-ökonomischer Penetration ebenso verpflichtet fühlte wie die vorhergehende Regierung der Republikaner⁴⁾, sah die Sicherheit der USA durch diese Entwicklung zunehmend bedroht. Im Anschluß an frühere Forderungen

1) Eine Aufstellung der Krisen und Konflikte, in denen zwischen 1946 und 1960 allein die amerikanische Marine in der einen oder anderen Form aktiv wurde, zählt fast 30 solcher Einsätze auf.

Siehe Ekkehard Krippendorf, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt am Main 1970, S. 54 ff.

2) Alistair Buchan, "Frieden und Krieg in den siebziger Jahren", in: Europa Archiv, 24. Jg., F. 9, 1969, S. 305ff; s.a. David Wood, Conflict in the Twentieth Century, Adelphi Papers No. 48, London (ISS) 1969.

3) Lincoln P. Bloomfield, "Future Small Wars: Must the United States Intervene?", in: Orbis, Vol. XII, No. 3, Fall 1968, S. 669-684; s.a. Lincoln P. Bloomfield and Amelia C. Leiss, Controlling Small Wars: A Strategy for the 1970's, New York 1969.

4) Krippendorf, Amerikanische Strategie, S. 38ff.

Kennedys nach einer Militärstrategie, die nicht nur die Verbündeten der USA in der Dritten Welt vor Umsturzversuchen schützen sollte, sondern auch geeignet war, in neutralen Staaten unliebsame Veränderungen des Status quo zu verhindern¹⁾, wurde die "flexible response" daher auch als eine Strategie konzipiert, die es den USA erlauben sollte, in militärischen Konflikten unterhalb der Schwelle zum begrenzten Krieg mit anderen Mitteln als dem der Atomdrohung zu intervenieren. Die Notwendigkeit einer solchen Strategie wurde von McNamara vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses begründet: "... jeder Verlust in der Position der Freien Welt ist ein Verlust für die Sicherheit der Vereinigten Staaten. ... Im Interesse unserer eigenen Sicherheit müssen wir darauf vorbereitet sein, die Vorposten der Freiheit überall in der Welt zu verteidigen" 2).

McNamara unterschied in diesem Zusammenhang zwischen Staaten, die sich der Gefahr eines inneren Umsturzes gegenübersehen ("single threat countries") und solchen, die darüber hinaus noch durch einen Angriff von außen bedroht seien ("double threat countries")³⁾. Zur ersten Kategorie zählte er diejenigen Staaten der Dritten Welt, in Asien, dem Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika, die nicht an den sino-sowjetischen Herrschaftsbereich angrenzten, der zweiten Gruppe ordnete er die Länder zu, die außerhalb des NATO-Bereiches gemeinsame Grenzen mit kommunistisch regierten Staaten haben.⁴⁾ Wie Kennedy in seiner Botschaft an den Congress im März 1961 erläuterte, war die Bedrohung der Sicherheit der USA über die peripheren Positionen ihres Engagements besonderer

1) Kennedy, The Strategy of Peace, S. 183ff.

2) Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 2d Sess., S. 7f.; siehe auch die Ausführungen Ruskis in: Worldwide Military Commitments. Hearings before the Preparedness Investigating Subcommittee of the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., Washington G.P.O. 1966, S. 9 und 66 ff.

3) International Development and Security. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1961, S. 594f.

4) Zur Konzentration von über 80 % aller Auslandshilfe der Nachkriegszeit auf Länder an der Peripherie zu kommunistischen Staaten s. Krippendorff, Amerikanische Strategie, S. 417f.

Natur:

"Die Sicherheit der Freien Welt kann nicht nur durch einen Atomangriff gefährdet werden, sondern auch dadurch, daß sie ungeachtet unserer strategischen Macht durch Kräfte der Subversion, der Infiltration, der Einschüchterung, der indirekten oder versteckten Aggression, der inneren Revolution, der diplomatischen Erpressung, der Partisanenkriegführung oder einer Reihe begrenzter Kriege von der Peripherie her langsam zerstört wird" 1).

Was Kennedy unter Peripherie verstanden wissen wollte, erläuterte er in seiner Botschaft an der Congress vom 25. Mai 1961. Darin bezeichnete er die gesamte südliche Hemisphäre als "das große und entscheidende Schlachtfeld, auf dem es um die Verteidigung und Verbreitung der Freiheit geht" 2). In den Hauptkrisengebieten, die der Präsident alle in den Staaten der Dritten Welt ansiedelte, waren den USA die Ereignisse nach seiner Überzeugung bereits davongelaufen 3).

Nach Ansicht des Präsidenten konkretisierte sich die Bedrohung der Sicherheit der USA in diesen Teilen der Welt vor allem im Guerillakrieg, in dem er die militärische Herausforderung der sechziger Jahre sah 4).

Diese Einschätzung wurde von führenden Militärs und Regierungsmitgliedern geteilt 5). Bei der Diskussion der Probleme des "sublimited war", wie McNamara diese Konfliktform bezeichnete, verwiesen die Repräsentanten der Kennedy-Administration in öffentlichen Reden und bei ihren Aussagen vor den Ausschüssen des Congresses immer

1) Europa Archiv, 1961, S. D 259

2) Europa Archiv, 1961, S. D 354

3) Europa Archiv, 1961, S. D 105

4) "Remarks to Visiting Chiefs of Staff of Latin American Air Forces", in: Public Papers 1963, S. 371; s.a. die Rede, die der Vorsitzende im Planungsausschuß des State Department, Walt W. Rostow, am 28. Juni 1961 vor dem Army Special Warfare Center hielt, Text in: Congressional Record, Vol. 108, 6.8.1962, No. 136, S. A 6012ff.

5) So erklärte z.B. der Stabschef der Armee, General Decker: "Die Probleme der nächsten Dekade sind nicht die eines großen Krieges, sondern die der Subversion, der Infiltration und des kontrollierten Terrors", U.S. News and World Report, 19.5.1961, S. 16. Siehe auch die Ausführungen McNamaras in Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 2d Sess. Part. 2, S.49f.

wieder auf die Moskauer Erklärung vom 6. Dezember 1960 und die Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschew vom 6. Januar 1961.¹⁾ In beiden war die Rechtmäßigkeit "nationaler Befreiungskriege" hervorgehoben und die Verpflichtung der Kommunisten betont worden, solche Bewegungen zu unterstützen.²⁾ Guerillakriege in Staaten der Dritten Welt erschienen der neuen Regierung als veränderte Form, in der die Sowjetunion ihr angeblich altes Streben nach Weltherrschaft fortsetzte. Den "gewaltsamen Export kommunistischer aggressiver Absichten in dieser Hemisphäre oder in andere Teile der Welt" zu verhindern, bezeichnete McNamara daher als Ziel der amerikanischen Außenpolitik und der Militärstrategie des Landes³⁾. Kernwaffen waren nach Überzeugung

1) Von McNamara wurde die Rede Chruschtschews in mehreren Hearings ausführlich zitiert, siehe z.B. International Development and Security, Committee on Foreign Relations, Senate, 87th Cong. 1st Sess., S. 589ff; siehe auch: Communist and Workers 'Parties' Manifests Adopted November-December 1960, Interpretation and Analysis. Hearings before the Subcommittee to Investigate the Administration of the Internal Security Act and Other Internal Security Laws of the Committee on the Judiciary, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Document No. 47, Washington G.P.O. 1961; außerdem: Krushschew's Speech of January 6, 1961: a Summary and Interpretive Analysis, by Legislative Reference Service, Library of Congress, Senate Document 14, 87th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1961; siehe auch die Rede des Armeeministers Stahr vom 26.4.1962, in: Congressional Record, Vol. 108, 27.4.1962, No. 66, S. 6693f.

2) "Moskauer Erklärung vom 6. Dezember 1960" in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 2, 1961, S. D38 - D66; "Referat von Ministerpräsident Chruschtschew vor der Versammlung von Parteiorganisationen der Höheren Parteischule der Akademie der Sozialwissenschaften und des Instituts für Marxismus/Leninismus des ZK der KPdSU in Moskau am 6.1.1961 (Auszug)", in: Europa-Archiv, 16. Jg., F. 5, 1961, S. D133 - D142.

3) Authorizing the President to Order Units and Members in the Ready Reserve to Active Duty for not more than 12 Months. Hearings before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 87th Cong. 2d Sess., on S. J. Res. 224, Washington G.P.O. 1962

der Kennedy-Administration nicht nur ungeeignet, dieses Ziel zu erreichen¹⁾, der Ausbruch von Guerillakriegen mußte im Gegenteil durch das atomare Patt zwischen den Supermächten sogar begünstigt werden²⁾. Die neue Regierung forderte daher eine strategische Konzeption, die die USA in die Lage versetzen würde, "in jedes Krisengebiet rechtzeitig Truppenverbände zu schicken, die zusammen mit denen unserer Verbündeten stark genug sind, um unsere Entschlossenheit und Fähigkeit zur Verteidigung unserer Rechte um jeden Preis klarzustellen - und um einem Aggressionsdruck jeder Art mit den entsprechenden Kräften zu begegnen. Wir wollen einen größeren Spielraum haben, als die Wahl zwischen Demütigung und totalem Kernwaffeneinsatz"³⁾.

Das vorhandene militärische Potential reichte jedoch nicht aus, den Vereinigten Staaten den mit der "flexible response" erstrebten Handlungsspielraum zu verschaffen. Eine Überprüfung der Kampfkraft der für eine Intervention in erster Linie benötigten Divisionen der Armee und der Marineinfanterie im Frühjahr 1961 ergab, daß nur die Hälfte der Großverbände einsatzfähig war, daß ihre Ausrüstung veraltet und die Vorräte unzureichend waren, während Mängel in der Luft- und Seetransportkapazität es unmöglich machten, größere Einheiten schnell zu verlegen⁴⁾. Die Bereitstellung eines einsatzfähigen Interventionsinstrumentariums durch den Ausbau der Kampfkraft und Mobilität der konventionell gerüsteten Streitkräfte der USA war daher der zweite Schwerpunkt neben dem Ausbau der atomaren Zweitschlagkapazität, auf den sich die rüstungspolitischen Maßnahmen der neuen Regierung konzentrierten.

1) Kennedy am 25.5.1961, in: Europa-Archiv, 1961, S. D 355; McNamara, Sicherheit des Westens, S. 71.

2) "Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, vom 6. Juni 1961 über seine Europareise", in: Europa-Archiv, 16. Jg., F. 12, 1961, S. D345 - D 350, bes. S. D 348f.

3) Kennedy am 25. Juli 1961, in: Europa-Archiv, 1961, S. D 500; siehe auch McNamara in: Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong. 1st. Sess., S.2479.

4) Kaufmann, McNamara Strategy, S. 34.

Um die Beweglichkeit der US-Truppen zu erhöhen, hatte Kennedy bereits im Januar 1961 die Erweiterung der Lufttransportkapazität verfügt. Im März verlangte er vom Congress mehr Mittel für "counterinsurgency"-Streitkräfte, um die USA in die Lage zu versetzen, "mit Guerilla-Truppen, Rebellionen und Subversionen fertig zu werden"¹⁾. Der Präsident beantragte Gelder für die erweiterte Forschung auf dem Gebiet nicht-atomarer Waffen, zur Erhöhung der Mobilität der konventionellen Streitkräfte, für den Ausbau der taktischen Luftwaffeneinheiten und die Anhebung der Personalstärke, sowie für eine verbesserte Ausbildung und Bereitschaft der mit herkömmlichen Waffen ausgerüsteten Einheiten. Gegenüber dem Ansatz im Militäretat der Eisenhower-Administration wurden die Ausgaben für herkömmlich armierte Streitkräfte um 10 % erhöht²⁾. Im Mai wies Kennedy den Verteidigungsminister erneut an, die amerikanischen Streitkräfte schnell und in Zusammenarbeit mit den Verbündeten auf die Führung nichtatomarer Kriege, paramilitärischer Operationen und begrenzter Konflikte vorzubereiten. Zu diesem Zweck sollte die Armee reorganisiert und modernisiert, ihre nichtatomare Feuerkraft erhöht und ihre taktische Mobilität verbessert werden.³⁾

Den umfangreichsten Ausbau der amerikanischen konventionellen Streitkräfte kündigte Kennedy in seiner "Berlinrede" am 25. Juli 1961 an.⁴⁾ Auf diese Maßnahmen ist unten noch ausführlich einzugehen. Im Zusammenhang mit der Darstellung der "flexible response" als Strategie zur Abwehr "indirekter Angriffe" auf die amerikanischen Interessen in den Staaten der Dritten Welt darf jedoch der Hinweis nicht fehlen, daß auch in der Zeit, als die Eskalation der Berlinkrise die Argumentation für den Ausbau des militärischen Potentials der USA bestimmte, von den Repräsentanten der Kennedy-Administration stets auf

1) Europa-Archiv, 1961, S. D260

2) Department of Defense Appropriations, 1966. Hearings before the Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1965, S. 75ff.

3) Europa Archiv, 1961, S: D 358.

4) Europa Archiv, 1961, S: D 308f.

den globalen Zusammenhang verwiesen wurde, in dem diese Aufrüstungspolitik zu sehen sei. In diesem Sinne versicherte der Präsident im Juli 1961:

"Die neuen Vorbereitungen, die wir zur Verteidigung des Friedens treffen werden, sind Teil des langfristigen Aufbaus unserer Stärke, die bereits seit Januar im Gange ist. Sie gründen sich auf die Notwendigkeit, einer weltweiten Bedrohung zu begegnen - auf einer Basis, die weit über die gegenwärtige Berlinkrise hinausreicht". 1)

Die Orientierung des Strategiewandels an dem Erfordernis, der amerikanischen Außenpolitik gegenüber den Ländern der südlichen Hemisphäre ein anwendbares Interventionsinstrumentarium zur Verfügung zu stellen, fand seinen Niederschlag vor allem im Ausbau der Verbände zur Anti-Guerilla-Kriegführung²⁾. So wurden die "Special Forces" der Armee, die ursprünglich aufgestellt worden waren, um als Guerillas in einem Atomkrieg eingesetzt zu werden, nun für die Bekämpfung von Aufständischen ausgebildet. Gleichzeitig wurde ihre Zahl verdoppelt,

1) Europa-Archiv, 1961, S. D500; siehe auch McNamara in: Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong. 1st Sess., S. 1625ff.; der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, General Lemnitzer, erklärte in: Authority for Ordering Ready Reserves to Active Duty, Extension of Enlistments, and Additional Appropriations for Procurement. Hearing before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., on S. 2311, Providing Authorization for Additional Appropriations for Aircraft and Naval Vessels. S.J. Res. 120, Authorizing the President to Order Additional Units of Ready Reserves to Active Duty for Twelve Months, Washington G.P.O. 1961, S. 44: "Die Notwendigkeit zum Ausbau unserer militärischen Position sollte nicht allein mit der gegenwärtigen Krise in Berlin in Beziehung gebracht werden - so wichtig das auch ist. Wir müssen vielmehr das globale Wesen der Bedrohung richtig sehen, und wir müssen darauf vorbereitet sein, schnell und wirkungsvoll zu handeln um der Bedrohung zu begegnen, wo immer und wann immer sie auf der Welt auftritt."

2) In den Jahren der Kennedy-Administration befaßten sich mehrere Studiengruppen intensiv mit Fragen der Guerillakriegführung und den Methoden zur Bekämpfung von Guerillas, vgl. Krippendorff, Amerikanische Strategie, S. 109 f., 117 und 293ff.

bis Ende 1963 verdreifacht und bis 1967 schließlich verzehnfacht.¹⁾ Zur Fixierung der neuen Regierung auf Probleme des "sublimited war" paßt es auch, daß Kennedy unter Hinweis auf die "gegenwärtige Krise in Südasien", "die ständig größer werdende Gefahr des Kommunismus in Lateinamerika und die zunehmenden Waffenlieferungen nach Afrika" den Congress um die Erhöhung der Mittel für die amerikanische Militärhilfe ersuchte, wobei innerhalb des Militärhilfeprogramms der USA auf Kosten Europas gleichzeitig eine Umverteilung zugunsten der Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika vorgenommen wurde.²⁾

In der ersten Phase des Übergangs von der "graduated deterrence" zur "flexible response" konzentrierte sich das Interesse der Militärexperten der neuen Regierung außer auf Fragen der Schadensbegrenzung in einem allgemeinen Atomkrieg vor allem auf Probleme des "sublimited war". Während die Diskussion um die Verhinderung und Begrenzung eines Atomkrieges bereits in den fünfziger Jahren zu einer Vielzahl von Publikationen geführt hatte, handelte es sich bei dem Verweis auf die Probleme, die sich für die Vereinigten Staaten aus militärischen Konflikten unterhalb der Schwelle zum begrenzten Krieg ergeben konnten, um einen originären Beitrag der Kennedy-Administration zur Neuformulierung der amerikanischen Militärstrategie.

1) Kaufmann, McNamara Strategy, S. 58. Zu den Aufgaben der "Special Forces" vgl. die Aussagen des Stabschefs der Armee, General Wheeler, in: Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 88th Cong. 1st Sess., Part 2, S. 143 f.

2) Europa-Archiv, 1961, S. D 353ff; siehe auch: Foreign Assistance Act of 1961. Report of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, on S. 1983, 87th Cong. 1st Sess., Report No. 612, bes. S. 24ff. Zur Umverteilung siehe besonders die Tabellen in: The International Development and Security Act. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 87th Cong. 1st Sess. on H.R. 7372, Part 1, S. 75f.

Entsprechend dieser Akzentuierung hatte das Programm zur Instrumentierung der "flexible response" zwei Schwerpunkte: Stärkung und Schutz der strategischen Atomstreitmacht und Ausbau der konventionell gerüsteten Streitkräfte, vor allem der "counter insurgency"-Verbände. Ordnet man diese Schwerpunktbildung geographisch, so zielte sie einerseits auf den Schutz des nordamerikanischen Kontinents und andererseits auf die Optimierung der amerikanischen Interventionsmöglichkeiten in den Staaten der Dritten Welt. Bis zur Verschärfung der Spannungen um Berlin stand auch der Ausbau der nicht primär für die Anti-Guerilla-Kriegführung ausgebildeten konventionellen Streitkräfte eindeutig im Zeichen der von der Kennedy-Administration konstatierten Bedrohung der amerikanischen Interessen in Lateinamerika, Asien und Afrika. An Europa wurde in dieser Phase des Strategiewandels nur mittelbar gedacht¹⁾. Das änderte sich erst mit der Eskalation der Berlinkrise, ohne daß deshalb der weltweite Bezugsrahmen der amerikanischen Aufrüstungspolitik aufgegeben wurde.

1) Das zeigte sich besonders bei der Aufzählung der potentiellen Anwendungsfälle der neuen Strategie, die immer nur in der Entwicklung in Staaten Lateinamerikas, Asiens und Afrikas gesehen wurde. Außer der Botschaft Kennedys vom Januar 1961 zur Lage der Nation und der Rede Rostows vor dem Army Special Warfare Center siehe hierzu die Aussagen des Stabschefs der Armee, General Decker, in: Hearings before Committee on Armed Services of the House of Representatives on Sundry Legislation Affecting the Naval and Military Establishment 1961, 87th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1961, S. 684; außerdem die Rede, die Thomas L. Hughes, Director of Intelligence and Research am 8. Juni 1964 vor lateinamerikanischen Offizieren hielt, Text in Congressional Record, Vol. 110, 19.8.1964, No. 1963, S. 19827ff.; s.a. die Rede des Assistant Secretary for International Organization Affairs, Harlan Cleveland, am 7.5.1961 vor der Syracuse University, in: DOSB, Vol. XLIV, No. 1145, 5.6.1961, S. 858 - 862

1.3. Die Strategie der "flexible response" als Doktrin für den begrenzten Krieg

Die Eisenhower-Administration hatte auch in ihrer zur "graduated deterrence" modifizierten Form der Abschreckungsstrategie daran festgehalten, daß die Sicherheit Westeuropas am besten durch die Drohung mit dem frühzeitigen Rückgriff auf Kernwaffen zu gewährleisten sei. Der Einsatz dieser Vernichtungsmittel durch die NATO sollte unabhängig davon erfolgen, ob Atomwaffen zuerst von einem Angreifer gebraucht wurden oder den Truppen des westlichen Bündnisses eine Niederlage drohte¹⁾.

In ihrer Ansicht, daß Abschreckung in Europa am sichersten durch die Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen zu gewährleisten sei, konnten sich die Militärexperten der Republikaner auf die Mehrzahl der mit strategischen Fragen befaßten Autoren berufen. So haben unter anderem Schelling²⁾, Snyder³⁾ und Brodie⁴⁾ darauf hingewiesen, daß die Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen Abschreckung am besten garantiert, weil diese Drohung die voraussichtlichen Kosten einer militärischen Aggression steigert, vor allem aber, weil sie das Risiko vergrößert, daß ein begrenzter Angriff zum allgemeinen Atomkrieg führt. Weil beide Seiten überzeugt sind, daß die Gefahr der Eskalation in die weltweite thermonukleare Katastrophe bei einem begrenzten Atomkrieg größer ist als bei einer Auseinandersetzung mit konventionellen Waffen, bildet die Drohung mit dem Ersteinsatz nuklearer Sprengköpfe eine Willenser-

1) Norstad in: Mutual Security Appropriations for 1960, Committee on Appropriations, Senate, 86th Cong. 1st Sess., S. 18

2) Thomas C. Schelling, The Strategy of Conflict, Cambridge Mass. 1960, bes. S. 190ff.; ders. "Nuclear Strategy in Europe", in: World Politics, Vol. XIV, No. 3, April 1962, S. 421 - 432

3) Snyder, Deterrence and Defense

4) Bernard Brodie, Strategy in the Missile Age, London 1959; ders., Escalation and the Nuclear Option, Princeton 1966; ders., "Gedanken zur nuklearen Strategie", in: Wehrkunde, XVII. Jg., H. 4, 1968, S. 174 - 177

klärung, das gemeinsame Risiko der Eskalation in einen allgemeinen Atomkrieg zu erhöhen, obwohl keine Seite diesen Krieg will. Durch die Drohung mit dem die Eskalation auslösenden Ersteinsatz atomarer Waffen wird einem potentiellen Aggressor signalisiert, daß die USA dem zu verteidigenden Land eine überragende Bedeutung für die eigene Sicherheit beimessen. Andererseits ist die Drohung umso glaubwürdiger, je größer der strategische Wert des zu verteidigenden Gebietes ist. In der Literatur haben daher auch diejenigen, die bezweifelten, daß die Atomdrohung in allen Fällen Abschreckung wirkungsvoller gewährleiste, die Ansicht vertreten, daß zur Sicherung Westeuropas die entschlossene Ankündigung des Ersteinsatzes atomarer Waffen die beste Möglichkeit zur Verhinderung eines begrenzten Krieges sei.¹⁾

In den Publikationen zu strategischen Fragen waren sich die Autoren aber nicht nur darin einig, daß ein begrenzter Krieg in Europa am sichersten durch die Drohung mit dem Rückgriff auf Atombomben zu verhindern ist, sondern auch darüber, daß ein militärischer Konflikt in Europa nicht länger zu begrenzen ist, wenn erst einmal taktische Atomwaffen eingesetzt worden sind.²⁾ Nicht die Intensität der Kampfhandlungen ist danach

1) Siehe die Zusammenstellung bei Halperin, "Nuclear weapons and limited war", S. 157

2) So u.a. Brodie, Strategy in the Missile Age, bes. S. 323; ders. Escalation, S. 103ff. William W. Kaufmann, "The Crisis in Military Affairs", in: World Politics, Vol. X, No. 4, July 1958, S. 579 - 603; bes. S. 595; Schelling, Strategy of Conflict; Robert Endicott Osgood, Limited War. The Challenge to American Strategy, Chicago 1957, S. 252f. Weizsäcker, Kriegsfolgen, S. 62ff. Zur Gegenthese, wonach der Atomwaffeneinsatz zur Stabilisierung eines begrenzten Krieges beitrage, Henry Kissinger, Kernwaffen und auswärtige Politik, München 1959; Oskar Morgenstern, The Question of National Defense, New York 1959; Zur Neueinschätzung der Implikationen des Ersteinsatzes taktischer Atomwaffen durch Kissinger siehe dessen Buch The Necessity for Choice: Prospects of American Foreign Policy, New York 1962, S. 174ff; einen sehr guten Überblick über die gesamte Kontroverse gibt Halperin, "Nuclear weapons and limited war", S. 151ff.

das entscheidende Indiz für die Aufstufung eines Krieges sondern einzig die Einführung von Kernwaffen in den Konflikt.

Die neue Regierung vertrat gleichfalls diese Ansicht. Bereits im Oktober 1959 hatte Kennedy behauptet, ein Krieg, in dem Kernwaffen eingesetzt worden seien, sei nicht mehr zu begrenzen.¹⁾ McNamara definierte folgerichtig einen begrenzten Krieg als einen militärischen Konflikt, in dem auf die Verwendung atomarer Waffen verzichtet wird.²⁾ Nach dem Überschreiten der Atomschwelle entstehe eine völlig neue, unbekannte Situation, der man sich nicht unnötig aussetzen dürfe.³⁾ Es sei im höchsten Maße gefährlich, die Trennungslinie zwischen jeglicher Art atomarer Waffen und konventionellen Sprengsätzen zu ignorieren. Der stellvertretende Verteidigungsminister Gilpatric erklärte auf einer Pressekonferenz im Juni 1962, er habe niemals an die Möglichkeit eines begrenzten Kernwaffenkrieges geglaubt. Er könne sich einfach nicht vorstellen, wie man eine Sperre gegen den Einsatz atomarer Waffen mit höherem Sprengwert einbauen wolle, wenn erst einmal irgendwelche Atomwaffen eingesetzt worden seien.⁴⁾ Der Deputy Assistant Secretary of Defense, Alain C. Enthoven, bestand in einer Rede im Februar 1963 darauf, daß zwischen der Kriegführung mit konventionellen Waffen und dem erstmaligen Abschuß taktischer Atomsprengköpfe die entscheidende

1) Kennedy, Strategy of Peace, S. 185

2) Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 1st Sess., S. 197; siehe auch die gleichlautende Definition bei Taylor Trumpet, S. 145f.

3) Military Procurement Anthorization Fiscal Year 1964. Hearings before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 88th Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1963, S. 165; siehe auch das Zitat der Ausführungen Außenminister Rusk in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10, United States Forces in Europe, Hearings before the Subcommittee on United States Security Agreements and Commitments Abroad of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 91st Cong., Vol. II, Washington G.P.O. 1971, S. 2112

4) U.S. News and World Report, 19.6.1961, S. 57

Schwelle liege, nach deren Überschreiten es keine "Feuerschutzschneise" bis hin zum thermonuklearen Weltkrieg mehr geben könne.¹⁾

Die dem Ersteinsatz taktischer Atomwaffen in Europa inhärente Perspektive der quasi-automatischen Eskalation in den weltweiten Atomkrieg, wie sie von der Kennedy-Administration in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre in der Literatur gesehen wurde, stand im Widerspruch zu den von der neuen Regierung primär verfolgten Zielen der Verhinderung eines allgemeinen Kernwaffenkrieges und der Schadensbegrenzung. Die Kennedy-Administration lehnte das Konzept eines begrenzten Atomkrieges ab, weil sie nicht länger bereit war, das daraus resultierende erhöhte Risiko der atomaren Verwüstung des nordamerikanischen Kontinents zu tragen. Im Interesse der Eskalationsprävention waren McNamara und seine Mitarbeiter vielmehr bemüht, die Atomschwelle für den Fall eines Krieges in Europa so weit wie möglich anzuheben.

Das wurde bereits bei den ersten Auftritten der Militärexperten der Kennedy-Administration vor den mit militärischen Fragen befaßten Ausschüssen des Congresses im Frühjahr 1961 deutlich. An die Stelle der Zusage

1) Text der Rede in *ibid.*, S. 166ff.; eine unerheblich gekürzte Wiedergabe findet sich auch in: Henry Kissinger (ed.), *Problems of National Security*, New York 1966, S. 120 - 134. Wörtlich erklärte Enthoven: "Der Tag wird kommen, wenn er nicht schon gekommen ist, an dem es Kernwaffen von geringerer Sprengkraft geben wird, als sie die größten Waffen mit hochexplosivem Sprengstoff haben. Wenn dieser Tag kommt, wird es dann keine Unterscheidung zwischen nuklearen und konventionellen Waffen mehr geben? Einige haben das behauptet. Aber sie haben unrecht. Es gibt einen wichtigen Unterschied, der bleiben wird, eine "Feuerschutzschneise" - wenn sie so wollen, zwischen dem nuklearen und dem nichtnuklearen Krieg, eine wahrnehmbare qualitative Unterscheidung, die die beiden kriegsführenden Parteien erkennen und auf die sie sich einigen können, und im Atomzeitalter gibt es für sie einen sehr starken Anreiz, sich über diesen Unterschied und diese Begrenzung zu einigen, denn wenn sie es nicht tun, scheint es auf der ganzen Vernichtungsskala bis hin zum thermonuklearen Krieg keine andere offensichtliche "Feuerschutzschneise" mehr zu geben."

des frühzeitigen Einsatzes atomarer Waffen in der "graduated deterrence" trat nun die Sprachregelung, man könne und solle den Gebrauch dieser Waffen in einem Konflikt in Europa nicht ausschließen. Wörtlich erklärte McNamara vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses:

"Sogar in Situationen des begrenzten Krieges sollten wir den Gebrauch taktischer nuklearer Waffen nicht ausschließen, weil niemand vorhersagen kann, wie sich diese Situation entwickeln möge. Aber die Entscheidung, in begrenzten Konflikten taktische Atomwaffen einzusetzen, sollte uns nicht einfach deshalb aufgezwungen werden, weil wir keine anderen Mittel haben, um mit ihnen fertig zu werden. Es gibt viele mögliche Situationen, in denen es weder ratsam noch durchführbar wäre, solche Waffen zu verwenden." 1)

McNamara hat sich in den folgenden Jahren immer wieder auf dieses Statement berufen, wenn er darauf angesprochen wurde, ob die USA bereit seien, zur Abwehr einer Aggression in Europa Kernwaffen zu gebrauchen.²⁾ Es gab unzählige gleich oder ähnlich lautende Zusicherungen.³⁾

Diese "programmatischen Grundsatzserklärungen", wie Kahn die Deklarationen der atomaren Kampfbereitschaft der USA nannte, ließen übereinstimmend erkennen, daß der Kernwaffeneinsatz in Europa in der "flexible response" nur noch als allerletztes Mittel eingeplant wurde, daß er allein noch zur Abwehr eines "Großangriffs" gedacht war, an dessen Möglichkeit selbst die amerikanischen Militärs nicht glauben. So erklärte zum Beispiel Gilpatric, Atomwaffen würden eingesetzt, "wenn sich die NATO-Streitkräfte einer Niederlage durch nichtnukleare

1) Department of Defense Appropriations for 1962. Subcommittee of the Committee on Appropriations, House, 87th Cong. 1st Sess., S. 18f.

2) U.a. in: Military Procurement Authorization Fiscal Year 1964, Committee on Armed Services, U.S. Senate, 88th Cong. 1st Sess., S. 164

3) Eine Zusammenstellung der diesbezüglichen Aussagen McNamaras allein vor dem Senatsausschuß für die Streitkräfte findet sich in: *ibid.*, S. 164f.

Streitkräfte gegenübersehen"¹⁾, während McNamara in diesem Zusammenhang einen Angriff mit konventionellen Truppen nannte, "der uns in Gefahr bringt, überrannt zu werden"²⁾. Ähnlich wie der Verteidigungsminister äußerte sich der Unterstaatssekretär für internationale Sicherheit im Department of Defense, Paul Nitze, im April 1962 in Hamburg.³⁾

Im Interesse der Eskalationsprävention wurde das atomare Beistandsversprechen der USA in der Strategie der "flexible response" einseitig dahingehend modifiziert, daß der Kernwaffeneinsatz nicht länger am Beginn eines Krieges stehen würde, sondern erst dann erfolgen sollte, wenn alle anderen Mittel zur Abwehr eines Angriffs sich als unzureichend erwiesen hatten oder ein Angreifer diese Vernichtungsmittel als erster verwenden würde.⁴⁾

Im Zusammenhang mit der Anhebung der Atomschwelle wurde auch die Funktion der in Europa deponierten Atomsprengköpfe zum taktischen Einsatz neu definiert. McNamara bezeichnete vor dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses die taktischen Atomwaffen in Europa, deren Zahl zwischen 1961 und 1966 um 85 Prozent auf

1) New York Times vom 7.6.1961 und: United States Defense Policies in 1961, Prepared at the Request of the Honorable Melvin Price, Member of Congress, by the Library of Congress, Legislative Reference Service, 87th Cong. 2d Sess., House Document No. 502, Washington G.P.O. 1962, S. 57

2) Military Procurement Authorization Fiscal Year 1964, Committee on Armed Services, Senate, 88th Cong. 1st Sess., S. 165

3) "Ansprache des Unterstaatssekretärs für Internationale Sicherheit im amerikanischen Verteidigungsministerium, Paul Nitze, am 11. April 1962 in Hamburg zur Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten", in: Europa-Archiv, 17. Jg., F. 11, 1962, S. D 288 - D 302, bes. S. D 292

4) Zur amerikanischen Entschlossenheit, A-Waffen zu gebrauchen, wenn diese zuvor von der Sowjetunion eingesetzt würden, siehe McNamara in: Military Procurement Authorization Fiscal Year 1964, Committee on Armed Services, Senate, 88th Cong. 1st Sess., S. 165; siehe auch das Dementi Lemnitzers, daß dies der einzige Fall sei, in dem die USA den Rückgriff auf Kernwaffen planten, in: Foreign Operations Appropriations for 1964. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong. 1st Sess., Part. 2, Washington 1963, S. 592

ca. 7000 gestiegen war, als "Ergänzung, aber nicht als Ersatz für nichtnukleare Streitkräfte; sie seien in erster Linie erforderlich, um den Einsatz taktischer Atomsprengköpfe durch die UdSSR abzuschrecken.¹⁾ Am deutlichsten ist dieser Wandel von Enthoven beschrieben worden, als er sich im Februar 1963 in Los Angeles kategorisch für eine rein konventionelle Verteidigung Westeuropas aussprach:

"Jetzt, da der kommunistische Block mit Kernwaffen ausgerüstet ist, können wir nicht erfolgreich konventionelle Kriege führen, ohne den Schirm der nuklearen Stärke. Diese nukleare Stärke ist erforderlich, um die Kommunisten davon abzuschrecken, einen nichtnuklearen Konflikt, der für sie nicht gut verläuft, in einen Atomkrieg zu eskalieren, und um sie zu überzeugen, daß eine nukleare Aggressionshandlung zu ihrer Niederlage und möglicherweise zur Vernichtung ihrer Gesellschaft führen würde".²⁾

In der Strategie der "flexible response" bestand die den taktischen Atomwaffen zugedachte Aufgabe nicht länger darin, die konventionelle Unterlegenheit der NATO-Verbände auszugleichen, sondern einzig in der Abschreckung des Ersteinsatzes atomarer Waffen durch die Sowjetunion. Die Vermehrung der amerikanischen taktischen Atomsprengköpfe in den sechziger Jahren in Europa demonstrierte daher auch lediglich die Überzeugung der Kennedy-Administration, daß ein konventioneller Krieg mit einem atomar gerüsteten Gegner nur durch die Androhung der nuklearen Vergeltung auf den Einsatz herkömmlich bewaffneter Streitkräfte begrenzt gehalten werden kann. Nach der Logik der Abschreckungsstrategie ist es gerade die Stationierung einer großen Zahl atomarer Waffen in

1) Hearings on Military Posture and H.R. 13456, to Authorize Appropriations during the Fiscal Year 1967 for Procurement of Aircraft, Missiles, Naval Vessels, and Tracked Combat Vehicles, and Research, Development, Test, and Evaluation for the Armed Forces, and to Maintain Parity between Military and Civilian Pay, and for Other Purposes, Committee on Armed Services, House of Representatives, 89th Cong. 2s Sess., Washington G.P.O. 1966, S. 7453

2) Military Procurement Authorization Fiscal Year 1964, Committee on Armed Services, Senate, 88th Cong. 1st Sess., S. 170

Europa, die den taktischen Kernwaffenkrieg und damit die Eskalation in einen allgemeinen Atomkrieg unwahrscheinlich macht. Sollte sich die UdSSR aber durch die amerikanischen A-Sprengköpfe nicht vom Einsatz der eigenen taktischen Kernwaffen abhalten lassen, dann würden die USA durch die Möglichkeit des Rückgriffs auf ihr Atompotential in Europa der Notwendigkeit entgehen, sofort strategische A-Waffen einsetzen zu müssen¹⁾. Die Hoffnung McNamaras, einen Atomkrieg in Europa auf den Gebrauch taktischer Kernwaffen und auf diesen Teil der Welt limitieren zu können, stand in eklatantem Widerspruch zu der sonst von der Kennedy Administration vertretenen Ansicht, ein Kernwaffenkrieg lasse sich nicht begrenzen.

Die Neuformulierung der Funktion taktischer Atomwaffen in Europa war nach Ansicht der neuen Regierung auch deshalb notwendig geworden, weil der Erwerb eines wirkungsvollen Arsenal an atomaren Sprengköpfen und hochentwickelten Trägern durch die Sowjetunion das strategische Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR so grundlegend verändert hatte, daß die Drohung mit dem frühzeitigen Rückgriff auf Kernwaffen zur Abwehr eines mit konventionellen Waffen vorgetragenen Angriffs auf Westeuropa unglaublich geworden war. Eine derartige Aggression ließ sich nicht durch die unglaubliche Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen verhindern, sondern allein durch die Dokumentation der Fähigkeit des Bündnisses, einem Angreifer den erstrebten Gewinn mit nichtatomaren Mitteln zu verweigern. Glaubwürdigkeit der Abschreckung hing demnach von der Bereitstellung des geeigneten Instrumentariums ab, mit dem die NATO in den Krieg ziehen würde, falls die Abschreckung scheitern sollte. Starke konventionelle Streitkräfte garantieren danach am besten die Abschreckung eines konventionellen Krieges.

Die Bemühungen der Kennedy-Administration um die Eskalationsprävention fanden daher ihre konsequente Er-

1) Vgl. den Dialog zwischen McNamara und Senator Smith in: *ibid.*, S. 323 ff.

weiterung in dem Streben nach einem Ausbau der nicht-nuklearen Optionsmöglichkeiten für das Bündnis. Die Repräsentanten der neuen Regierung begründeten ihr Verlangen nach mehr herkömmlich gerüsteten Truppen in der Regel mit der Behauptung, der Präsident habe im Falle eines Krieges nur die Wahl zwischen "nationaler Demütigung und totalem Krieg", zwischen "rot oder tot"¹⁾. Bald nach dem Strategiewandel wurde aber schon deutlich, daß sich die mit der "flexible response" verfolgten Zielvorstellungen nicht darin erschöpften, das atomare Instrumentarium der USA in Europa durch konventionelle Mittel zu ergänzen: was die Kennedy-Administration tatsächlich anstrebte, war der Ersatz der Atomwaffen durch herkömmlich armierte Streitkräfte, waren konventionelle Waffen als Alternative zum nuklearen Potential. So forderte etwa McNamara, die konventionellen Schwertstreitkräfte müßten in der Lage sein, einem größeren nicht-nuklearen Angriff über einen angemessenen Zeitraum hinweg standzuhalten.²⁾ Als "angemessen" wurde zunächst eine Spanne von mindestens neunzig Tagen genannt³⁾. Bei dieser dreimonatigen Frist handelte es sich jedoch lediglich um ein Nahziel, das die amerikanische Regierung den Verbündeten setzte, weil sie selbst bezweifelte, daß eine längere Verteidigung Westeuropas mit konventionellen Waffen bei dem Stand der Rüstung des Bündnisses zu Beginn der sechziger Jahre möglich sein würde⁴⁾. Die tatsächlich angestrebte Dauer einer

1) So auch Kennedy in seiner "Annual Message to the Congress on the State of the Union, January 11, 1962", in: Public Papers 1962, S. 5 - 15.

2) Hearings on Military Posture, Committee on Armed Services, House, 89th Cong. 2d Sess., S. 7453.

3) New York Times vom 15.2.1963. Zur britischen Interpretation, die USA hätten diesen Zeitraum auf 30 Tage reduziert und zum Dementi McNamaras siehe New York Times vom 10. und 11. Mai 1963

4) McNamara in: Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 88th Cong. 1st Sess., S. 11; Armeeminister Vance und der Stabschef der Armee, General Wheeler, in: Authorizing Appropriations, No. 10, House, 87th Cong. 1st Sess., Part 2.

konventionellen Kriegführung in Europa beschrieb General Taylor im September 1962 als designierter Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff vor dem Bewilligungsausschuß des Senats, als er erklärte:

"Ich glaube, wir erkennen jetzt, wir haben bereits erkannt, und einige unserer Verbündeten schließen sich uns in der Erkenntnis an, daß wir mehr konventionelle Streitkräfte in Europa benötigen, so daß die sogenannte Atomschwelle im Idealfall bis ins Unendliche angehoben wird". 1)

Die Ausführungen Taylors stimmten mit der Beschreibung überein, die der Vorsitzende des Ausschusses für Fragen der NATO im State Department, der ehemalige Außenminister Acheson, von der Funktion der konventionellen Streitkräfte in der neuen Strategie gab:

"Diese Kriegsmacht sollte nicht als Instrument dienen, um eine nukleare Reaktion auf einen bewaffneten Angriff auszulösen, eine Funktion, die der Analogie von einem Stolperdraht innewohnt. Auch sollte sie nicht dazu dienen, lediglich besser als eine Stolperdrahtstreitmacht etwas aufzuhalten, was größer ist als ein Einfall an der Grenze oder im Kampf "eine Pause herzustellen", in deren Verlauf sich ein Aggressor über die möglichen nuklearen Implikationen klarwerden könnte. Der Zweck sollte sein, der Sowjetunion die Fähigkeit zu verweigern, ihren Willen in Europa mit konventionellen Streitkräften durchzusetzen." 2)

McNamara benannte schließlich auch den Zeitpunkt, an dem dieser Idealfall erreicht sein sollte: "In vier bis sechs Jahren wollen wir so weit sein, daß Europa gegen einen konventionellen Großangriff auch konventionell verteidigt werden kann". 3) Bis zu diesem Termin mußten noch taktische Atomwaffen auch zur Verteidigung eingeplant werden, doch ließen die Vertreter der Kennedy-Administration bei ihren diesbezüglichen Aussagen keine Zweifel daran, daß dies einzig auf den Umstand zurückzuführen sei, daß zum Zeitpunkt ihrer Aussage das konventionelle Potential der NATO noch nicht in

1) Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for 1963. Hearings before the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 87th Cong. 2s Sess., Washington G.P.O. 1962, S. 806f.

2) Acheson, Dean, "The Practice of Partnership", in: Foreign Affairs, Vol. 41, No. 2, Januar 1963, S. 247 - 260; bes. S. 253

3) Der Spiegel, 16. Jg., No. 41, 10. Oktober 1962, S. 44

dem angestrebten Maße ausgebaut war.¹⁾

Obwohl Kennedy sich im April 1961 vor dem Militärausschuß der NATO zum Konzept der "Pause" bekannte²⁾, wie es vor allem von dem damaligen SACEUR, General Norstad, in der "graduated deterrence" propagiert worden war³⁾, hatten die Pläne für die konventionelle Kriegführung in Europa im Rahmen der "flexible response" mit einer Strategie der "Pause" nichts mehr zu tun. Während Norstad bereit war, Atomwaffen einzusetzen, um eine Pause zu erzwingen, wollte Kennedy mit konventionellen Waffen eine "Pause" garantiert sehen, um keine Atomwaffen einsetzen zu müssen. Die konventionelle "Pause" als Dauerzustand für den Fall eines Krieges in Europa war das von der neuen Regierung mit der "flexible response" in erster Linie angestrebte Ziel. Mit der Strategie der "flexible response" unternahm die Kennedy-Administration einen Versuch, jenem Dilemma zu entgehen, dem sich die USA bei der Wahrung ihrer widerstreitenden Interessen an der militärischen Sicherung Westeuropas und der Eskalationsprävention ausgesetzt sahen. Der

1) So McNamara in: Military Posture and HR 9637, Hearings before the Committee on Armed Services, House of Representatives, 88th Cong. 2d Sess., Washington 1964, S. 7022

2) "Botschaft von Präsident John F. Kennedy an den Nordatlantikrat vom 15. Februar 1961", in: Europa-Archiv, 16. Jg., F. 9, 1961, S. D 284 - D 283

3) Am 1. Dezember hatte Norstad vor der WEU-Versammlung das Ziel der "Pause" so definiert: "Der Zweck dieser Pause oder Unterbrechung im Ablauf der Ereignisse wäre erstens, das Faktum zu beweisen, daß ein Akt der Aggression stattgefunden hat, und dann, im Verlauf dieser Pause, müssen wir in der Lage sein, eine bewußte Entscheidung seitens des Angreifers zu erzwingen, ob er es zulassen will oder nicht, daß sich die Situation in einen allgemeinen Krieg ausdehnt. In dieser Zeit müssen wir in der Lage sein, ihm nachdrücklich ins Bewußtsein zu bringen, daß jede Ausdehnung eines Zwischenfalls zu großen Ausmaßen für ihn ein mindestens ebenso großes Unglück bedeuten würde wie für die, die er angreifen würde".

Assembly of Western European Union, Proceedings, Sixth Ordinary Session, Second Part, December 1960, IV, Minutes, Official Report of Debates, Paris o.J., S. 135

geographisch und hinsichtlich der eingesetzten Waffen begrenzte Krieg von dem bis zum Ausgang der Eisenhower-Administration angenommen worden war, er könne sich nur außerhalb Europas ereignen, wurde in der neuen Strategie als mögliche Form der militärischen Auseinandersetzung auch in Europa akzeptiert. Der Rückgriff auf Kernwaffen war in der "flexible response" nur noch so lange als letztes Mittel eingeplant, bis eine ausreichende Verstärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO erfolgt sein würde, um jeden Angriff auf Westeuropa mit herkömmlichen Waffen abzuwehren.

Der im Interesse der Erhaltung der physischen Existenz der USA vor dem Hintergrund der waffentechnologischen Entwicklung seitens der Kennedy-Administration einseitig vollzogene Übergang von der "massive retaliation" zur "flexible response" implizierte eine Aufwertung der konventionell gerüsteten Streitkräfte, die auch für die Stationierung von US-Truppen in Europa nicht ohne Folgen bleiben konnte. Zumindest für die militärische Begründung der amerikanischen Europa- und Deutschlandpräsenz ergaben sich durch den Strategiewandel neue Aspekte. Andererseits kommt der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa aber auch eine gesteigerte psychologische Bedeutung besonders für den Zusammenhalt des Bündnisses zu, seit die Kennedy-Administration mit der "flexible response" versuchte, sich aus dem für die NATO-Staaten gemeinsamen Risiko der atomaren Eskalation zurückzuziehen.

2. Die Entwicklung der amerikanischen Europa- und Deutschlandpräsenz

Schon vor der Ausweitung des Vietnamkrieges war fast die Hälfte der amerikanischen Streitkräfte und über 50 Prozent der tatsächlichen Kampfkraft der USA außerhalb des Territoriums der Vereinigten Staaten stationiert¹⁾. Zu Beginn der sechziger Jahre waren es rund eine Million Soldaten in 41 Ländern auf etwa 2200 Stützpunkten²⁾. Acht der von Kennedy auf sechzehn verstärkten Heeresdivisionen standen zu dieser Zeit in Übersee.

Die Verteilung der amerikanischen Militärmacht konzentriert sich seit 1945 auf solche Staaten vor allem in Europa und Asien, die in ihrer Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft am bürgerlich-demokratischen Modell orientiert sind und an Länder mit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung grenzen. Einen besonderen Schwerpunkt in dieser Einkreisungspolitik bildet seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Westeuropa, wo sich vor dem Vietnamkrieg etwa die Hälfte der im Ausland stationierten amerikanischen Soldaten befand.

Im Dezember 1945 hatten die USA noch 3 100 000 Soldaten in Europa, ein Jahr später waren es nur noch 390 000. Als der Nordatlantikvertrag unterzeichnet wurde, war die Zahl weiter auf ca. 100 000 gesunken.³⁾ In der

1) David W. Tarr, "The American Military Presence Abroad", in: Orbis, Vol. IX, Herbst 1965, No. 3, S. 630-654.

2) "Die amerikanischen Streitkräfte in Übersee", in: Wehrkunde, XII.Jg., Oktober 1963, H.10, S. 565. Zu einer zahlenmäßigen Aufschlüsselung für die Mitte der sechziger Jahre siehe CR, Vol. 112, 22.9.1966, S.23666. Zu detaillierten Angaben für 1969 siehe die Ausführungen Senator Youngs (Ohio) in: CR, Vol. 115, 7.11.1969, S. 33510f. Zu einigen Details für 1971 siehe Senator Fulbright in: CR, Vol. 117, 18.5.1971, S. 7227f.

3) The Stationing of United States Troops in Europe: A Background Study. The Library of Congress, Legislative Reference Service, Foreign Affairs Division, Washington D.C.G.P.O. 1967, S. 1.

ersten Phase nach dem Krieg orientierte sich die Stärke der amerikanischen Truppen in Europa vor allem an den Erfordernissen der Besatzungspolitik gegenüber dem besiegten Deutschland, in dessen westlichem Teil auch die meisten US-Soldaten stationiert waren. Ihre Funktion als Komponente einer Militärstrategie im Rahmen der sich verschärfenden Konfrontation mit der UdSSR war begrenzt, da die strategischen Vorstellungen der USA in dieser Zeit einerseits von dem Glauben an die Überlegenheit der mit Atombomben ausgerüsteten amerikanischen Luftwaffe dominiert wurden und andererseits davon ausgingen, daß Westeuropa im Falle eines Krieges erneut nachträglich befreit würde¹⁾. Erst mit dem Aufbau einer militärischen Organisation des Bündnisses zu Beginn der fünfziger Jahre wurde der Versuch unternommen, die Möglichkeiten der militärischen Verteidigung Westeuropas zu verbessern. Die in diesem Zusammenhang getroffene amerikanische Entscheidung, die Streitkräfte des Landes in Europa erheblich zu verstärken, ließ deren Zahl bis Mitte 1952 bereits wieder auf 350 000 ansteigen. In den fünfziger Jahren blieb die Stärke der US-Truppen bei ca. 400 000 Soldaten konstant. Diese Zahl änderte sich auch nicht, als die USA in der Regierungszeit Präsident Eisenhowers mit dem "New Look" versuchten, die Mängel in den Mannschaftsstärken der NATO durch die Einplanung atomarer Feuerkraft auszugleichen.

In dieser Stationierungspolitik realisierte sich jenes Dogma der amerikanischen Außenpolitik, nach dem die Sicherheit und Freiheit Westeuropas für die Lebensfähigkeit der Vereinigten Staaten unverzichtbar sind. Seit den Tagen der Truman-Doktrin, des Marshallplans und der nachfolgenden Gründung der NATO gehört der Verweis auf die angeblich schicksalhafte Verkettung der USA mit dem Status Westeuropas zu den immer wieder

1) Zur amerikanischen Militärstrategie in den Jahren nach 1945 siehe bes. Huntington, Common Defense, S. 33ff.

verwendeten Stereotypen der exekutiven Plädoyers für die amerikanische Europapräsenz. Mehr noch als Präsident Truman selbst gehörte dessen Außenminister Acheson zu den entschiedensten Apologeten der These von der untrennbaren Verbundenheit und wechselseitigen Abhängigkeit zwischen den USA und Westeuropa, was vor allem bei dessen Aussagen vor dem Senatsausschuß deutlich wurde, der sich 1951 mit dem Ausbau der amerikanischen Europapräsenz von zwei auf sechs Divisionen zu befassen hatte.¹⁾ Der Nachfolger Trumans, Eisenhower, erklärte noch in seiner Eigenschaft als SACEUR und vor seiner Wahl zum Präsidenten in demselben Hearing zu diesem Thema:

"Welche Bedeutung hat Westeuropa für uns? In Westeuropa befindet sich die größte Ansammlung gelernter Arbeitskräfte in der Welt...(und) ein weitverzweigtes Industrienetz, das an Kapazität nur dem unseres Landes nachsteht...Nehmen wir diesen ganzen Komplex mit seinem militärisch nutzbaren Potential und schieben ihn von unserer hinüber auf die andere Seite, so verschiebt sich damit das militärische Machtgleichgewicht so drastisch, daß unsere Sicherheit ernstlich gefährdet, ja aufs höchste gefährdet wäre... Es ist kaum denkbar, daß Westeuropa dem Kommunismus anheimfällt, ohne daß gleichzeitig...jene Gebiete fallen werden, die politisch von den europäischen Mächten abhängen. Und das sind gerade die Gebiete, aus denen wir jene Stoffe beziehen, die absolut wesentlich für unser Dasein, für unsere Lebensform sind." 2)

In den Ausführungen Eisenhowers konkretisierte sich das "nationale Interesse" der USA an der "Sicherheit und

1) Assignment of Ground Forces of The United States to Duty on the European Area. Hearings before the Committee on Foreign Relations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 82d Cong., 1st Sess., on S.Con. Res.8, Washington D.C. G.P.O. 1951, S. 81; Siehe außerdem: Foreign Economic Policy. Hearings before the Subcommittee on Foreign Economic Policy of the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington D.C. G.P.O. 1962, S. 44.

2) Assignment of Ground Forces, S.3; hier zitiert nach Josef Joffe, Europapräsenz und Europapolitik der Vereinigten Staaten. Eine Untersuchung über Motivation, Funktion und Evolution der amerikanischen Stationierungspolitik in Europa, Ebenhausen 1969, S. 66.

Freiheit" Westeuropas in der Zielsetzung, diesen Teil der Welt dem bestimmenden Einfluß der UdSSR vorzuenthalten und zu garantieren, daß die privatwirtschaftlich organisierten bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnungen in den Staaten Westeuropas und deren Orientierung an der amerikanischen Hegemonialmacht erhalten bleiben. Sollte es der Sowjetunion gelingen, das ökonomische und militärische Potential Westeuropas mit seinen Facharbeitern unter ihre Kontrolle zu bringen, dann würde das Verhältnis USA-UdSSR so sehr zu ungunsten der Vereinigten Staaten verschoben, daß die USA selbst nicht in der Lage wären, dem gemeinsamen Druck der UdSSR und der unter ihrem Einfluß stehenden Staaten Europas standzuhalten. Daß der Druck auf die Vereinigten Staaten zunehmen würde, ergab sich für die Apologeten des Ausbaus der amerikanischen Europapräsenz zwangsläufig aus der der UdSSR unterstellten Aggressivität, von der behauptet wurde, sie resultiere aus dem Anspruch der kommunistischen Ideologie auf Weltherrschaft.

Vor dem Hintergrund des Korea-Krieges sollte die Verlegung zusätzlicher US-Divisionen nach Westeuropa daher in erster Linie das Interesse der Vereinigten Staaten an diesem Teil der Welt dokumentieren, um so zur Abschreckung der perzipierten Bedrohung Westeuropas durch die UdSSR und deren Verbündete beizutragen¹⁾. Der Verweis auf die Notwendigkeit, eine als expansionslüstern und aggressiv beschriebene Sowjetunion mit ihrem riesigen Militärpotential von einem Angriff auf Westeuropa abschrecken zu müssen, diente aber nicht nur zur Rechtfertigung der Entsendung zusätzlicher US-Truppen: die gesamte amerikanische

1) Zu den Zielen der amerikanischen Stationierungspolitik siehe bes. Joffe, Europapräsenz, S. 8ff. und S. 84ff. Außerdem ders., "Amerikanische Präsenz und europäische Stabilität. Zur Problematik amerikanischer Truppenabzüge aus Europa", in: Europa Archiv, 25.Jg., 1970, F. 6, S. 191 - 204.

Europa- und Allianzpolitik der fünfziger Jahre ist gekennzeichnet durch die Überschätzung der aggressiven Absichten der UdSSR und die permanente Unterstellung, die Sowjetunion bedrohe Westeuropa mit einer militärischen Invasion¹⁾.

Dem Abschreckungsgedanken kam zwar bei der inner-amerikanischen Diskussion um den Ausbau der US-Truppen in Europa zentrale Bedeutung bei, er bildete aber nicht die einzige Motivation für die Erweiterung des amerikanischen Engagements. Nach der Argumentation der Befürworter dieser Politik bildete das amerikanische Kontingent vielmehr auch den unverzichtbaren psychologischen Rückhalt für die militärischen Eigenleistungen der Alliierten in der NATO. Die amerikanische Regierung und ihre Anhänger im Congress gingen davon aus, daß ohne die Stationierung zusätzlicher US-Soldaten die Verteidigungsbereitschaft und die Kampfmoral der Westeuropäer nicht auf das für notwendig gehaltene Maß zu bringen seien. Wie aber vor allem in den gemeinsamen Hearings des Jahres 1951 vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats und dem Committee on Armed Services deutlich wurde, war der Ausbau der militärischen Europapräsenz der USA ursprünglich jedoch nicht als eine Hilfsmaßnahme konzipiert, die auf Dauer angelegt sein sollte. Mit der Übernahme der durch die amerikanische Europapräsenz initiierten größeren Eigenleistungen der Alliierten sollte die Stationierung der US-Truppen in Westeuropa vielmehr überflüssig werden. Die von der Truman-Administration ausdrücklich an die Bereitstellung ausreichender westeuropäischer Militärverbände

1) Zweifel an den Aggressionsabsichten der UdSSR äußerte der ehemalige Botschafter der USA in Moskau, Kennan, in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's. Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong., 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1970, bes. S. 169; siehe auch Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozio-ökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft, Frankfurt 1964⁴, S. 65ff.

geknüpfte Entscheidung zur Stationierung von insgesamt sechs amerikanischen Divisionen¹⁾ ist von Joffe zutreffend als eine "Investition auf Widerruf" bezeichnet worden, "die sich schrittweise mit der Wiederherstellung eines europäischen Gleichgewichts so amortisieren sollte, daß sie über kurz oder lang wieder zurückgenommen werden konnte"²⁾. Was nach dem Aufbau eines ausreichenden konventionellen Potentials der Verbündeten bleiben sollte, war der Schutz, den das atomare Schwert der USA Westeuropa zu bieten hatte. Wie die Protokolle der Diskussion im Senat zu Beginn der fünfziger Jahre ausweisen, liefen die amerikanischen Erwartungen langfristig auf eine Arbeitsteilung im Bündnis hinaus, nach der die europäischen Verbündeten die konventionell gerüsteten Schildtruppen und die USA das atomare Schwert für die Verteidigung des Allianzgebietes bereitstellen würden.

Obwohl die Verbündeten ihre militärischen Anstrengungen unter dem Eindruck des Korea-Krieges zunächst merklich verstärkten, ließ sich diese Perspektive jedoch nicht verwirklichen. Das hatte mehrere Gründe: zum einen waren die Alliierten an ihrem ökonomischen Wiederaufbau mehr interessiert als an militärischen Investitionen, zum anderen mußten ihnen die eigenen

1) Am 9. September 1950 gab Präsident Truman folgende Erklärung ab: "Auf der Basis von Empfehlungen der Vereinigten Stabschefs, denen der Außenminister und der Verteidigungsminister zugestimmt haben, habe ich heute einem umfangreichen Ausbau der Stärke der US-Streitkräfte zugestimmt, die im Interesse der Verteidigung dieses Gebietes in Westeuropa stationiert werden sollen. Das Ausmaß dieser Erhöhungen und ihr Zeitpunkt werden in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Nordatlantikvertrag ausgearbeitet. Eine wesentliche Grundlage für die Durchführung dieser Entscheidung ist das Ausmaß, in dem unsere Freunde unseren Maßnahmen entsprechende Anstrengungen unternehmen. Feste Programme für den Aufbau ihrer Streitkräfte werden erwartet, um mit der Entsendung zusätzlicher US-Streitkräfte nach Europa Schritt zu halten. Unsere Pläne basieren auf der festen Erwartung, daß unsere Anstrengungen mit vergleichbaren Maßnahmen ihrerseits honoriert werden...": Siehe Stationing of United States Troops in Europe, S. 8.

2) Joffe, Europapräsenz, S. 77.

Anstrengungen angesichts der unterstellten konventionellen Stärke der UdSSR so aussichtslos erscheinen, daß man sich besser nur auf den atomaren Schutz der USA verließ und schließlich verspürten die westeuropäischen NATO-Staaten wenig Neigung, durch ihre Eigenleistungen die Voraussetzung für den Abzug der amerikanischen Truppen zu schaffen, deren physische Präsenz sie im Interesse ihrer eigenen Sicherheit für unverzichtbar hielten. Die Klage über die unzureichenden Anstrengungen der Alliierten und der Verweis auf den als unangemessen hoch empfundenen Anteil der Vereinigten Staaten an den Aufwendungen für die Verteidigung des NATO-Bereichs wurden daher schon bald zum Kernpunkt der inneramerikanischen Kritik an der Europa-Präsenz.

Mit einer anderen Zielsetzung ihrer Stationierungspolitik hatten die USA dagegen mehr Erfolg. Die Anwesenheit starker US-Truppen in Westeuropa war auch als Katalysator für die Kooperation der Verbündeten in Richtung auf eine stabilere innereuropäische Ordnung gedacht. Der Aufbau der Europäischen Gemeinschaften entsprach diesen Intentionen. Aber auch in diesem Bereich blieb das Ausmaß der Zusammenarbeit letztlich hinter den Hoffnungen der USA zurück, ein geeintes Europa werde sich zu einer zweiten Säule innerhalb der Allianz entwickeln, deren Stärke eine gleichmäßigere Aufteilung der Verteidigungslasten ermöglichen würde.

Dem westdeutschen Territorium kam von Anfang an herausragende Bedeutung für die Stationierung amerikanischer Bodentruppen in Europa zu, wofür es mehrere Gründe gibt. Ausgangspunkt für die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik war die Besatzungspolitik. Als sich die USA zur Verlegung von vier weiteren Divisionen über den Atlantik entschlossen, bot sich die BRD aus geographischen Überlegungen als Gastland an. Die Nachbarschaft der Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten in Osteuropa

erlaubte die Dislozierung amerikanischer Truppen in unmittelbarer Nähe russischer Divisionen und machte es nach der Argumentation der Apologeten dieser Stationierungspolitik möglich, einem Angreifer einen schnellen Erfolg seiner Bodentruppen zu verweigern und tiefe Vorstöße mit dem Erfordernis der nachfolgenden "atomaren Befreiung" zu verhindern. Die Präsenz der US-Truppen in Westdeutschland war aber zugleich auch der Preis, den die amerikanische Führungsmacht an die westeuropäischen Verbündeten für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und deren Eingliederung in das westliche Bündnis zu zahlen hatte¹⁾. Als Ende

1) Zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik siehe u.a. G.A. Graig, "Germany and NATO: The Rearmament Debate 1950-1958", in: Knorr, NATO and the American Security, S. 236-259; ders., "NATO and the New German Army", in: Kaufmann, Military Policy, S. 194-232; Manfred Dornmann, Demokratische Militärpolitik. Die alliierte Militärstrategie als Thema deutscher Politik 1949-1968, Freiburg 1970; Lewis J. Edinger, West German Armament. Air University, Document Research Study, AU-254-54-RSI; Gerald Freund, Germany Between Two Worlds, New York 1961, bes. S. 137-167; Wolfram Hanrieder, West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967, bes. S. 36ff.; ders., Die Stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949-1969, Düsseldorf 1971. Lawrence W. Martin, "The American Decision to Rearm Germany", in: Harold Stein (ed.), American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies, Birmingham Al. 1963, S. 641-665; Robert McGeehan, The German Rearmament Question. American Diplomacy and European Defense After World War II, Urbana-Chicago-London 1971; Klaus von Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952, Stuttgart 1970; Hans Speier, German Rearmament and Atomic War. The Views of German Military and Political Leaders, Evanston and New York 1957; Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967; Eric Willenz, Early Discussions Regarding a Defense Contribution in Germany (1948-1950), RAND-Memorandum No. 968, 15. Oktober 1952, Santa Monica/Cal.

der vierziger Jahre die Diskussion um einen bundesrepublikanischen Beitrag zum Sicherheitssystem des Westens einsetzte, wurde schon bald deutlich, daß die Zustimmung der mit den USA verbündeten bzw. befreundeten Staaten in Europa zur Wiederaufrüstung der BRD nur dann zu erhalten war, wenn es gelingen würde, die Sicherheit der Alliierten vor einem möglichen Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu garantieren. Die Anwesenheit amerikanischer Soldaten auf westdeutschem Territorium sollte daher nicht nur Sicherheit für, sondern auch Sicherheit vor der Bundesrepublik garantieren¹⁾. In der Folgezeit wurde der westdeutsche Militärbeitrag innerhalb der westlichen Allianz noch weiter dadurch neutralisiert, daß die Bundesrepublik kaum über Soldaten unter nationalem, sondern fast ausschließlich über solche unter NATO-Kommando verfügen würde. Die strategischen Konzeptionen der Bundeswehr und in deren Folge ihre Bewaffnung und Ausrüstung konnten nur Teil einer multilateralen Regelung im Bündnis, nicht aber souveräner westdeutscher Entscheidungen sein.

Vor dem Hintergrund der Zielvorstellungen Abschreckung, psychologischer Rückhalt für die militärischen Anstrengungen der Alliierten, Katalysator für die Kooperation der Verbündeten, Einbettung des westdeutschen Wehrbeitrages und Arbeitsteilung im Bündnis entwickelte sich die transatlantische militärische Präsenz der USA seit deren Ausbau zu Beginn der fünfziger Jahre wie folgt:

1) Zur nachhaltigen Beeinflussung der westdeutschen Militärpolitik durch die amerikanische Stationierungspolitik siehe bes. Horst Mendershausen, Troop Stationing in Germany: Value and Cost, Memorandum RM-5881-PR, Dezember 1968, The RAND-Corporation, S. 19f.

Zahl der in Westeuropa⁺ und in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Soldaten, Zivilangestellten des Department of Defense und deren Angehörigen¹⁾

Jahres- ende	Soldaten in West- europa	DoD Zivilan- gestellte in Westeuropa	Angehörige	Soldaten in der BRD	Anteil der am.Soldaten in der BRD an deren Ge- samtzahl der in Westeuro- pa statio- nierten US-Truppen
1950	145 000	Keine An- gaben	Keine An- gaben	100 000	69%
1951	346 000	Keine An- gaben	Keine An- gaben	140 000	40%
1952	405 000	Keine An- gaben	Keine An- gaben	260 000	63%
1953	427 000	9 000	Keine An- gaben	250 000	60%
1954	404 000	10 000	182 000	260 000	64%
1955	405 000	11 000	272 000	260 000	64%
1956	398 000	12 000	281 000	260 000	70%
1957	393 000	11 000	Keine An- gaben	250 000	64%
1958	380 000	11 000	269 000	230 000	61%
1959	380 000	12 000	300 000	240 000	63%
1960	379 000	12 000	335 000	240 000	63%

1) So weit in den Anmerkungen (siehe S. 55) nicht anders angegeben, wurden die Zahlen folgenden Quellen entnommen: CR, Vol. 117, 13.5.1971, No. 70, S. 6682ff.; Brief der amerikanischen Botschaft in Bonn an den Verfasser vom 2.6.1972; Mendershausen, Troop Stationing, S. 52; siehe auch die kurze Studie des "Legislative Reference Service der Library of Congress, "U.S. Troop Consignments to Europe Since World War II", in: CR, Vol. 112, 31.8.1966, S. 21443f. Außerdem ist hier noch anzuführen: United States Troops in Europe. Report of the Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees on the Subject of United States Troops in Europe to the Committee on Foreign Relations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, Washington D.C. G.P.O. 1968.

Jahres- ende	Soldaten in West- europa	DoD Zivilan- gestellte in Westeuropa	Angehörige	Soldaten in der BRD	Anteil der am Soldaten in der BRD an deren Ge- samtzahl der in Westeuropa statio- nierten US-Truppen
1961	417 000	12 000	341 000	240 000	57%
1962	416 000	12 000	352 000	280 000	69%
1963	380 000	12 000	323 000	260 000	68%
1964	374 000	12 000	310 000	260 000	70%
1965	363 000	13 000	326 000	250 000	69%
1966	366 000	14 000	264 000	230 000	63%
1967	337 000	14 000	264 000	250 000	74%
1968	316 000	14 000	245 000	210 000	66%
1969	300 000	++	245 000	ca.200 000 ⁺⁺⁺⁺	66%
1970	300 000	++	227 000 ⁺	ca.200 000 ⁺⁺	66%
1971	310 000	++	++	ca.200 000 ⁺⁺⁺⁺	64,5%

Anmerkungen:

Die Zahlenangaben zur amerikanischen Europapräsenz schwanken erheblich. So gab Senator Mansfield im CR, Vol. 112, 31.8.1966, S. 21442 z.B. die Zahl der zu dieser Zeit in Westeuropa stationierten US-Soldaten mit 400 000 bis 450 000 an, während die hier verwendete Statistik des Department of Defense lediglich 366 000 Soldaten nannte. Das wiederholte sich 1969, als Mansfield im CR, Vol. 115, 1.12.1969, S. 36147 behauptete, die USA hätten 1967 zusammen 372 000 Soldaten in Europa unterhalten, während die Angaben des DoD nur von 317 000 für diesen Zeitpunkt sprechen. Ein anderes Beispiel: in dem Brief der amerikanischen Botschaft in Bonn an den Verfasser ist die Rede von 14 000 Zivilangestellten des Department of Defense für 1970 in Westeuropa, während in dem unten angeführten Report "United States Troop Levels in Europe" für 1970 deren Zahl auf Seite 3 mit 24 000 angegeben ist.

- + Einschließlich der Türkei, Spaniens und der 6. Flotte im Mittelmeer
- ++ Keine Angaben; nach Auskunft der amerikanischen Botschaft in Bonn kann jedoch mit Sicherheit angenommen werden, daß die Zahlen für 1969-1971 denen für 1968 entsprechen
- +++ Zahlen nach: United States Troop Levels in Europe. Report on Staff Survey Mission to Europe, May 2-24, 1970, 91st. Cong. 2d Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1970.
- ++++ Zahlen nach The Military Balance 1969-1970 f.

Die Zahlen dokumentieren, daß die USA seit dem Ausbau ihrer militärischen Europapräsenz zu Beginn der fünfziger Jahre konstant zwischen 60 und 70 Prozent ihrer Stationierungsstreitkräfte in Europa in der Bundesrepublik untergebracht hatten. Einzig 1961 sank der Anteil für kurze Zeit unter 60 von Hundert, um nach dem Abzug der amerikanischen Verbände aus Frankreich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zeitweilig auf über 70 Prozent anzusteigen. Den durchschnittlich 260 000 amerikanischen Soldaten, die Anfang der sechziger Jahre in Westdeutschland untergebracht waren, standen folgende Vergleichszahlen für andere NATO-Staaten gegenüber: 50 000 Mann in Frankreich, 35 000 in Großbritannien, je 10 000 in Italien und Spanien, 8 700 in der Türkei und 4 000 in Island.

Auch die in Westdeutschland untergebrachten US-Truppen wurden von den Abzügen betroffen, die von der Johnson-Administration in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg vorgenommen wurden. 1966 wurden ca. 20 000 amerikanische "Spezialisten" aus der als besonders kampfstark geltenden 7. US-Army in der Bundesrepublik "ausgekämmt", die in der Folgezeit jedoch wieder durch Rekruten ersetzt wurden¹⁾. Als Ergebnis der 1967 vereinbarten Rotation von Heeres- und Luftwaffenverbänden wurden bis 1968 dann erneut ca. 40 000 amerikanische Soldaten aus Westdeutschland abgezogen, um nach dem Zweibasen-System in den Vereinigten Staaten ihre Unterkünfte zu beziehen. Trotz dieser Reduzierungen stieg in den sechziger Jahren die relative Bedeutung der BRD für die amerikanische Europapräsenz geringfügig, weil diese in ihrer Gesamtheit vor allem auch als Folge des Auszugs der US-Truppen aus Frankreich noch

1) Siehe hierzu auch Alois Friedel, "Amerikanische Truppenpräsenz in Europa und ihr Preis", in: Wehrkunde, 19. Jg., 1970, H. 12, S. 620 - 624. Wie dem Report "United States Troops in Europe" auf Seite 64 zu entnehmen ist, wurde die Zahl der am. Zivilangestellten in Westeuropa in dieser Zeit um 16 000 und die der Angehörigen der Soldaten um 46 000 verringert.

stärker abgebaut wurden. Während die Gesamtzahl der amerikanischen Truppen in dieser Region zwischen 1961 und 1970 um 117 000 Soldaten zurückging, sank die Zahl der in Westdeutschland untergebrachten Soldaten der USA im gleichen Zeitraum von 240 000 auf 200 000 Mann. Einer Reduzierung der US-Streitkräfte in Westeuropa um 28 % steht damit ein Absinken der Vergleichszahlen in der Bundesrepublik um lediglich 17 % gegenüber. Wie sich besonders aus der nachfolgenden Graphik über die Entwicklung der amerikanischen Europa- (ober Kurve) und Deutschlandpräsenz (untere Kurve) zwischen 1950 und 1971 entnehmen läßt¹, ist die Bedeutung des westdeutschen Alliierten für die Anwesenheit amerikanischer Truppen in dieser Region in den sechziger Jahren ständig gestiegen: seit 1962 sind durchschnittlich zwei Drittel aller amerikanischen Soldaten in Europa in der Bundesrepublik stationiert. Für die sechziger Jahre läßt sich eine deutliche Annäherung der beiden Linien für die amerikanische Stationierungspolitik in Westeuropa und der Bundesrepublik feststellen. Was in der Regel als "Europa-präsenz" der Vereinigten Staaten beschrieben wird, beschränkt sich bei näherem Hinsehen auf eine amerikanische "Deutschlandpräsenz".

Anfang der siebziger Jahre bestand die U.S. Army Europe mit Hauptquartier in Heidelberg aus dem 5. und 7. Corps, die gleichfalls ihre Oberkommandos in Westdeutschland haben. Das 5. Corps mit Sitz in Frankfurt besteht aus der 3. Panzerdivision, der 8. motorisierten Infantriedivision und dem 14. gepanzerten Kavallerieregiment. Zum 7. Corps mit Hauptquartier in Stuttgart zählen die 4. Panzerdivision, die 3. motorisierte Infantriedivision, eine Brigade der 1. motorisierten Infantriedivision und das 2. gepanzerte Kavallerieregiment. Außerdem ist die 17. US-Air Force in der Bundesrepublik stationiert. In West-Berlin unterhalten die USA eine Brigade. Insgesamt waren Anfang der siebziger Jahre 162 Garniso-

1) siehe S. 57 a

Anzahl der US-Soldaten
in tausend

500

400

300

200

100

50

1950 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72

nen in Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern mit Soldaten der U.S. Army Europe belegt.¹⁾ Die U.S. Air Force Europe verwaltete von ihrem Hauptquartier in Wiesbaden aus die Militärflugplätze in Bitburg, Hahn, Ramstein, Frankfurt Rhein Main, Sembach, Stuttgart, Wiesbaden und Zweibrücken.²⁾

Die Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpräsenz in den sechziger Jahren dokumentiert, was durch die mit dem Strategiewandel zur "flexible response" verbundene Aufwertung der konventionellen Streitkräfte bereits vorgezeichnet war: die Bundesrepublik wurde nicht von dem allgemeinen Wertverlust betroffen, den Auslandsbasen der USA als Folge der technologischen Entwicklung seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erlitten. Bereits in der Doktrin der "massive retaliation" war die Wichtigkeit des westdeutschen Verbündeten für die amerikanische Militärstrategie daraus erwachsen, daß auch in dieser Drohstrategie ein Bedürfnis nach Bodentruppen, taktischen Luftwaffenverbänden zu deren Unterstützung, Nachschubeinheiten innerhalb des Operationsgebietes und nach Basen zum Schutz der Verbindungswege bestand. Die Bedeutung der BRD ergab sich aus ihrer Funktion für diese "Schildstreitkräfte", während sie für das "atomare Schwert" der USA lediglich von marginaler Relevanz war: zu keinem Zeitpunkt waren in den fünfziger Jahren auf westdeutschem Territorium strategische Träger für amerikanische Atommunition stationiert, deren primäre Aufgabe darin bestanden hätte, im Falle eines Krieges die UdSSR direkt mit Kernwaffen anzugreifen. Selbst als der Stand der Waffentechnologie die Glaubwürdigkeit der Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Sprengköpfe noch davon abhängig machte, daß die in ihrer Reichweite begrenzten Träger des Strategic Air Command so stationiert waren, daß

1) United States Troops Levels in Europe. Report, S.3f.

2) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10, United States Forces in Europe, S.2292.

sie die Städte und Militäranlagen der Sowjetunion erreichen konnten, als die Verwertbarkeit des amerikanischen Atommonopols also noch von dem weiteren Monopol auf ausländische Basen abhing, hatten die B-47-Geschwader des SAC keine Stützpunkte auf westdeutschem Gebiet.¹⁾ Auch als die USA ihr auf Basen angewiesenes strategisches Potential in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre durch die Aufstellung von Mittelstreckenraketen der Typen Thor und Jupiter erweiterten, wurden diese in Großbritannien, Italien und der Türkei, nicht aber in der Bundesrepublik installiert. Nach Angaben McNamaras ist die Mace-B die einzige jemals von den USA in der BRD stationierte Rakete, die von ihrem westdeutschen Startpunkt aus das Gebiet der UdSSR erreichen kann.²⁾ Dieser Träger ist jedoch als Gefechtsfeldwaffe zur Unterbrechung des gegnerischen Nachschubs gedacht und wird nicht zu den strategischen Systemen gerechnet.³⁾

Eine gewisse Relevanz der Bundesrepublik für das strategische Potential der USA könnte sich daraus ergeben, daß durch das Bündnis der USA mit Westdeutschland im Falle eines Angriffs die "Vorwarnzeit" für die atomaren Träger der Vereinigten Staaten verlängert wird.⁴⁾ Die USA gewinnen diese taktische Warnzeit durch ein Radar- und Warnsystem, dessen wichtigster Bestandteil das Ballistic Missile Early Warning System (BMEWS) ist. Dessen Außenstationen sind jedoch in Alaska, Grönland und Großbritannien aufgebaut. Die Bundesrepublik spielt keine Rolle in diesem System. Bereits Ende der fünfziger Jahre hat Wohlstetter darüber hinaus nachgewiesen,

1) Die B-47-Geschwader, in dieser Zeit das Rückgrat des SAC, waren in Island, Großbritannien, Spanien und Marokko stationiert.

2) Department of Defense Appropriations, 1966. Senate, S. 242; s.a. NYT, 23.9.1961 und 27.11.1961.

3) So General Lemnitzer, in: Department of Defense Appropriations for 1962. Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess. on H.R. 7851, Washington, D.C. G.P.O. 1961, S. 1691.

4) Siehe hierzu bes. Major General Dale O. Smith, "Overseas Bases in Unlimited war", in: Air Force, Vol. 42, No. 12, Dezember 1959, S. 39 ff.

daß überseeische Basen im Falle eines allgemeinen Atomangriffs die "Vorwarnzeit" für die USA nicht ausdehnen, weil die aus der längeren Flugzeit der Träger bis zum amerikanischen Territorium resultierende Zeitspanne zwischen dem Angriff auf die ausländischen Stützpunkte und auf die USA selbst nicht ausreicht, den Angriff zu identifizieren, zu melden und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.¹⁾

Als der Aufbau einer amerikanischen "Zweitschlagkapazität" durch Härtung der Abschußeinrichtungen für Interkontinentalraketen und die Verteilung der Kernwaffen der USA auf Unterseebooten die Bedeutung der überseeischen Stützpunkte für die atomare Kriegführung der USA immer mehr schwinden ließ²⁾, blieb die BRD von dieser Entwicklung unberührt, weil ihr Territorium für das strategische Atompotential der Vereinigten Staaten von Anfang an nur von zweitrangiger Bedeutung gewesen war. Diese sekundäre Wichtigkeit Westdeutschlands für das strategische Potential der USA, die sich aus der Möglichkeit der Verteilung atomarer Streitkräfte im Falle einer Krise, der Verwendbarkeit der Stützpunkte in Westdeutschland für Tankflugzeuge und als Rückkehrflugplätze für Maschinen nach dem Einsatz ergibt, blieb jedoch erhalten.³⁾ Die Relevanz, die der BRD darüber hinaus als Bestimmungsort für den

1) Albert Wohlstetter, On the Value of Overseas Bases, The RAND-Corporation, P-1877, Santa Monica 1960; s.a. Albert J. Wohlstetter, F.S.Hoffmann, R.J.Lutz, and H.S. Rowen, Selection and Use of Strategic Air Bases, R-266, April 1954, Santa Monica 1963^c.

2) Bereits im Januar 1963 versicherte McNamara im Congress, die in Übersee stationierten taktischen Luftwaffeneinheiten und Mittelstreckenraketen der USA seien für deren atomare Zweitschlagkapazität irrelevant; siehe hierzu: Hearings on Military Posture and H.R. 2440, to Authorize Appropriations during Fiscal Year 1964, Committee on Armed Services, U.S. House of Representatives, 88th Cong., 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1963, S. 308. Es war daher nur konsequent, daß Ende 1963 mit Ausnahme der Mace-Stellungen auf Okinawa und in der BRD alle Raketenbasen der USA im Ausland abgebaut waren.

3) Zu den Vorteilen, die Überseebasen auch im Zustand des atomaren Patt noch für die USA haben können, siehe James William Chapmann II, United States Bases Abroad: Technological and Political Considerations Affecting Their Value, Princeton University Ph.D. 1967, S. 80 ff.

strategischen Lufttransport von Soldaten und Versorgungsgütern und als Netz von Stützpunkten taktischer Flugzeuge zukommt, verweist bereits auf die primäre Funktion des westdeutschen Territoriums in der Strategie der "flexible response": es ist vor allem die Möglichkeit der Stationierung von US-Bodentruppen, die den Wert der BRD für die amerikanische Strategie ausmacht.

In seiner Botschaft an den Congress hat Kennedy im März 1961 die Funktion amerikanischer Stützpunkte in Übersee im Rahmen der Strategie der "flexible response" wie folgt beschrieben:

"Die Stärke und Gruppierung unserer Streitkräfte zusammen mit denen unserer Verbündeten sollte machtvoll und beweglich genug sein, um eine stetige Aushöhung der freien Welt durch begrenzte Kriege zu verhindern; und diese Rolle sollte die Hauptaufgabe unserer Streitkräfte im Ausland bilden ... Jene Einheiten unserer Streitkräfte, die in Übersee stationiert oder für den Einsatz in Übersee bestimmt sind, können am besten auf eine Abschreckung oder Begrenzung solcher Konflikte hin ausgerichtet werden, die einen allgemeinen nuklearen Angriff nicht rechtfertigen und nicht zu einem solchen führen dürfen" 1).

Damit wird die Stationierung amerikanischer Bodentruppen in Westdeutschland zum partiellen Ersatz für die als Folge der waffentechnologischen Entwicklung verlorengegangene territoriale Unverwundbarkeit der USA: nur wenn es den USA ermöglicht wird, bereits in Friedenszeiten ausreichende Streitkräfte für einen begrenzten konventionellen Krieg in Westeuropa zu unterhalten, erscheint das mit der Strategie der "flexible response" vorrangig verfolgte Ziel der Eskalationsprävention realisierbar. Kein Staatsgebiet eines anderen westeuropäischen Verbündeten bietet den US-Truppen aber die gleichen Vorteile der Aufstellung in unmittelbarer Nähe der gegnerischen Verbände wie das der Bundesrepublik. Die USA erhalten durch die Stationierung von ca. 200.000 Soldaten in Westdeutschland die Möglichkeit, bereits zu Beginn eines militärischen Konfliktes in Europa zu intervenieren, noch ehe dieser

1) Europa Archiv, 1961, S.D. 254.

geographisch und hinsichtlich der eingesetzten Waffen ausgedehnt wird. Diese Bedeutung der BRD ließ sich nicht zuletzt daran ablesen, daß 5 der 8 in der Amtszeit Kennedys im Ausland stationierten Heeresdivisionen in Westdeutschland standen, wie auch an der Tatsache, daß bei allen Schwankungen in der amerikanischen Europapräsenz bzw. deren Abbau um ein Drittel in den sechziger Jahren die amerikanische Deutschlandpräsenz relativ konstant blieb.

Wie unverzichtbar das westdeutsche Territorium für die amerikanische Militärstrategie ist, zeigte sich besonders deutlich, als de Gaulle die USA im März 1966 zum Abzug ihrer Verbände vom französischen Staatsgebiet aufforderte. Zum Zeitpunkt des Ultimatums waren in Frankreich 16 amerikanische Heeresdepots und 11 Luftwaffenstützpunkte mit ca. 40 000 US-Soldaten belegt.¹⁾ Bei der Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten für diese Verbände konzentrierten sich die amerikanischen Überlegungen von Anfang an auf die BRD.²⁾ In der Folgezeit nahm die Bundesrepublik sowohl den größten Teil der bis dahin in Frankreich eingelagerten Vorräte als auch amerikanische Stäbe und die meisten der nicht in die USA zurückverlegten Einheiten auf. Wenn McNamara vor dem Unterausschuß des Senats für nationale Sicherheit und internationale Tätigkeiten versichern konnte, daß der Auszug Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO und die damit verbundenen Folgen für die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte

1) Von den Angaben der NYT abweichende Zahlen nennt Gerhard Baumann, Die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Partner. Kornwestheim o.J. (1966), S. 52.

2) Siehe hierzu besonders die Ausführungen McNamaras, in: The Atlantic Alliance. Hearings before the Subcommittee on National Security and International Operations of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., parts 1-7, Washington D.C. G.P.O. 1966; siehe außerdem die Statements

McNamaras in: The Crisis in NATO. Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 89th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1966.

die Funktionsfähigkeit der Allianz nicht entscheidend schwäche¹⁾, so stützte sich diese optimistische Interpretation vor allem darauf, daß die Folgen der französischen Politik durch die Kooperation mit dem west-deutschen Alliierten weitgehend aufgefangen werden konnten. Auch das amerikanische Interesse an einer "Vorwärtsverteidigung" mit dem Ziel der Eskalationsprävention wurde durch den französischen Schritt nicht tangiert, weil zu dessen Realisierung vor allem die Stationierung der US-Truppen in der Bundesrepublik erforderlich ist.

Die Bedeutung der Bundesrepublik für die Verwirklichung der strategischen Vorstellungen der USA ergibt sich aber nicht nur aus ihrer Rolle als Gastland für amerikanische Bodentruppen. Wie sich bereits in der Auseinandersetzung vor und nach dem Mauerbau 1961 in Berlin gezeigt hatte, kommt der BRD auch für die Instrumentierung der Doktrin der "flexible response" eine herausragende Bedeutung zu.

1) Die deutsche Übersetzung ist abgedruckt in: Europa Archiv, 21. Jg., 1966, F. 17, S.D. 446.

3. Die Doktrin der "flexible response" in der Durchführung: die amerikanische Strategie in der Berlinkrise

Als John F. Kennedy im Januar 1961 das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten antrat, schwelte noch immer die zweite Berlinkrise, die von der Sowjetunion in der Absicht entfacht worden war, eine Lösung des die Existenz der DDR bedrohenden Flüchtlingsproblems zu erzwingen.¹⁾ Ausgangspunkt für diese neuerliche Konfrontation um Berlin war eine Note vom November 1958, in der die UdSSR in ultimativer Form die Umwandlung West-Berlins in eine "Freie Stadt" gefordert hatte.²⁾ Von den Rechtstiteln der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurde in dem Ultimatum behauptet, sie seien untergegangen, da die westlichen Besatzungsmächte das Potsdamer Abkommen in allen Punkten gebrochen hätten. Seit Anfang 1959 drohte die Regierung der UdSSR mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR, der die Perspektive einer erneuten Blockade des westlichen Teils der Stadt eröffnete. Nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris stellte die Sowjetunion ihre Berlinforderungen vorübergehend zurück. Die Rede Chruschtschows

1) Zum Verlauf der Krise s. u.a. Harald Horn, Die Berlin-Krise 1958/61. Zur Funktion der Krise in der internationalen Politik, Frankfurt 1970; James L. Richardson, Deutschland und die NATO, Strategie und Politik im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Köln und Opladen 1967, bes. Teil IV.; Jack M. Schick, The Berlin Crisis 1958-1962, Philadelphia 1971; Hans Speier, Die Bedrohung Berlins. Eine Analyse der Berlin-Krise von 1958 bis heute, Köln und Berlin 1961; Walther Stützel, Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962, Bonn 1972.

2) Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1966, mit einem Vorwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bonn in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, München 1967², Kap. XXXII ff. s.a. Helmut R. Külz, "Das sowjetische 'Ultimatum' vom 27. November 1958. Versuch einer Korrektur unseres bisherigen Geschichtsbildes", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 16. Jg., H.3, März 1971, S. 246-261 und H.4, April 1971, S. 357-368.

vom 6. Januar 1961 war dann ein erster Hinweis, daß Moskau nach dem Wechsel im Amt des amerikanischen Präsidenten entschlossen war, das Berlinproblem einer abschließenden Lösung zuzuführen.¹⁾

Die Gefahr einer militärischen Konfrontation um Berlin bildete von Anfang an den zentralen Aspekt der Krise. Bereits bei der Ankündigung des Ultimatums hatte Chruschtschow im November 1958 auf die Beistandsverpflichtung des Warschauer Pakts gegenüber der DDR verwiesen, falls die Westmächte nach Abschluß eines Separatvertrages versuchen sollten, den Zugang nach Berlin mit Waffengewalt zu erzwingen.²⁾ Diese Warnung fehlte in keiner der Reden, in denen Chruschtschow in der Folgezeit die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der DDR verlangte.

Der Kennedy-Administration stellte sich daher mit der Übernahme der Amtsgeschäfte die Frage nach der Strategie und den Mitteln, mit denen die amerikanischen Positionen in Berlin gehalten werden sollten. Eine Überprüfung der diesbezüglichen Planungen ihrer republikanischen Vorgänger half nicht weiter: in Ausführung der Doktrin der "massiven Vergeltung" hatte die Eisenhower-Regierung versucht, den Schutz der westlichen Interessen in und an Berlin durch die unmittelbare Koppelung an das strategische Atompotential der USA zu garantieren. Bereits im Mai 1961 setzte McNamara das Weiße Haus davon in Kenntnis, daß die geltenden militärischen Konzepte für eine Konfrontation um Berlin "einen beinahe unverzüglichen Rückgriff auf den Kernwaffenkrieg vorsähen."³⁾

1) "Referat von Ministerpräsident Chruschtschow vor der Versammlung von Parteiorganisationen der Höheren Parteischule, der Akademie der Sozialwissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus des ZK der KPdSU in Moskau am 6. Januar 1961 (Auszug)", in: Europa Archiv, 16. Jg., 1961, F.5, S.D 133 - D 142.

2) "Ansprache des sowjetischen Ministerpräsidenten N.S. Chruschtschow am 10. November 1958 in Moskau (Auszug), in: Dokumente zur Berlin-Frage, S. 296 ff.

3) Schlesinger, Tausend Tage, S. 370; s.a. Hermann: Zolling und Uwe Bahnsen, Kalter Winter im August. Die Berlin-Krise 1961/63. Ihre Hintergründe und Folgen, Oldenburg und Hamburg 1967, S. 81 ff.

Die diesem Konzept inhärente Eskalationsgefahr und die eigenen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen machte die Berlinstrategie der Eisenhower-Administration für die Demokraten unannehmbar. Es kam hinzu, daß der Verweis auf die Unglaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Berlin zu den Standardargumenten gehörte, mit denen Chruschtschow seit Beginn der Krise und besonders bei seinen Gesprächen mit Kennedy in Wien versuchte, seinen amerikanischen Gegenspieler zum Einlenken zu bewegen.¹⁾

Die Zweifel Chruschtschows an der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleardrohung und die Wiederaufnahme des Berlinultimatums durch die Sowjetunion beschleunigten die Revision der amerikanischen militärischen Planungen für Berlin.²⁾ Seit März 1961 bemühte sich eine Studiengruppe unter Leitung des ehemaligen Außenministers Dean Acheson um ein strategisches Konzept, das es den USA ermöglichen sollte, ihre Interessen in der ehemaligen deutschen Hauptstadt zu wahren, ohne beim Beginn von Kampfhandlungen bereits die Verwüstung des eigenen Territoriums heraufzubeschwören.³⁾ Die Prämissen, von denen die Studiengruppe bei ihren Planungen ausging, hat Acheson in einem Interview beschrieben, das er im April 1964 gab.⁴⁾ Die Ankündigung der atomaren Bestrafung erschien der Studiengruppe nicht geeignet, Chruschtschow von der Verwirklichung seiner propagierten Berlinpolitik abzu-

1) Die Begegnung zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien ist ausführlich aus amerikanischer Sicht dargestellt in Pierre Salinger, With Kennedy, New York 1966; Schlesinger, Tausend Tage; C. Sorensen, Kennedy, München 1966.

2) Siehe hierzu die Ausführungen Norstads in: Foreign Assistance Act of 1962. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 87th Cong. 2d Sess., Part 1, Washington D.C. G.P.O. 1962, S. 287.

3) Schlesinger, Tausend Tage, S. 361 ff.

4) Dean Acheson (interviewee), recorded interview by Lucius D. Battle (interviewer), 27.4.1964, John F. Kennedy Library Oral History Program, bes. S. 19 ff.

schrecken. Eine derartige Drohung würde nicht ernst genommen. Pläne für den begrenzten Einsatz von Kernwaffen wurden gleichfalls verworfen, da ein solches Vorgehen einzig als Einladung an die Gegenseite zu interpretieren sei, in gleicher Weise zurückzuschlagen. Allein die Verstärkung der in Westdeutschland stationierten amerikanischen Truppen um zwei oder drei Divisionen bei gleichzeitiger Aufstockung der Reserven in den USA um sechs und mehr Divisionen schien Acheson geeignet, die Abschreckung eines Übergriffs der DDR und ihrer Verbündeten auf West-Berlin zu garantieren. Der Ausbau der amerikanischen Deutschlandpräsenz bildete den Kern der strategischen Planungen der Achesongruppe in der Berlinkrise.

Durch einen Zeitungsartikel wurden Einzelheiten der von der Studiengruppe empfohlenen Berlinplanungen bekannt, die Anfang Juli 1961 dem Präsidenten vorgelegt wurden.¹⁾ Danach wurde außer der Verstärkung der US-Truppen in der BRD vorgeschlagen, 250 000 amerikanische Reservisten aus Westdeutschland und Frankreich zu evakuieren, die Einberufungen in den Vereinigten Staaten zu erhöhen, eine Anzahl Maschinen kommerzieller Luftfahrtgesellschaften zu requirieren, mehr Bomber in Alarmzustand zu versetzen und mehr Mittel für die zivile Verteidigung bereitzustellen. Zwar wurde auch in dem strategischen Konzept der Achesongruppe die Gefahr eines Atomkrieges bewußt einkalkuliert und der Regierung empfohlen, zur Demonstration ihrer Entschlossenheit zum Einsatz auch atomarer Waffen entweder die seit 1958 ausgesetzten Atombombentests wieder aufzunehmen oder Kernwaffen in vorgeschobene Stellungen nahe der Grenze zu verlegen²⁾, der Ausbau der konventionellen Optionsmöglichkeiten stand jedoch eindeutig im Vordergrund.

1) Newsweek, 3. 7. 1961.

2) Newsweek, 12. 6. 1961.

In dieser Situation machte Kennedy den geistigen Urheber der Strategie der "flexible response", General Maxwell D. Taylor, zu seinem militärischen Sonderberater mit der vordringlichen Aufgabe, die Planungen der Vereinigten Staaten für einen Krieg um Berlin zu revidieren.¹⁾ Taylor hatte sich für dieses Amt nicht nur durch seine Kritik an der "massive retaliation" qualifiziert, ihm war darüber hinaus die politische und militärische Situation in und um Berlin aus seiner Tätigkeit als amerikanischer Stadtkommandant vertraut. Bereits am 2. Juli konferierte Kennedy mit seinem Verteidigungsminister, dem Außenminister und seinem militärischen Sonderberater über die strategischen Planungen der USA in der Berlinkrise.²⁾ Die endgültige Entscheidung in dieser Frage fiel bei den Besprechungen Kennedys mit den Stabschefs der Teilstreitkräfte und dem Nationalen Sicherheitsrat am 18. und 19. Juli 1961.

Eine Woche später enthüllte der Präsident der amerikanischen Öffentlichkeit, den Verbündeten und der Sowjetunion, wie sich seine Regierung die Durchführung der "flexible response" in der Berlinkrise vorstellte.³⁾ Die Ausführungen Kennedys ließen drei Elemente der amerikanischen Strategie für die Berlinkrise erkennen: die Beibehaltung der amerikanischen Drohung mit dem Atomkrieg, das Interesse der USA an der Begrenzung eines eventuellen Konfliktes und das Angebot an die UdSSR zu einem politischen Kompromiß, durch den die militärische Konfrontation vermieden werden könnte.⁴⁾

Als die Sowjetunion die Spannungen um Berlin im Som-

1) Siehe auch den SPIEGEL-Titel über Taylor, "Durchbruch nach Berlin?", in: 15. Jg., No. 34, 16. 8. 1961, S. 30 ff.

2) NYT, 8. 7. 1961.

3) "Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, am 25. Juli 1961", in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 17, 1961, S.D 498 - D 505.

4) Zur amerikanischen Strategie in der letzten Phase der Berlinkrise siehe auch Jack M. Schick, "The Berlin Crisis of 1961 and U.S. Military Strategy", in: Orbis, Vol. VIII, Winter 1965, No. 4, S. 816-831; ders., Berlin Crisis, S. 147 ff.

mer 1961 angesichts der ständig steigenden Flüchtlingszahlen aus der DDR bewußt eskalierte, versuchte Kennedy, eine unilaterale Veränderung des Status quo auch dadurch zu verhindern, daß er möglichst glaubwürdig und überzeugend versicherte, sein Land werde vor einem Kernwaffenkrieg nicht zurückschrecken, wenn es zur Wahrung seiner Interessen in West-Berlin gezwungen werde. Nach seiner Rückkehr aus Wien erklärte er in einer Rundfunk- und Fernsehansprache, er habe Chruschtschow vor allem darauf hingewiesen, daß die USA entschlossen seien, ihre Rechte in West-Berlin "auf jede Gefahr hin zu wahren".¹⁾ Die Kennedy-Administration war bemüht, die Glaubwürdigkeit ihrer Bereitschaft zum Rückgriff auf Kernwaffen vor allem durch den Hinweis auf den Symbolcharakter des amerikanischen Engagements in Berlin für die gesamte Außenpolitik des Landes zu erhöhen. So erklärte der Präsident am 25. Juli in seiner "Berlinrede":

"Wir können und werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten uns - sei es allmählich oder mit Gewalt - aus Berlin vertreiben. Denn die Erfüllung unseres dieser Stadt gegebenen Versprechens ist für die Moral und Sicherheit Westdeutschlands, für die Einheit Westeuropas und das Vertrauen der gesamten freien Welt wesentlich." ²⁾

Die gleiche Selbstbindung an die Sicherung West-Berlins mit allen eventuell erforderlichen Mitteln ging auch McNamara ein, als er vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses erklärte:

"Es sollte allen Amerikanern klar sein, daß wir unsere eigene Sicherheit durch einen Rückzug in Berlin nicht vergrößern können. Die glitschige Straße des Appeasement kann nur zu unserer Isolierung und letztlich zur Katastrophe führen. Sie würde unweigerlich zum Zusammenbruch der NATO-Allianz und zum Verlust des Vertrauens in die Stärke und Absichten der Vereinigten Staaten überall in der Welt führen." ³⁾

1) Europa Archiv, 1961, S.D 348.

2) Europa Archiv, 1961, S.D 499.

3) Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong., 2d Sess., part 1, S. 6.

Als weiteres Signal der atomaren Kampfbereitschaft der USA war die Anordnung Kennedys gedacht, die im März und Mai 1961 vom Congress gebilligten Aufrüstungsmaßnahmen zu beschleunigen. Gleichzeitig sollte der Ausbau der Zivilschutzmaßnahmen gegen die Auswirkungen eines Atomkrieges und die angeordnete Koordinierung dieses Programms im Verteidigungsministerium dokumentieren, daß die USA auf eine nukleare Konfrontation vorbereitet sein würden, falls es wegen Berlin dazu kommen sollte.¹⁾

Die Signale und Deklarationen der Kennedy-Administration, notfalls auf Atomsprengköpfe zurückgreifen zu wollen, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in der amerikanischen Militärstrategie für die Berlinkrise die Rolle der Atomwaffen auf die Funktionen beschränkt bleiben sollte, die ihnen in der Doktrin der "flexible response" generell zugewiesen ist: die Abschreckung des Ersteinsatzes dieser Waffen durch die Gegenseite und den Einsatz als letztes Mittel, falls alle anderen Versuche zur Sicherung der amerikanischen Position in Berlin fehlgeschlagen sein sollten. Diese den Atomwaffen in der Konfrontation mit der UdSSR zugewiesene Rolle wurde zum einen in der Rede deutlich, die der damalige Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, Paul Nitze, im September 1961 in Washington hielt, und in der er ausführte, die atomare Schlagkraft der USA sei in der Berlinkrise die Voraussetzung dafür, daß "die uns zur Begegnung dieser Herausforderungen zur Verfügung stehenden anderen Möglichkeiten wirkungsvoll sein können."²⁾ Zum anderen nahm Verteidigungsminister McNamara ausführlich zu diesem Thema Stellung, als er anlässlich der Begründung der Mehranforderungen der Kennedy-Administration vor dem Senatsausschuß für die Streitkräfte erklärte:

1) Europa Archiv, 1961, S. D 501 f.

2) "Rede des Unterstaatssekretärs für internationale Sicherheit im amerikanischen Verteidigungsministerium, Paul H. Nitze, vor dem Verband amerikanischer Armeeangehöriger am 7. September 1961 in Washington", in: Europa Archiv, 16. Jg., 1961, F. 19, S. D 573 - D 577.

" Wir haben sehr stark das Gefühl, daß der amerikanische Verteidigungsapparat ein größeres Maß an Flexibilität bei der Reaktion auf verschiedene Situationen haben muß. Wir müssen den Bereich der militärischen Alternativen ausdehnen, die dem Präsidenten zur Abwehr einer Situation zur Verfügung stehen, wie sie bei der Aufrechterhaltung unserer Position in Berlin auf uns zukommen kann. Ich möchte jedoch klarstellen, daß das nicht bedeutet, daß wir die Schlagkraft unserer taktischen atomaren Fähigkeiten vermindern. Wie ich bereits ... früher erklärt habe: sogar in Situationen eines begrenzten Krieges sollten wir den Einsatz taktischer Atomwaffen nicht ausschließen, weil niemand vorhersehen kann, wie sich solche Situationen entwickeln könnten." 1)

Angeichts der amerikanischen Absicht, trotz der eigenen extrem ungünstigen Ausgangslage in einem militärischen Konflikt um die ehemalige deutsche Hauptstadt den Einsatz atomarer Waffen wenn irgend möglich zu verhindern, mußte der Schwerpunkt der Maßnahmen zur Instrumentierung der amerikanischen Berlinstrategie auf dem Ausbau der "General Purpose Forces" - vor allem der US-Army - liegen. Nachdem McNamara am 7. Juli beauftragt worden war, zu überprüfen, ob die USA wegen Berlin aufrüsten müßten, erklärte sein Stellvertreter Gilpatric bereits wenige Tage später auf einer Pressekonferenz, das Ministerium plane die Mobilmachung bestimmter Einheiten der Nationalgarde und der Armeereserve.²⁾ In seiner "Berlinrede" kündigte Kennedy am 25. Juli dann an, er werde die Legislative um einen zusätzlichen Betrag von 3,247 Milliarden Dollar ersuchen, der für die Erhöhung der Zahl der Soldaten, die Beschaffung von mehr und besseren konventionellen Waffen und den Ausbau der Mobilität der amerikanischen Streitkräfte bestimmt sein würde.³⁾ Drei Tage nach dem Bau der Mauer in Berlin alarmierte

1) Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong. 1st Sess., S. 1627.

2) NYT, 11. 7. und 12. 7. 1961.

3) Zur detaillierten Aufschlüsselung dieses Betrages siehe: Amendments to the Budget for the Military Functions of the Department of Defense, 87 th Cong., 1st Sess., U.S. Senate, Document No. 39.

die Armee 113 Einheiten der Reserve und der Nationalgarde, Ende August befahl das Pentagon 76 500 Reservisten zum aktiven Dienst, im September wurden zwei Divisionen der Nationalgarde und 249 Einheiten der Armeereserve und der Nationalgarde unter Verweis auf die Spannungen um Berlin einberufen.¹⁾ Gleichzeitig erhöhte die Luftwaffe ihre taktische Kampfkraft durch die Mobilisierung von 50 000 Angehörigen ihrer Reserve und der fliegenden Einheiten der Nationalgarde.²⁾ Insgesamt beriefen die USA 1961 148 000 Reservisten zum aktiven Dienst ein³⁾ und verlängerten die Dienstzeit von 84 000 Soldaten, die zur Entlassung anstanden.⁴⁾ Von der Aufstockung profitierten alle Teilstreitkräfte, der Löwenanteil entfiel jedoch auf das Heer, dessen Personalstärke entsprechend einer alten Forderung General Taylors auf über eine Million Mann angehoben wurde. Die Ausgaben für die konventionelle Kampfkraft der US-Army waren 1961 fast doppelt so hoch wie im letzten Amtsjahr Eisenhowers. Ein Vergleich der Streitkräfteplanungen der Kennedy-Administration für die Jahre 1962/63 mit den diesbezüglichen Vorstellungen der Eisenhower-Regierung, sowie des Bestandes vor den Aufrüstungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Berlinkrise und der Ende 1961 bestehenden Personalstärke der Teilstreitkräfte ergibt folgendes Bild⁵⁾:

1) Department of Defense Appropriations for 1965, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong., 2d Sess., part 4, S. 91 f.

2) Vgl. zu den einzelnen Maßnahmen die Ausführungen von General Davis, Jr., Director of Manpower and Organization, Deputy Chief of Staff, Operations, U.S. Air Force, in: Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong., 2d Sess., part 1, S. 301 f.

3) McNamara, in: Authorizing the President, Committee on Armed Services, Senate, 87th Cong., 2d Sess., S.2.

4) NYT, 17. 8. 1961.

5) United States Defense Policies in 1961, 87th Cong., 2d Sess., H. Doc. No. 502, S. 80.

	Tatsächliche Stärke		Geplante Stärke		
	30.6.61	31.12.61	30.6.62 Eisen- hower	30.6.62 Kennedy	30.6.63
Armee	858 622 1	087 567	870 000	1081000	960000
Marine	627 089	660 888	625 000	660000	665000
Marine Corps	176 909	190 708	175 000	190000	190000
Luftwaffe	821 151	871 868	823 000	888000	869000
Zusammen	2 483 771	2 811 031	2493 000	2825000	2684000

Nach der Argumentation der Kennedy-Administration erforderte eine flexible Strategie aber nicht nur den Ausbau des Personalbestandes der amerikanischen Streitkräfte, sondern auch die Fähigkeit, diese aufgestockten Verbände schnell verlegen zu können.¹⁾ Durch den Ausbau der Lufttransportkapazität um 25% und die Indienststellung von 45 Transportschiffen sollte diese Mobilität erreicht werden. Dem gleichen Zweck diente die Anlage und Bestückung von überseeischen Depots, in denen ein großer Teil der nichtnuklearen Waffen, Munition und Ausrüstung eingelagert wurde, für deren Beschaffung mehr als die Hälfte der von Kennedy zusätzlich beantragten Mittel ausgegeben wurde.

Am 9. September 1961 befahl Verteidigungsminister McNamara 40 000 amerikanische Soldaten nach Europa. Diese während der Auseinandersetzungen um Berlin zusätzlich entsandten Truppen wurden - wie auch aus der Tabelle auf den Seiten 54 und 55 hervorgeht - fast

1) Siehe bes. McNamara in: Military Procurement Authorization Fiscal Year 1963. Hearings before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 87th Cong., 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1962, S. 148.

ausschließlich in der Bundesrepublik stationiert, wobei die Möglichkeit zur Dislozierung der Verbände in unmittelbarer Nähe des Zentrums der Spannungen eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg der von Kennedy in der Berlinkrise betriebenen Politik der militärischen Schaustellung und der Demonstration amerikanischer Kampfbereitschaft darstellte. Mitte der sechziger Jahre erklärte der damalige Oberkommandierende der NATO, General Norstad, vor einem Senatsausschuß zur Bedeutung der konventionell gerüsteten Streitkräfte der USA in den verschiedenen Konfrontationen um Berlin:

"Ich war in einer Position, die Rolle unserer Truppen in den Alliierten Streitkräften während mehrerer Konfrontationen in Berlin zu 'beaufsichtigen' - falls das das richtige Wort ist. Die Bewegung von Truppen, der Wille, Truppen zu gebrauchen und einzusetzen, war ein wichtiger Punkt. Ich glaube einfach nicht, daß wir diesen Anforderungen hätten gerecht werden können, wenn wir nicht die konventionellen Streitkräfte gehabt hätten, die wir hatten". 1)

Was General Norstad zum Erfordernis konventioneller Streitkräfte in den Auseinandersetzungen um Berlin feststellte, galt für die Notwendigkeit herkömmlich armierter Truppen in der Strategie der "flexible response" allgemein. Für die amerikanische Europa-präsenz bedeuteten die Bemühungen der Kennedy-Administration um einen Ausbau der militärischen Optionsmöglichkeiten im Interesse der Eskalationsprävention einen qualitativen Wandel: während es sich ursprünglich bei der Stationierung amerikanischer Truppen in Europa um eine "Investition auf Zeit" (Joffe) handeln sollte, wurde die amerikanische Europapräsenz in der "flexible response" und deren Konkretisierung in der

1) Atlantic Alliance, Subcommittee on National Security and International Operations of the Committee on Government Operations, Senate, 89th Cong., 2d Sess., part 2, S. 74.

Berlinkrise zu einer auf Dauer angelegten Institution, die unabhängig von den Eigenleistungen der Verbündeten fortbestehen würde. Das wurde besonders deutlich, als Verteidigungsminister McNamara in mehreren Stellungnahmen vor legislativen Gremien darauf bestand, daß es selbst für den Fall, daß die Alliierten mit dem Ausbau ihres Militärpotentials fortfahren würden, unumgänglich sei, die amerikanischen Divisionen auch in Zukunft in Europa zu belassen.¹⁾

3.1 Die legislative Zustimmung zur Instrumentierung der "flexible response"

Im Gegensatz zur "Great Debate" über die Stationierung der US-Truppen in Europa zu Beginn der fünfziger Jahre vollzog sich der Wandel in der amerikanischen Europapräsenz von einer vorübergehenden Hilfe für die Verbündeten zu einer auf Dauer angelegten Institution ohne große Auseinandersetzungen in der Legislative, weil er von den Senatoren und Abgeordneten nicht als solcher erkannt wurde. Was in Wirklichkeit die Instrumentierung einer neuen amerikanischen Militärstrategie mit erheblichen Auswirkungen auf die Stationierungspolitik der USA in Europa war, stellte sich dem Congress als Notstandsmaßnahmen der Kennedy-Administration zur Bewältigung der Auseinandersetzung um Berlin dar, die mit allseitiger Zustimmung rechnen konnten.

Noch am selben Tag, als Kennedy vom Congress unter Verweis auf die Berlinkrise zusätzliche Mittel für Militärausgaben verlangte, brachten die Senatoren

1) Vgl. hierzu den Dialog zwischen McNamara und Senator Ellender in: Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for 1965. Hearings before the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 88th Cong., 2d Sess., on H.R. 11812, Washington D.C. G.P.O. 1964, S. 216f. Siehe außerdem das Statement McNamaras in: Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for Fiscal Year 1967. Hearings before the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., on H.R. 17788, Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 15 f.

Russell und Saltonstall Senate Joint Resolution 120 ein, durch die der Präsident ermächtigt werden sollte, bis zum 1. Juli 1962 maximal 250 000 Reservisten für nicht länger als 12 Monate einzuberufen und den Dienst zur Entlassung anstehender Soldaten um gleichfalls 12 Monate zu verlängern.¹⁾ Die im Repräsentantenhaus eingebrachte House Joint Resolution 505 des Abgeordneten Vinson zielte in die gleiche Richtung.²⁾

Zu diesem Zeitpunkt war der Etat für die Anschaffung militärischen Materials im Finanzjahr 1962 bereits verabschiedet.³⁾ Um den formalen Rahmen für die Nachbewilligungen zu schaffen, wurden überhastet neue Hearings angesetzt.⁴⁾ Die gehetzte Atmosphäre, in der die Mehranforderungen Kennedys erörtert wurden, machte es den Mitgliedern der Ausschüsse für die Streitkräfte und der Bewilligungsausschüsse unmöglich, die ganze Tragweite der anstehenden Entscheidungen und den involvierten Strategiewandel zu erkennen.

Die Eskalation der Spannungen um Berlin im Sommer 1961 war für die Kennedy-Administration das zuverlässigste Vehikel, die als Voraussetzung für die Realisierung der neuen Strategie unerläßliche konventionelle Aufrüstung durch die Legislative zu bringen, ohne dem Congress die gesamten Implikationen des Strategiewandels erklären zu müssen und ohne mit den Abgeordneten und Senatoren die Diskussion über Vor-

1) CR, Vol. 107, No. 120, 20.7.1961, S. 12525.

2) *ibid.*, S. 12523.

3) Edward A. Kolodziej, *The Uncommon Defense and Congress*, Ohio State University Press 1966.

4) Hearings before the Committee on Armed Services of the House of Representatives on Sundry Legislation Affecting the Naval and Military Establishments 1961. No. 30. Full Committee Consideration of House Joint Resolution 505, to Authorize the President to Order Units and Members in the Ready Reserve to Active Duty for not More Than 12 Months, and for Other Purposes; and H.R. 8353, to Authorize Additional Appropriations for Aircraft, Missiles, and Naval Vessels for the Armed Forces, and for Other Purposes, July 28, 1961. 87th Cong., 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1961.

und Nachteile der strategischen Konzepte "massive retaliation" und "flexible response" führen zu müssen. Die Resolutionen, die im Congress zur amerikanischen Berlinpolitik eingebracht worden waren, gingen in ihren Forderungen nicht selten über die Ziele hinaus, die sich die Kennedy-Administration in der Konfrontation um Berlin gesteckt hatte.¹⁾ Angesichts der in allen Resolutionen demonstrierten Geschlossenheit und Kampfbereitschaft war es nur konsequent, wenn die Abgeordneten und Senatoren den Mehranforderungen Kennedys zustimmten, ohne die Regierungsvertreter in den Hearings durch Fragen nach den hinter den Aufrüstungsmaßnahmen stehenden strategischen Vorstellungen aufzuhalten. Vereinzelt aufkommende Kritik, durch die konventionelle Aufrüstung gerate die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Atomdrohung in Zweifel, wurde von den Regierungsvertretern ohne große Diskussionen abgeblockt.²⁾

Bereits am 27. Juli empfahl der Senatsausschuß für die Streitkräfte, Senate Joint Resolution ohne Änderungen anzunehmen³⁾ und die in S. 2311 genannten 958 Millionen Dollar, für die eine zusätzliche Bewilligung erforderlich war, bereitzustellen.⁴⁾ Einen Tag später

1) Zu den im Congress eingebrachten Resolutionen zur amerikanischen Berlinpolitik vgl. S. Res. 164, von Sen. Javits am 22. Juni 1961 eingebracht, in: CR, Vol. 107, 26. 7. 1961, No. 125, S. 12604 f. H.J. Res. 484 des Abg. Colmer, ibid., 17. 7. 1961, S. 11796; H. Con. Res. des Abg. Roush, ibid., S. 11829 f. H. Res. 373 des Abg. Fascell, ibid., 18. 7. 1961, No. 120, S. 11886; H. Con. Res. 351 des Abg. Gallagher, ibid., 19. 7. 1961, No. 121, S. 12019. Diese Resolution wurde vom Department of State und vom Weißen Haus unterstützt. Sie blieb hinter den "härteren" Positionen der anderen Resolutionen, bes. von H. Con. Res. 354, zurück. H. Con. Res. 354 des Abg. Feighan, ibid., 24. 7. 1961, No. 123, S. 12233 ff.; H. Con. Res. 357 des Abg. Saund, ibid., 26. 7. 1961, No. 125, S. 12523; H. Res. 359 des Abg. Becker, ibid., S. 12811.

2) z.B. von McNamara in: Foreign Operations Appropriations for 1962. Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1961, S. 1611 ff.

3) Authorizing the President to Order Units and Members in the Ready Reserve to Active Duty for Not More Than 12 Months, and for Other Purposes, 87th Cong. 1st Sess., U.S. Senate, Report No. 642, Washington D.C. G.P.O. 1961.

4) Authorizing Additional Appropriations for Aircraft, Missiles, and Naval Vessels for the Armed Forces, 87th Cong., 1st Sess., U.S. Senate, Report No. 643, Washington D.C. G.P.O. 1961.

wurde Senate Joint Resolution 120 ohne Gegenstimme vom Senat verabschiedet.¹⁾ Während die zusätzlichen Mittel für Flugzeuge und Raketen auch vom Repräsentantenhaus ohne Gegenstimme bewilligt wurden, stimmten zwei Abgeordnete gegen die Erhöhung des Personalbestandes der Streitkräfte mit der Begründung, ihr Votum sei "eine Aufforderung an die Regierung, den Ausbau unserer atomaren Stärke und die Politik der massiven Vergeltung wieder nachdrücklich zu betonen."²⁾

Angesichts der Zurückhaltung, die sich liberale Kritiker höherer Militärausgaben wie konservative Anhänger einer Strategie der "massive retaliation" mit Rücksicht auf die Berlinkrise gegenüber den Mehranforderungen vom Sommer 1961 auferlegten, wollte die Kennedy-Administration auch dann nicht auf die Argumentation mit den Spannungen um die ehemalige deutsche Hauptstadt verzichten, als die Berlinkrise bereits abgeklungen war.³⁾ Im Februar 1962 behauptete der Präsident, die Notwendigkeit zur Einberufung von Reservisten bestehe nach wie vor, die unsichere Situation in und um Berlin erfordere die Beibehaltung des erhöhten Personalbestandes⁴⁾. In den Hearings zum Militäretat für das Finanzjahr 1963 hielten sich die Regierungsvertreter die Möglichkeit von Nachforderungen übereinstimmend mit der Erklärung offen, bei

1) CR, Vol. 107, 31.7.1961, No. 120, S. 11832.

2) CR, Vol. 107, 31.7.1961, No. 120, S. 11800ff. 403 Abgeordnete stimmten für den Ausbau der Personalstärke.

3) Siehe den Dialog zwischen McNamara und dem Abgeordneten Minshall sowie die Fragen des Abg. Ford an Armeeminister Stahr und dessen Stabschef, General Decker, wie auch die schriftliche Festlegung der Position der Armee zum Zusammenhang von Berlinkrise und Armeestärke im Etat für 1963 in Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong., 2d Sess., part 2, S. 99 und 341 ff. Außerdem McNamara in: Military Procurement Authorization Fiscal Year 1963, Committee on Armed Services, 87th Cong. 2d Sess., S. 90 ff.,

4) NYT, 15.2.1962; siehe auch das "Statement of the President on the Release of National Guard and Reserve Units, April 11, 1962", in: Public Papers 1962, S. 322f.

der Festsetzung der beantragten Mittel sei die Administration von der Annahme ausgegangen, daß die Berlinkrise bis zum 30. Juni 1962 beendet sei. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse mit zusätzlichen Bewilligungsanträgen der Exekutive gerechnet werden¹⁾ - ein Hinweis, der Senator Robertson zur Frage an Armeeminister Stahr provozierte: "Wann werden Sie uns wissen lassen, daß Sie glauben, die Berlinkrise sei nicht vorüber?"²⁾ McNamara nannte Zahlen: falls die Berlinkrise andauern sollte, würde die Ende des Haushaltsjahres 1962 bestehende Stärke der amerikanischen Streitkräfte von 2 824 764 Mann beibehalten und nicht wie im Etat für 1963 vorgesehen auf 2.671 800 gekürzt.³⁾

Als der Vorsitzende des Ausschusses für die Streitkräfte im Repräsentantenhaus, Carl Vinson, am 10. September 1962 die House Joint Resolution 876 einbrachte, mit der Kennedy nochmals ermächtigt wurde, bis zu 150 000 Reservisten für die Dauer von maximal 12 Monaten einzuberufen, wurde die Brauchbarkeit der Berlinkrise als Rechtfertigungsinstrument für den langfristigen Ausbau der konventionellen Kampfkraft der USA erneut sichtbar.⁴⁾ Die Vermutung liegt nahe, daß die

1) Diese Argumentation findet sich bes. in: Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong. 2d Sess., part 2.

2) Department of Defense Appropriations for 1963, Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 87th Cong. 2d Sess., on H.R. 11289, Washington D.C. G.P.O., S. 278.

3) *ibid.*, S. 97 f.

4) Full Committee Consideration of House Joint Resolution 876, to Authorize the President to Order Units and Members in the Ready Reserve to Active Duty for Not More Than 12 Months, and for Other Purposes, Hearings before the Committee on Armed Services, House of Representatives, 87th Cong., 2d Sess., September 13, 1962, No. 74, Washington D.C. G.P.O. 1962; Der Versuch der Regierung, auch ihre Anforderungen für den Europa betreffenden Teil des Auslandhilfeprogramms an die Berlinkrise anzuhängen, führte am 8.8.1961 zu einer scharfen Kontroverse zwischen dem Abg. Passman und dem Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs, William R. Tyler, siehe Foreign Operations Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong., 1st Sess., S. 731 ff.

Fortdauer der Berlinkrise über den 13. August 1961 hinaus auch mit diesem Aspekt der innenpolitischen Verwertbarkeit der Konfrontation mit der UdSSR in Deutschland zur Durchsetzung der Aufrüstungspolitik im Rahmen der Instrumentierung der "flexible response" im Zusammenhang steht.¹⁾

3.2. Die erneute Forderung nach höheren Eigenleistungen der Alliierten

Die Repräsentanten der Kennedy-Administration hatten bereits in den ersten Wochen ihrer Amtszeit jede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, die Verbündeten aufzufordern, endlich mit dem Ausbau ihrer Bodentruppen und ihrer taktischen Luftwaffeneinheiten Ernst zu machen und die konventionelle Kampfkraft der westlichen Allianz zu erhöhen.²⁾ Das Erfordernis der Instrumentierung der neuen Strategie der "flexible response" verlieh diesem traditionellen Anliegen

1) Das gesamte Ausmaß der konventionellen Aufrüstung der Vereinigten Staaten während der Regierungszeit Kennedys wird aus den Zahlen deutlich, die der Präsident in seiner für den 22. November 1963 in Dallas vorbereiteten Rede nannte: "Wir haben die Einsatzbereitschaft unserer konventionellen Streitkräfte drastisch erhöht: die Zahl der kampfbereiten Heeresdivisionen um 45 Prozent, das Beschaffungsprogramm moderner Heereswaffen und -ausrüstungen um 100 Prozent, unser Neubau-, Umbau- und Modernisierungsprogramm der Marine um 100 Prozent, die Zahl der taktischen Luftstärken um 30 Prozent und die Kampfstärke des Marinekorps um ein Beträchtliches ... Wir haben die Beschaffung von Truppentransportflugzeugen um 175 Prozent gesteigert und eine 75prozentige Erhöhung der vorhandenen strategischen Lufttransportkapazität erreicht." Europa Archiv 1963, S. D 563; Geringfügig abweichende Zahlen nannte McNamara in seinem Statement vor dem Democratic Platform Committee am 17. August 1964, in: CR, Vol. 110, 21.8.1964, No. 165, S.A 4442ff.

2) Vgl. u.a., "Erklärung von Präsident John F. Kennedy vor dem Militärausschuß der NATO in Washington am 10. April 1961" in: Europa Archiv, 16.Jg., 1961, F.9, S. D 287 - D 289; "Ansprache von Vizepräsident Lyndon Johnson anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte Europa (SHAPE) in Paris am 6. April 1961", in: Europa Archiv, 16.Jg., 1961, F.9 S.D 283- D 287. Siehe auch das TV-Interview, das Rusk am 23. Juli 1961 gab, Text in: DOSR, Vol. XLV, No. 1155, 14. 8. 1961, S. 286 ff.

der amerikanischen Hegemonialmacht erhöhte Aktualität. Die Mahnungen der neuen amerikanischen Regierung waren jedoch ohne Erfolg geblieben.

Der Ausbau der konventionell gerüsteten Streitkräfte der USA und die Entsendung zusätzlicher Truppen nach Europa in der Berlinkrise waren daher auch erneut als Katalysatoren für höhere Eigenleistungen der westeuropäischen Verbündeten der USA gedacht. Diese Aktualisierung einer der traditionellen Funktionen der amerikanischen Europapräsenz in der Berlinkrise läßt sich durch eine Vielzahl von Äußerungen zuständiger Vertreter der neuen amerikanischen Regierung belegen. So vertrat Präsident Kennedy selbst öffentlich die Ansicht, daß eine Politik des amerikanischen Beispiels die einzige Möglichkeit sei, die Verbündeten zu größeren Anstrengungen zu bewegen¹⁾, und vor dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses hob sein Verteidigungsminister die Verpflichtung der USA hervor, bei der konventionellen Aufrüstung des Bündnisses "für die Führung zu sorgen und das Beispiel zu geben"²⁾. Vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses erklärte der Stabschef der Armee, General Wheeler, zum Ausbau der amerikanischen Europapräsenz in der Berlinkrise:

" Die Verlegung zur Zeit des Ausbaus der Streitkräfte wegen Berlin hatte meiner Meinung nach zwei Seiten. Sie war nicht nur durch militärische Überlegungen inspiriert oder diente allein einem militärischen Zweck, sie diente auch politischen Zielen. Es war eine Demonstration gegenüber den Sowjets, daß wir beabsichtigten, in Europa zu bleiben, daß wir kämpfen würden. Es war aber auch ein Versuch politischer Art, unsere Verbündeten anzuregen, ein bißchen mehr für die Verteidigung zu tun." ³⁾

1) "Fernsehinterview des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, am 17.12.1962", in: Europa Archiv, 18. Jg., 1963, F.2, S. D 44 - 51.

2) Military Posture Briefings (No.9). Hearings before the Committee on Armed Services, House of Representatives, 87th Cong., 2d Sess., Washington D.C., G.P.O. 1962, S. 3244.

3) Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong. 1st Sess., S. 137 f.

Haben die USA die beiden von Wheeler zutreffend beschriebenen Ziele ihrer Aufrüstungs- und Stationierungspolitik der Jahre 1961/1962 erreicht? Zunächst war der Ausbau der konventionellen Kampfkraft der amerikanischen Truppen in den USA und Europa Teil einer Abschreckungspolitik, die von der Kennedy-Administration dadurch komplettiert wurde, daß sie der UdSSR ihre Bereitschaft zur friedlichen Lösung des Berlinproblems auf der Basis eines Kompromisses signalisierte. Den Bereich, in dem die Regelung des Flüchtlingsproblems möglich sein würde, wiesen die USA durch die Konkretisierung jener Minimalforderungen aus, für deren Sicherung sie einen Krieg führen würden. Gleichzeitig mit der Deklaration der atomaren Kampfbereitschaft und der Ankündigung des Ausbaus der konventionellen Kampfkraft seines Landes verkündete Kennedy in seiner "Berlinrede" daher jene "essentials", deren Verletzung für die USA einen Casus belli darstellen würde: die militärische Präsenz der USA in der Stadt, der ungehinderte Zugang der amerikanischen Truppen und die Freiheit und Lebensfähigkeit West-Berlins. Indem Kennedy die Sicherheit seines Landes mit dem Status quo in West-Berlin identifizierte, ohne die Rechtstitel der Westmächte in ganz Berlin zu erwähnen, wies er den östlichen Teil der Stadt als das Gebiet aus, auf dem eine Regelung des Flüchtlingsproblems möglich sein würde, ohne die vitalen Interessen der USA in der Berlinfrage zu tangieren. Beim Bau der Mauer in Berlin im August 1961 zeigte sich, daß die UdSSR dieses Signal der USA verstanden hatte. In welchem Maße die Kompromißbereitschaft der UdSSR dabei von den die Krise eskalierenden militärischen Maßnahmen der USA beeinflusst wurde, läßt sich jedoch nicht feststellen.

Während die Abschreckungsfunktion der amerikanischen Aufrüstungs- und Stationierungspolitik - wenn überhaupt - nur bis zum Mauerbau relevant war, ließ sich die Beispielhaftigkeit dieser Maßnahmen auch nach dem 13. August 1961 noch als Argument in der Auseinander-

setzung mit den Alliierten um deren militärische Eigenleistungen verwenden. Die USA hatten ihren diesbezüglichen Druck bereits verschärft, nachdem der Nationale Sicherheitsrat am 18. Juli endgültig beschlossen hatte, die amerikanische Position in Berlin vor allem mit konventionellen Mitteln zu halten.¹⁾ Bereits am 15. August forderte Kennedy von McNamara und Rusk einen Bericht über den Erfolg der amerikanischen Bemühungen an, von den Alliierten Zusagen zum Ausbau ihrer Streitkräfte zu erhalten.²⁾ Noch im gleichen Monat leitete General Norstad als SACEUR dem NATO-Rat einen Zwei-Stufen-Plan zu, nach dem die der Allianz zur Verfügung stehenden Streitkräfte ausgebaut werden sollten. Nach diesem Dokument war jedes Mitgliedsland aufgefordert, seine militärischen Anstrengungen auf vier Bereiche zu konzentrieren: die Auffüllung der Mannschaftsständen und Verbesserung der Ausrüstung in den bereits bestehenden Einheiten; die Bereitstellung zusätzlicher Verbände, um die in der Direktive MC 70 vereinbarten 30 Divisionen zu erreichen; die Aufstellung zusätzlicher schnell verfügbarer Nachschub- und Versorgungseinheiten und die Verbesserung des Bereitschaftsgrades der Reserven und Verstärkungen.³⁾ Auf den Ministerratstagungen der NATO im Mai und Dezember 1962 setzten die USA ihre massiven Vorstöße in dieser Richtung fort. Die Repräsentanten der Kennedy-Administration konnten

1) Vgl. die Aussagen McNamaras über seine Gespräche im Juli 1961 mit den militärischen Führungsgremien der NATO und der britischen Regierung in Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 87th Cong., 2d Sess., S. 209 ff. Am 23.7.1961 berichtete die New York Times von einem Memorandum, das Kennedy unter den Verbündeten zirkulieren ließ und in dem er sie aufforderte, das konventionelle Potential der NATO auszubauen.

2) CO 92/LG/Berlin (Executive), White House Subject Files, John F. Kennedy Library, Boston.

3) Foreign Assistance Act of 1962, Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 2d Sess., S. 286.

sich bei diesen Forderungen an die Adresse der Alliierten auf die innenpolitischen Pressionen berufen, denen sie sich im Zusammenhang mit dem Ausbau der amerikanischen Streitkräfte ausgesetzt sahen. In der Tat reduzierte sich die legislative Kritik an der amerikanischen Aufrüstungs- und Stationierungspolitik in der Berlinkrise auf die Verschärfung der traditionellen Beschwerden der Senatoren und Abgeordneten über die mangelhaften Eigenleistungen der Verbündeten. In der Diskussion um die von Kennedy geforderten Mehrausgaben wurde den Vertretern seiner Regierung immer wieder die Frage gestellt, ob es Zusicherungen der Westeuropäer gebe, nun endlich vergleichbare Leistungen zu erbringen.¹⁾ Senator Ellender forderte die Administration unumwunden auf, die Verbündeten unter Verweis auf die amerikanischen Vorleistungen zu zwingen, ihren Anteil zur Verteidigung des Westens beizutragen.²⁾ In dem Bericht des Bewilligungsausschusses des Senats, in dem die Bereitstellung aller in der Berlinkrise geforderten Mehrausgaben empfohlen wurde, hieß es zusammenfassend zur erwarteten Kooperationsbereitschaft der Verbündeten:

"Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten allein reichen nicht aus, um die Streitkräfte der NATO auf den geforderten Stand zu verstärken. Wir hoffen und erwarten, daß unsere NATO-Verbündeten unsere Maßnahmen mit eigenen Maßnahmen vervollständigen, die, kombiniert mit den unseren, zu einem wesentlichen Anwachsen der militärischen Macht unseres NATO-Bündnisses führen werden. Der Ausschuß empfiehlt nachdrücklich, daß die Exekutive auf allen Ebenen ihr Äußerstes tut, um von unseren Alliierten in der NATO die Kooperation zu erhalten, die erforderlich ist, um die gemeinsamen Streitkräfte zu stärken, indem sie ihre Verpflichtungen erfüllen.

1) CR, Vol. 107, 28.7.1961, No. 127, S. 12905 ff.; ibid., 27.7.1961, No. 126, S. 12707 und 2.8.1961, No. 131, S. 13302 f.; siehe bes. den Dialog zwischen Senator Pastore und McNamara in Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong., 1st Sess., S. 10773.

2) CR, Vol. 107, 28.7.1961, No. 237, S. 12908; siehe auch ibid., 15.8. 1961, No. 140, S. 14846.

Es ist nur billig, zu erwarten, daß alle Nationen der freien Welt, die unter der Drohung einer sowjetischen Aggression leben, ihre Schuldigkeit tun, indem sie die militärische Stärke bereitstellen, zu der sie sich verpflichtet haben. Der Ausschuß glaubt, daß die Vereinigten Staaten immer wieder demonstriert haben, daß man darauf zählen kann, daß sie ihren Teil an Männern und Material bereitstellen, der erforderlich ist, um unseren gemeinsamen Vorsatz auszuführen. Zweifellos sollten unsere NATO-Verbündeten durch die Erfüllung ihrer Versprechungen aus der Vergangenheit zeigen, daß sie beabsichtigen, mit uns bei der Abwehr neuer Probleme, wie sie sich entwickeln mögen, zusammenzuarbeiten." 1)

Die amerikanischen Bemühungen um einen Ausbau des militärischen Potentials der Verbündeten zielten von Anfang an vor allem auf den westdeutschen NATO-Partner.²⁾ So erklärte Präsident Kennedy noch am gleichen Tag, an dem der Nationale Sicherheitsrat das strategische Konzept für die Berlinkrise verabschiedet hatte, seine Regierung erwarte in erster Linie von der Bundesrepublik erhöhte Militärausgaben und die Verlängerung der Wehrpflicht.³⁾ Sein Verteidigungsminister antwortete vor dem Bewilligungsausschuß des Senats auf eine diesbezügliche Frage Senator Dworshaks:

"Ich bin der Ansicht, daß besonders Westdeutschland die Stärke seiner Bodentruppen erheblich ausbauen sollte. Ich glaube darüber hinaus, daß sie - um dies zu erreichen - die Wehrdienstzeit von 12 Monaten erheblich verlängern müssen". 4)

Zum Zeitpunkt dieser Forderungen dienten in der Bundeswehr 182 000 Soldaten im Heer, die Marine zählte 24 000 Mann Besatzung für ihre 130 Kampfschiffe und die Luftwaffe verfügte über 67 000 Soldaten, die

1) Senate Report No. 653, 1961, S. 4.

2) Siehe hierzu auch den Bericht Adenauers über sein erstes Zusammentreffen mit Kennedy im April 1961, in: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959-1963, Stuttgart 1968, S. 91 ff.

3) Siehe den Bericht über die Pressekonferenz Kennedys in der New York Times vom 20.7.1961.

4) Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for 1962. Hearings before the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 87th Cong., 1st-Sess., on H.R. 9033, Washington D.C. G.P.O. 1961, S. 168; zu ähnlichen Ausführungen des Stabschefs der Armee siehe Department of Defense Appropriations for 1964, House of Representatives, 88th Cong., 1st Sess., S. 135.

2 850 Flugzeuge warteten oder flogen und im Bereich der Flugabwehr Dienst taten.¹⁾ Mit ihren der NATO unterstellten Verbänden lag die Bundesrepublik damit auf dem zweiten Platz im Bündnis, im Abschnitt Mittel-Europa stellte sie sogar die stärksten Streitkräfte. Dennoch war der Personalbestand der Bundeswehr zu Beginn der sechziger Jahre weit hinter den ursprünglichen Planungen zurückgeblieben, die vorgesehen hatten, der NATO bis 1959 eine halbe Million westdeutscher Soldaten zu unterstellen.²⁾ Von den 12 Divisionen, zu deren Aufstellung sich die Bundesregierung verpflichtet hatte, waren Anfang 1961 noch nicht einmal 7 verfügbar. Das lag einerseits daran, daß die ursprüngliche Zielpjektion von Anfang an unrealistisch war. Sie war ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik in der Absicht propagiert worden, Westdeutschland als zuverlässigen und willigen Partner auszuweisen, um so die amerikanische Unterstützung in den zentralen Fragen der bundesrepublikanischen Außenpolitik sicherzustellen. Andererseits resultierte die Differenz zwischen Ist und Soll bei den westdeutschen Streitkräften auch aus der aus Verärgerung über den Radford-Plan getroffenen Entscheidung Adenauers vom September 1956, die ursprünglich auf 18 Monate veranschlagte Dauer des Wehrdienstes auf ein Jahr zu verkürzen, und dem Beschluß vom Februar 1958, die Endstärke der Bundeswehr auf 350 000 Mann zu reduzieren.³⁾

In der Strategie der "massiven Vergeltung" konnten die USA eine solche Reduzierung des westdeutschen NATO-

1) The Military Balance, London 1960, S. 10; "West German Army Strong and Reliable", in: CR, Vol. 107, 25.1.1961, S. A 475 f.

2) Zur Größe und Struktur des westdeutschen Militärbeitrags siehe bes. Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten und Berlin 1966, S. 223 ff.

3) Zur Diskussion um die Wehrpflicht in der BRD im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Radford-Plans siehe bes. Speier, Rearmament, S. 211-223; Freund, Germany, S. 144-151; Richardson, Deutschland, S. 42 ff.

Beitrages noch tolerieren, in der Doktrin der "flexible response" mit ihrer Abhängigkeit von konventionellen Streitkräften dagegen war die Kennedy-Administration von Anfang an bemüht, die Bundesrepublik zur Rückkehr zu den alten Planzielen zu bewegen. Konkret wurde gefordert, den Aufbau der 7. Bundeswehrdivision so schnell wie möglich abzuschließen und drei weitere Divisionen bereitzustellen.¹⁾

Die Westdeutschen gehörten dann auch zu den ersten, die auf den amerikanischen Druck nach Aufstellung von mindestens 30 Divisionen im Mittelabschnitt der NATO reagierten. Bereits einen Tag nach der "Berlinrede" Kennedys erklärte ein Sprecher der Bundesregierung, die Bundesrepublik sei bereit, im Rahmen der NATO ihren Anteil an den erforderlichen Verteidigungsmaßnahmen zu übernehmen.²⁾ Gleichzeitig wurden Pläne bekannt, nach denen 20 000 Reservisten zur Bundeswehr einberufen werden sollten. Außerdem gab es Hinweise auf Überlegungen der Bundesregierung zur Verlängerung der Wehrpflicht. Am 18. August schließlich informierte Adenauer den Bundestag, daß die Berlinkrise die BRD zu erhöhten militärischen Anstrengungen zwingt.³⁾ Nach den Bundestagswahlen beschloß das Kabinett im September, die für Ende des Monats zur Entlassung anstehenden 30 000 Soldaten für weitere drei Monate in der Bundeswehr zu behalten.⁴⁾ Im Oktober verkündete Strauß die Absicht der Bundesregierung, die Dauer der Wehrpflicht auf 18 Monate zu verlängern und den Militärhaushalt um 2,4 auf 13,5 Milliarden DM zu erhöhen.⁵⁾

Die Pläne für den Ausbau der Bundeswehr konkretisierten sich anläßlich des Amerikabesuchs von Bundeskanzler Adenauer im November 1961. Der westdeutsche

1) NYT, 22. 7. 1961.

2) DER SPIEGEL, 15. Jg., No. 32, 2. 8. 1961, S. 13 ff.

3) NYT, 19. 8. 1961.

4) Bulletin, No. 171, 13.9.1961, S. 1631; No. 173, 15.9.1961, S. 1649 ff.; No. 178, 22.9.1961, S. 1693.

5) NYT, 13. 11. 1961; siehe auch Wallace C. Magathan, Jr., "West German Defense Policy", in: Orbis, Vol. 8, No.2, Sommer 1964, S. 292-315.

Regierungschef kam mit dem amerikanischen Präsidenten überein, die Bundesrepublik werde bei den Aufrüstungsmaßnahmen im Rahmen der NATO an der Spitze stehen.¹⁾ Adenauer versprach Kennedy, die Divisionen der Bundeswehr auf volle Kampfkraft zu bringen und bis Ende 1963 mindestens jene 12 Divisionen aufzustellen, die der NATO von Westdeutschland zugesagt worden waren. Um diese Pläne zu realisieren, seien die Verlängerung der Wehrpflicht von 12 auf 18 Monate, die Erweiterung der Verpflichtung der Reservisten zum aktiven Dienst und eine Reihe anderer Maßnahmen ins Auge gefaßt. Im Januar 1962 brachte das Verteidigungsministerium die Bundeswehr durch die Einberufung von 42 500 Mann auf einen Stand von über 350 000 Mann, die seit Februar 1958 als Endstärke der westdeutschen Streitkräfte für 1963 geplant waren. Im Mai 1962 nannte Strauß erstmals wieder 500 000 Mann als angestrebten Personalbestand der Bundeswehr.²⁾ Durch die im März beschlossene Ausdehnung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate stieg die Personalstärke der westdeutschen Armee bis Ende des Jahres bereits auf knapp 400 000 Soldaten an. Die Bereitstellung eines substantiellen Beitrages zur Instrumentierung der neuen amerikanischen Strategie durch die militärpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung zwischen Herbst 1961 und Sommer 1962 markierte einen grundlegenden Wandel in der westdeutschen Verteidigungspolitik. Diese Revision der Beschlüsse von 1956 und 1958, den Personalbestand der Bundeswehr erheblich zu reduzieren, war zugleich der einzig dauerhafte Erfolg, der den Bemühungen der Kennedy-Administration um einen Ausbau der konventionellen Kampfkraft der NATO in der Berlinkrise beschieden war.³⁾ Dieser

1) NYT, 24. 11. 1961.

2) FAZ, 21. 5. 1962.

3) Es ist daher unzutreffend, wenn Schick behauptet, die Kennedy-Administration habe die Atomschwelle in der Berlinkrise lediglich um ihren eigenen Beitrag anheben können. Vgl. "Berlin Crisis", S. 156.

Erfolg basierte auf dem besonderen Interesse der Bundesregierung an West-Berlin, das die uneingeschränkte Loyalität des westdeutschen Verbündeten gegenüber solchen Maßnahmen der USA erforderlich machte, die in der vorgegebenen oder tatsächlichen Absicht ergriffen wurden, die Rechtstitel der Westmächte in der geteilten Stadt zu wahren. Die Begründung der amerikanischen Aufrüstungspolitik im Sommer 1961 mit der Entwicklung der Berlinkrise machte es der Bundesregierung unmöglich, sich den amerikanischen Pressionen nach einem Ausbau der Bundeswehr zu entziehen. Daß die Bundesrepublik formal für die militärische Sicherung West-Berlins keine Verantwortung trägt, ändert nichts an der Beispielhaftigkeit und Verbindlichkeit der amerikanischen Maßnahmen ihr gegenüber. Daneben gab die Kennedy-Administration dem deutschen Alliierten bereits im Herbst 1961 zu verstehen, daß sie bei einem militärischen Konflikt um Berlin auch den Einsatz der Bundeswehr erwarte. In einem Memorandum Kennedys an Adenauer vom Oktober 1962 wurde erneut betont, daß die Westdeutschen für den Fall eines Konfliktes um Berlin die gleiche Haftung zu tragen hätten wie die Westmächte.¹⁾

Der westdeutsche Beitrag zur Instrumentierung der "flexible response" wiegt noch schwerer, wenn man ihm die wenig erfolgreichen Bemühungen der Kennedy-Administration um die konventionelle Aufrüstung der anderen Verbündeten gegenüberstellt. Die Unfähigkeit der britischen Rheinarmee, sich auch nur kurze Zeit ohne Rückgriff auf taktische Atomwaffen zu verteidigen²⁾, stellte eine nicht zu akzeptierende Beeinträchtigung des amerikanischen Interesses an der

1) DER SPIEGEL, 16. Jg., No. 42, 17. 10. 1962, S. 21 f.

2) Problems and Trends in Atlantic Partnership I. Some Comments on the European Economic Community and NATO, Staff Study Prepared for the Use of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 87th Cong., 2d Sess., Senate Document No. 132, Washington D.C. G.P.O. 1962, S. 44.

Eskalationsprävention dar. Die Briten vertraten jedoch die Ansicht, daß angesichts der nach wie vor geltenden NATO-Strategie des frühzeitigen Einsatzes von Kernwaffen der Aufbau starker konventionell gerüsteter Verbände Verschwendung sei.¹⁾ Die britische Regierung reagierte daher auch nur sehr zögernd auf den Vorwurf der USA, Großbritannien tue nicht genug für die Verteidigung West-Berlins.²⁾ Mit Rücksicht auf die Eskalation der Spannungen in Mitteleuropa erklärte sie sich aber schließlich doch bereit, 5000 Reservisten einzuberufen³⁾, die Entsendung einer vierten Division nach Westdeutschland oder die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht wurden jedoch entschieden abgelehnt. Als sich im Dezember 1961 immer deutlicher ein Nachlassen der Konfrontation um Berlin abzeichnete, wollten sich die Briten auch nicht mehr zur Realisierung der wenigen Maßnahmen verstehen, zu denen sie sich auf dem Höhepunkt der Krise im Sommer verpflichtet hatten. Was letztlich von den seltenen Deklarationen britischer Aufrüstungsbereitschaft übrig blieb, war ein geringfügiger Ausbau einiger Nachschub-einheiten und die Schaffung besserer Ausbildungsmöglichkeiten für bereits in der Bundesrepublik stationierte Verbände.⁴⁾ Während die USA und die Bundesrepublik zusätzliche Soldaten einberiefen, sank der Personalbestand der Streitkräfte Großbritanniens von 593 000 Mann im November 1960 auf 454 330 im Vergleichsmonat 1961 und weiter auf 415 000 Mann im Jahr 1962.⁵⁾

Auf dem Höhepunkt der Krise erklärte sich auch Frankreich bereit, die beiden in den fünfziger Jahren zur Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegung nach Algerien verlegten Divisionen zurückzuholen. Noch im November

1) NYT, 28. 10. 1961.

2) NYT, 1. 11. 1961.

3) CR, Vol. 107, No. 131, 2. 8. 1961, S. 13396.

4) Schick, "Berlin Crisis", S. 832 Anm. 14.

5) Vgl. die Zahlenangaben in: The Communist Bloc and the Free World. The Military Balance 1960, London 1960 ff.

erklärte der französische Außenminister vor der NATO-Parlamentarierkonferenz, sein Land werde mit diesen Verbänden die von dem Bündnis aufgestellten Normen erfüllen.¹⁾ Dem Oberkommandierenden der NATO wurden diese Einheiten nie unterstellt.²⁾

Während Italien seine Streitkräfte in der Berlinkrise ausbaute und deren Personalbestand von 400 000 Soldaten im November 1960 auf 470 000 Mann im Vergleichsmonat 1962 hinaufschraubte³⁾, wurden die geringfügigen Verstärkungen der Streitkräfte Hollands und Griechenlands in dieser Zeit mehr als aufgewogen durch den Abbau, der zwischen 1960 und 1962 bei den NATO-Staaten Belgien, Norwegen und der Türkei zu verzeichnen war.

Durch diese unzureichende Kooperationsbereitschaft bei der Aufstellung zusätzlicher konventionell gerüsteter Streitkräfte verweigerten die meisten NATO-Staaten ihre Zustimmung zu einer amerikanischen Militärstrategie für Berlin, bei deren Konzipierung sich jenes hegemoniale Vorgehen der westlichen Führungsmacht wiederholt hatte, das auch die Haltung der Kennedy-Administration beim Strategiewandel von der "massive retaliation" zur "flexible response" kennzeichnete⁴⁾. Beide Entscheidungen wurden von der

1) NYT, 14. 11. 1961.

2) Die Briten und Franzosen wurden wegen mangelhaften Anstrengungen im Bereich der konventionellen Rüstung wiederholt in den Berichten des WEU-Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen kritisiert. Siehe u.a. Assembly of Western European Union Proceedings, Eighth Ordinary Session, Second Part, December 1962, III, Assembly Documents, Paris o.J. S. 146.

3) The Military Balance 1960 ff.

4) Bei der Beurteilung des amerikanischen Vorgehens im Zusammenhang mit dem Strategiewandel kam ein Senatsauschuß zu folgendem Ergebnis: "Es gab wenig oder gar keine Konsultation mit unseren Alliierten, und die Veränderungen wurden in einer Form erklärt, die, um es vorsichtig auszudrücken, Zweifel und Verwirrung darüber entstehen ließen, welche Gegenschläge die USA für den Fall eines sowjetischen Angriffs auf Europa wohl planten. Für einige in Europa sah es so aus, als ob die USA sich eher zurückziehen als kämpfen würden. Der Wandel in der amerikanischen Doktrin erzwang auch Veränderungen in der alliierten militärischen Doktrin und führte den Verbündeten so schmerzhaft vor Augen, wie wenig Einfluß sie auf amerikanische politische Entscheidungen von

amerikanischen Exekutive ohne Rücksprache mit den Verbündeten und gegen den Willen der meisten Alliierten getroffen.¹⁾ Im Gegensatz zur Politik der Kennedy-Administration, die im Interesse der Eskalationsprävention versuchte, trotz der ungünstigen strategischen Ausgangslage der Westmächte auch einen Konflikt um die ehemalige deutsche Hauptstadt auf den Einsatz konventioneller Waffen zu beschränken, verlangten nämlich die in erster Linie betroffenen Staaten Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik - wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen - an den bisherigen Planungen für einen frühzeitigen Rückgriff auf A-Waffen auch im Falle eines militärischen Konflikts um Berlin festzuhalten. Während Großbritannien und Frankreich dieser Forderung dadurch Nachdruck verliehen, daß sie dem amerikanischen Drängen nach mehr herkömmlich armierten Truppen nicht nachgaben, war die Bundesrepublik der einzige Verbündete in der NATO, der durch einen substantiellen Ausbau seiner Streitkräfte in der Berlinkrise die de facto Revision der offiziellen Strategie der Allianz akzeptierte und unterstützte. Dieses widersprüchliche Verhalten der Bundesrepublik resultierte vor allem aus deren besonderem Interesse an Berlin, das den westdeutschen Verbündeten mehr als alle anderen Alliierten für amerikanische Aufrüstungspressionen anfällig machte. Die BRD konnte sich aber auch wegen ihres besonderen Schutzbedürfnisses und als Folge ihrer Bemühungen um die

lebenswichtiger Bedeutung für sie selbst nehmen können." Staff Report of the Subcommittee on National Security and International Operations, in: Henry M. Jackson (ed.), The Atlantic Alliance, Jackson Subcommittee, Hearings and Findings, New York-Washington-London 1967, S. 21.

1) Von Kennedy und McNamara wurde das unilaterale Vorgehen der amerikanischen Hegemonialmacht mit der besonderen nuklearen Verantwortung der USA begründet, siehe hierzu: Public Papers 1962, S. 282 und International Development and Security, Committee on Foreign Relations, Senate, 87th Cong., 1st Sess., S. 676 f.

Gleichstellung im Bündnis im atomaren Bereich nicht verweigern, als es darum ging, eine amerikanische Berlinstrategie zu instrumentieren, an deren Komposition die Bundesrepublik keinen Anteil hatte,

4. Die Auseinandersetzungen um die amerikanische
Europapräsenz im Congress seit Mitte der
sechziger Jahre

Die Anbindung der Aufrüstungspolitik und des Ausbaus der Europapräsenz der USA zu Beginn der sechziger Jahre an die Eskalation der Spannungen um Berlin verhinderte, daß die Legislative die Frage des militärischen Engagements der Vereinigten Staaten in Europa zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich diskutierte. Auch die Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses, die höhere militärische Eigenleistungen der Verbündeten verlangten, gingen nicht so weit, die Fortdauer der Anwesenheit der US-Truppen in Europa von der Erfüllung dieser Forderung abhängig machen zu wollen. Diese Einmütigkeit in der Beurteilung der amerikanischen Stationierungspolitik hat im Congress nicht immer bestanden.

Anfang der fünfziger Jahre hatte sich vor allem der rechte Flügel der Republikaner gegen die Entscheidung Präsident Trumans gewandt, weitere vier Divisionen über den Atlantik zu schicken. Im April 1951 hatten 21 Senatoren gegen die Connally-Russell-Resolution votiert, mit der Trumans Politik gebilligt wurde.¹⁾ Vor allem im Anschluß an die Erklärung des ausscheidenden Präsidenten Eisenhower, die US-Truppen in Europa könnten ohne Sicherheitsverlust für die Vereinigten Staaten oder deren Alliierte reduziert werden²⁾, war dann die Kritik am Umfang der amerikanischen Europapräsenz Ende der fünfziger Jahre erneut aufgelebt, ohne jedoch zunächst zu einer dauerhaften Kontroverse zwischen Legislative und Exekutive in den USA zu führen.

Erst seit Mitte der sechziger Jahre wurde die Auseinandersetzung um den Fortbestand einer ungeschmälernten

1) Stationing of US Troops in Europe, S. 12 f.

2) The Budget of the U.S. Government for the Fiscal Year Ending June 30, 1962. 87th Cong. 1st Sess., House Document No. 15, Part 1, Washington D.C. G.P.O. 1961, S. 29.

militärischen Anwesenheit der USA in Westeuropa zum permanenten Streitpunkt zwischen der Regierung und starken Gruppen im Congress, vor allem im Senat. Auf die Ursachen dieser Entwicklung ist unten im Zusammenhang mit der Darstellung der Argumente der Gegner und Befürworter der US-Stationierungspolitik noch einzugehen. Wortführer der Kritiker in dieser Auseinandersetzung ist der Führer der demokratischen Mehrheitsfraktion im Senat, Mike Mansfield¹⁾. Nach ausführlichen Diskussionen im Senate Democratic Policy Committee, dem Fraktionsvorstand der Demokraten, zu denen auch McNamara, Rusk, Finanzminister Fowler sowie der Botschafter der USA in der Bundesrepublik, McGhee, hinzugezogen worden waren, brachte Mansfield am 31. August 1966 mit Unterstützung dieses Gremiums einen Resolutionsentwurf ein, wonach der Senat seiner Überzeugung Ausdruck geben sollte, "daß eine substantielle Reduzierung der ständig in Europa stationierten Streitkräfte der USA vorgenommen werden kann, ohne unsere Entschlossenheit oder Fähigkeit nachteilig zu beeinflussen, unsere Verpflichtungen im Rahmen des Nordatlantikvertrages zu erfüllen"²⁾. Die Resolution 99 des Senats vom 4. April 1951, die noch immer dem Präsidenten empfahl, sechs Divisionen in Europa zu stationieren, sollte entsprechend eingeschränkt werden.

Was Mansfield unter einer "substantiellen Reduzierung"

1) Eine Zusammenstellung der diesbezüglichen Statements und Resolutionen Senator Mansfields seit 1966 findet sich in: CR, Vol. 117, 17. 5. 1971, No. 72, S. S 7083 ff. Ehe sich Mansfield dieses Themas besonders annahm, hatte sich vor allem Senator Young (Ohio) mehrmals für einen Abzug von mindestens 100 000 Soldaten und 150 000 Angehörigen ausgesprochen. Siehe die Zusammenstellung der diesbezüglichen Forderungen Senator Youngs in: CR, Vol. 112, 20. 9. 1966, S. 23103. Einen Überblick über die verschiedenen Initiativen Mansfields gibt auch Alois Friedel, "Truppenreduzierung oder Kampf um Einfluß? Mansfields 'ceterum censeo'", in: Wehrkunde, 20. Jg., 1971, H. 12, S. 625-629.

2) Zum Text und zur Begründung der Senate Resolution 300 durch Mansfield siehe CR, Vol. 112, 31. 8. 1966, S. 21442 ff. Eine gekürzte deutsche Übersetzung findet sich in Europa Archiv, 21. Jg., 1966, F. 23, S. D 624ff.

verstanden wissen wollte, hatte er bereits in einer Rede am 27. Juli 1966 im Congress ausgeführt:

"Meiner Ansicht nach - und ich vertrete diese Ansicht nicht erst seit heute - wären eine oder zwei einsatzbereit in Europa stehende Divisionen unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine ebenso gute Demonstration unseres Wunsches und unserer Absicht, den NATO-Verpflichtungen nachzukommen, wie die gegenwärtig in Europa stationierten sechs Divisionen". 1)

Mansfield verzichtete entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung darauf, seinen Resolutionsentwurf sofort diskutieren zu lassen. Im Januar 1967 brachte er ihn dann als Senate Resolution 49 erneut ein.²⁾ Zu diesem Zeitpunkt konnte er bereits die Unterstützung von 41 weiteren Senatoren verbuchen³⁾. Am 1. März 1967 etablierte der Senat einen gemeinsamen Unterausschuß aus Mitgliedern des Armed Services Committee und des Foreign Relations Committee, um die Frage der Statio-

1) CR, Vol. 112, 27. 7. 1966, No. 121, S. 2555; hier zit. nach Europa Archiv, 21. Jg., 1966, F. 17, S.D. 454 ff.; Senator Moss forderte am 15. 3. 1968 den Abzug der USA bis auf eine Division; siehe CR, Vol. 114, S. 6691 f., während Senator Young (Ohio) sich für den Rückzug von mindestens vier Divisionen aussprach; CR, Vol. 115, 25. 6. 1969, S. 17185 f.

2) CR, Vol. 113, 19. 1. 1967, S. 997 ff. Am 16. 2. 1967 brachten die Senatoren Javits und Morton einen von Brooke, Griffin, Scott, Tower und Jordan (Idaho) unterstützten Gegenentwurf ein, wonach die Rückverlegung einiger amerikanischer Soldaten zum Gegenstand von Verhandlungen mit den Alliierten gemacht werden sollte; siehe CR, Vol. 113, 16. 2. 1967, S. 3713 ff.; dort findet sich auch eine Zusammenstellung der mit dieser Forderung übereinstimmenden Äußerungen von Vertretern der Johnson-Administration. Im Repräsentantenhaus war es vor allem der Abgeordnete Paul A. Fino aus New York, der mehrere Resolutionen einbrachte, die in gemäßigerer Form als bei Mansfield die Reduzierung der amerikanischen Europapräsenz als Meinung des Repräsentantenhauses ausgedrückt sehen wollten; vgl. CR, Vol. 112, 10. 2. 1966, S. 2848; CR, Vol. 113, 24. 1. 1967, S. 1418; eine "substantielle Reduzierung" wie bei Mansfield wurde im Repräsentantenhaus erstmals in der Resolution gefordert, die der Abgeordnete Jonathan B. Bingham, New York, einbrachte; vgl. CR, Vol. 114, 27. 7. 1968, S. 23887.

3) CR, Vol. 112, 19. 1. 1967, S. 997 ff.

nierung amerikanischer Streitkräfte in Westeuropa zu überprüfen.¹⁾ Noch ehe dieser Unterausschuß seinen Bericht über die von ihm veranstalteten Hearings²⁾ erstellen konnte, deutete Senator Symington an, daß sich die Gegner der ungeschmälernten amerikanischen Europapräsenz in Zukunft mit einer die Meinung des Senats wiedergebenden Resolution ohne bindenden Charakter für die Exekutive nicht länger zufriedengeben würden. Im April 1968 brachte Symington einen Zusatzantrag zum Bewilligungsgesetz für militärische Beschaffungen ein, wonach es der Regierung nach dem 31. Dezember 1968 untersagt sein sollte, Gelder für mehr als 50 000 amerikanische Soldaten auf dem europäischen Kontinent auszugeben.³⁾ Nachdem sich Mansfield, Fulbright und einige andere Senatoren zurückhaltend zu dem Amendment Symingtons geäußert hatten - sie hielten es übereinstimmend für verfrüht - zog dieser seinen Antrag noch am gleichen Tag zurück. Einige Wochen später griff Senator Mansfield jedoch die Initiative seines Kollegen Symington auf und drohte seinerseits unüberhörbar mit Kürzungen im Militäretat, falls die Regierung auf andere Weise nicht zum Abbau der militärischen Präsenz in Westeuropa zu bewegen sei.⁴⁾

Nach der Intervention der Staaten des Warschauer Pakts im August 1968 in der CSSR zog Mansfield seine Resolu-

1) United States Troops in Europe. Hearings before the Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees on the Subject of United States Troops in Europe. U.S. Senate, 90th Cong., 1st Sess., on S. Res. 49 to Express the Sense of the Senate with Respect to Troop Deployment in Europe, and Amendments Thereto, S. Res. 83, Providing for Study and Reevaluation of United States - European Relations, Washington D.C. G.P.O. 1967.

2) United States Troops in Europe. Report of the Combined Subcommittee of the Foreign Relations and Armed Services Committees on the Subject of United States Troops in Europe to the Committee on Foreign Relations and Committee on Armed Services, U.S. Senate, Washington D.C. G.P.O. 1968.

3) CR, Vol. 114, 19. 4. 1968, S. 10035.

4) CR, Vol. 114, 25. 6. 1968, S. 18498.

tion sofort zurück und die senatorialen Abzugsforderungen verstummen vorübergehend.¹⁾ Die Diskussion wurde im Congress erst wieder aufgenommen, als Mansfield im Dezember 1969 unter Verweis auf die Stabilisierung der Lage in Europa seinen Resolutionsentwurf vom Januar 1967 erneut einbrachte.²⁾

Die senatoriale Kritik an der amerikanischen Europa-präsenz wurde im Januar 1970 mit einer Rede Mansfields fortgesetzt, in der er sich ausführlich mit der Zusammenfassung der Argumente der Regierung für die Beibehaltung des Status quo in der Stationierungspolitik auseinandersetzte, die der stellvertretende Außenminister Richardson am 20. Januar 1970 in Chicago gegeben hatte.³⁾ Obwohl Mansfield in den folgenden Monaten mehrmals die Abstimmung über seine Resolution in Aussicht stellte, unterließ er die erforderlichen Schritte dann doch. Andererseits wurde das Thema 1970 aber auch in der zweiten Kammer des Congresses aktualisiert, als der Abgeordnete Reuss aus Wisconsin, Vorsitzender des Subcommittee on International Exchange and Payments des gemeinsamen Wirtschaftsausschusses des Congresses, erstmals im Repräsentantenhaus ausführlich zu Fragen der amerikanischen Europapräsenz Stellung nahm.⁴⁾ Im Dezember 1970 schließlich legte der Vorsitzende des Subcommittee on Europe des Repräsentanten-

1) Vgl. das Statement Mansfields, daß nun nicht länger die Zeit für derartige Abzugsforderungen sei, in: CR, Vol. 114, 13. 9. 1968, S. 10716. Der Senatsbericht vom Oktober 1968 konstatierte: "Die Zeit ist offensichtlich nicht günstig für eine substantielle Reduzierung der US-Streitkräfte in Europa", zit. nach CR, Vol. 117, No. 71, 14. 5. 1971, S. 6085.

2) CR, Vol. 115, 1. 12. 1969, No. 197, S. 36147ff. Am 22. 12. 1969 nannte Mansfield bereits die Namen von 47 Senatoren, die seine Resolution unterstützten; siehe CR, Vol. 115, 22. 12. 1969, S. 40754.

3) CR, Vol. 116, 23. 1. 1970, S. 920 ff.; dort auch der Text der Rede Richardsons.

4) CR, Vol. 116, 16. 3. 1970, S. 7435 ff. Zu den Resolutionen der Abgeordneten Mikva und Broomfield zu diesem Thema siehe CR, Vol. 116, 25. 3. und 6. 8. 1970, S. 9401 und 27677.

hauses, Leonard Farbstein, eine detaillierte Aufstellung vor, wie 75 000 amerikanische Soldaten aus Europa abgezogen werden könnten, ohne die Kampfkraft der US-Truppen in dieser Region zu beeinträchtigen.¹⁾

Die inneramerikanischen Auseinandersetzungen um die Erhaltung der ungeschmälerten Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Westeuropa spitzte sich im Mai 1971 dramatisch zu, als Senator Mansfield unter Ausnutzung des Rechtes des Senats, Etatbewilligungen mit Zusätzen zu verbinden, die Ausgaben für bestimmte Zwecke verbieten, ein Amendement zu einer Gesetzesnovelle über Rekrutierungsfragen einbrachte, das folgenden Wortlaut hatte:

"Der Congress ist hiermit der Ansicht, daß die Zahl des in Europa stationierten militärischen Personals der Vereinigten Staaten erheblich reduziert werden kann, ohne die Sicherheit Westeuropas zu gefährden, und daß eine solche Reduzierung günstige Auswirkungen auf das Zahlungsbilanzproblem dieser Nation haben würde und helfen würde, internationale Finanzkrisen zu vermeiden, die den Wert des Dollars im Ausland in Mitleidenschaft ziehen. Es ist daher das Ziel dieses Abschnittes, eine solche Reduzierung zum frühest möglichen Zeitpunkt zu ermöglichen.

(b) Keine vom Congress bewilligten Mittel dürfen nach dem 31. Dezember 1971 dafür verwendet werden, militärisches Personal der Vereinigten Staaten in Europa über 150 000 Mann hinaus zu unterhalten".²⁾

Wie aus diesem Zusatzantrag Mansfields hervorgeht, streben die legislativen Kritiker an der amerikanischen Europapräsenz nicht deren völlige Beendigung, sondern die "substantielle Reduzierung" der US-Truppen in Europa an. In diesem Zusammenhang hatte Mike Mansfield bereits im Januar 1970 im Congress versichert:

"Ich bin jetzt nicht dafür, und ich war in der Vergangenheit nicht dafür, daß alle US-Truppen aus Europa abgezogen werden. Unser vitales Interesse an dem, was in Europa passiert, bleibt, und eine amerikanische Präsenz sollte bleiben. Heutzutage

1) United States Troop Levels in Europe. Report on Staff Survey Mission to Europe, May 2-24, 1970. 91st Cong., 2d Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1970.

2) CR, Vol. 117, 11. 5. 1971, No. 68, S. 6679.

wird uns ein bewaffneter Angriff auf Westeuropa mit Sicherheit von Anfang an in Mitleidenschaft ziehen. Es ist daher in unserem Interesse, daß wir vor dem Ausbruch anwesend sind. Meiner Meinung nach kann man und sollte man diesem Bedürfnis aber mit einer viel kleineren Streitmacht gerecht werden." 1)

Nach dem Amendment vom Mai 1971 war unter dieser "viel kleineren Streitmacht" eine auf 150 000 Soldaten reduzierte Europapräsenz zu verstehen, und bei einem späteren Vorstoß im November 1971 wollte sich Mansfield sogar mit einem Abbau auf 250 000 Mann zufrieden geben. Mansfield verheimlichte jedoch nicht, daß es sich bei Rückverlegungen in dieser Größenordnung nur um einen ersten Schritt und nicht bereits um die Lösung des Problems handeln konnte. Es steht außer Zweifel, daß er mit einer Reihe anderer Senatoren darin übereinstimmt, daß die Stationierung einer Division eine ausreichende Anwesenheit der USA in Europa darstellt.²⁾

Bei der Diskussion um die Verringerung der US-Truppen in Europa gehen mit wenigen Ausnahmen³⁾ alle Beteiligten davon aus, daß die abzuziehenden Divisionen nicht aufgelöst, sondern auf amerikanischem Territorium stationiert werden sollen. In diesem Punkt ist die Argumentation Mansfields und seiner Anhänger inkonsequent: wenn - wie unten noch auszuführen ist - richtigerweise von ihnen behauptet wird, daß der Bedrohungsperzeption des Kalten Krieges die Berechtigung

1) CR, Vol. 116, 24. 1. 1970, S. 496.

2) Senator Moss forderte den Abzug bis auf eine Division, siehe CR, Vol. 114, 15.3.1968, S. 6691 f.; Senator Young (Ohio) verlangte die Rückverlegung von mindestens vier Divisionen, siehe CR, Vol. 115, 25. 6. 1969, S. 17185 f.; eine Reduzierung bis auf 50 000 Mann - gleich einer Division - forderte Senator Pearson, CR, Vol. 116, 2. 10. 1970, S. 34708 ff. Siehe auch das oben beschriebene Amendment Senator Symingtons vom April 1968 und Mansfield Rede vom 27. 7. 1966, in: CR, Vol. 112, 27. 7. 1966, No. 121, S. 16535.

3) Für die Demobilisierung der in den USA stehenden und für die NATO vorgemerkten Truppen plädierte allein Senator Ellender, der so 10 bis 12 Milliarden Dollar im Etat einsparen will, siehe CR, Vol. 117, 18. 5. 1971, No. 73, S. S 7249.

fehlt und der Verweis auf angebliche Angriffsabsichten der UdSSR die amerikanische Europapräsenz nicht rechtfertigen kann, dann ergibt sich aus dieser Beweisführung auch, daß die in Europa überflüssigen Divisionen demobilisiert werden können und nicht in den USA zu unterhalten werden brauchen. Wie sich aus der Argumentation der Regierungsvertreter von Kennedy bis Nixon darüber hinaus entnehmen läßt, sind auch die von den Gegnern der Europapräsenz angestrebten Einsparungen im Militäretat der USA nur zu realisieren, wenn die aus der Bundesrepublik zurückzuverlegenden Einheiten aufgelöst werden. Noch ist die konsequente Forderung nach der Demobilisierung und nicht nur nach der Rückverlegung der US-Truppen in der inneramerikanischen Diskussion um die Stationierungspolitik tabuisiert, doch die Antwort Mansfields vom Januar 1970 auf den Angriff des stellvertretenden Außenministers Richardson gegen die Abzugsforderungen läßt bereits erkennen, daß der Auseinandersetzung um diesen Punkt in Zukunft größere Bedeutung zukommen wird. Mansfield erklärte:

"Wie ich bereits in meinem Statement vom 1. Dezember erwähnte, wird stets behauptet, daß die Rückverlegung einer substantiellen Zahl von Soldaten aus Europa unser Verteidigungsbudget nicht berühren wird, weil wir die Zahl der Männer unter Waffen nicht reduzieren können. Aber es wird auch behauptet, daß es unmöglich ist, die Zahl der Männer unter Waffen zu reduzieren, unter anderem wegen der Notwendigkeit, den gegenwärtigen Stand der Streitkräfte in Europa zu erhalten. Ich habe damals behauptet und ich tue es jetzt wieder, daß dieser endlose Kreis, der letztlich zur finanziellen Erschöpfung führt, durchbrochen werden kann und muß." 1)

Die Nixon-Administration warf im Mai 1971 das ganze Gewicht der exekutiven Gewalt in die Waagschale, um die Annahme des Mansfield-Amendments zu verhindern. Sie versicherte sich im Laufe einer Woche der öffentlichen Unterstützung zweier ehemaliger Präsidenten - Truman und Johnson - und einer stattlichen Zahl hoher Repräsentanten früherer Regierungen - meist Demokraten -,

1) CR, Vol. 116, 23. 1. 1970, S. 920.

unter ihnen die ehemaligen Außenminister Rusk und Acheson¹⁾. Die Regierung richtete ihren Kampf nicht nur gegen die Vorstellungen Senator Mansfields, sondern gegen jeden Vorschlag zur Truppenreduzierung, dessen Realisierung an ein Datum gebunden sein sollte. Sie hielt auch nicht mit der Drohung zurück, daß der Präsident sein Veto gegen die Draft Extension Bill einlegen werde, falls der Zusatzantrag Mansfields angenommen werde.

Im Congress hatte die Administration die Unterstützung vor allem der Führer der Republikaner, der Senatoren Hugh Scott und Robert P. Griffin, sowie des demokratischen Vorsitzenden des Senatsausschusses für die Streitkräfte, John D. Stennis. Deren Argumentation gegen die Rückverlegung amerikanischer Truppen aus Europa unterschied sich von den Ausführungen der Regierungsvertreter allein darin, daß sie sich übereinstimmend für Veränderungen in der Europapräsenz der USA aussprachen, gleichzeitig aber betonten, daß der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen sei. So erklärte zum Beispiel Senator Scott in seiner abschließenden Stellungnahme zum Mansfield-Amendment:

"Dies ist ein gefährliches Amendment. Dies ist ein schädliches Amendment. Dies ist ein Amendment, das mehr Schaden anrichten kann als irgendein Amendment oder Vorschlag, den ich in meinen 13 Jahren im Senat gesehen habe". 2)

1) Congressional Quarterly, Vol. XXIX, No. 21, 29.5. 1971, S. 1095. Die Liste umfaßte außerdem: die früheren Verteidigungsminister Lovett, McElroy und Gates, die ehemaligen stellvertretenden Außenminister Webb, Murphy, Merchant, Dillon, Ball und Katzenbach, die früheren stellvertretenden Verteidigungsminister Vance und Gilpatric, die ehemaligen NATO-Oberkommandierenden Ridgway, Gruenther, Norstad und Lemnitzer, die ehemaligen NATO-Botschafter Spofford, Burgess, Finletter und Cleveland, außerdem die früheren Militärgouverneure bzw. Hohe Kommissare für Deutschland Clay, McCloy und Conant.

2) CR, Vol. 117, 19. 5. 1971, No. 74, S. 7431; Senator Stennis drohte damit, daß er im Falle der Annahme des Antrages von Mansfield einen Ausbau der amerikanischen Streitkräfte verlangen werde, siehe CR, Vol. 117, 19. 5. 1971, No. 74, S. S 7428 ff.

Mit diesen Ausführungen unterschied sich Scott in nichts mehr von Außenminister Rogers, der am 14. Mai 1971 die Annahme des Mansfield-Amendments vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats als "Fehler von historischen Ausmaßen" und als "Ende der NATO" bezeichnet hatte¹⁾.

Am 19. Mai 1971 wurde das Mansfield-Amendment mit 61 zu 36 Stimmen im Senat verworfen²⁾. Eine Koalition von Anhängern des Führers der demokratischen Mehrheitsfraktion, die eine Abstimmung über die stärkste Version aller Anträge auf Truppenreduzierung erreichen wollten, und Gegnern des Mansfield-Amendments, die fürchteten, eine gemäßigte Sprache könnte die Erfolgsaussichten der Abzugsforderungen erhöhen, lehnte auch alle anderen fünf zur Abstimmung gestellten Zusatzanträge ab, mit denen Kompromißvorschläge unterbreitet wurden.³⁾

Es handelte sich zunächst um den Antrag des republikanischen Senators Charles McC. Mathias, der von seinem Parteifreund Javits und den demokratischen Senatoren Hubert Humphrey und Adlai Stevenson III unterstützt wurde, der Präsident solle aufgefordert werden, mit den Verbündeten Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, in Zentraleuropa zu beiderseitigen Truppenreduzierungen zwischen NATO und Warschauer Pakt zu gelangen⁴⁾. Außerdem sollte Nixon ersucht werden, mit den Alliierten über einen Abbau der amerikanischen Präsenz in Westeuropa und eine Reduzierung der die Zahlungsbilanz des Landes beeinträchtigenden Ausgaben zu verhandeln. Bis zum 15. September 1971 sollte der Präsident dem Congress über den Fortgang dieser Gespräche berichten.

1) War Power Legislation. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 92nd Cong. 1st Sess., S. 731, S.J. Res. 18 and S.J. Res. 59, Washington 1971, S. 512 f.

2) CR, Vol. 117, 19. 5. 1971, No. 74, S. S 7439.

3) Es wurden noch weitere Zusatzanträge zu diesem Thema eingebracht, die im Laufe der Erörterungen des Mansfield-Amendments aber wieder zurückgezogen wurden.

4) CR, Vol. 117, 11. 5. 1971, No. 68, S. S 6694 und 17.5.1971, No. 72, S. S 7115 f.

Auch die Modifizierung des Zusatzantrages Mansfields durch dessen Fraktionskollegen Nelson forderte Verhandlungen über multilaterale Truppenverminderungen in Europa.¹⁾ Nelson verlangte außerdem eine Reduzierung der US-Truppen in Europa auf 250 000 Mann bis zum 1. Juli 1972, auf 200 000 bis zum 1. Juli 1973 und auf 150 000 im folgenden Finanzjahr. Dieser Zeitplan sollte ungültig werden, wenn vor dem 31. Dezember 1971 Verhandlungen über einen wechselseitigen Truppenabbau in Europa begonnen haben sollten.

Die Abänderung des Mansfield-Amendments, die der demokratische Senator Bayh am 17. Mai 1971 vorschlug²⁾, wollte es lediglich als Meinung des Congresses ausgedrückt sehen, daß die Zahl der amerikanischen Soldaten in Europa ohne Gefahr für die westliche Sicherheit verringert werden kann. Der Präsident sollte zu Verhandlungen angehalten werden, in denen sich die Verbündeten zur Übernahme von nicht weniger als der Hälfte des aus der Truppenstationierung in Europa resultierenden Nettozahlungsbilanzdefizits der USA verpflichten sollten. Falls eine derartige Übereinkunft bis zum 31. 12. 1971 nicht erreicht sein würde, könnten nach dem 30. Juni 1972 Gelder nur noch für 225 000 und nach dem 31. 12. 1972 nur noch für 150 000 Soldaten ausgegeben werden.

Ein Vorschlag Senator Fulbrights wollte dem Präsidenten eine Alternative zur gesetzlichen Beschränkung der Truppenstärke offen lassen, falls er die Notwendigkeit der Stationierung von mehr als 150 000 amerikanischen Soldaten in Westeuropa begründen konnte. Zu diesem Zweck wollte Fulbright die Worte "es sei denn nachstehend genehmigt" an das Mansfield-Amendment angehängt sehen³⁾. Eine weitere Modifizierung des Zusatzantrages von Mansfield, die der demokratische Senator Church vorlegte, sah die Heraufsetzung der Zahl der in Westeuropa zu belassenden amerikanischen Soldaten von 150 000 auf 250 000 vor.⁴⁾

1) CR, Vol. 117, 19. 5. 1971, No. 73, S. S 7269.

2) CR, Vol. 117, 17. 5. 1971, No. 72, S. S 7115.

3) CR, Vol. 117, 19. 5. 1971, No. 74, S. S 7422.

4) CR, Vol. 117, 19. 5. 1971, No. 74, S. S 7423.

Die Abstimmung über das Mansfield-Amendment, den Er-
satzantrag von Senator Mathias und über andere Zusatz-
anträge zur Reduzierung der amerikanischen Truppen in
Westeuropa brachte im einzelnen folgendes Ergebnis¹⁾:

	Mansfield Amendment	Mathias Antrag	Andere ⁺ 1 2 3 4				Keine
DEMOKRATEN							
Allen (Ala.)							o
Anderson (N.M.)							o
Bayh (Ind.)	x		x	x	x	x	
Bentsen (Texas)		x					
Bible (Nev.)			x				
Burdick (N.D.)	x			x		x	
Byrd (Va.)							o
Byrd (W.Va.)	x					x	
Cannon (Nev.)							o
Chiles (Fla.)		x		x	x		
Church (Idaho)	x		x	x	x		
Cranston (Ca.)	x			x		x	
Eagleton (Mo.)	x					x	
Eastland (Miss.)							o
Ellender (La.)	x			x			
Ervin (N.C.)							o
Fulbright (Ark.)	x		x	x		x	
Gambrell (Ga.)	x			x		x	
Gravel (Alaska)	x		x	x	x	x	
Harris (Okla.)	x						
Hart (Mich.)	x					x	
Hartke (Ind.)	x		x				
Hollings (S.C.)	x			x		x	
Hughes (Iowa)	x			x	x	x	
Humphrey (Minn.)		x					
Inouye (Hawai)	x	x				x	
Jackson (Wash.)							o
Jordan (N.C.)		x					
Kennedy (Mass.)	x		x	x			
Long (La.)	x					x	
McClellan (Ark.)	x					x	x
McGee (Wyo.)							o
McGovern (S.D.)	x			x	x	x	
McIntyre (N.H.)		x	x				
Magnuson (Wash.)	x					x	
Mansfield (Mont.)	x					x	
Metcalf (Mont.)							o
Mondale (Minn.)	x		x	x	x	x	
Montoya (N.M.)		x					
Moss (Utah)	x		x		x	x	
Muskie (Maine)		x		x			

1) Congressional Quarterly, Vol.XXIX, No.21, 28. 5. 1971, S. 1159.

+ Andere: (1) Antrag Sen.Church; abgelehnt 15 zu 81
(2) Antrag Sen.Fulbright; abgelehnt 29 zu 68
(3) Antrag Sen.Bayh; abgelehnt 13 zu 81
(4) Antrag Sen.Nelson; abgelehnt 26 zu 63.

	Mansfield Amendment	Mathias Antrag	Andere ⁺ 1 2 3 4	Keine
Nelson (Wis.)	x		x x x	
Pastore (R.I.)	x		x	
Pell (R.I.)		x	x x	
Proxmire (Wis.)	x			x
Randolph (W.Va.)		x	x x x	
Ribicoff (Conn.)	x		x x x	
Sparkman (Ala.)				o
Spong (Va.)		x	x	
Stennis (Miss.)				o
Stevenson (Ill.)		x	x x	
Symington (Mo.)	x		x x	
Talmadge (Ga.)	x			
Tunney (Calif.)		x	x	
Williams (N.J.)	x		x x	

REPUBLIKANER

Aiken (Vt.)	x		x x x	
Allot (Co.)				o
Baker (Tenn.)				o
Beall (Md.)		x		
Bellmon (Okla.)				o
Bennett (Utah)				o
Boggs (Del.)				o
Brock (Tenn.)				o
Brooke (Mass.)				o
Buckley (N.Y.)				o
Case (N.J.)		x	x	
Cook (Ky.)		x		
Cooper (Ky.)		x		
Cotton (N.H.)				o
Curtis (Neb.)				o
Dole (Kan.)				o
Dominick (Colo.)				o
Fannin (Ariz.)				o
Fong (Hawai)				o
Goldwater (Ariz.)				o
Griffin (Mich.)				o
Gurney (Fla.)				o
Hansen (Wyo.)				o
Hatfield (Ore.)	x		x	
Hruska (Neb.)				o
Javits (N.Y.)		x		
Jordan (Idaho)				o
Mathias (Md.)		x	x x	
Miller (Iowa)		x		
Mundt (S.D.)				o
Packwood (Ore.)	x			
Paerson (Kan.)		x		
Percy (Ill.)		x		
Prouty (Vt.)				o
Roth (Del.)				o
Saxbe (Ohio)	x		x x	
Schweiker (Pa.)		x		

	Mansfield Amendment	Mathias Antrag	Andere ⁺ 1 2 3 4	Keine
Scott (Pa.)				o
Smith (Maine)				o
Stevens (Alaska)		x		
Taft (Ohio)				o
Thurmond (S.C.)				o
Tower (Texas)				o
Weicker (Conn.)				o
Young (N.D.)	x			

Mansfield wurde von 5 Republikanern und 31 Demokraten unterstützt, während 39 Republikaner und 22 Demokraten gegen sein Amendment votierten. Er erhielt die Zustimmung der Mehrheit der Demokraten aus den Nordstaaten (23 zu 12), während sich die Stimmen der demokratischen Senatoren aus dem Süden 8 zu 10 verteilen. Von den 16 Vorsitzenden der ständigen Senatsausschüsse gaben 8 Mansfield ihre Stimme.¹⁾

Trotz der Ablehnung aller Vorschläge, die auf eine Modifizierung der amerikanischen Europapräsenz zielten, läßt sich feststellen, daß eine Mehrheit der Senatoren für eine Veränderung eintritt: 60 Mitglieder des Senats - 16 Republikaner und 44 Demokraten - stimmten für zumindest einen der am 19. Mai 1971 zur Abstimmung gestellten Zusatzanträge. Die Zahl derer, die ihre ablehnenden Stellungnahmen zum Mansfield-Amendment im Congress mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Notwendigkeit eines Abbaus der amerikanischen Truppen in Westeuropa verbanden, ist noch erheblich höher. Darüber hinaus kann die Abstimmungsniederlage Mansfields nicht verbergen, daß auch die Gegner einer umfangreichen Schwälerung der Europapräsenz der USA im Congress wie in der Exekutive mit Entschiedenheit dafür eintreten, daß die Kosten dieser Politik neu verteilt werden.

1) Es waren dies die Senatoren Ellender (D La.), Be-
willigungen; Eagleton (D Mo.), District of Columbia;
Fulbright (D Ark.), Auswärtige Beziehungen; Long
(D La.), Finanzen; Magnuson (D Wash.), Wirtschaft;
McClellan (D Ark.), Regierungsmaßnahmen; Talmadge
(D Ga.), Landwirtschaft; Williams Jr. (D N.J.),
Arbeit und Wohlfahrt; siehe Congressional Quarterly,
Vol. XXIX, No. 21, 28. 5. 1971, S. 1157.

Bereits im November 1971 wurde deutlich, daß die Zahl der Kritiker der Stationierung starker amerikanischer Streitkräfte in Westeuropa im Senat zunimmt. Anlässlich der Beratungen über den Militärhaushalt für 1972 brachte Mike Mansfield eine Abwandlung seines Amendments vom Mai ein, wonach es der Regierung verboten sein sollte, nach dem 15. Juni 1972 mehr als 250 000 Soldaten in Westeuropa zu unterhalten. Der zuständige Bewilligungsausschuß stimmte dem Zusatzantrag Mansfields mit 14 gegen 13 Stimmen zu. Der Bericht des Ausschusses empfahl dem Senat, das Gesetz um folgenden Wortlaut zu erweitern:

"Sec. 744. Nach dem 15. Juni 1972 sollen keine Mittel, die in diesem Gesetz bewilligt werden, zur Unterstützung von amerikanischem Militärpersonal in Europa über 250 000 Mann hinaus zur Verfügung stehen." 1)

Als im Plenum über das neuerliche Amendment Mansfields abgestimmt wurde, fiel die Entscheidung zwar mit 54 zu 39 Stimmen gegen den Zusatzantrag aus²⁾, dieses Ergebnis bedarf jedoch der Interpretation. Zunächst scheint es anzudeuten, daß Mansfield im November 1971 lediglich 3 Senatoren mehr für die Unterstützung seiner Abzugsforderungen gewinnen konnte als im Mai: statt 36 stimmten nun 39 Senatoren für seinen Zusatzantrag. In Wirklichkeit konnte Mansfield die Zahl seiner Anhänger in dieser Frage aber um 7 erhöhen: die Senatoren Church, Hartke, McGovern und Saxbe, die bereits im Mai für Mansfields Vorschlag votiert hatten, fehlten bei der Abstimmung am 23. November 1971. Im Falle ihrer Anwesenheit wäre die Zahl der Ja-Stimmen mit Sicherheit auf 43 gestiegen.

Das Abstimmungsergebnis vom November 1971 machte bereits deutlich, daß aus der ursprünglich nur vereinzelt geäußerten Kritik an dem Ausmaß der amerikanischen Europapräsenz bis zu Beginn der siebziger Jahre

1) Department of Defense Appropriations Bill, 1972. Senate Report No. 92-498, 92d Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1971, S. 9f.

2) CR, Vol. 117, 23. 11. 1971, No. 181, S. S 19516.

eine zahlenmäßig starke und einflußreiche Opposition innerhalb des Senats erwachsen war, der nur noch wenige Stimmen für eine Mehrheitsentscheidung dieser Kammer für eine substantielle Reduzierung der US-Truppen auf den Territorien der westeuropäischen Verbündeten fehlten. Seit den ersten Vorstößen Senator Mansfields für einen Abbau der amerikanischen Streitkräfte in Europa ist die Zahl der Senatoren kontinuierlich gewachsen, die eine Rückverlegung umfangreicher amerikanischer Streitkräfte verlangen, ohne jedoch die Europapräsenz der USA ganz aufgeben zu wollen. Nicht die Europapräsenz, sondern allein deren Ausmaß ist umstritten. Es gibt keinen Senator und wohl auch keinen Abgeordneten im Congress, der für die Beibehaltung des Status quo in der amerikanischen Stationierungspolitik ohne irgendwelche Modifikationen eintreten würde. Der Wunsch nach einer Verbesserung der amerikanischen Position ist allgemein, und die Zahl derer, die eine Chance für die Realisierung dieses Wunsches allein im Rückzug eines substantiellen Teils der US-Verbände aus Europa sehen, nimmt ständig zu.

Dieser Trend kulminierte in einer Reihe von Abstimmungen, in denen sich die Senatoren im September 1973 mehrheitlich für einen Abbau der US-Truppen in Europa aussprachen. Nachdem im Jahre 1972 größere Initiativen in dieser Richtung im Congress unterblieben waren, stand die Frage der amerikanischen Stationierungspolitik seit dem Frühjahr 1973 erneut und verstärkt auf der Tagesordnung des Congresses. Als das Senate Democratic Policy Committee am 15. März 1973 mit großer Mehrheit eine Resolution annahm, die zum wiederholten Mal substantielle Reduzierungen bei den im Ausland stationierten US-Truppen in den nächsten 12 bis 18 Monaten verlangte¹⁾, wurde das Thema vor allem bei den Hearings über den Militäretat der USA Ende

1) Auszug aus der Resolution in: Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S. 1082.

März vor dem Streitkräfteausschuß des Senats wieder aktuell¹⁾. Das Repräsentantenhaus zog im Juli mit einem dreitägigen Anhörungsverfahren vor dem außenpolitischen Ausschuß nach, für das die Nixon-Administration eine Vielzahl prominenter Kritiker der legislativen Abzugswünsche aufgeboten hatte, um die in der vom Abgeordneten Rosenthal eingebrachte H. Con. Res. 227 enthaltene Forderung nach einer substantiellen Verringerung der US-Truppen in Zentraleuropa abzuwehren.²⁾

Die diesbezüglichen Anstrengungen der Exekutiven müssen zumindest teilweise als gescheitert angesehen werden, seit der Senat am 25., 26. und 27. September 1973 in mehreren Voten für einen substantiellen und einseitigen Abbau der US-Streitkräfte in Übersee stimmte. In einem Zusatz zu dem Gesetz über den Militärhaushalt stimmten zunächst 84 Senatoren bei nur fünf Gegenstimmen dafür, daß die amerikanischen Verbände in Europa in Zukunft um den Prozentsatz verringert werden, zu dem die durch die Stationierung entstehenden Devisenverluste der USA von den NATO-Partnern nicht ausgeglichen werden³⁾. Einen Tag später sprach sich der Senat mit 49 gegen 46 Stimmen dafür aus, die Truppenstärke der USA in Übersee in den nächsten drei Jahren um 40 Prozent zu reduzieren⁴⁾. Schließlich stimmten 48 Senatoren bei 36 Gegenstimmen auch einem Antrag des demokratischen Senators Hubert Humphrey zu, wonach die Vereinigten Staaten in den nächsten 27 Monaten 110 000 Soldaten aus Europa und Asien abziehen sollen, was einer Reduzierung ihrer Präsenz in diesen Teilen der Welt um 20 Prozent entspricht.⁵⁾

Derartige senatoriale Initiativen werden sich nicht

1) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 13, 31.3.1973, S. 748.

2) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 28, 14.7.1973, S. 1896.

3) Frankfurter Rundschau vom 27.9.1973.

4) ibid.

5) Frankfurter Rundschau vom 29. 9. 1973.

unmittelbar auf die Stärke der in der Bundesrepublik stationierten US-Verbände auswirken, weil einerseits nicht mit der Zustimmung des Repräsentantenhauses zu diesen Beschlüssen zu rechnen ist und andererseits der entschiedene Widerstand Präsident Nixons gegen diese Entscheidungen mit Sicherheit zu erwarten ist. Die in dieser Konstellation sichtbar werdende Polarisierung der inneramerikanischen Diskussion um die Europapräsenz der USA wirft jedoch die Frage nach den Argumenten auf, die von beiden Seiten für oder wider die ungeschmälerte Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Westeuropa vorgebracht werden.

5. Die Argumente gegen die amerikanische Europa- präsenz

Die Diskussion um die US-Truppen in Europa im amerikanischen Congress war nur selten frei von Emotionen. Viele Kritiker der amerikanischen Stationierungspolitik wollen einfach raus aus Westeuropa, weil sie von dem globalen Engagement ihres Landes frustriert sind, weil sie sich in Westeuropa wie in Vietnam im Stich gelassen und ausgenutzt vorkommen¹⁾. Was die rationalen Argumente für den Rückzug umfangreicher US-Truppen aus Europa anbetrifft, so haben sich diese seit Mitte der sechziger Jahre nicht grundsätzlich verändert²⁾, wobei sich die in diesem Zusammenhang vorgebrachte Kritik im wesentlichen in zwei größere Komplexe untergliedern läßt: auf der einen Seite geht es um eine kritische Beantwortung der Frage, ob die Zielvorstellungen erreicht wurden, die mit der Verlegung zusätzlicher US-Divisionen Anfang der fünfziger Jahre verfolgt wurden. Hier steht die Frage nach der Arbeits- und Lastenteilung innerhalb des westlichen Bündnisses im Vordergrund. Auf der anderen Seite sind Mansfield und seine Anhänger aber auch bemüht, für die amerikanische Stationierungspolitik die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus den Veränderungen im internationalen System in den letzten 20 Jahren ergeben. Dabei spielt der ökonomische Aufstieg Westeuropas ebenso eine Rolle wie die Veränderungen im Verhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt.

1) Als Beispiele für derartige Empfindungen siehe die Rede Senator Youngs (Ohio) "Foreign Aid in Disguise" in: CR, Vol. 114, 13. 3. 1968, S. 6327 f.

2) Vgl. die Zusammenstellung der Gründe für und wider eine substantielle Reduzierung der militärischen Europa-präsenz der USA in CR, Vol. 117, 11. 5. 1971, S. 6683 ff. In den Jahren 1967/68 wurde vorübergehend argumentiert, das amerikanische Engagement in Vietnam mache den Abbau der US-Truppen in Europa erforderlich; siehe hierzu bes. die Kritik des Abg. Fino im Repräsentantenhaus in: CR, Vol. 113, 24. 1. 1967, S. 1418 und Sen. Symingtons Rede "NATO Troop Reduction and Vietnam - The Need for Realism", in: CR, Vol. 114, 27. 3. 1968, S. 7818 ff.

5.1 Das ökonomische Argument: die senatoriale Forderung nach "burden sharing"

Wie oben dargestellt wurde, verbanden die USA mit der Entsendung zusätzlicher Streitkräfte Anfang der fünfziger Jahre explizit die Erwartung, daß diese Politik zum beschleunigten Aufbau einer westeuropäischen Verteidigungskapazität führen würde, die letztlich genügen sollte, das Territorium der Verbündeten militärisch zu sichern und den Rückzug der US-Truppen zu ermöglichen. Diese Hoffnungen auf eine arbeitsteilige Bereitstellung der konventionell armierten Truppen durch die Europäer bei Fortbestand des atomaren Schutzes durch die USA erfüllten sich in den fünfziger Jahren nicht. Auch die zusätzlichen amerikanischen Investitionen in der Berlinkrise bewirkten nicht, daß die Verbündeten in ihrer Gesamtheit höhere militärische Eigenleistungen übernahmen, die geeignet gewesen wären, die USA von einem Teil der wirtschaftlichen Lasten ihrer Europapräsenz zu befreien. Diese Haltung der Alliierten hat seit dem Ausbau des amerikanischen Europaengagements immer wieder zu heftiger legislativer Kritik Anlaß gegeben. Seit der Mitte der sechziger Jahre standen dann die hohen finanziellen Aufwendungen der USA als Folge ihrer NATO-Mitgliedschaft und als Resultat ihrer Stationierungspolitik in Europa an der Spitze der Argumente, mit denen die Kritiker dieser Politik einen Abbau der US-Streitkräfte in Westdeutschland und den angrenzenden Staaten fordern.

Senator Mansfield und seine Anhänger vertreten die Ansicht, daß die ökonomische Lage ihres Landes die Fortsetzung der gegenwärtigen amerikanischen Militärausgaben und die Aufrechterhaltung des weltweiten militärischen Engagements der USA nicht erlaubt. Angesichts der inflationären Entwicklung in den Vereinigten Staaten und dem ständigen Wertverlust des Dollars im Ausland fordern sie die Reduzierung der US-Truppen in Übersee, um auf diese Weise den Haushalt der USA zu entlasten und Steuermittel freizusetzen für dringend erforderliche innenpolitische

Reformen¹⁾.

Bei den Auseinandersetzungen um die Einsparung amerikanischer Militärausgaben durch den Abbau der US-Truppen in Westeuropa geht es im wesentlichen um zwei Beträge: einmal um jene 3 bis neuerdings 4 Milliarden Dollar, die von den USA jährlich als Betriebskosten für ihre Truppen in Europa - einschließlich der 6. Flotte im Mittelmeer - aufgewendet werden²⁾. Unter diese Ausgaben fallen u.a. als höchster Einzelposten der Sold für die amerikanischen Soldaten, die Gehälter für die Zivilangestellten der US-Streitkräfte und die Militärberatergruppen in diesem Teil der Welt, wie auch die Kosten für die militärischen Bauten und die Familienunterkünfte der Soldaten und ihrer Angehörigen³⁾. Zählt man die Kosten hinzu, die sich aus der Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungsgegenstände sowie aus der Ausbildung und Logistik für diese Verbände ergeben, dann erhöht sich die Summe auf 7 bis 8 Milliarden Dollar.

Wenn Senator Mansfield von den Kosten des militärischen Engagements der USA in Europa spricht, dann nennt er in Abweichung von diesen Zahlen einen Betrag von 14 und neuerdings 17 Milliarden Dollar jährlich⁴⁾. Bei dieser Summe handelt es sich um die gesamten Auf-

1) Der Verweis auf die wirtschaftlichen Aspekte des militärischen Engagements bestimmt besonders die Argumentationsweise der Resolution, mit der das Senate Democratic Policy Committee am 15. März 1973 den Abbau der US-Truppen im Ausland veranlaßte. Text in: Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5. 5. 1973, S. 1082.

2) Zu diesen Angaben siehe bes. die Regierungsstudie "Sharing the Burdens of NATO's Common Defense - America's Burden", in: CR, Vol. 117, 18. 5. 1971, No. 73, S. S7238. Zu den Schwierigkeiten bei der Bestimmung dieser Kosten siehe Edward R. Fried, "The Financial Cost of Alliance", in: John Newhouse (ed.), U.S. Troops in Europe. Issues, Costs, and Choices, Washington D.C. 1971, S. 102-144.

3) Zu einer detaillierten Aufschlüsselung dieser Beträge für die Jahre 1968-1970 siehe United States Troop Levels in Europe, Report, S. 6.

4) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5. 5. 1973, S. 1080.

wendungen, die seitens der USA für all jene Streitkräfte aufgebracht werden, die in der einen oder anderen Form für die Kriegführung in Europa vorgesehen sind. Neben den US-Truppen in Europa handelt es sich dabei vor allem um die 1. Panzerdivision, die 2. Panzerdivision, die 1. motorisierte Infantriedivision abzüglich einer Brigade, die in der BRD stationiert ist, und um das 3. gepanzerte Kavallerieregiment, die ihre Standorte in den Vereinigten Staaten haben. Da diese Kosten aber auch die Ausgaben für andere Verbände einschließen, die nicht nur für die NATO vorgemerkt sind und zum Beispiel auch in Vietnam eingesetzt wurden¹⁾, ist eine Beschreibung der Auslagen für diese Truppen als "NATO-Kosten" mehr als fragwürdig.

Eine ungeschmälerte Fortsetzung dieser die USA stark belastenden Ausgaben erscheint den Kritikern des militärischen Engagements der Vereinigten Staaten in Europa umso weniger gerechtfertigt, als diese Zahlen nach ihrer Ansicht dokumentieren, daß die USA einen unangemessen hohen Teil der Kosten für die kollektive Sicherheit der westlichen Allianz tragen. Mansfield und seine Anhänger sehen nicht ein, warum die USA mehr Geld für die Sicherheit Europas aufbringen als die Europäer selbst. Sie stützen sich bei dieser Behauptung vor allem auf einen Vergleich der Militärhaushalte der NATO-Staaten, auf die Gegenüberstellung des jeweiligen Anteils der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt des Mitgliedslandes, auf Statistiken über die Zahl der aktiven Soldaten und auf Angaben über die unterschiedliche Dauer der Wehrpflicht in den Streitkräften der Verbündeten. Da diese Indikatoren für die Adäquanz der Militärbeiträge der Alliierten im Congress ständig angeführt werden, ist ihre Zusammenstellung für eine Beschreibung der legislativen Kritik an den "burden sharing"-Bemühungen der Verbündeten unverzichtbar.

1) Report of Special Study Mission to Europe. By Hon. L. Farbstein, New York, Chairman, Subcommittee on Europe, Committee on Foreign Affairs, pursuant to H. Res. 143, Washington D.C. G.P.O. 1970, S. 12 f.

Wenden wir uns zunächst einem Vergleich der Militärausgaben der NATO-Länder auf der Basis der absoluten Zahlen und gemessen am Anteil dieser Aufwendungen am Bruttosozialprodukt zu. Nach amerikanischen Angaben ergibt sich folgendes Bild:¹⁾

1) CR, Vol. 117, 23. 11. 1971, No. 181, S. S19497.

Verteidigungsausgaben -- Absolute Zahlen und Anteil am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
(Kalenderjahre, in Millionen Dollar)

Zugrundegelegte Wechselkurse: Belgien 50 Francs, Dänemark 7,5 Kronen, Frankreich 5,554 neue Francs, Deutschland (BRD) 3,66 DM, Griechenland 30 Drachmen, Italien 625 Lire, Luxemburg 50 Francs, Niederlande 3,62 Gulden, Norwegen 7,74 Kronen, Portugal 28,75 Escudos, Türkei 15 Liras, Vereinigtes Königreich £ 2,40 für 1 £, Österreich 26 Schillinge, Spanien 70 Pesetas, Kanada 1,081 Dollar.

Land	1949			1950			1951		
	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP	Anteil am BSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP	Anteil am BSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP	Anteil am BSP
Belgien	153.0	2.3		165.0	2.4		268.0	3.4	
Dänemark	48.0	1.9		48.0	1.7		63.0	2.0	
Frankreich	862.0	5.5		1.006.0	5.5		1.587.0	7.1	
Deutschland (BRD)	1.230.0	5.0		1.202.0	4.3		1.701.0	4.9	
Griechenland	54.0	5.9		66.0	6.1		87.0	6.6	
Italien	482.0	3.7		565.0	3.9		732.0	4.4	
Luxemburg	2.2	.9		3.4	1.4		5.3	1.6	
Niederlande	188.0	4.0		249.0	4.8		293.0	4.9	
Norwegen	52.0	2.7		50.0	2.4		80.0	3.1	
Portugal	49.0	3.7		53.0	3.6		54.0	3.4	
Türkei	37.0	6.0		40.0	5.8		43.0	5.3	
Vereinigtes Königreich	1.870.0	6.2		2.038.0	6.4		2.755.0	7.8	
europäische NATO insgesamt	5.027.0	4.9		5.485.0	4.8		7.668.0	5.8	
Österreich	-	-		-	-		-	-	
Spanien	n.e.	n.e.		n.e.	n.e.		n.e.	n.e.	
Vereinigte Staaten	13.503.0	5.2		14.307.0	5.0		33.059.0	10.0	
Kanada	344.0	2.3		457.0	2.8		1.128.0	5.8	

n.e. = nicht erhältlich

Land	1952		1953		1958	
	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP
Belgien	339.0	4.4	341.0	3.7	366.0	3.5
Dänemark	30.0	2.7	123.0	3.2	132.0	2.9
Frankreich	2.252.0	2.5	1.984.0	6.5	2.983.0	6.8
Deutschland (BRD)	2.336.0	5.9	2.017.0	3.9	1.872.0	2.8
Griechenland	88.0	6.4	123.0	5.1	149.0	4.7
Italien	233.0	4.4	281.0	3.8	1.035.0	3.5
Luxemburg	8.7	2.4	12.3	3.3	13.0	2.0
Niederlande	346.0	5.5	469.0	5.6	457.0	4.6
Norwegen	112.0	4.0	133.0	4.0	143.0	3.0
Portugal	5.0	3.2	77.0	4.1	86.0	4.0
Türkei	49.0	2.1	72.0	5.1	93.0	4.1
Vereinigtes Königreich	3.746.0	9.9	3.762.0	8.1	3.819.0	6.9
europäische NATO insgesamt	10.327.0	7.0	14.341.0	5.5	11.141.0	4.8
Österreich	165.0	4.1	21.0	5.5	73.0	1.4
Spanien			201.0	3.7	249.0	3.0
Vereinigte Staaten	47.598.0	13.7	40.371.0	10.2	45.096.0	10.1
Kanada	1.734.0	7.8	1.682.0	6.5	1.610.0	5.1

Land	1959		1960		1961	
	Vtrg.aus- gaben	Anteil am BSP	Vtrg.aus- gaben	Anteil am BSP	Vtrg.aus- gaben	Anteil am BSP
Belgien	374.0	3.5	383.0	3.3	391.0	3.2
Dänemark	132.0	2.0	148.0	2.7	157.0	2.6
Frankreich	3.228.0	6.6	3.450.0	6.4	3.672.0	6.2
Deutschland (BRD)	3.029.0	4.2	3.310.0	4.1	3.600.0	4.0
Griechenland	158.0	4.8	170.0	4.8	168.0	4.2
Italien	1.067.0	3.4	1.136.0	3.4	1.199.0	3.2
Luxemburg	8.0	1.8	5.3	1.1	5.8	1.1
Niederlande	416.0	3.9	477.0	4.0	556.0	4.4
Norwegen	155.0	3.6	148.0	3.3	165.0	3.3
Portugal	98.0	4.3	105.0	4.2	171.0	6.4
Türkei	143.0	4.8	160.0	4.9	181.0	5.5
Vereinigtes Königreich	3.814.0	6.5	3.972.0	6.4	4.102.0	6.2
europäische NATO insgesamt	12.622.0	5.0	13.464.0	4.9	14.368.0	4.8
Österreich	77.0	1.4	73.0	1.2	73.0	1.1
Spanien	255.0	3.0	269.0	3.0	295.0	2.9
Vereinigzte Staaten	45.833.0	9.5	45.380.0	9.0	47.808.0	9.2
Kanada	1.519.0	4.5	1.550.0	4.4	1.557.0	4.4

Land	1962			1963			1964		
	Vtg. aus- gaben	Anteil am BSP	Anteil am BSP	Vtg. aus- gaben	Anteil am BSP	Anteil am BSP	Vtg. aus- gaben	Anteil am BSP	Anteil am BSP
Belgien	422.0	3.3		445.0	3.2		497.0	3.2	
Dänemark	207.0	3.0		220.0	3.0		235.0	2.8	
Frankreich	3.944.0	6.0		4.114.0	5.5		4.372.0	5.3	
Deutschland (PRD)	4.706.0	4.9		5.443.0	5.3		5.342.0	4.7	
Griechenland	170.0	4.0		179.0	3.8		188.0	3.6	
Italien	1.377.0	3.3		1.649.0	3.4		1.789.0	3.4	
Luxemburg	7.1	1.4		7.0	1.3		9.2	1.5	
Niederlande	504.0	4.5		637.0	4.4		735.0	4.3	
Norwegen	192.0	3.6		205.0	3.6		220.0	3.5	
Portugal	200.0	6.9		199.0	6.4		224.0	6.6	
Türkei	199.0	5.7		211.0	5.0		229.0	5.1	
Vereinigtes Königreich	4.333.0	5.3		4.442.0	5.1		4.770.0	5.0	
europäische NATO insgesamt	15.433.0	5.0		17.077.0	5.0		18.330.0	4.1	
Österreich	20.0	1.1		100.0	1.3		131.0	1.5	
Spanien	374.0	3.2		417.0	4.0		410.0	3.0	
Vereinigte Staaten	52.381.0	9.3		54.930.0	9.3		51.113.0	8.1	
Kanada	1.674.0	4.4		1.584.0	3.8		1.677.0	3.6	

Land	1965		1966		1967	
	Vtg.aus- gaben	Anteil am RSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am RSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am RSP
Belgien	501.0	3.0	526.0	2.9	569.0	2.9
Dänemark	262.0	2.8	277.0	2.7	300.0	2.7
Frankreich	4.556.0	5.2	4.813.0	5.0	206.0	5.0
Deutschland (BRD)	5.441.0	4.4	5.533.0	4.2	5.849.0	4.3
Griechenland	210.0	3.6	239.0	3.7	313.0	4.3
Italien	1.939.0	3.3	2.146.0	3.4	2.174.0	3.1
Luxemburg	9.5	1.4	9.9	1.4	8.3	1.4
Niederlande	750.0	3.9	771.0	3.7	884.0	3.9
Norwegen	266.0	3.8	273.0	3.6	294.0	3.5
Portugal	232.0	6.2	257.0	6.3	333.0	7.2
Türkei	255.0	5.2	266.0	4.7	306.0	4.8
Vereiniggt.Königreich	5.018.0	5.8	5.168.0	5.6	5.463.0	5.7
europäische NATO insgesamt	19.441.0	4.6	20.279.0	4.4	21.699.0	4.5
Österreich	114.0	1.2	135.0	1.3	142.0	1.3
Spanien	494.0	2.7	677.0	3.2	832.0	3.6
Vereinigste Staaten	51.826.0	7.6	63.571.0	8.5	75.484.0	9.5
Kanada	1.535.0	3.0	1.633.0	2.9	1.818.0	3.0

Land	1968		1969		1970 ¹⁾	
	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP	Vtg.aus- gaben	Anteil am BSP
Belgien	602.0	2.9	630.0	2.8	2) 695.0	2.8
Dänemark	345.0	2.8	352.0	2.5	2) 368.0	2.3
Frankreich	5.438.0	4.8	5.708.0	4.4	2) 5.900.0	4.0
Deutschland (BRD)	5.270.0	3.6	5.895.0	3.6	2) 6.103.0	3.3
Griechenland	367.0	4.7	425.0	5.1	450.0	5.0
Italien	2.245.0	3.0	2.259.0	2.7	2) 2.310.0	2.5
Luxemburg	7.5	1.0	7.8	.9	2) 8.3	.9
Niederlande	906.0	3.6	1.017.0	3.6	1.096.0	3.5
Norwegen	336.0	3.7	350.0	3.6	375.0	3.4
Portugal	372.0	7.2	371.0	6.5	400.0	6.3
Türkei	344.0	4.7	360.0	4.6	355.0	4.3
Vereinigtes Königreich	5.545.0	5.4	5.497.0	5.0	5.950.0	5.1
europäische NATO insgesamt	21.724.0	4.1	22.872.0	3.9	24.010.0	3.7
Österreich	158.0	1.3	156.0	1.3	165.0	1.2
Spanien	998.0	3.4	1.033.0	3.5	1.165.0	3.6
Vereinigte Staaten	30.732.0	9.3	31.444.0	8.7	2) 30.507.0	7.8
Kanada	1.783.0	2.7	1.757.0	2.4	1.906.0	2.4

1) geschätzt 2) tatsächlich

Anmerkung: (1) Die anzurechnenden Daten basieren auf der NATO-Definition von Verteidigungsausgaben. (2) Die Angaben für Deutschland vor 1968, Griechenland für 1969, und Österreich für 1969 und Spanien für alle Jahre sind geschätzt. Die Angaben Deutschlands bis 1969 waren zum größten Teil Basisatzungskosten. (3) Umrechnungen der nationalen Währungen in Dollar wurden auf der Basis offizieller Wechselkurse vorgenommen. Ein einheitlicher Wechselkurs wurde für alle Jahre zugrunde gelegt, um den Trend in den Angaben der nationalen Währungen anzuzeigen und um abweichende Fluktuationen in den Dollargangaben als Folge von Abwertungen zu eliminieren, da Vergleiche auf der Basis der Kaufkraft nicht genau sein können.

Nach diesen Angaben lagen die amerikanischen Investitionen in den jährlichen Militäretats seit Gründung der NATO durchschnittlich um das Dreifache über dem Betrag, den die anderen Verbündeten zusammen genommen für diesen Zweck aufwendeten. Gemessen am Anteil dieser Ausgaben am jeweiligen Bruttosozialprodukt waren die Ausgaben der USA in den sechziger Jahren im Durchschnitt mehr als doppelt so groß wie die der Alliierten zusammen genommen: während die europäischen Verbündeten in den sechziger Jahren durchschnittlich 4,0 Prozent ihres Bruttosozialprodukts in die Militärbudgets steckten¹⁾, investierten die USA für diesen Zweck 8,6 Prozent. Der Anteil, den die europäischen Verbündeten von ihrem Bruttosozialprodukt für Militärausgaben bereitstellten, sank darüber hinaus in den sechziger Jahren schneller als die Vergleichszahlen für die USA, wo sich dieser Prozentsatz als Folge des Vietnamkrieges sogar zeitweilig noch erhöhte.

Im Congress werden diese Zahlen durch Statistiken ergänzt, die über die Militärausgaben der NATO-Staaten pro Kopf der Bevölkerung Aufschluß geben. Auf dieser Vergleichsbasis lagen die amerikanischen Aufwendungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre durchschnittlich dreimal so hoch wie die Frankreichs, das auf der zweiten Stelle dieser Rangordnung lag. Verglichen mit den westdeutschen Aufwendungen gaben die USA auf dieser Bewertungsgrundlage sogar mehr als das Vierfache aus, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß auf westdeutscher Seite die Berlinhilfe nicht einbezogen ist, während in den Aufwendungen der USA die Kosten des Vietnamkrieges enthalten sind.

1) Die Angaben des CR für die europäischen NATO-Staaten zusammen stimmen nicht mit denen für die einzelnen Länder überein.

Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung
(in US-Dollar) 1)

Land	1965	1966	1967	1968	1969
Belgien	53	55	59	63	67
Kanada	78	81	89	86	85
Dänemark	60	63	67	71	72
Frankreich	105	110	118	123	121
BRD a)	84	85	89	80	87
Griechenland	25	28	36	42	47
Italien	38	41	42	43	43
Luxemburg	29	30	25	22	24
Niederlande	61	62	70	71	79
Norwegen	71	73	78	84	95
Portugal	25	28	35	38	35
Türkei	14	14	16	17	19
Vereinigtes Königreich	107	110	116	100	100
Vereinigte Staaten b)	266	323	379	401	391

Anm.: a) ohne Berlinhilfe
b) einschließlich Vietnam

Wie Enthoven und Smyth ausgerechnet haben, könnten die USA ihre nicht mit Vietnam in Verbindung stehenden Militärausgaben um jährlich 25 Milliarden Dollar einschränken und ihre Streitkräfte um eine Million Soldaten verringern, falls sie ihren Militäretat auf das Niveau ihrer NATO-Partner im Mittelabschnitt Europas reduzieren würden.²⁾ Allein die Westdeutschen könnten die Hälfte der amerikanischen Divisionen und Luftwaffengeschwader in Europa durch eigene ersetzen, ohne den Militärhaushalt auf über 6 Prozent ihres Brutto-sozialproduktes ansteigen zu lassen, ein Prozentsatz, der immer noch erheblich unter dem der USA liegt.

Einen weiteren Ansatzpunkt der legislativen Kritik an den unzureichenden militärischen Leistungen der

1) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee on U.S. Security Agreements and Commitments Abroad, 91st Cong., S. 2171.

2) Alain C. Enthoven und K. Wayne Smyth, "What Forces for NATO? And from Whom?", in: Foreign Affairs, Vol. 48, Oktober 1969, No. 1, S. 80-96.

Verbündeten bildet die unterschiedliche Dauer der Wehrpflicht in den verschiedenen NATO-Staaten. Es wird in diesem Zusammenhang besonders moniert, daß die von SHAPE geforderte allgemeine Wehrpflicht von 24 Monaten außer in den USA nur noch in Griechenland uneingeschränkt gilt.

Dauer der Wehrpflicht in den NATO-Ländern, 1951 - 71¹⁾

(in Monaten; Schlüssel: A - Armee, M - Marine, L - Luftwaffe)

Land	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61
Belgien	-	-	-	-	-	18	18	15	15/12	12	12
Kanada	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dänemark	-	-	-	-	-	16	16	16	16	16	16
Frankreich	-	-	-	-	-	18	(24)18	(24)18	(27)24	(24)18	(24)18
Deutschland	-	-	-	-	-	-	12	12	12	12	12
Griechenland	-	-	-	-	-	(21)18	(21)18	(21)18	(21)18	24	24
Italien	-	-	-	-	-	18	18	18	18	18	18
Luxemburg	-	-	-	-	-	12	12	12	12	12	12
Niederlande	-	-	-	-	18	18	18	18	18	18	18
Norwegen	-	-	-	-	16	16	16	16	16	16	16
Portugal	-	-	-	-	4	4	4	18	18	18	18
Türkei	-	-	-	-	24	24	24	24	24	24	24
Vereinigtes Königreich	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24/-	-
Vereinigzte Staaten	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24

1) CR, Vol. 117, 23. 11. 1971, No. 131, S. 31-42; siehe auch "NATO Force Goals, the contribution of NATO members, conscription policies of NATO members", Foreign Affairs Division, Legislative Reference Service, The Library of Congress, in: CR, Vol. 113, No. 1. 1967, S. 99ff.

Land	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71
Belgien	12	12	12	12	12	12	12	12	12	1 ²
Kanada	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dänemark	16	16	16	16	14	14	14	14	12	12
			M/I	I14	I12	I12	I12	I12	16/12	12
Frankreich	(24)18	18	18	16	16	16	16	16	18	18/15
Deutschland	18	18	18	18	18	18	18	18	24	24
Griechenland	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24
Italien	18	18	15	15	15	15	15	15	15	15
		M28	M24	M24	M24	M24	M24	M24	M24	M24
Luxemburg	12	9	9	9	6	-	-	-	-	-
Niederlande	20	20/18	A18	A18	A18	A18	A16	A16	A16	A16
		M/I	M/I	M/I	M/I	M/I	M21	M21	M21	M/L
Norwegen	16	16	12	12	12	15	15	15	15	15
Portugal	18	18	18	18	18	A12	A12	A12	A12	A122
Türkei	24	24	24	24	24	18	24	24	24	24
						24	24	24	18 ³	20
									20 ⁴	
Vereinigtes Königreich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigte Staaten	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24

Anmerkungen: 1 - 15 Monate Dienstzeit nur in Belgien
 2 - Ausnahmen entsprechend Einsatzbedarf
 3 - Offiziere
 4 - Mannschaften

Für 1954-55 waren keine vollständigen Angaben erhältlich.
 / Angaben wechseln innerhalb des Kalenderjahrs.
 Frankreich -156-62. Gesetzesvorlage lautete auf 18 Monate; allgemeine Wehrpflicht wurde für Anzahl der Monate in Klammern beibehalten.
 Griechenland-1956-59: siehe Anmerk. bezüglich Frankreich.

Obwohl diese Statistiken nur wenig darüber aussagen, ob die Lastenverteilung im westlichen Bündnis "gerecht" ist oder nicht¹⁾, stimmen die Senatoren darin überein, daß die USA einen zu hohen Anteil der Kosten für die NATO tragen. Es herrscht die Ansicht vor, daß einzig die Vereinigten Staaten einen angemessenen Militärbeitrag leisten, während die Verbündeten völlig unzureichende Anstrengungen machen und auf Kosten der westlichen Führungsmacht ihre Militärpolitik vernachlässigen²⁾, eine Haltung, die vor dem Hintergrund des immer wieder beschworenen ökonomischen Wiederaufstiegs Westeuropas von einigen Senatoren schlicht als unmoralisch bezeichnet wird. Die senatoriale Kritik an den angeblich unzureichenden militärischen Anstrengungen der Verbündeten konkretisiert sich daher in der Forderung, die Westeuropäer sollten für die NATO mehr Geld ausgeben, damit die Vereinigten Staaten weniger zu investieren brauchten. Das sollte zum einen durch direkte Zahlungen der Verbündeten zum amerikanischen Militäretat erfolgen³⁾. Zum anderen ließen sich die militärischen Ausgaben der USA nach Ansicht der Senatoren dadurch senken, daß die Alliierten mehr Mittel für die nationalen Streitkräfte aufbringen sollten, was die Reduzierung der amerikanischen Verbände er-

1) Siehe hierzu Elke Thiel, "Devisenausgleich und Lastenteilung im Atlantischen Bündnis", in: Europa Archiv, 26. Jg., 1971, F. 10, S. 353-362.

2) Anfang der sechziger Jahre war es vor allem Senator Morse, der diese Vorwürfe artikulierte, vgl. CR, Vol. 108, 8. 6. 1962, No. 93, S. 9296ff.; ibid., 6. 7. 1962, No. 114, S. 11958ff.; ibid., 19. 7. 1962, No. 123, S. 13140; ibid., 18. 8. 1962, No. 144, S. 14683; außerdem seine programmatische Rede "What is the U.S. Future in Europe", in: CR, Vol. 108, 10. 1. 1963, No. 5, S. 393ff.

3) So Mansfield in CR, Vol. 117, 19. 5. 1971, No. 74, S. S7427. Zuvor bereits Ellender in CR, Vol. 107, 13. 2. 1961, No. 25, S. 2000; Einigen Senatoren schwebte seitens der BRD eine Regelung vor, wie sie für die amerikanischen Besatzungsstreitkräfte in West-Berlin gilt und nach der die BRD bis auf die Entlohnung der Soldaten und die Anschaffung ihrer Ausrüstung alle Kosten trägt. Wie Mendershausen ausgerechnet hat, würde eine derartige Regelung die BRD jährlich mit 5,25 Milliarden DM belasten; Mendershausen, Troop Stationing, S. 48 a,

möglichen würde. Zum Ausmaß dieser "burden-sharing"-Forderungen erklärte Senator Fulbright Anfang der siebziger Jahre:

"Mir scheint, wir bezahlen einen unangemessen großen Betrag. Niemand von uns vertritt die Ansicht, wir sollten überhaupt nichts bezahlen, aber um Ihnen eine Vorstellung zu geben: ich glaube, es wäre richtig, wenn wir 3 oder 4 Milliarden Dollar bezahlen würden und sie (die Verbündeten, H.H.) 10 oder 11 Milliarden bezahlen ließen". 1)

In der Regel geben sich die Senatoren aber bereits mit bescheideneren Nahzielen ihrer Forderungen nach einer Neuverteilung der Lasten im Bündnis zufrieden. So ist es ein zentrales Anliegen der legislativen Bemühungen um eine "faire" Lastenverteilung im Bündnis, den amerikanischen Anteil an den auf die Alliierten umgelegten Kosten für das Infrastrukturprogramm der NATO zu reduzieren²⁾. In die gleiche Richtung zielten auch die Bestrebungen Anfang der sechziger Jahre im Senat, den Restbetrag für die US-Militärhilfe an die westeuropäischen Verbündeten ersatzlos zu streichen³⁾. Eine Reduzierung der von den USA zur militärischen Sicherung Westeuropas übernommenen Lasten versprachen sich die Senatoren und Abgeordneten auch davon, daß die als wohlhabend anzusehenden verbündeten Industrienationen einen Beitrag zu den bislang allein von den Vereinigten Staaten subventionierten Militärausgaben Griechenlands und der Türkei leisten würden. Ein Unterausschuß des Repräsentantenhauses forderte, die USA sollten ihre direkte Militärhilfe an diese Länder auslaufen lassen und die reichen Verbündeten mit

1) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee on U.S. Security Agreements and Commitments Abroad, 91st Cong., S. 2035.

2) Ende der fünfziger Jahre trugen die USA 37% dieser Gemeinschaftsaufwendungen für die Errichtung von Pipelines, Kommunikationssystemen, Flugplätzen und anderen ständigen Einrichtungen im Rahmen des Infrastrukturprogramms.

3) Siehe hierzu bes. das Amendment, das Senator Church zum Military Assistance Act für 1961 einbrachte, in: CR, Vol. 107, 9. 8. 1961, No. 136, S. 14196.

den hierfür anfallenden Kosten belasten¹⁾ Dieses Ansinnen beruhte auf der Überzeugung, daß es sich bei der Militärhilfe wie auch bei der Entwicklungshilfe um integrierte Bestandteile einer kollektiven Sicherheitspolitik handelt, die den direkten Verteidigungsausgaben vergleichbar sind.

Die Forderungen nach "burden sharing" in der amerikanischen Legislative erschöpften sich daher auch nicht im Verweis auf die ungenügenden Anstrengungen der Alliierten für die militärische Sicherheit Westeuropas, in der Kritik an den fehlenden Hilfen für die Staaten an der Südostflanke der NATO oder in Bemühungen um eine Reduzierung des amerikanischen Anteils am NATO-Infrastrukturprogramm. Im Senat mehrten sich in den sechziger Jahren die Stimmen, die verlangten, die wohlhabenden Verbündeten sollten "im Interesse der kollektiven Sicherheit mehr von den Lasten bei der Führung der Welt übernehmen", sie dürften nicht länger allein "unter dem amerikanischen Atomschirm prosperieren, während unsere Nation als Weltpolizist agiert"²⁾. Die so geforderte Unterstützung der Alliierten für das globale Engagement der USA sollte nicht auf finanzielle Zuwendungen beschränkt bleiben. Bereits 1961 mahnte Senator Ellender gegenüber McNamara die Alliierten Divisionen an, die gemeinsam mit den amerikanischen in "Buschfeuerkriegen" eingesetzt werden sollten.³⁾ Neben Ellender, der diese Forderung in den folgenden Jahren immer wieder vortrug, waren es vor allem die Senatoren Symington, Young (Ohio) und Morse sowie der Abgeordnete Chipfield, die im Congress nach den Soldaten der west-

1) NYT, 12. 5. 1963; siehe auch die Ausführungen von Senator Morse in CR, Vol. 109, 4. 11. 1963, No. 177, S. 19959ff. Siehe auch: Foreign Assistance Act of 1963. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 88th Cong., 1st Sess., on S.1276, Washington D.C. G.P.O. 1965, bes. S. 251.

2) Senator McIntyre in CR, Vol. 112, 1. 6. 1966, S. 12045ff.

3) Department of Defense Appropriations for 1962, Committee on Appropriations, Senate, 87 th Cong., 1st Sess., S. 27.

europäischen Verbündeten in Südostasien, Taiwan und Südkorea fragten.¹⁾ Mit aller Entschiedenheit verlangte Morse eine Beteiligung der Alliierten an amerikanischen Interventionen in Staaten der Dritten Welt, da diese Aktionen zur "Friedenserhaltung" der Sicherung der "gesamten Freien Welt" dienten. Der diesbezügliche Druck der Legislativen auf die Regierung nahm besonders im Zusammenhang mit dem Ausbau des militärischen Engagements der USA Mitte der sechziger Jahre in Vietnam zu. So stellten zum Beispiel die Senatoren Pastore und Thurmond in einem Hearing vor den zuständigen Ausschüssen des Senats ihre Forderung nach westdeutschen Soldaten für Vietnam erst zurück, nachdem McNamara versprochen hatte, sich intensiv um einen derartigen Beitrag des bundesrepublikanischen NATO-Partners zu bemühen²⁾.

In diesen Forderungen der Senatoren Pastore und Thurmond zeigte sich beispielhaft, was für die gesamte legislative Kritik an den angeblich unzureichenden Aufwendungen der Verbündeten für die kollektive Sicherheit des Bündnisses gilt: diese Kritik richtet sich vor allem gegen den westdeutschen Alliierten. Das ist zum einen aus der Bedeutung der Bundesrepublik als Gastland für die in Westeuropa stationierten amerikanischen Truppen zu erklären. Zum anderen spielt in diesem Zusammenhang das seitens des westdeutschen Verbündeten immer wieder artikulierte besondere Schutzbedürfnis und das daraus resultierende verstärkte

1) Siehe den Dialog Symingtons mit Außenminister Rusk in: Worldwide Military Commitments. Hearings before the Preparedness Investigating Subcommittee of the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 72 f. Sen. Morse bes. in: CR, Vol. 109, 16. 1. 1963, No. 5, S. 403 ff. Sen. Young u.a. in: CR, Vol. 112, 7.2.1966, S. 2198 f.

2) Supplemental Military Procurement and Construction Authorizations, Fiscal Year 1966. Hearings before the Committee on Armed Services and the Subcommittee on Department of Defense Appropriations of the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 89th Cong., 2d Sess. on S. 2791 and S. 2792, Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 31 und 200.

Interesse der Bundesrepublik an der amerikanischen Deutschlandpräsenz eine Rolle. Die exponierte Position des westdeutschen NATO-Partners als Adressat senatorialer "burden-sharing"-Forderungen ist darüber hinaus aber vor allem durch die Tatsache begründet, daß die BRD bei einem Vergleich der bemängelten Leistungen auf der Basis der oben zitierten Statistiken besonders schlecht abschneidet. So gab die Bundesrepublik in den sechziger Jahren weniger Geld für ihre Rüstung aus als die beiden NATO-Partner mit vergleichbaren Voraussetzungen, Frankreich und Großbritannien. Gemessen als Prozentsatz am Brutto-sozialprodukt lag die BRD nicht nur hinter den USA und diesen beiden Alliierten, sondern auch noch hinter Portugal. Der Abstand der diesbezüglichen Zahlen des westdeutschen Verbündeten zum NATO-Mittel schwankte in den sechziger Jahren zwischen 1,7 und 3,9 Prozent. Pro Kopf der Bevölkerung gaben die USA, Frankreich und Großbritannien in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre regelmäßig und Norwegen und Kanada zeitweilig mehr Geld für die Rüstung aus als die BRD. Vergleicht man die Zahl der Soldaten als Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung, dann schneiden Luxemburg und Kanada innerhalb des westlichen Bündnisses noch schlechter ab als die Bundesrepublik¹⁾.

1) Siehe die Tabelle in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee on United States Security Agreements and Commitments Abroad, 91st Cong., S. 2171:

Streitkräfte als Anteil an der Gesamtbevölkerung a)

Land	1965	1966	1967	1968	1969b)
Belgien	1.1	1.1	1.1	1.1	1.0
Kanada	.6	.5	.5	.5	.5
Dänemark	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Frankreich	1.2	1.2	1.2	1.1	1.1
BRD	.7	.8	.8	.7	.8
Griechenland	2.1	2.1	2.1	2.0	2.0
Italien	.9	.9	.9	.9	.9
Luxemburg	.7	.6	.2	.2	.3
Niederlande	1.0	1.0	1.0	.9	.9
Norwegen	1.1	1.0	1.0	1.0	1.0
Portugal	2.0	2.0	2.0	2.2	2.2
Türkei	1.6	1.7	1.7	1.7	1.8
Vereinigtes Königreich	.8	.8	.8	.8	.8
Vereinigte Staaten	1.5	1.7	1.7	1.7	1.7

a) Angaben bezüglich des Prozentsatzes der Männer im wehrpflichtigen Alter in den Streitkräften der Länder sind nicht verfügbar.

b) geschätzt

Bei den Angriffen auf die Militär- und Rüstungspolitik des westdeutschen Verbündeten blieb die relativ hohe Steuerbelastung der Bundesbürger unberücksichtigt, die Anfang der sechziger Jahre einzig von Frankreich übertroffen wurde.¹⁾ Von dem Verweis der Bundesregierung auf die ungewöhnlich hohen Kriegsfolgelasten wurde als Entschuldigung für den relativ niedrigen Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt der BRD gleichfalls im Congress keine Notiz genommen. Statt dessen wurde verlangt, die Bundesrepublik solle den gleichen Anteil ihres Bruttosozialproduktes für militärische Aufwendungen bereitstellen wie die USA²⁾.

Im Zusammenhang mit der Entsendung zusätzlicher amerikanischer Soldaten nach Westdeutschland im Sommer 1961 wurde im Congress besonders gerügt, daß die Wehrpflicht in der Bundeswehr zu diesem Zeitpunkt nur 12 Monate betrug. Über diesen Sachverhalt beschwerte sich Senator Ellender im August 1961 mit den Worten:

"Als ich im August 1960 dort war, wurde mir gesagt, der Grund dafür, daß es unmöglich ist, in Deutschland einsatzbereite Divisionen bereitzustellen, liege darin, daß die Soldaten die Streitkräfte verlassen, sobald sie ausgebildet sind. Es dauert ungefähr 12 Monate, sie auszubilden; und sobald sie ausgebildet sind, gehen sie nach Hause. Das ist der Grund, weshalb es keine ausreichende Unterstützung in dem Teil der Welt gibt, wo die größte Gefahr besteht. Ich kann nicht verstehen, warum unsere Militärmissionen im Ausland erlauben, daß solche Zustände bestehen" 3).

Bei der Erörterung des Militäretats für 1963 griff Ellender Verteidigungsminister McNamara erneut heftig

1) Siehe die Tabelle in: International Development and Security, Committee on Foreign Relations, Senate, 87th Cong. 1st Sess., S. 714; siehe auch DER SPIEGEL, 15. Jg., 1961, No. 4, 18. 1. 1961, S. 13 f.

2) A Report on United States Foreign Policy Operations by Honorable Allen J. Ellender, United States Senator from the State of Louisiana, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Document No. 20, Washington 1961.

3) CR, Vol. 107, 15.8.1961, No. 140, S. 14846; Zur Dauer der Wehrpflicht in den Mitgliedsländern der NATO siehe die jährlichen Angaben in: The Military Balance, 1959 ff.

an, weil es der Regierung trotz Berlinkrise bis dahin nicht gelungen war, den westdeutschen Verbündeten zur Verlängerung der Wehrpflichtzeit zu bewegen.¹⁾ Senator Morse vertrat darüber hinaus die Ansicht, der westdeutsche Verbündete sollte nicht nur größere Anstrengungen für die eigene Verteidigung unternehmen, er sollte sich vielmehr auch stärker am globalen Engagement der USA beteiligen²⁾. Von den Senatoren Pastore, Ellender, Ervin und Thurmond wurde diese Forderung Anfang 1966 dahingehend präzisiert, daß sie ausdrücklich die Entsendung westdeutscher Truppen nach Südostasien verlangten³⁾.

Seit der Diskussion um die amerikanische Aufrüstungspolitik in der Berlinkrise über die Auseinandersetzungen um die Resolutionen Mansfields und zu dessen Amendments vom Mai und November 1971 bis hin zu den jüngsten senatorialen Abzugsinitiationen vom Sommer 1973 steht die Bundesrepublik im Mittelpunkt der Kritik, wenn im Congress über die Neuverteilung der ökonomischen Lasten für die gemeinsame Verteidigungspolitik gesprochen wird. Die Stationierung der US-Truppen vor allem auf westdeutschem Territorium, das von westdeutscher Seite immer wieder bekundete Interesse an der ungeschmäilerten Präsenz der Vereinigten Staaten und nicht zuletzt die im NATO-Vergleich unterdurchschnittlichen Aufwendungen der BRD für Verteidigungsausgaben machen den westdeutschen Alliierten zum bevorzugten Adressaten aller senatorialen Forde-

1) Department of Defense Appropriations for 1963, Subcommittee of the Committee on Appropriations Senate 87th Cong., 2d Sess., S. 76 f.

2) CR, Vol. 104, 2.7.1964, No. 100, S. 11450f.: "Es ist an der Zeit, daß uns Westdeutschland deutlich seine Bereitschaft zu verstehen gibt, für den Schutz der Freiheit überall dort in der Welt zu bezahlen, wo die Freiheit geschützt werden muß, wofür bisher vor allem wir aufkommen". Siehe in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen von Senator Fulbright in: International Development and Security, Committee on Foreign Relations, 87th Cong. 1st Sess., S. 701.

3) Supplemental Defense Appropriations for Fiscal Year 1966. Hearings before the Committee on Appropriations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong., 2d Sess., on H.R. 13546, Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 31, 58 ff., 120 f., 183, 200.

tungen nach einem gerechteren "burden sharing" im Bündnis. Ein weiterer wesentlicher Punkt kommt hinzu: die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten, vor allem die inflationäre Entwicklung im eigenen Land und der Wertverlust des Dollar im Ausland, stehen auf der Liste der Abgeordneten und Senatoren zur Begründung ihrer Abzugswünsche ganz oben an. Bei dieser Dominanz des ökonomischen Arguments ist es nur verständlich, daß die Kritiker der amerikanischen Europapräsenz einen Ausgleich für die angestrebten eigenen Minderaufwendungen zur Entlastung des amerikanischen Haushalts besonders von dem Verbündeten erwarten und fordern, dessen Position im internationalen System vor allem durch einen spektakulären wirtschaftlichen Aufstieg in den fünfziger und sechziger Jahren bestimmt ist.

Der permanente Verweis auf die gemessen an den amerikanischen Aufwendungen erheblich geringeren und daher nach Ansicht vieler Senatoren völlig unzureichenden Militärausgaben der Verbündeten bei den Auseinandersetzungen um die Stationierung von US-Truppen in Europa läßt den Eindruck entstehen, als bestünde ein senatoriales Junktim zwischen der Erhöhung der westeuropäischen Militärhaushalte und der Fortdauer der ungeschmälernten militärischen Europapräsenz der Vereinigten Staaten¹⁾. Wenn etwa die Senatoren Symington und Morse ihre Abzugsforderungen damit begründen, daß bisher kein westeuropäischer Alliierte seine Verpflichtungen im Rahmen der NATO erfüllt habe, was eine Reduzierung des amerikanischen Beitrages rechtfertige²⁾, dann müßte der Umkehrschluß lauten: falls die

1) Dieser Eindruck muß z.B. entstehen, wenn der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses des Senats, Ellender, erklärt: "Ich würde sie (die Verbündeten, H.H.) bestimmt zwingen, mehr zu tun, oder aber wir ziehen ab". Department of Defense Appropriations for Fiscal Year 1967. Hearings before the Subcommittee of the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 89th Cong., 2d Sess., on H.R. 15941, Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 700.

2) Symington in: CR, Vol. 112, 1966, S. 21829; Morse in: CR, Vol. 109, 16. 1. 1963, No. 5, S. 403.

verbündeten NATO-Staaten mehr Geld in ihre eigenen Militäretats stecken, dann bleiben die US-Truppen in ihrer gegenwärtigen Stärke in Europa. Zu einer solchen Schlußfolgerung sind die Kritiker der amerikanischen Stationierungspolitik jedoch nicht bereit, weil es ihnen um eine Verringerung der den USA aus ihren NATO-Verpflichtungen entstehenden Ausgaben im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität und der Finanzierung innenpolitischer Reformen geht, die unabhängig von dem Tun der Verbündeten erforderlich ist. Nach Ansicht Mansfields und seiner Anhänger zwingt die wirtschaftliche Situation der USA sein Land unter allen Umständen zu einem Abbau der amerikanischen Europa-präsenz, wobei die Übernahme höherer Verteidigungslasten durch die Verbündeten einen solchen Schritt lediglich erleichtern würde.

Die Argumentation Mansfields schließt aus, daß die Drohung mit dem Abbau der amerikanischen Europapräsenz als Hebel angesetzt würde, um die Verbündeten zu höheren "burden sharing"-Anstrengungen zu zwingen. Da die Alliierten aber auch von sich aus wenig Neigung verspüren werden, ihre Militärhaushalte auszudehnen, nur um einen Abzug jener amerikanischen Truppen zu erleichtern, an deren ungeschmälerter Anwesenheit sie immer wieder das stärkste Interesse bekundet haben, würde die Reduzierung der US-Stréitkräfte in dem von Mansfield vorgeschlagenen Ausmaß eine erhebliche Lücke in die NATO-Verteidigung in Europa reißen. Mit ökonomischen Überlegungen allein ließe sich ein solches Vorgehen nicht ausreichend rechtfertigen. Der wirtschaftliche Aspekt ist daher auch nur ein Teil der Beweisführung der Kritiker an der amerikanischen Stationierungspolitik in Europa.

5.2. Das finanzpolitische Argument: die senatoriale Forderung nach Ausgleich der Zahlungsbilanzkosten

Die 14 bis neuerdings 17 Milliarden Dollar, in denen sich der amerikanische NATO-Beitrag jährlich im Budget der USA niederschlägt, sind nicht die einzigen Kosten, die den Vereinigten Staaten aus ihrer Mitgliedschaft in der westlichen Allianz entstehen. Außer diesem Betrag, den die westliche Führungsmacht einsparen könnte, wenn sie die 6. Flotte einmotten und ihre der NATO zugewiesenen Divisionen und Schwadronen demobilisieren würde, hatten die Amerikaner als Folge ihrer Truppenstationierung in Westeuropa in den sechziger Jahren per annum Devisenverluste von durchschnittlich 1,5 Milliarden Dollar.¹⁾ Für 1972 wird dieser Teil des amerikanischen Zahlungsdefizits bereits mit 2,1 Milliarden Dollar angegeben.²⁾ Diese Kosten entstehen vor allem durch amerikanische Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

1) Zur Entwicklung dieser Kosten in den sechziger Jahren siehe die Tabelle auf S. 140. Zur Unmöglichkeit, diesen Betrag durch Abgrenzung von anderen Devisenverlusten verursachenden Ausgaben der USA genau zu bestimmen, siehe das Memorandum von Schatzminister Fowler vom 21.4.1967 in: United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees, U.S. Senate, 90th Cong. 1st Sess., S. 118 ff. Zu den Zahlungsbilanzschwierigkeiten der USA siehe bes.: The United States Balance of Payments - Perspectives and Policies, Staff Materials and Other Submissions Prepared for the Use of the Joint Economic Committee, Congress of the U.S., 88th Cong. 1st Sess. Joint Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1963.

2) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S. 1082.

zur Aufrechterhaltung der militärischen Installationen der USA in Europa, durch Kapitalinvestitionen der Vereinigten Staaten in diesem Teil der Welt für militärische Gebäude und durch private Ausgaben des amerikanischen Militärpersonals und dessen Angehörige¹⁾. Sie blieben trotz der Reduzierung der US-Truppen in Europa in den sechziger Jahren relativ konstant, weil die durch den Abzug erzielten Einsparungen durch steigende Preise und höhere Löhne ausgeglichen wurden²⁾. Im Gegensatz zu den Budgetkosten könnten diese Devisenverluste zum größten Teil vermieden werden, wenn die USA ihre Truppen auf heimischem Territorium und nicht in Westeuropa stationieren würden.³⁾

Seit 1949 haben die Vereinigten Staaten in ihrer jährlichen Zahlungsbilanz ein Defizit, wobei einzig das Jahr 1957 eine Ausnahme macht. Bis gegen Ende der fünfziger Jahre gab der durch die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa verursachte Devisen-

-
- 1) Siehe hierzu auch Don D. Humphrey, *The United States and the Common Market. A Background Study*, New York-London-Washington D.C. 1964, S. 98 ff.
 - 2) Cora E. Shepler and Leonhard G. Campbell, "United States Defense Expenditures Abroad", in: *Survey of Current Business*, Vol. 49, No. 12, Dezember 1969, S. 40-47.
 - 3) Zum Zusammenhang von Truppenstationierung und amerikanischem Zahlungsbilanzdefizit siehe besonders Mendershausen, *Troop Stationing*, S. 65 ff.; Elke Thiel, "Truppenstationierung und Devisenausgleich. Vor Verhandlungen über ein neues deutsch-amerikanisches Offset-Abkommen", in: *Europa Archiv*, 24. Jg., F.7, 1969, S. 221-228; dies., "Truppenstationierung und Wirtschaft", in: *Wehrkunde*, XVII. Jg., H.9, Sept. 1968, S. 470-474; dies. zusammen mit Uwe Nerlich, *Burden-sharing und Devisenausgleich. Arbeitspapier und Fragen-Katalog für die Sitzung der Studiengruppe für internationale Sicherheit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. am 1.2.1971*; Edward R. Fried, "The Financial Cost of Alliance", in: *Newhouse*, U.S. Troops, S. 102 ff.; Gerhard Baumann, "Devisenausgleich und Sicherheit", in: *Wehrkunde*, XVII. Jg., H. 5, Mai 1968, S. 245-251.

abfluß den USA jedoch keinen Grund zur Beunruhigung. Im Gegenteil: dieses Zahlungsbilanzdefizit wurde auch von der amerikanischen Regierung begrüßt, weil es zu einer gewollten Entwicklung beitrug, mit der durch den Ausgleich der Unterbringungskosten in US-Dollars die geschmolzenen Bestände der Verbündeten an amerikanischen Zahlungsmitteln aufgefüllt und die Empfängerländer in die Lage versetzt wurden, sich wieder am internationalen Waren- und Finanzverkehr zu beteiligen. So waren die militärischen Ausgaben der USA in Europa zwischen 1955 und 1960 stets höher als in den sechziger Jahren¹⁾, ohne die gleichen alarmierenden Rufe nach Ausgleichszahlungen zu provozieren wie in der Folgezeit. Das änderte sich, als die westeuropäischen Währungen 1958 wieder konvertibel wurden und die Alliierten begannen, ihre Dollars in Gold umzutauschen. Bereits vor dem großangelegten Umtausch von Dollars in Gold durch Frankreich hatten 40 % des amerikanischen Defizits die Form von Goldverlusten angenommen²⁾. Die Verlegung von zusätzlichen amerikanischen Streitkräften in der Berlinkrise war geeignet, das Problem noch zu verschärfen.

Seit Beginn der sechziger Jahre sind die USA daher in verstärktem Maße bemüht, die Verbündeten zur Unterstützung der amerikanischen Bestrebungen um einen Abbau des Zahlungsbilanzdefizits anzuhalten. Diese

1) Siehe die Tabelle in Mendershausen, Troop Stationing, S. 63.

2) G. Griffith Johnson, "Western Europe and the Balance of Payments", in: Annals of the Academy of Political and Social Sciences, Vol. 348, Juli 1963, S. 110-120. Siehe auch: Gold and the U.S. Balance of Payments Deficit, Legislative Reference Service, Library of Congress, Washington D.C. G.P.O. 1961. Außerdem: The United States Balance of Payments. Statements by Economists, Bankers, and Others on the Brookings Institution Study "The United States Balance of Payments in 1968", 88th Cong., 1st Sess., Joint Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1963.

Anstrengungen reichen von der ersten Botschaft Kennedys über die Lage der Nation bis zu Nixons Report über die amerikanische Außenpolitik in den siebziger Jahren¹⁾. Besonders die Kennedy-Administration begründete ihr Verlangen nach mehr Unterstützung durch die Alliierten aber nicht nur mit dem Verweis auf die Truppenstationierung in Europa, sondern auch mit der weitergehenden Argumentation, der gesamte Devisenverlust der USA aus der Unterbringung amerikanischer Soldaten in Übersee²⁾ sowie

1) "Special Message to the Congress on Gold and the Balance of Payments Deficit, February 6, 1961", in: Public Papers 1961, S. 57 ff.

2) Die den USA aus der Stationierung ihrer Streitkräfte in Übersee erwachsenden Kosten entwickelten sich in den sechziger Jahren wie folgt:

Verteidigungsausgaben im Ausland für Güter und Dienstleistungen (in Millionen Dollar)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Gesamt.....	3087	2998	3105	2961	2880	2952	3764	4378	4530	2412
Westeuropa.....	1652	1531	1633	1523	1492	1468	1535	1616	1533	797
Belgien/Luxembg.	28	12	16	12	11	12	14	35	37	21
Dänemark/Grönland	51	37	34	42	36	40	37	36	34	18
Frankreich.....	274	286	268	243	218	208	206	97	25	10
Deutschland.....	649	636	749	691	694	714	770	837	877	454
Griechenland.....	19	18	20	27	28	31	24	26	28	13
Island.....	14	14	12	10	11	13	17	24	18	7
Italien.....	116	97	114	93	102	102	106	102	103	65
Niederlande.....	37	28	34	31	40	41	43	49	41	19
Norwegen.....	17	14	15	14	24	24	28	38	32	7
Spanien.....	64	54	52	49	49	45	50	48	42	21
Schweiz.....	9	6	5	8	10	11	10	12	10	6
Türkei.....	57	54	55	50	58	42	49	48	51	22
Großbritannien..	287	225	197	184	173	154	146	210	192	106
Andere und "unallocated"...	30	50	62	69	38	31	35	54	63	28
Kanada.....	387	357	326	296	258	177	205	232	245	155
Lateinamerikanische Republiken..	59	57	76	79	86	89	91	102	105	55
Andere westliche Hemisphäre.....	89	100	87	92	94	80	68	81	83	38
Australien, Neuseeland, Südafrika..	75	98	103	105	103	57	59	29	33	21
Vietnam.....	7 ¹	12 ¹	37 ¹	52	64	188	408	564	558	303

1. einschließlich Laos und Kambodscha.

Quelle: Survey of Current Business, 12/1969, S. 44; Zu den amerikanischen Militärausgaben im Ausland siehe auch die Artikel über die amerikanische Zahlungsbilanz jeweils in der Märzangabe des Survey of Current Business.

der Entwicklungs- und Militärhilfe sei eine Belastung, die von den Vereinigten Staaten als "Führer der Freien Welt und Hauptverteidiger der Freiheit in der Welt"¹⁾ im gemeinsamen Interesse aller Verbündeten übernommen worden sei. Die Behauptung Präsident Nixons, die Militärhilfe der USA sei der Eckpfeiler der Außenpolitik des Landes und der "Sicherheit der Freien Welt"²⁾ belegt die Kontinuität dieser Argumentationsweise. Grundlage der amerikanischen Forderungen nach einem Ausgleich des Zahlungsbilanzdefizits des Landes sind demnach nicht allein die NATO-Verpflichtungen der USA, sondern auch das angeblich gemeinsame Interesse der Alliierten an der kollektiven Sicherheit im Rahmen des globalen Engagements der Vereinigten Staaten.

Wie schon bei den "burden sharing"-Bemühungen um eine Entlastung des amerikanischen Budgets steht die Bundesrepublik auch im Mittelpunkt der Bestrebungen um einen Ausgleich des Zahlungsbilanzdefizits der USA. Als Begründung für diese Fixierung auf den westdeutschen Alliierten läßt sich neben dem Verweis auf das geringer gewordene Gefälle im Macht- und Produktionspotential in erster Linie anführen, daß der größte Teil der durch die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa abfließenden Zahlungsmittel der USA in den sechziger Jahren nach Westdeutschland ging. Dieser Anteil ist parallel zur wachsenden Bedeutung der BRD für die amerikanische Europapräsenz ständig gestiegen. Im Jahre 1971 floßen bereits 70% der Kosten für die Truppenstationierung in Westeuropa in die Bundesrepublik.³⁾ In absoluten Zahlen ausgedrückt

-
- 1) Ansprache Kennedys vor der National Association of Manufacturers am 6.12.1961, in: Public Papers 1961, S. 773ff., hier S. 776; siehe auch das Memorandum der Vereinigten Staaten an die Bundesregierung vom 17. Februar 1961, in: Europa Archiv, 16. Jg., 1961, F.6, S.D 165 f.
 - 2) Botschaft Nixons zur Auslandshilfe für 1972/73 am 14.3.1972, zit. nach Europa Archiv, 27. Jg., 1972, F.7, S.2 70.
 - 3) Newhouse, U.S. Troops, S. 128; dort auch die Vergleichszahlen für die anderen NATO-Staaten.

heißt das, daß den USA 1971 aus ihrer Deutschlandpräsenz ein Zahlungsbilanzdefizit von 1,1 Milliarden Dollar entstand, das im darauffolgenden Jahr bereits auf 1,4 Milliarden anwuchs.¹⁾ Selbst der massive Ausbau der amerikanischen Streitkräfte Mitte der sechziger Jahre in Vietnam hat die BRD nicht vom ersten Platz der Länder verdrängt, deren Zahlungsbilanz von der amerikanischen Auslandsstationierung profitiert.²⁾

Der westdeutsche Verbündete hat nie bestritten, daß die eigenen Dollareinnahmen aus der Stationierung amerikanischer Truppen Transaktionen erforderlich machen, mit denen die Devisenverluste der USA ausgeglichen werden können. Bereits bei den Gesprächen zwischen Kennedy und dem westdeutschen Außenminister von Brentano im Februar 1961 wurde von beiden Seiten anerkannt, daß es eines Ausgleichs der "internationalen Zahlungssituation" bedürfe, um die "Bemühungen der freien Welt für die gemeinsame Verteidigung" und die Entwicklungshilfe nicht zu behindern.³⁾ Die Suche nach Möglichkeiten zur Neutralisierung des durch die Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik verursachten Teils des Zahlungsbilanzdefizits der USA führte in den sechziger Jahren zum Abschluß einer Reihe von "offset"-Abkommen zwischen den beiden Staaten, die bis 1967 auf dem Grundsatz beruhten, die aus der Deutschlandpräsenz der USA resultierenden Devisenverluste voll auszugleichen. Diese Devisen-

1) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S. 108.

2) Der für 1968 im Zusammenhang mit der Stationierung amerikanischer Soldaten in Übersee angegebene Devisenverlust von insgesamt 4,5 Milliarden Dollar verteilte sich wie folgt: BRD 19%, restliche Länder Westeuropas 15%, Japan 13%, Vietnam 12%, Korea 7%, Thailand 7%, restliche Länder Südostasiens 13%, Rest der Welt 14%. Quelle: Survey of Current Business, 12/1969, S. 40.

3) "Kommunique über die Besprechungen zwischen Präsident Kennedy und dem Bundesaußenminister von Brentano in Washington am 17. Februar 1961", in: Europa Archiv, 16. JG., 1961, F.6, S.D 164.

ausgleichsabkommen zwischen den USA und der Bundesrepublik sahen im einzelnen folgende Leistungen vor:

"Offset"-Vereinbarungen zwischen den USA und der BRD¹⁾

- 1962-1963: Militärische Beschaffungen in Höhe von
1,375 Milliarden Dollar
- 1964-1965: Militärische Beschaffungen in Höhe von
1,375 Milliarden Dollar
- 1966-1967: Militärische Beschaffungen und vorzeitige
Rückzahlung westdeutscher Schulden (192
Millionen Dollar) in Höhe von zusammen
1,350 Milliarden Dollar
- 1968: :Militärische Beschaffungen in Höhe von
100 Millionen Dollar.
:Kauf amerikanischer Schatzanweisungen für
500 Millionen Dollar
:Verpflichtung der Bundesbank, auch weiterhin
keine Dollars in Gold umzutauschen
- 1969 :Militärische Beschaffungen in Höhe von
100 Millionen Dollar
:Kauf amerikanischer Schatzanweisungen für
500 Millionen Dollar
:Kauf amerikanischer Schatzanweisungen durch
westdeutsche Banken in Höhe von 125 Millionen
Dollar
:Einwilligung der Lufthansa, Flugzeugkauf
über 60 Millionen Dollar in Westdeutschland
statt auf dem amerikanischen Markt zu
finanzieren
- 1970-1971 :Militärische Beschaffungen in Höhe von
800 Millionen Dollar
:Darlehen der BRD über 10 Jahre an die USA in
Höhe von 250 Millionen Dollar
:Kauf von Papieren der US-Export-Import-Bank
und außenstehender Marshal-Plan Darlehen
in Höhe von 118,75 Millionen Dollar
:Zivile Beschaffungen in Höhe von 125 Millio-
nen Dollar
:Bildung eines Fonds der BRD in den USA zur
Förderung westdeutscher Investitionen in
den Vereinigten Staaten in Höhe von 150
Millionen Dollar
:Frühzeitige Schuldentilgung der BRD in den
USA in Höhe von 43,75 Millionen Dollar
:Zurückhaltung der Zinsen für die von der
BRD gehaltenen amerikanischen Schatzanwei-
sungen in den USA in Höhe von 32,50 Millionen
Dollar

1) Quellen: CR, Vol. 115, 1.12.1969, No. 197, S. 36148ff.;
Archiv der Gegenwart, XLI. Jg., 1971, S. 16763A.

1971-1973: Militärische Beschaffungen in Höhe von
4 Milliarden DM
: Modernisierung amerikanischer Truppenunter-
künfte in der BRD für 600 Millionen DM
: Kauf amerikanischer Schatzwechsel in Höhe
von

Für die Zeit vom 1. Juli 1973 bis zum 30. Juni 1975
haben die USA Forderungen in Höhe von mehr als
8 Milliarden Mark angemeldet. ¹⁾

Wie diese Zusammenstellung zeigt, konzentrierten sich
die westdeutschen Bemühungen um einen Ausgleich der
amerikanischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten bis 1967
auf den Kauf amerikanischer Waffen und Ausrüstungs-
gegenstände²⁾. Eine graphische Darstellung des Anteils
der Rüstungskäufe an den westdeutschen Maßnahmen im
Rahmen der "offset"-Vereinbarungen mit den USA ergibt
folgendes Bild:³⁾

Den Beschaffungen des westdeutschen Verbündeten in
den USA ist es in erster Linie zuzuschreiben, daß die

1) Frankfurter Rundschau, 4.7.1973.

2) Derartige Beschaffungen bildeten kein Novum in den
Beziehungen zwischen Washington und Bonn: bis zum
1. Juli 1961 hatte Westdeutschland bereits für
6,746 Milliarden DM Waffen und Gerät in den Vereinig-
ten Staaten erworben; siehe hierzu Kunz Dieter Bauer,
Die Einfuhr von Rüstungsgütern in die Bundesrepu-
blik. Probleme der Einfuhr von Rüstungsgütern,
dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutsch-
land, Dissertation, Köln 1964, S. 52 ff.

3) Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik
Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Heraus-
gegeben vom Bundesminister der Verteidigung, o.O.
und J., S. 31; dort auch Angaben zu den westdeut-
schen Ausgleichsleistungen an Großbritannien; hierzu
s.a. Mendershausen, Troop Stationing, S. 76 ff.

amerikanischen Einnahmen aus Waffenverkäufen von 300 Millionen Dollar im Jahre 1961 bis 1964 bereits auf 1,2 Milliarden Dollar anstiegen¹⁾. Während 1961 noch nicht einmal 10% der amerikanischen Militärausgaben in Übersee durch Waffengeschäfte ausgeglichen wurden, erhöhte sich dieser Anteil bis 1965 auf fast die Hälfte des Betrages. Ungefähr 50 Prozent der Einnahmen, die den USA zwischen 1962 und 1968 aus den Waffenexporten zufließen, kamen aus der Bundesrepublik²⁾, die von 1961 bis 1970 für diesen Zweck 19 Milliarden DM bereitstellte³⁾. Für die erste Hälfte der sechziger Jahre ist der Anteil der westdeutschen Käufe an den gesamten Beschaffungen militärischen Materials in den USA noch höher: insgesamt nahmen die USA in dieser Zeit aus derartigen Exporten 5,1 Milliarden Dollar ein, davon kamen aus der BRD allein zwischen 1962 und 1965 2,75 Milliarden. Auf diese Weise gelang es, das aus der Auslandsstationierung, der Militärhilfe und anderen militärischen Ausgaben resultierende Nettozahlungsbilanzdefizit der USA von 2,8 Milliarden Dollar im Jahre 1961 auf 1,4 Milliarden für 1965 zu senken⁴⁾.

Der Bedeutung der Bundesrepublik als Abnehmer amerikanischer Waffen entspricht es, daß von den vier Arbeitsgruppen, die sich in dem 1961 gegründeten Amt für internationale Logistik in den weltweiten Waffenverkauf der USA teilen, eine allein auf den westdeutschen Alliierten spezialisiert ist.⁵⁾ Nach übereinstimmenden Aussagen McNamaras und seiner Mitarbeiter ist es darüber hinaus seit Beginn der sechziger Jahre die einzige Aufgabe der relativ starken Militär-

-
- 1) Foreign Assistance Act of 1965. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 89th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1965, S. 307.
 - 2) Survey of Current Business, 12/1969, S. 47.
 - 3) Weißbuch 1970, S.30.
 - 4) Siehe Tabelle in: Supplement Defense Appropriations for Fiscal Year 1966, Committees on Appropriations and Armed Services, Senate, 89th Cong., 1st Sess., S. 111.
 - 5) George Thayer, War Business. Geschäfte mit Waffen und Krieg, Hamburg 1969.

beratergruppe der USA in der Bundesrepublik, amerikanische Waffen und Waffensysteme zu verkaufen¹⁾. Der Erfolg ihrer Bemühungen ist nach den Ausführungen des Leiters des Amtes für internationale Logistik in der Kennedy-Administration, Henry Kuss, aber nicht nur die Voraussetzung für eine erhebliche Reduzierung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits, sondern auch für die Realisierung der "Vorwärtsstrategie", wie Kuss das globale Engagement der USA bezeichnete²⁾.

Die Sättigung der Bundeswehr mit Waffen und Gerät machte es Mitte der sechziger Jahre immer schwieriger, westdeutsche Rüstungsaufträge in den USA zu plazieren. Seit 1967 sahen die "offset"-Vereinbarungen daher eine Mischung aus Waffenkäufen und finanziellen Transaktionen vor, wobei die militärischen Beschaffungen in den Verträgen besonders für 1968 und 1969 nur noch von marginaler Bedeutung waren. Dies war ein Punkt, an dem sich die legislative Kritik an den Devisenausgleichsvereinbarungen seit 1966 entzündete. Im Senat vertrat vor allem Mansfield die Ansicht, daß westdeutsche Darlehen langfristig nicht zum Abbau des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits beitragen, daß mit ihnen das Problem nur verschoben und nicht gelöst werde³⁾. Er warf der Bundesrepublik vor, sie trage durch den Kauf von US-Schatzwechseln nicht zur Lastenteilung bei, sondern mache auf diese Weise profitable Investitionen⁴⁾. Dabei verschwieg Mansfield, daß der niedrige Zinssatz der westdeutschen Darlehen durchaus zu Einsparungen im US-Etat führte, da diese

-
- 1) Hearings on Military Posture and H.R. 4016, to Authorize Appropriations during Fiscal Year 1966 for Procurement of Aircraft, Missiles, and Naval Vessels, and Research, Development, Test, and Evaluation, for the Armed Forces, and for Other Purposes, House of Representatives, Committee on Armed Services, 89th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1965, S. 127 f.
 - 2) Foreign Assistance Act of 1966. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 89th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 473.
 - 3) CR, Vol. 117, 11.5.1971, No. 68, S. 6879; In den Jahren 1968 und 1969 machten westdeutsche Kredite mehr als 80% der Devisenausgleichsleistungen der BRD aus, 1970/71 waren es noch ca. 40 von Hundert.
 - 4) NYT, 19.8.1968.

Mittel auf alle Fälle finanziert werden mußten. Dennoch stand Mansfield mit seiner Kritik nicht allein. In seiner Weigerung, die westdeutschen Kredite als Ausgleichsleistungen anzuerkennen, konnte er sich vielmehr auf sachverständige Kritiker dieses Teils der "offset"-Vereinbarungen in der Administration berufen, unter ihnen der Secretary of the Treasury, Kennedy und leitende Beamte des Federal Reserve System und des Bureau of the Budget.

Es wurde darüber hinaus im Congress moniert, daß durch die "offset"-Vereinbarungen mit der BRD nicht der volle Betrag der durch die Truppenstationierung verursachten Zahlungsbilanzkosten ausgeglichen würde. Mansfield bezifferte den Nettodevisenverlust gegenüber Westdeutschland selbst für die Zeit von 1963 bis 1967 auf jährlich zwischen 700 und 800 Millionen Dollar¹⁾. Neben der Kritik an einer nur 80prozentigen Deckung des amerikanischen Devisenverlustes durch Maßnahmen, die gleichermaßen abgelehnt wurden, war ein weiteres Argument der Gegner der "offset"-Regelungen die Behauptung, ein großer Teil der so festgelegten westdeutschen Beschaffungen in den USA würde auch ohne Devisenausgleichsvereinbarungen getätigt und könne daher nicht als zusätzliche Leistung der Bundesrepublik zur Lastenverteilung im Bündnis anerkannt werden.²⁾

Da die "sogenannten offset-Vereinbarungen" mit der Bundesrepublik nichts daran änderten, "daß die Stationierung von US-Streitkräften in Deutschland und Europa ein gefräßiger Verbraucher amerikanischer Ressourcen, eine Quelle der Inflation und unter den gegenwärtigen

1) CR, Vol. 115, 1.12.1969, No. 197, S. 36147; Zu den gescheiterten Bemühungen, bei den trilateralen "offset"-Verhandlungen 1967 zu einer gemeinsamen Definition des aus der Truppenstationierung resultierenden Nettodevisenverlustes zu gelangen, s. Georg Ferdinand Duckwitz, "Truppenstationierung und Devisenausgleich", in: Außenpolitik, August 1967, S. 473.

2) Siehe in diesem Zusammenhang bes. die Argumentation des Beraters des auswärtigen Ausschusses des Senats, Mr. Paul, in: United States Security Arrangements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Senate, 91st Cong., S. 2236.

Bedingungen ein Faktor beim Abbau der internationalen Stärke des Dollars ist"¹⁾, erkennen Mansfield und seine Anhänger die Devisenausgleichsabkommen der USA mit Westdeutschland nicht als geeignetes Instrument an, das Zahlungsbilanzproblem der Vereinigten Staaten zu lösen. Ein partieller aber substantieller Abbau der amerikanischen Europapräsenz erscheint ihnen demgegenüber als einzige Möglichkeit, diesen Schwierigkeiten beizukommen.

5.3. Das politische Argument: der Verlust der interallianzpolitischen und intrallianzpolitischen Funktionen der amerikanischen Europapräsenz

Als zu Beginn der fünfziger Jahre die Verlegung zusätzlicher Divisionen nach Westeuropa im Congress zur Diskussion stand, wurden von den Anhängern dieser Politik eine Reihe von politischen Argumenten ins Feld geführt, deren Stichhaltigkeit von den Befürwortern eines substantiellen Rückzuges amerikanischer Truppen heute angezweifelt wird. Vor dem Hintergrund der partiellen Großmächtekooperation seit Beginn der sechziger Jahre zielt die legislative Kritik an der Europapräsenz einerseits auf die Fragwürdigkeit der Bedrohungspерzeption, die der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa nach wie vor zugrunde liegt. Aber nicht nur die These von der Unverzichtbarkeit amerikanischer Streitkräfte für ein stabiles Verhältnis zwischen den Blöcken wird in Frage gestellt, auch die traditionelle Argumentation mit den intraallianzpolitischen Funktionen der Europapräsenz als Katalysator für die militärischen Anstrengungen der Alliierten und als Garant der innereuropäischen Ordnung wird von Mansfield und seinen Anhängern nicht länger akzeptiert.

Das gemeinsame Interesse der USA und der UdSSR an der Ausschaltung der größten Gefahren, die aus der ideolo-

1) CR, Vol. 115, 1.12.1969, No. 197, S. 36148.

gischen Konkurrenz atomar gerüsteter Staaten entstehen können, hat seit der Kuba-Krise 1962 eine Entspannung des seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges am Konflikt orientierten Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bewirkt.¹⁾ Seit in der Folge der waffentechnologischen Entwicklung die Erhaltung der physischen Existenz und der Gesellschaftsordnungen der beiden Großmächte weniger von den eigenen Verteidigungswaffen als vom rationalen Verhalten des Gegners abhängt, besteht für beide Seiten der Zwang zur partiellen Kooperation zumindest auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle. Diese amerikanisch-russischen Bemühungen um Vereinbarungen zur Vermeidung eines mit Atomwaffen ausgetragenen Konflikts sind durch das Teststoppabkommen, den "Heißen Draht" zwischen Washington und Moskau, den Verzicht auf die Stationierung von Atomsprenköpfen im Weltraum und auf dem Meeresboden, den Nonproliferationsvertrag, die SALT-Abkommen und schließlich die Vereinbarungen zwischen Nixon und Breschnew zur Verhütung eines Atomkrieges gekennzeichnet. Selbst einseitige Maßnahmen zur Verhinderung eines atomaren Konflikts wie der oben beschriebene Strategiewandel zur "flexible response" bedürfender rationalen Kooperation mit dem Antagonisten, um die sofortige und quasiautomatische Eskalation zu vermeiden.

Obgleich die grundsätzlichen ideologischen Divergenzen zwischen den Blöcken fortbestehen und die Systemkonkurrenz weiterhin das Ost-West-Verhältnis charakterisiert, haben sich die Folgen der Zusammenarbeit mit dem Ziel der Kontrolle der strategischen Rüstungen nicht nur auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit ausgewirkt, sondern auch die Verbindungen der westeuropäischen NATO-Staaten

1) Diese partielle Interessenidentität wurde bes. in der "Friedensrede" Kennedys am 10. Juni 1963 hervorgehoben. "Rede des amerikanischen Präsidenten, John F. Kennedy, vor der Universität Washington am 10. Juni 1963 über neue Friedensbemühungen der Vereinigten Staaten", in: Europa Archiv, 18. Jg., 1963, F. 12, S. D 123 - D 124.

mit ihren osteuropäischen Nachbarn beeinflusst. Parallel zur bipolaren Kooperation der Großmächte vollzog sich die Neuordnung der Beziehungen zwischen den Staaten der NATO einerseits und denen des Warschauer Pakts andererseits¹⁾. Der Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die MBFR-Verhandlungen markieren den gegenwärtigen Stand dieser Politik, die auf die inner-amerikanische Diskussion um die Europapräsenz des Landes nicht ohne Einfluß bleiben konnte.

Seit der Mitte der sechziger Jahre fand der Wandel in den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR seinen Niederschlag in der senatorialen Kritik an der Europapräsenz amerikanischer Streitkräfte. Zwar blieb Senator Symington zunächst noch ohne nennenswerte Unterstützung, als er aus Verärgerung über die unzureichenden Eigenleistungen der Verbündeten vorschlug, in der Großmächtekooperation eine Alternative zur Zusammenarbeit in der westlichen Allianz zu sehen²⁾, und auch Senator Young (Ohio) hätte sicher keine Mehrheit für seine These gefunden, Westeuropa werde von der Sowjetunion überhaupt nicht bedroht³⁾. Als jedoch Senator Mansfield seinen Abzugsforderungen erstmals im August 1966 mit einem Resolutionsentwurf Nachdruck verlieh und diesen Schritt damit begründete, "daß die Beziehungen zwischen Osteuropa und Westeuropa zu der Zeit, da die großen Kontingente amerikanischer Streitkräfte in Europa stationiert wurden, gespannt waren, daß aber diese Lage jetzt eine wesentliche Änderung erfahren hat und die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Europas jetzt durch einen wachsenden Strom von Handel, Menschen und friedlichem Austausch in beiden Richtungen gekennzeichnet sind"⁴⁾, fand diese Beschreibung des Ost-West-Verhältnisses im

1) Zur Analyse des Ost-West-Verhältnisses zwischen 1945 und 1970 unter bes. Berücksichtigung der Situation in Europa s. Josef Korbel, *Détente in Europe: Real or Imaginary?*, Princeton, N.J. 1972.

2) Jackson, *Alliance*, S. 172.

3) *Cn*, Vol. 112, 7.2.1966, S.2198.

4) *CR*, Vol. 112, 31.8.1966, S.21442 ff.; hier zit. nach Europa Archiv, 21. Jg., 1966, F.23, S. D 624.

Senat weitgehend Zustimmung. Der Verweis auf die veränderte Situation in Europa zieht sich seither wie ein roter Faden durch die Begründung der Forderungen Mansfields und seiner Mitstreiter nach einem Abbau der Europapräsenz der USA. Er reicht von dem Resolutionsentwurf vom Sommer 1966 über die Ausführungen Mansfields kurz vor der Abstimmung über sein Amendment vom Mai 1971¹⁾ bis zur Erklärung Senator Harts vom März 1973, daß die Entscheidung der USA zum Ausbau ihrer Streitkräfte Anfang der fünfziger Jahre in Europa als Reaktion auf eine Welt erfolgte, die nicht länger existiert.²⁾

Wie Mansfield und seine Anhänger in diesem Zusammenhang immer wieder betonen, hatte sich das Verhältnis zwischen den sozialistischen Staaten Osteuropas und den westeuropäischen Verbündeten der USA aus der Konfrontation der fünfziger Jahre bis Mitte der sechziger Jahre zur partiellen Kooperation entwickelt. Sie stellen fest, daß nicht länger von einem monolithischen kommunistischen Block gesprochen werden könne, der geschlossen gegen die Vereinigten Staaten und deren Alliierte stehe. China und Rußland bedrohen sich aus dieser Sicht der internationalen Beziehungen wechselseitig stärker als dies in ihrem Verhältnis zu anderen Staaten der Fall ist.³⁾ Angesichts der von ihm konstatierten Durchlässigkeit des "Eisernen Vorhangs" und der rapiden Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West bezeichnete Mansfield bereits 1969 die Stationierung amerikanischer und russischer Truppen in Europa als Anachronismus⁴⁾ und forderte seine Kollegen im Senat auf, von einer Politik abzugehen, die vor zwanzig Jahren richtig und wirkungs-

1) CR, Vol. 117, 19.5.1971, S. 7426 ff.

2) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5. 1973, S. 1081.

3) Unter den Reden der Senatoren, die in diesem Punkt ähnlich argumentierten wie Mansfield, ragen bes. die Ausführungen der Senatoren Gruening und Pearson heraus, s. CR, Vol. 113, 23.8.1966, S. 20315 ff. und Vol. 114, 20.3.1968, S. 7659 ff.

4) CR, Vol. 115, 1.12.1969, No. 174, S. 36148 f. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam ein Unterausschuß unter dem

voll gewesen sei, deren Prämissen sich aber seither grundlegend gewandelt hätten.

Mansfield argumentiert, daß auch die UdSSR wegen ihrer Auseinandersetzungen mit China und den Kosten der strategischen Rüstung an einem Abzug ihrer Truppen aus Osteuropa interessiert sein müsse, wegen der amerikanischen Präsenz in Westeuropa und bündnis-internen Überlegungen zu einem solchen Schritt aber nicht in der Lage sei¹⁾. Die Anwesenheit russischer Truppen in einigen Staaten des Warschauer Pakts dient nach Ansicht Mansfields primär der Stabilisierung des Einflusses der UdSSR in diesen Ländern und der innenpolitischen Konsolidierung der kommunistischen Regierungen und kann nicht als Beweis der Bedrohung der westeuropäischen Verbündeten der USA durch die UdSSR interpretiert werden. Als er im Dezember 1969 seinen Resolutionsentwurf nach längerer Pause erneut einbrachte, ließ Mansfield daher auch den Hinweis auf die Ereignisse im August 1968 als Indiz für die andauernde Gefährdung Westeuropas durch russische Divisionen nicht gelten: was in Osteuropa geschieht, ist nach seiner Überzeugung von der Truppenstärke der NATO und der amerikanischen Europa-präsenz völlig unabhängig.⁻⁾

Angesichts dieser Analyse ist es nur konsequent, wenn Mansfield einen unilateralen Abzug der amerikanischen Verbände aus Westeuropa fordert, ohne einen solchen Schritt an korrespondierende Maßnahmen der UdSSR koppeln zu wollen. Diese Politik Mansfields wurde bereits im Januar 1967 sichtbar, als er im Senat erklärte:

Vorsitz von Senator Symington, in dessen Bericht es hieß: "Die militärische Rolle, die die USA in Europa spielen, hat sich verselbständigt und besteht weiter ohne Bezug zu den Veränderungen hinsichtlich der Allianzmitglieder und der veränderten Beziehungen zwischen Mitgliedsstaaten der Allianz und Mitgliedern des Warschauer Pakts". Zit. nach CR, Vol. 117, 19.5.1971, No. 24, S. 843.

1) CR, Vol. 117, 19.5.1971, S.7426ff.; siehe auch seine Ausführungen in: CR, Vol. 116, 23.1.1970, S.919ff.

2) CR, Vol. 115, 1.12.1969, No. 174, S.36448f.

"Ich wiederhole, daß es meine Absicht ist, daß die Reduzierung der US-Streitkräfte in Europa mit oder ohne Zahlungsbilanzproblem, mit oder ohne die ungeheueren Anforderungen in Vietnam, aus sich heraus gerechtfertigt ist als eine längst überfällige Korrektur der amerikanischen Politik bezüglich Europas".¹⁾

Im Mai 1971 zeigte sich erneut, daß Mansfield entschlossen ist, das Erfordernis der amerikanischen Europapräsenz an einer veränderten Bedrohungspersonen- und weniger an den Maßstäben eines rigiden militärischen Gleichgewichts in Mitteleuropa zu messen. Zur Begründung der Vorlage seines Amendments führte er aus:

"Sie können sicher sein, daß ich es immer noch gern sehen würde, wenn eine ausgehandelte Übereinkunft über Truppenreduzierung im nächsten Monat erreicht würde, im nächsten Jahr oder wann immer. Ob jedoch Verhandlungen über diese Frage jemals angestrebt werden - ganz davon zu schweigen, ob eine Übereinkunft erzielt wird - ändert meiner Meinung nach nichts an der Dringlichkeit des Amendments. Das Erfordernis der Reduzierung amerikanischer Streitkräfte in Europa bleibt, mit oder ohne Verhandlungen, als ein Akt des nationalen Interesses. Eine übertriebene Entfaltung militärischer Ressourcen in Westeuropa schafft keine Position der Stärke für Verhandlungen. Sie trägt eher zu einer Schwächung unserer Position nicht nur in Europa, sondern überall in der Welt bei. Sie verschafft keinen Vorteil."²⁾

Wie diese Ausführungen zeigen, ist Mansfield nicht bereit, seine Abzugsforderungen mit Rücksicht auf die MBFR-Gespräche zurückzustellen. Derartige Appelle der Nixon-Administration, die argumentiert, ihre Verhandlungsposition werde durch die Initiativen Mansfields geschwächt, lehnt der Führer der demokratischen Mehrheit im Senat ab, weil er keinen Zusammenhang zwischen dem von ihm konstatierten wirtschaftlichen und politischen Interesse der USA an einem Abbau ihrer Europapräsenz und der Durchführung vergleichbarer Abrüstungsmaßnahmen seitens der UdSSR sieht. Es ist Mansfields Überzeugung, daß die ökonomische Belastung der USA als Folge der Stationierung von 300 000 US-

1) CR, Vol. 113, 19.1.1967, S. 999.

2) CA, Vol. 117, 17.5.1971, No. 72, S. 7084.

Soldaten in Europa deren sofortige Reduzierung verlangt und daß ein solcher Schritt möglich ist, weil sich das für diese Stationierungspolitik konstitutive Verhältnis zwischen den beiden Militärrallianzen grundlegend in Richtung Entspannung gewandelt hat. Es kann daher auch nicht überraschen, wenn Mansfield neuerdings sogar öffentlich die Ansicht vertritt, daß die Gespräche über einen wechselseitigen Truppenabbau in Europa in ihrer Wirkung auf die amerikanische Stationierungspolitik in diesem Teil der Welt nicht viel mehr sind als ein letztes Verschleppungsmanöver der Exekutiven, durch das unnütze und verschwenderische Belastungen der amerikanischen Wirtschaftskraft prolongiert werden.¹⁾

Im Gegensatz zur Position der Nixon-Administration plädiert Mansfield für ein gradualistisches Vorgehen, bei dem die USA durch ihre Vorleistungen beim Truppenabbau in Europa sowohl die militärische Voraussetzung als auch die moralische Verpflichtung für die Sowjetunion zum Nachziehen schaffen. Im Kontext dieser Argumentationsweise zeigt sich dann auch, daß Mansfield nicht bereit ist, die westliche Sicherheit ausschließlich auf die Entspannung zu stützen. Er hält vielmehr an dem grundsätzlichen Fortbestand des amerikanischen Engagements in Europa fest und verlangt darüber hinaus ausreichende Verteidigungsvorbereitungen, die in Europa jedoch nicht länger von den USA, sondern von deren Verbündeten zu erbringen seien. In Umkehrung der traditionellen Argumentation der Exekutiven, wonach westeuropäische Verteidigungsanstrengungen des Rückhalts durch eine substantielle amerikanische Europapräsenz bedürfen, behaupten Senator Mansfield und sein Kollege Proxmire, die Europäer würden erst dann aufrüsten, wenn die Amerikaner abzögen, sie müßten daher abziehen, damit die Verbündeten größere Eigenleistungen im militärischen Bereich erbringen.²⁾

1) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S. 1082.

2) CQ, Vol. 117, 1.5.1971, No. 72, S. 7004.

Da diese größeren Eigenleistungen explizit vor allem von der Bundesrepublik erwartet werden, erhebt sich die Frage, wie eine derartige Aufwertung der BRD bei gleichzeitiger Zurücknahme der US-Truppen mit der Anfang der fünfziger Jahre durch die Europapräsenz verfolgten Zielsetzung zu vereinbaren ist, die westeuropäischen Verbündeten gegen die Angst vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu immunisieren. "Burden sharing" vor allem durch eine Erhöhung des westdeutschen Militärbeitrags und "Kontrolle des bundesrepublikanischen Verbündeten" schliessen sich wechselseitig aus. Die Gegner der amerikanischen Europapräsenz helfen sich aus diesem Dilemma, indem sie die Berechtigung der alliierten Befürchtungen vor einem unkontrollierten Erstarken der Bundesrepublik anzweifeln. Als der damalige Acting Secretary of State, Katzenbach, 1967 den Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa unter Hinweis auf die Angst der Alliierten vor einem Erstarken der Bundesrepublik ablehnte, entgegnete ihm Senator Fulbright:

"Wollen Sie damit sagen, daß wir jetzt, nachdem wir Deutschland zur Wiederbewaffnung gedrängt haben, dort bleiben müssen, um zu verhindern, daß Deutschland den Rest Europas bedroht? Das ist ein merkwürdiges Ergebnis: wir müssen dort bleiben, um Europa vor Deutschland zu schützen." ¹⁾

Es wird unten noch zu zeigen sein, daß die Exekutive gerade in diesem Punkt erheblich von der Ansicht der senatorialen Kritiker der amerikanischen Europapräsenz abweicht.

5.4. Das militärische Argument: Rückkehr zur Strategie des Stolperdrahts

Wenn es um militärische Argumente für und wider den Abbau der amerikanischen Europapräsenz geht, dann sind

1) United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees, Senate, 90th Cong., 1st Sess., S. 46.

vor allem die Antworten auf die folgenden drei Fragen umstritten: Welchen Stellenwert haben konventionelle Streitkräfte in einer Abschreckungsstrategie für Europa? Wie groß ist das herkömmlich armierte Potential der Staaten des Warschauer Pakts? Ist eine Rotationsstrategie eine brauchbare Alternative zur Anwesenheit starker amerikanischer Verbände in Westeuropa? Die unterschiedliche Beurteilung dieser Streitpunkte führt zu widersprüchlichen Ansichten darüber, ob die Vereinigten Staaten ihre Truppen in Europa reduzieren können oder nicht.

Die Anhänger Senator Mansfields bezweifeln die Richtigkeit des oben beschriebenen Grundgedankens der Strategie der "flexible response", wonach militärische Abschreckung im Zustand des atomaren Patt nur durch die Bereitstellung ausreichender konventionell gerüsteter Streitkräfte zu gewährleisten sei, durch die die USA und ihre Verbündeten in die Lage versetzt würden, den Truppen eines Aggressors auf der ganzen Skala möglicher Konfliktformen unterhalb der Atomschwelle ein gleichwertiges Potential entgegenzusetzen. Die Gegner der amerikanischen Europapräsenz halten vielmehr daran fest, daß die Abschreckung eines Angriffs auf Westeuropa allein auf der Drohung mit den Kernwaffen der USA beruht. Die Möglichkeit eines großen konventionellen Kriegs in Europa schließen sie aus. Wie sie wiederholt vor dem Senat argumentierten, genügt eine symbolische Streitmacht der USA auf dem Territorium der Verbündeten, um zu dokumentieren, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an in einen Krieg in Europa verwickelt sein würden, was quasi automatisch zum Rückgriff auf atomare Sprengköpfe führen würde. Durch die Stationierung einer "token force" ist daher nach ihrer Ansicht die Abschreckung eines möglichen Aggressors ausreichend zu gewährleisten. Zur Absicherung dieser Behauptung

1) So z.B. Mansfield in: CR, Congressional Record, Vol. 113, 19.1.1974, S. 997 ff.

berufen sich der Führer der demokratischen Mehrheitsfraktion und seine Gefolgsleute mit Vorliebe auf den ehemaligen Präsidenten Eisenhower, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt erklärt hatte, eine Division der USA in Europa könne "ebenso gut die Flagge zeigen" wie ein umfangreicheres Engagement.¹⁾

Die senatorialen Kritiker der amerikanischen Europa-
präsenz sind bereit, die Konsequenzen aus der von ihnen
geforderten Reduzierung der US-Truppen zu ziehen:
sie plädieren für die Rückkehr zu einer "Stolper-
drahtstrategie", in der relativ schwache amerika-
nische Verbände in Europa den Einsatz des taktischen
und strategischen atomaren Potentials der Vereinigten
Staaten auslösen würden.²⁾ Mit ihrer bewußten Hin-
nahme der Gefahren einer frühzeitigen Eskalation fal-
len sie noch hinter jene "Schild-Schwert"-Konzeption
zurück, die das strategische Denken der NATO seit
Mitte der fünfziger Jahre bis zur Formulierung der
"flexible response" bestimmt hatte.

Die neuerliche Orientierung dieser Senatoren an
Vorstellungen des New Look und des Radford-Planes
dokumentiert, daß hinter der Auseinandersetzung um
die militärischen Folgen einer substantiellen Redu-
zierung der amerikanischen Europapräsenz die sehr
viel weitergehende Frage nach der adäquaten Militär-
strategie für Europa steht. In dem seit Mitte der
sechziger Jahre verschärften Streit um die Statio-
nierung der US-Truppen konkretisiert sich die Dis-
kussion über die Komponenten einer Abschreckungs-

1) Vol. 109, No. 172, 23.11.1963, S. 15234.

2) So zum Beispiel Senator Morse, in: CR, Vol. 109,
No. 187, 19.11.1963, S. 21300 und CR, Vol. 112,
31.8.1966, S. 21449; Symington u.a. in CR, Vol. 117,
No. 68, 11.5.1971, S. 6863 ff.; Lausche in:
United States Policy Toward Europe (And Related
Matters). Hearings before the Committee on Foreign
Relations, U.S. Senate, 89th Cong., 2d Sess.,
Washington D.C. G.P.O. 1966, S. 105; Young in:
Vol. 114, 13.3.1969, S. 86327f.; Cranston in:
CR, Vol. 117, No. 70, 13.5.1971, S. 6869 ff. Siehe
hierzu auch Robert L. Pfaltzgraf, Jr., "Probleme
der Sicherheit Westeuropas unter der Nixon-Doktrin",
in: Europa Archiv, 26. Jg., F. 18, 1971, S. 627-
638; bes. S. 632 f.

strategie für die NATO, die anlässlich des Strategiewandels von der "graduated deterrence" zur "flexible response" in der amerikanischen Legislative nur unzureichend geführt worden war.¹⁾ Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, wollte man diese erneute Diskussion allein damit begründen, daß es die Kennedy-Administration Anfang der sechziger Jahre versäumte, der Legislative die Implikationen des Strategiewandels zur "flexible response" ausreichend zu erläutern und deutlich zu machen, daß der Vorteil einer konventionellen Strategie - die Eskalationsprävention - nur um den Preis der permanenten unverminderten Präsenz der USA in Europa zu haben sein würde. Das Fundament für die bereitwillige Hinnahme des Eskalationsrisikos durch Mansfield und seine Anhänger bildet vielmehr deren oben bereits beschriebene Überzeugung, daß ein militärischer Konflikt in Europa nicht nur wegen des Abschreckungswertes der amerikanischen Drohstrategie, sondern vor allem wegen der Veränderungen im Ost-West-Verhältnis nicht zu erwarten ist. Vor allem auf der Basis dieser Prämisse ist die von den Kritikern der amerikanischen Europapräsenz propagierte Rückkehr zu einer "Stolperdrahtstrategie" zu verstehen.

Die Argumentation der Kritiker der amerikanischen Europapräsenz für eine Militärstrategie, die an dem frühzeitigen Rückgriff auf atomare Waffen festhält und dadurch den Abzug des größten Teils der US-Truppen ermöglichen soll, wird außerdem mit der Behauptung gestützt, das konventionelle Potential der UdSSR und ihrer Verbündeten sei dem der NATO so haushoch überlegen, daß jeder Versuch aussichtslos sei, ein Gegengewicht der westlichen Allianz unterhalb der Atomschwelle aufbauen zu wollen. Diese These von der hoffnungslosen Unterlegenheit der NATO-Streitkräfte

1) Die erste zusammenhängende Darstellung der "flexible response" vor dem Plenum des Senats gab Senator Prouty im Februar 1964. Siehe CR, Vol. 110, No. 30, 20. 2. 1964, S. 3159 ff.

hat ihren Ausgangspunkt in der Gründungszeit des Bündnisses, als westliche Geheimdienste in Zentraleuropa 25 sowjetische Divisionen vermuteten und die Gesamtzahl dieser Großverbände der UdSSR mit 175 angaben, wovon 140 einsatzbereit sein sollten. Die Konzentration der militärischen Planer der NATO auf den "schlimmsten Fall", d.h. auf einen vorsätzlichen Überraschungsangriff des Warschauer Pakts nach dessen unentdeckt gebliebener Mobilisierung, die Bemühungen der Militärs, die Politiker mit ihren Schätzungen in immer höhere Militäretats hineinzuängstigen und die unzureichenden Maßstäbe, an denen die konventionelle Kampfkraft der UdSSR und ihrer Alliierten gemessen wurde, sorgten dafür, daß die NATO-Staaten ihre "Minderwertigkeitskomplexe" bezüglich ihrer Verteidigungsfähigkeit mit herkömmlich bewaffneten Verbänden nicht loswurden. In den fünfziger Jahren war die Disparität zwischen dem westlichen und östlichen konventionellen Potential ein unbestrittenes Dogma, auf dem alle Entscheidungen im Rahmen der NATO gründeten - die Weigerung der Verbündeten, ihre Truppen auszubauen, die allein geeignet erschien, die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts auszugleichen.

Anfang der sechziger Jahre standen den vermuteten 175 voll ausgerüsteten und ausgebildeten Divisionen der UdSSR - die Alliierten wurden erst gar nicht mitgezählt - auf dem Papier 21 Divisionen der NATO gegenüber, die nach Aussagen des damaligen Oberkommandierenden der Allianz, General Norstad, wegen personeller Unterbesetzung und mangelhafter Ausrüstung aber lediglich einen Kampfwert von 16 Divisionen repräsentierten.¹⁾ Angesichts dieser Zahlen mußte die Suche nach Möglichkeiten zur konventionellen Verteidigung in der Tat aussichtslos erscheinen, und so hielten Mansfield und seine Anhänger auch in der Folgezeit an der Behauptung

1) NATO's Fifteen Nations, Vol. 7, No. 3, Juni/Juli 1962, S. 61; siehe auch NYT vom 14.11.1961.

tung fest, jeder Krieg in Europa müsse binnen kürzester Zeit in einen Atomkrieg eskalieren, da allein der Rückgriff der NATO auf nukleare Sprengköpfe verhindern könne, daß die Truppen der Allianz von den weit überlegenen Verbänden des Warschauer Pakts überrannt würden.¹⁾ Wenn aber die Streitkräfte der NATO sowieso auf A-Waffen zurückgreifen müssen, dann ist es gleichgültig, in welchem Ausmaß diese Truppen denen des Warschauer Pakts unterlegen sind. Angesichts der vorliegenden Zahlen erschien es vielen Senatoren daher sinnvoller, wenigstens in Friedenszeiten das Geld für amerikanische Divisionen in Westeuropa zu sparen, die im Ernstfall doch nur den Atomkrieg auslösen konnten - wozu ein "Stolperdraht" aus stark reduzierten US-Verbänden auch genügen würde. Wie Senator Fulbright bezweifelten auch andere Gefolgsleute Mansfields den militärischen Sinn einer Stationierungspolitik, die den USA im Falle eines Krieges in Europa auch keine andere Alternative eröffnen würde als die Wahl zwischen Nuklearkrieg und Niederlage²⁾.

Diejenigen Kritiker der amerikanischen Europapräsenz schließlich, die bereit sind, die Logik der "flexible response" zu akzeptieren, sehen in der transport-technologischen Entwicklung der sechziger Jahre eine Alternative zur gegenwärtigen Stationierungspolitik,

-
- 1) Diese Ansicht wurde auch in einem Memorandum vertreten, das 1971 zur Unterstützung der Position Mansfields angefertigt wurde. Text in: CR, Vol.117, No. 102, 11.5.1971, S. 1083 ff. Am 13. März 1971 fragte Sen. Moss im Senat:
"Was könnten wir mit drei Divisionen in Europa anfangen, falls dort ein Landkrieg ausbrechen sollte? Diese drei Divisionen könnten nicht mehr sein als ein Stolperdraht. Das wissen wir alle". Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S.1082.
 - 2) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, 91st Congr., S. 2047.

und auch die Gegner der neuen Strategie bedienen sich des Ausbaus der "Big Lift"-Kapazitäten als zusätzlichen Argumenten.¹⁾

Im Oktober 1963 verlegten die USA im Laufe von drei Tagen eine Panzerdivision mit 15 000 Mann und ca. 450 Tonnen Ausrüstung aus ihren amerikanischen Garnisonen nach Westdeutschland.²⁾ Diese Operation wurden in den folgenden Jahren noch mehrmals wiederholt³⁾. Die Entwicklung der US-Lufttransportkapazität⁴⁾ war seither immer wieder ein bevorzugtes Argument in den senatorialen Forderungen nach einem Abbau der amerikanischen Europapräsenz. Das reicht von den Ausführungen der Senatoren Russell und Talmadge⁵⁾ noch im Oktober 1963 über die Resolutionen Mansfields in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bis hin zu dessen Amendment vom Mai 1971. Die durch "Big Lift" demonstrierte Fähigkeit der USA zur schnellen Überführung größerer Truppenverbände in Krisenzeiten reicht nach Ansicht der Kritiker der amerikanischen Europapräsenz aus, die für die Kriegsführung in Europa vorgesehenen Einheiten in den USA zu stationieren und auf diese Weise das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit zu entlasten. Bereits 1964 fanden diese Überlegungen ihren Nieder-

1) Zum Zusammenhang von strategischer Mobilität und möglichen Truppenreduzierungen siehe William Coole Cromwell, The Concept and Role of Atlantic Partnership in United States Foreign Policy: A Critical Appraisal, The American University Ph. D. 1968, S. 139 ff.

2) Gerd Schmückle, "'Big Lift' und Krisenstreitmacht", in: Europa Archiv, 22. Jg., 1967, F.8, S. 279-286; siehe auch Baumann, Sicherheit, S. 122 ff.

3) S.u.a. A. Friedel, "Die Big-Lift-Übungen 1969", in: Wehrkunde, XVIII. Jg., H. 4, April 1969, S.193-196.

4) Military Airlift. Hearings before the Special Committee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 89th Cong., 1st and 2d Sess., Washington 1966; Military Airlift. Report of Special Subcommittee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 89th Cong., 2d Sess., Washington 1966; Military Airlift. Hearings before the Special Subcommittee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., Washington 1970; Military Airlift. Report of Special Subcommittee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., Washington 1970.

5) CR, Vol. 109, 28.10.1963, No. 172, S.19294.

schlag in einem Bericht des Senats, in dem es hieß:

"Die Vereinigten Staaten sollten nicht fortfahren, ihren prosperierenden Verbündeten eine "Freifahrt" zu geben. Die Übung Big Lift vom Oktober 1963 hat bewiesen, daß die USA in der Lage sind, ihren militärischen Verpflichtungen mit erheblich weniger militärischem Personal gerecht zu werden, als jetzt im Ausland stationiert ist. Es mag politische Gründe geben, unser Personal in Übersee auf der gegenwärtigen Stärke zu halten, aber wo die Länder, in denen diese Streitkräfte stationiert sind, sich nicht an Offset-Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten beteiligen, und wo ihre eigenen militärischen Anstrengungen für die Verteidigung der Freien Welt offensichtlich unangemessen sind, erschiene es wünschenswert, einige Konflikte zwischen politischen Überlegungen und Einsparungen bei der Zahlungsbilanz zu Gunsten der Zahlungsbilanzeinsparungen zu lösen, solange eine neue Technologie es ermöglicht, daß unsere militärische Lage ungeschwächt bleibt". 1)

Dieser Auszug aus dem Senatsbericht 965 vom Sommer 1964 macht noch einmal deutlich, daß die senatorialen Abzugswünsche in erster Linie mit ökonomischen Überlegungen begründet werden. Die Kosten der amerikanischen Europapräsenz stehen bei den Forderungen nach deren Abbau obenan. Das Verlangen nach einer Reduzierung der Militärausgaben im Interesse der wirtschaftlichen Absicherung innenpolitischer Reformen und die Sorge um die amerikanische Zahlungsbilanz dominieren bei den diesbezüglichen Initiativen Mansfields und seiner Anhänger im Congress. Dagegen kommt dem Verweis auf die Veränderungen im Ost-West-Verhältnis und den militärischen und strategischen Überlegungen nur die Funktion von Argumenten zu, die auch für einen Abbau der Europapräsenz sprechen und den primär ökonomisch bedingten Abzugswunsch zusätzlich stützen. Aus dieser Hilfsfunktion der politischen und militärischen Argumente für einen Wandel in der amerikanischen Stationierungspolitik läßt sich dann auch erklären, daß die Kritiker der amerikanischen Europapräsenz so widersprüchlich argumentieren und einerseits auf der Unmöglichkeit der konventionellen

1) The United States Balance of Payments. 88th Cong., 2d Sess., Senate Report No. 965, Washington D.C. G.P.O. 1964, S. 10.

Verteidigung Westeuropas beharren, während sie andererseits die transporttechnologischen Kapazitäten der USA zur Verstärkung ihrer Truppen im NATO-Bereich als abzugsfördernde Entwicklung anführen. In ihrem Bemühen um die Realisierung ihrer primär ökonomisch motivierten Abzugsbemühungen bedienen sich die Gegner des Status quo in der amerikanischen Stationierungspolitik der unterschiedlichsten militärischen und politischen Argumente, ohne in allen Einheiten zu prüfen, ob diese auch inhaltlich zu vereinbaren sind.

6. Die Argumente für die Erhaltung der unveränderten amerikanischen Europepräsenz

Seit der Entsendung zusätzlicher amerikanischer Divisionen nach Westeuropa zu Beginn der fünfziger Jahre und verstärkt seit der Verschärfung der legislativen Kritik an der amerikanischen Europepräsenz Mitte der sechziger Jahre sind die Repräsentanten vor allem des Pentagon und des Department of State gezwungen, auf die Argumente zu reagieren, die von den Gegnern der amerikanischen Stationierungspolitik besonders im Senat vorgebracht werden. Diese Reaktion läuft in den meisten Fällen nach einem festen und bewährten Schema ab, nach dem die Regierungsvertreter zunächst mit ihren legislativen Gegenspielern darin übereinstimmen, daß die gegenwärtige Verteilung der ökonomischen Lasten für die Verteidigung des Bündnisses unbefriedigend ist. Im nächsten Schritt insistieren sie dann aber darauf, daß die monierten Mängel nicht so schwerwiegend seien, wie sie im Senat dargestellt werden. In dieser Phase geraten die Regierungsvertreter oft in die Rolle von Advokaten der militärischen Anstrengungen der Verbündeten. Der Verweis auf zusätzliche, von den Kritikern nicht angesprochene Gründe für die Europepräsenz der USA bildet den nächsten Schritt in ihren Plädoyers. An deren Ende wird dann regelmäßig der fundamentale Gegensatz in der Beurteilung der amerikanischen Europepräsenz durch die Exekutive und einen Teil der Legislativen deutlich: selbst wenn die Regierungsvertreter mit ihren legislativen Kritikern in der Bewertung der negativen Auswirkungen der Stationierungspolitik für die USA übereinstimmen, wäre für sie der einseitige Abzug substantieller amerikanischer Truppen zur Zeit kein Ausweg aus den beklagten Schwierigkeiten, da die USA angeblich ein "nationales Interesse" an der Beibehaltung ihrer militärischen Präsenz in Europa im gegenwärtigen Umfange haben.

6.1 Das ökonomische Argument: unzureichende Einsparungen und die "burden sharing"-Bemühungen des westdeutschen Verbündeten

Es ist die zentrale Prämisse der von Senator Mansfield und seinen Anhängern erhobenen Forderung nach einem Abbau der amerikanischen Europapräsenz, daß durch diese Politik die Militärausgaben der Vereinigten Staaten erheblich reduziert werden könnten. Während diese Überlegung in den vergangenen Jahren bei der Begründung der legislativen Abzugswünsche immer stärker in den Vordergrund getreten ist, wird die Richtigkeit dieser Argumentation von den Vertretern der Exekutiven grundsätzlich bestritten. So wie im Senat zumindest die Gefolgsleute Mansfields darin übereinstimmen, daß erhebliche Einsparungen im Militäretat der USA durch eine Truppenreduzierung in Europa möglich sind, ohne daß sich diese Senatoren über die Höhe der zu erwartenden Ersparnisse einig wären, so besteht in der Administration Übereinstimmung darin, daß derartige Kostenverminderungen nicht zu erwarten sind, wobei einige Gegner der Politik Mansfields sogar die Gefahr von Kostensteigerungen im Falle eines Abbaus der US-Europapräsenz heraufbeschwören.

Angesichts der großen Schwierigkeiten, die einer exakten Bestimmung der den Vereinigten Staaten aus ihrer Stationierungspolitik in Europa erwachsenden Kosten entgegenstehen¹⁾, kann es nicht überraschen, daß die für eine Fortdauer der Stationierungspolitik plädierenden Regierungsvertreter bei ihren diesbezüglichen Berechnungen bereits zu Ergebnissen kommen, die nicht unerheblich unter dem Betrag von 14 bis 17 Milliarden Dollar liegen, die nach Ansicht Senator Mansfields jährlich für die amerikanischen NATO-

1) Siehe hierzu bes. die Berechnungen von Edward R. Fried, in: Newhouse, U.S. Troops in Europe, S. 117ff.

Streitkräfte in Europa aufgewendet werden. So schätzte zum Beispiel der Principal Deputy Assistant Secretary of Defense (Comptroller), Don R. Brazier, bei seinem Auftreten vor dem Subcommittee on International Exchanges and Payments des Joint Economic Committee die den USA für ihre Truppen in Europa - einschließlich der Sechsten Flotte - entstehenden jährlichen Belastungen auf lediglich 7 bis 8 Milliarden Dollar¹. Es steht außer Zweifel, daß die erheblich divergierenden Angaben bezüglich der Kosten des militärischen Engagements der USA in Europa in direktem Zusammenhang stehen mit den politischen Zielvorstellungen, zu deren Rechtfertigung bzw. Begründung diese Zahlen verwendet werden.

Die Regierungsvertreter weichen aber nicht nur in ihren Daten zu den Kosten der amerikanischen Stationierungspolitik von den Berechnungen Mansfields und seiner Anhänger ab. Sie vertreten darüber hinaus die Ansicht, daß unabhängig von der Höhe der diesbezüglichen Ausgaben Einsparungen durch die Rückverlegung substantieller US-Streitkräfte nicht zu erzielen sind. Bereits im Frühjahr 1964 hat der damalige amerikanische Verteidigungsminister McNamara auf die Ursachen verwiesen, weshalb ein Abbau der Europapräsenz nicht mit einer Reduzierung des Militäretats gleichgesetzt werden könne. Wie sein Statement vor dem auswärtigen Ausschuß des Senats erkennen ließ, geht die Exekutive bei ihren Plädoyers für den Fortbestand der ungeschmälernten militärischen Europapräsenz davon aus, daß die Kosten des NATO-Engagements der USA so lange nicht verringert werden können, so lange die Gesamtzahl der amerikanischen Soldaten unverändert bleibt. Einen solchen Schritt schloß aber Mc Namara zum damaligen Zeitpunkt ebenso aus, wie er zur Zeit von der Nixon-Administration abgelehnt wird, so lange mit der

1) CR, Vol. 117, 30. 6. 1971, S. S10321.

UdSSR keine vergleichbaren Maßnahmen vereinbart sind.

Wörtlich erklärte McNamara:

"Falls wir eine Kampfdivision aus Westdeutschland abziehen, würden wir sie nicht deaktivieren wollen; wir würden sie in dieses Land zurückbringen und in strategischer Reserve halten und unser Verteidigungsbudget würde daher als Ergebnis nicht verringert".¹

Während im Februar 1967 der damalige Schatzminister Fowler noch erklärte, die Kosten für die Unterhaltung amerikanischer Streitkräfte in den USA und in der Bundesrepublik seien in etwa gleich², behauptete der damalige stellvertretende amerikanische Außenminister Richardson drei Jahre später, daß die Unterbringung amerikanischer Truppen auf dem Territorium der Vereinigten Staaten eventuell sogar teurer sei als deren Stationierung in Westeuropa. In seiner Auseinandersetzung mit den Abzugsforderungen Mansfields erklärte Richardson im Januar 1970 in Chicago:

"Außerdem wären die finanziellen Einsparungen unbedeutend. Wenn beispielsweise alle unsere gegenwärtig in Europa befindlichen Truppen heimgebracht und in den USA stationiert würden, dann würden sich in unserem Verteidigungshaushalt nur geringe oder gar keine Einsparungen ergeben. Möglicherweise müßten wir sogar noch etwas mehr Geld aufbringen, weil wir beträchtliche finanzielle Vorteile verlieren würden. In Deutschland stellt die Bundesregierung unseren Streitkräften Land, Unterkünfte, Anlagen und Dienstleistungen kostenlos oder zu ermäßigten Preisen zur Verfügung. Eine Zweitanlage solcher Einrichtungen und ihr Unterhalt in den Vereinigten Staaten würde große und ständige Ausgaben zur Folge haben, die praktisch die Einsparungen auf Grund kürzerer Ver-

1) Foreign Assistance 1964. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 88th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1964, S. 566.

2) NYT, 6.2.1967.

sorgungslinien und des Wegfalls der Kosten für den Transport nach Europa aufheben würden".¹

Die Beweisführung Richardsons und der anderen Repräsentanten der Exekutive geht davon aus, daß die aus Europa abzuziehenden US-Truppen nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden können, wenn sie nach dem Zwei-Basen-System unterhalten werden, wie es seit den ausgehenden sechziger Jahren für einige amerikanische Verbände besteht. Als Mitte der sechziger Jahre der innenpolitische Druck auf die amerikanische Europa-präsenz zunahm, hatte sich die Johnson-Administration der Entwicklung des Lufttransportwesens bedient, um mit ihren Kritikern zu einem Kompromiß zu gelangen. Im Frühjahr 1967 gab sie einen Rotationsplan bekannt, der in Dreiergesprächen zwischen den USA, der BRD und Großbritannien ausgearbeitet worden war und der vorsah, daß 1968 insgesamt 35 000 amerikanische Soldaten aus Westeuropa in die USA zurückverlegt werden sollten, während gleichzeitig vereinbart wurde, daß sie einmal im Jahr zu Manövern in die BRD zurückkehren würden². Diese Abzüge erfolgten 1968 im Rahmen

1) Europa Archiv, 1970, F.4, S. D 97; Auch als Verteidigungsminister blieb Richardson bei dieser Einschätzung, siehe Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S. 1080. Siehe in diesem Zusammenhang auch den Brief Außenminister Rogers an Senator Fulbright vom 27.4.1970 und die Aussagen General Burchinals und des Leiters der Westeuropaabteilung im Department of State, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S.2256, 2023 und 2264. Zu dem gleichen Ergebnis kam auch der damalige Botschafter der USA in der BRD, Kenneth Rush, in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee on Europe, House of Representatives, 91st Cong., 2d Sess., S. 394.

2) Joffe, Europapräsenz, S. 147ff. McNamara war zu diesem Zeitpunkt sogar bereit, 70 000 Mann in die Vereinigten Staaten zurückzubringen. Er scheiterte jedoch am Widerstand der Militärs. Siehe hierzu die Ausführungen von Mr. Paul, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad. Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2250.

der Übungen "Reforger" und "Crested Cap". Inzwischen sind 4 Jagdbombergeschwader, 3 Aufklärungsgeschwader und 3 taktische Lufttransportgeschwader sowie zwei Drittel einer motorisierten Infantriedivision und eines gepanzerten Kavallerieregiments nach dem Zwei-Basen-System in den USA stationiert, d.h. sie haben ihre Garnisonen in den Vereinigten Staaten, während ein zweiter Ausrüstungssatz in westdeutschen Depots eingelagert ist¹.

Größere Einsparungen ergeben sich aus diesem System für die USA vor allem durch die Verkürzung der Versorgungslinien für die Truppen und aus dem Wegfall der Transportkosten für die Soldaten und ihre Angehörigen nach Europa. Andererseits entstehen aus dem "dual basing"-Modell erhebliche Kosten, die den Einsparungen gegenübergestellt werden müssen. Eine vergleichende Aufstellung dieser Posten wurde dem auswärtigen Ausschuß des Senats im Juni 1970 zugeleitet. Sie ergibt folgendes Bild² :

1) United States Troop Levels in Europe, Report, 91st Cong., 2d Sess., S. 3f.

2) United States Security Agreements and Commitments Abroad. Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2168. Siehe auch die abweichenden Zahlenangaben des Armeeministeriums in: Military Construction Appropriations for 1970, Part 2: Department of the Air Force, Department of the Army, Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 91st Cong., 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1969, S. 279f.

Kosten oder Einsparungen aus der Rückverlegung einer motorisierten Division^a aus Europa in die USA (in Millionen Dollar)^b

	einmalige Kosten oder Einsparungen c		wiederkehrende Kosten oder Einsparungen über 10 Jahre akkumuliert		Gesamtkosten oder Einsparungen über 10 Jahre	
	Kosten	Einsparungen	Kosten	Einsparungen	Kosten	Einsparungen
1. Rückverlegung von Personal und Ausrüstung in die kontinentalen USA						
(a) Deaktivierung der gesamten Division	40	--	--	4 830	--	4 790
(b) Erhaltung der Division in der Streitkräftegliederung	40	--	--	410	--	370
2. Rückverlegung des Personals in die kontinentalen USA, Einlagerung der Ausrüstung in Europa und Anschaffung eines zweiten Ausrüstungssatzes für die Ausbildung der Division ^c	390	--	--	210	180	--
3. Rückverlegung von Personal und Ausrüstung in die kontinentalen USA und Bezahlung für besondere Vorbereitungen und Transportkapazität, um die Division nach Europa zurückzubringen						
(a) in 30 Tagen mit Schnelltransportschiffen	320	--	--	170	150	--
(b) in 30 Tagen mit Flugzeugen des Typs C-5A (Galaxy)	860	--	330	--	1 190	--
(c) in 15 Tagen mit Flugzeugen des Typs C-5A (Galaxy)	1 980	--	1 150	--	3 130	--

- a) Ungefähr 48 000 Mann Militärpersonal
b) Alle Zahlenangaben sind Nettokosten oder -einsparungen. Der Goldabfluß wurde nicht gesondert ausgewiesen.
c) Schließt einmalige Kosten für die Rückführung der Division in die kontinentalen Vereinigten Staaten und zusätzliche Investitionen für Ausrüstung und Transportstreitkräfte ein.
d) Umfaßt die wiederkehrenden Einsparungen aus der Rückverlegung der Division unter Anrechnung der Betriebskosten für die zusätzlichen Transportstreitkräfte.
e) Die Division kann in D+15 Tagen nach Europa zurückverlegt werden, ihre Ausrüstung aufnehmen und in den Kampf eingreifen. Nachschubeinheiten folgen je nach Bedarf.

Diese Aufstellung zeigt, daß die USA nur dann mit nachhaltigen Einsparungen im Militäretat rechnen können, wenn sie die aus Westeuropa abzuziehenden Divisionen demobilisieren. Selbst eine Stationierung in den USA ohne die Bereitstellung der für einen schnellen Rücktransport erforderlichen Transportmittel würde nach Abzug der einmaligen Kosten im Laufe der nächsten 10 Jahre nur marginale Kostenreduzierungen von noch nicht einmal 40 Millionen Dollar pro Division und Jahr ermöglichen. Bereits die Unterbringung der für die NATO vorgemerkten amerikanischen Truppen nach dem Zwei-Basen-System ohne Ausbau der Luft- und Seetransportkapazität der USA würde den Militärhaushalt der Vereinigten Staaten mit jährlich 18 Millionen Dollar pro Division in den kommenden 10 Jahren zusätzlich belasten. Die Kalkulation der über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine schnelle Rückverlegung der amerikanischen Truppen nach Westeuropa hängt vor allem davon ab, in welchem Ausmaß Waffen und Gerät in der Bundesrepublik deponiert werden, in welcher Zeit die Einheiten in einer Krise in Europa sein müßten und welche See- bzw. Lufttransportmittel angeschafft und unterhalten werden müßten. Die Studie vom Juni 1970 kommt zu dem Ergebnis, daß jede Form der Stationierung amerikanischer Streitkräfte auf dem Territorium der USA bei gleichzeitiger Bereitstellung ausreichender Transportkapazitäten für die Rückverlegung höhere Kosten verursachen würde als die amerikanische Europapräsenz. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt auch Fried, der nach einer Überprüfung der diesbezüglichen Optionen zu dem Schluß kommt, daß selbst die Unterbringung aller US-Truppen in Europa auf dem nordamerikanischen Kontinent unter den günstigsten Umständen lediglich 200 bis 300 Millionen Dollar jährlich im amerikanischen Haushalt einsparen könnte¹.

Auch die Auflösung der NATO, wie sie neuerdings von

1) Newhouse, U.S. Troops in Europe, S. 113ff.

Senator Mansfield gefordert wird, würde nach diesen Berechnungen nur marginale Einsparungen im Militär-etat der Vereinigten Staaten ermöglichen, da die Nixon-Administration wie ihre Vorgängerregierungen davon ausgeht, daß in diesem Fall die US-Truppen im Interesse der Erhaltung eines globalen Gleichgewichts auch bei den konventionell armierten Verbänden nicht abgebaut werden könnten und auf amerikanischem Territorium weiterhin unterhalten werden müßten. Falls die europäischen Verbündeten, wie zu erwarten stünde, als Folge des amerikanischen Abzugs aus Westeuropa ihre eigenen Streitkräfte verringern würden, könnte dies sogar zu einer Anhebung des Militäretats der USA führen, wenn diese als Folge ihres Interesses an der Wahrung eines weltweiten Gleichgewichts die europäischen Reduzierungen durch zusätzliche Soldaten ausgleichen müßten.

Während die senatorialen Kritiker der amerikanischen Europapräsenz und deren Gegenspieler auf der Regierungsseite entgegengesetzter Ansicht sind, wenn die Frage nach möglichen Einsparungen im Militäretat der USA durch die Rückverlegung von US-Truppen aus Europa zu beantworten ist, stimmen beide Seiten darin überein, daß die von den Verbündeten bisher unternommenen Schritte in Richtung auf eine gerechtere Lastenverteilung in der Allianz unzureichend sind. Die Repräsentanten der verschiedenen Administrationen haben die oben beschriebene senatoriale Kritik an den militärischen Anstrengungen der westeuropäischen und vor allem des bundesrepublikanischen Verbündeten in den sechziger Jahren stets unterstützt und es zu keiner Zeit an Deklarationen ihrer Unzufriedenheit mit den Leistungen der Alliierten fehlen lassen. Wie der Druck der Kennedy-Administration in der Berlinkrise dokumentierte, blieb es auch nicht bei verbalen Bekenntnissen ihrer Übereinstimmung mit der legislativen Kritik. Wenn die Regierungsvertreter dennoch in den Hearings und in öffentlichen Stellungnahmen von der Beurteilung der alliierten Militärpolitik durch

Teile der Legislative abweichen, dann geschieht das einerseits, um sich gegen den Vorwurf zu wehren, die Exekutive unternehme nicht genug, den kritisierten Zustand zu ändern, und andererseits, um der senatorialen Forderung nach einem Abzug als Bestrafung für die Untätigkeit der Verbündeten zuvorzukommen.

Vor allem die Kennedy-Administration zeigte sich nicht nur an größeren Anstrengungen der Verbündeten für die militärische Sicherung Westeuropas interessiert, sondern bemängelte in Übereinstimmung mit ihrer Fixierung auf die Auseinandersetzungen um die Staaten der Dritten Welt auch die unzureichenden Beiträge der Alliierten zu einem kollektiven Sicherheitssystem, das über den definierten NATO-Rahmen hinausreicht¹. In diesem Zusammenhang erklärte zum Beispiel McNamara vor dem Bewilligungsausschuß des Repräsentantenhauses:

"Mit den Arbeitskräften, der Produktionskapazität und den technischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, sollten die Nationen Europas nicht nur in der Lage sein, größere Beiträge zu ihrer eigenen Verteidigung zu leisten, sondern auch mehr zur Verteidigung der Freiheit in anderen Teilen der Welt beizutragen".²

Nach dem Verständnis der neuen demokratischen Regierung war das globale Engagement der USA, das seinen Niederschlag vor allem in den Militärhilfeprogrammen und der Stationierung amerikanischer Soldaten in Übersee fand, eine Leistung, die von den Vereinigten Staaten stellvertretend für die Verbündeten in einer

1) So bereits in der ersten Botschaft Kennedys zur Lage der Nation, siehe Europa Archiv, 1 1961, F.4, S.D. 103. Eine Zusammenstellung der Aufwendungen der westeuropäischen NATO-Staaten für Entwicklungshilfe zwischen 1950 - 1961 findet sich in: Berlin in a Changing Europe. Report of Sen. Mike Mansfield, Sen. J.C. Boggs, Sen. C. Pell, Sen. B.A. Smith, to the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 88th Cong., 1st Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1963, S. 23. Für die Jahre 1962 - 1965 siehe die Angaben in: Worldwide Military Commitments, Subcommittee of the Committee on Armed Services, Senate, 89th Cong. 2d Sess., S. 44ff.

2) Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong., 1st Sess., S.98.

als weltweit perzipierten Auseinandersetzung mit den kommunistischen Staaten erbracht wurde¹. Ausgehend von der Behauptung, "der Kampf für die Freiheit" sei unteilbar und müsse in den Ländern der Dritten Welt ebenso geführt werden wie in Europa, forderte die Kennedy-Administration einen Beitrag der westeuropäischen Verbündeten zur gerechteren Verteilung der Lasten in diesem Kampf. Vor dem Bewilligungsausschuß des Senats behauptete McNamara, die Verbündeten seien durch ihre Mitgliedschaft in der NATO verpflichtet, die USA bei "Buschfeuerkriegen" zu unterstützen².

Diesbezügliche Ansprüche wurden von Außenminister Rusk bereits auf der Ministerratstagung der NATO im Mai 1961 angemeldet, als er die Ereignisse in Cuba, Südvietnam, Laos, dem Kongo und Lateinamerika als von vitalem Interesse für die Allianz beschrieb und empfahl, Unterausschüsse des NATO-Rates zu bilden, die sich mit dieser Form der Bedrohung beschäftigen sollten³. Im Frühjahr 1962 wandten sich ein gemeinsamer Ausschuß des Senats und der Präsident erneut mit dem Anliegen an die Industrienationen Westeuropas, sie sollten einen größeren Teil der ökonomischen und militärischen Lasten für die "Verteidigung der freien Welt" übernehmen⁴. Ein Jahr später beschrieb es Kennedy als Aufgabe eines vereinten Europas, "nicht nur die Lasten und Verpflichtungen der Partnerschaft hier in Europa zu übernehmen, sondern überall in der Welt, in Lateinamerika, Afrika und Asien die Rolle zu spielen, zu der seine Stärke und Tradition es berechtigt".⁵ Im Frühjahr 1964 forderte Außenminister Rusk:

1) Siehe bes. Kennedys "Address in New York City to the National Association of Manufacturers. December 6, 1961", in: Public Papers 1961, S. 773ff.

2) Department of Defense Appropriations for 1962. Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong., 1st Sess., S. 27.

3) NYT, 9.5.1961.

4) NYT, 9.3.1962.

5) Pressekonferenz am 24.6.1963, in: Public Papers 1963, S. 505ff.

"Die nordatlantischen Nationen sollten sich auch gemeinsam und wirkungsvoll mit der kommunistischen Aggression und Subversionsdrohungen befassen - in Asien, Lateinamerika und Afrika. Ich denke dabei besonders an solche Länder wie Laos und Südvietnam... Wir glauben, daß die NATO-Staaten ein gemeinsames Interesse daran erkennen sollten, dafür zu sorgen, daß mit diesen Aggressionen Schluß gemacht wird"¹.

Als es McNamara anläßlich der Hearings zum Auslandshilfegesetz für 1966 als Ziel der amerikanischen Außenpolitik beschrieb, in den kommenden Jahren von den NATO-Partnern größere Hilfen bei der "gemeinsamen Verteidigung" in der Dritten Welt zu erhalten², bestätigte er erneut, daß die "burden sharing"-Forderungen weder im Congress noch in der Exekutiven auf einen größeren Beitrag der Verbündeten zur Aufrüstung Westeuropas beschränkt waren. Was verlangt wurde, war die partielle Entlastung der USA von den Kosten ihres globalen Engagements.

Die Kennedy-Administration ließ wie die Legislative keinen Zweifel daran, daß sie in dem westdeutschen Verbündeten den Hauptadressaten ihrer "burden sharing"-Bemühungen sah. Nach den Angaben des damaligen Assistant Secretary of State for European Affairs, Foy D. Kohler, vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats im Juni 1961 zielte der diesbezügliche Druck auf die BRD vor allem auf folgende Bereiche: die Beschleunigung des Ausbaus der Bundeswehr, die Erhöhung der Ausgaben für Waffen- und Ausrüstungskäufe in den USA, die vorzeitige Rückzahlung der deutschen Nachkriegsschulden an die Vereinigten Staaten und den Ausbau der westdeutschen Hilfe für weniger entwickelte Länder³.

1) Dean Rusk, "The Atlantic Alliance", in: DOSB, Vol. I, No. 1296, 27.4.1964, S. 650-655; siehe auch die Rede George Balls "NATO and World Responsibilities", in: DOSB, Vol. I, No. 1300, 25.5.1964, S. 823-828.

2) Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for 1966. Hearings before the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 89th Cong., 1st Sess. on H.R. 10871, Washington D.C. G.P.O. 1965, S. 128.

3) International Development and Security, Committee on Foreign Relations, Senate, 87th Cong., 1st Sess., S. 713; siehe auch George McGhee, "Some Thoughts on Current Issues", in: DOSB, Vol. II, No. 1310, 3.8.1964, S. 140f.

Mit den oben beschriebenen Aufrüstungsmaßnahmen nach dem Mauerbau wurde der westdeutsche Verbündete diesen Forderungen zum Teil gerecht¹. Die Reaktion der Bundesrepublik auf die amerikanischen "burden sharing"-Forderungen schlug sich im Einzelnen in folgenden Zahlen nieder: während die Militäretats einiger Verbündeter Anfang der sechziger Jahre sanken und die entsprechenden Ausgaben der europäischen NATO-Staaten zwischen 1961 und 1963 im Durchschnitt nur um 22 % anstiegen, lag die Bundesrepublik mit einem Zuwachs von über 50 % weit an der Spitze aller Allianzmitglieder². Der Anteil der Militärausgaben am Brutto-sozialprodukt der BRD stieg von 4,7 % im Jahre 1960 bis 1963 auf 6,1 %, während die Vergleichszahlen etwa für Frankreich und Großbritannien rückläufig waren³. Bis 1964 hatte sich Westdeutschland mit seinen Militärausgaben nach den USA und knapp hinter Großbritannien an die dritte Stelle im Bündnis geschoben - eine Position, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre jedoch wieder verloren ging. Mit dem Anteil des Militäretats an den Gesamtausgaben des Staates lag die BRD nach den USA und knapp hinter Portugal gleichfalls auf dem dritten Platz in der NATO.

Durch ihren Beitrag zur Instrumentierung und Finanzierung der "flexible response" entlastete die BRD aber nicht nur die amerikanische Position in Westeuropa, sie machte indirekt den USA auch den Rücken frei für den Einsatz ihres Militärpotentials in anderen Teilen der Welt. Die Relevanz der westdeutschen Auf-

1) Wie General Lemnitzer erklärte, hätten die USA jedoch gern die Verlängerung der Wehrpflichtzeit in der Bundeswehr auf zwei Jahre gesehen. Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for 1962, Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong. 1st Sess., S. 18.

2) Siehe auch die Ausführungen McNamaras in: Department of Defense Appropriations for Fiscal Year 1967, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 89th Cong., 2d Sess., S. 700.

3) Foreign Assistance Act of 1964. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 88th Cong. 2d Sess., on H.R. 10502, Washington D.C. G.P.O. 1964, S. 742.

rüstungspolitik zu Beginn der sechziger Jahre als indirekter Beitrag zu den Kosten des globalen amerikanischen Engagements wird durch die Antwort deutlich, die der damalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Taylor, den Senatoren Mundt und McGhee 1962 auf deren Fragen nach der Bedeutung der westeuropäischen militärischen Leistungen für die globalen Interessen der USA gab:

"Durch ihre Existenz als Mitglieder des alliierten Lagers geben sie uns eine Form der Stabilität in Westeuropa, ohne die wir nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt in einer mißlichen Lage wären. Wenn wir uns ohne die Militärstreitkräfte der Nationen am Ort um Westeuropa zu sorgen hätten, und uns zugleich um den Fernen Osten kümmern müßten, würden wir den Boden unter den Füßen verlieren. Wir könnten es nicht tun"¹.

Als der amerikanische Anteil an den Gemeinschaftsausgaben der NATO in Übereinstimmung mit den senatorialen "burden sharing"-Forderungen zurückgenommen wurde, ging auch dieser Schritt einzig zu Lasten des westdeutschen Alliierten. In Ausführung einer früher bereits gegebenen Zusage übernahm die Bundesrepublik im Mai 1961 jene 6 Prozent der Kosten, um die der amerikanische Beitrag zum Infrastrukturprogramm und anderen multilateral finanzierten Einrichtungen gekürzt wurde². Während der Anteil der USA von 36,98% auf 30,85% sank, wurde der Westdeutsch-

1) Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for 1963, Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong., 2d Sess., S. 810.

2) Ein Vergleich der Kostenverteilung für das Infrastrukturprogramm der NATO zwischen 1961 und 1964 mit dem Schlüssel, der seit 1957 galt, findet sich in: United States Defense Policies in 1961, H. Doc. No. 502, 87th Cong., 2d Sess., D. 57. Der Anteil der USA wurde 1966 weiter auf 25,77% gesenkt. Eine detaillierte Zusammenstellung der Leistungen der einzelnen Mitgliedsländer in diesem Bereich zwischen 1965 und 1969 ist enthalten in: United States Security Agreements and Commitments Abroad. Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, 91st Cong., S. 2294f.

lands von 13,72% auf 20% heraufgesetzt.

Als Reaktion auf die amerikanischen Forderungen nach einem gerechteren Lastenausgleich im Bündnis sahen die sechziger Jahre auch den Beginn und Ausbau eines westdeutschen Militärhilfeprogramms¹. Zwischen 1961 und 1970 gab die Bundesrepublik für NATO-Verteidigungshilfe an Griechenland und die Türkei sowie Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an vor allem afrikanische Staaten knapp 1 Milliarde DM aus² - eine Leistung, die in einer schriftlichen Stellungnahme des Department of Defense an einen gemeinsamen Unterausschuß des Foreign Relations Committee und des Armed Services Committee ausdrücklich gewürdigt wurde³.

Auch die weitergehende "burden sharing"-Forderung der USA nach einem Ausbau der westdeutschen Entwicklungshilfe blieb nicht erfolglos⁴. Das diesbezügliche Programm der BRD, das 1960 begann, entwickelte sich bereits bis 1966 zum zweitgrößten innerhalb des westlichen Bündnisses, wenn man die Zahl der unterstützten Länder zum Bewertungsmaßstab macht. Allein zwischen 1962 und 1968 gab die BRD 24,786 Milliarden DM für Entwicklungshilfe aus. Für die Vereinigten Staaten wurde in diesem Bereich besonders relevant, daß der westdeutsche Alliierte Mitte der sechziger Jahre nach Frankreich die umfangreichste zivile personelle und

1) Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971.

2) Haftendorn, Militärhilfe, S. 47; Zu den Anfängen der westdeutschen Militärhilfe siehe auch: Foreign Assistance Act of 1963, Committee on Foreign Relations, Senate, 88th Cong., 1st Sess., S. 636ff.

3) United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees, Senate, 90th Cong., 1st Sess., S. 30.

4) Zu dem Versuch, die Berlinkrise als Instrument zur Forcierung der westdeutschen Entwicklungshilfeanstrengungen zu benutzen, siehe das Memorandum Walt W. Rostows an Kennedy vom 27.2.1961; Quelle: CO 92 Germany (Exekutive), White House Subject Files, John F. Kennedy Library Boston.

finanzielle Hilfe eines westeuropäischen Staates für Süd-Vietnam leistete.¹

Eine weitere Möglichkeit zur Entlastung des amerikanischen Militäretats bildete die Koproduktion von Kriegsmaterial mit den Verbündeten, durch die es den Alliierten vor allem ermöglicht wird, in Amerika entwickelte Waffen und Waffensysteme selbst herzustellen². Dieses Verfahren, das Ende der fünfziger Jahre anließ und seit Beginn der Kennedy-Administration forciert wurde, erspart den Verbündeten den größten Teil des in Devisen zu entrichtenden Kaufpreises für diese Waffen. Andererseits bietet dieser Modus auch für die USA mehrere Vorteile: zunächst beendet er die Ausgaben, die den USA in den fünfziger Jahren aus ihrer Praxis entstanden, einen großen Teil der Waffen an die Alliierten zu verschenken. Darüber hinaus verschafft er den amerikanischen Firmen Lizenzentnahmen, mit denen sich zumindest teilweise die Entwicklung neuer Waffen finanzieren läßt, und bewirkt außerdem als Folge der zahlreichen Aufenthalte westeuropäischer Techniker in den USA einen nicht unerheblichen Rückfluß an Dollarbeträgen in die Vereinigten Staaten.

Diese Form der Zusammenarbeit wurde besonders im Verhältnis mit der Bundesrepublik durch eine intensive bilaterale Kooperation auf dem Gebiet der Waffenforschung und Waffenentwicklung ergänzt³. Diesbezüg-

1) Worldwide Military Commitments, Subcommittee of the Committee on Armed Services, Senate, 89th Cong. 2d Sess., S. 40ff. Eine Zusammenstellung der Leistungen der Staaten der "Freien Welt" an Süd-Vietnam findet sich in: Supplemental Defense Appropriations for Fiscal Year 1966, Committee on Appropriations and Committee on Armed Services, Senate, 89th Cong. 2d Sess., S. 159.

2) Thayer, War Business, S. 163ff.

3) Mitte der sechziger Jahre arbeitete die BRD in über 100 Gemeinschaftsvorhaben dieser Art mit den Vereinigten Staaten zusammen. Siehe hierzu Kai-Uwe von Hassel, Verantwortung für die Freiheit, Auszüge aus Reden und Veröffentlichungen in den Jahren 1963/64, Boppard 1965, S. 341. Zu einigen dieser Unternehmungen siehe auch die journalistische Arbeit von Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, München-Bern-Wien 1969, S. 146ff.

liche Vereinbarungen gehen vor allem auf die Gespräche zwischen McNamara und von Hassel im August 1963 und im November 1964 zurück. Wie dem Communiqué der Besprechung vom Herbst 1964 zu entnehmen ist, sollte die westdeutsch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit die gemeinsame Entwicklung und Produktion des Kampfpanzers 70, von Artilleriesystemen kleineren Kalibers, von Lenkwaffenzerstörern, Transport- und Kampfhubschraubern, Kurz- und Senkrechtstartflugzeugen, Flugzeugelektronik und U-Boot-Bekämpfungsmitteln einschließen¹. Durch seine Beteiligung gerade auf dem Gebiet der sich rapide erhöhenden Entwicklungs- und Forschungskosten für neue Waffensysteme entlastet der westdeutsche Verbündete den amerikanischen Militär-etat.

Der Verweis auf die bundesrepublikanische Kooperationsbereitschaft wurde zum Paradebeispiel, mit dem die Regierungsvertreter den Erfolg ihrer "burden sharing"-Bemühungen im Congress zu dokumentieren suchen. Seit den Anfängen der Kennedy-Administration bis in die zweite Amtsperiode Präsident Nixons haben sich die Befürworter der militärischen Europapräsenz der USA stets auf die diesbezüglichen Anstrengungen der BRD berufen, wenn es darum ging, der senatorialen Argumentation entgegenzutreten, nach der die Alliierten zu wenig für die gemeinsame Verteidigung der westlichen Allianz aufwendeten, was nur durch einen Abbau des amerikanischen Engagements zu kompensieren sei. Diese Sonderstellung der BRD hat bisher aber nichts daran geändert, daß der westdeutsche Verbündete noch immer für Legislative wie Exekutive der Hauptadressat aller Bemühungen um Einsparungen im Militäretat der USA ist. Obwohl die Bundesrepublik in den sechziger Jahren als einziger Verbündeter auf die amerikanischen Forderungen nach Aufrüstung und Übernahme höherer Lasten für ein weltweites kollektives Sicherheits-

1) "Deutsch-amerikanische Zusammenarbeit - langfristige Rüstungsplanung", in: Wehrtechnische Monatshefte, H. 11, 1964, S. 402ff.

system mit erheblichen Mehrausgaben reagierte, wird immer wieder der westdeutsche Alliierte genannt, wenn die legislativen Kritiker der amerikanischen Europa-
präsenz wie ihre Gegenspieler in der Exekutive nach einer Entlastung der USA durch höhere Militärausgaben der Verbündeten verlangen¹.

Die Gründe für diese Sonderstellung des westdeutschen Bündnispartners liegen einerseits in dessen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und dem schlechten Abschneiden der Bundesrepublik bei einem NATO-Vergleich der für militärische Ausgaben bereitgestellten Mittel. Auch die Funktion der Bundesrepublik als Gastland für die meisten US-Truppen in Europa wirkte sich in diesem Zusammenhang negativ für sie aus, da Exekutive wie Legislative in den Vereinigten Staaten bemüht sind, dort Mittel einzusparen, wo diese ausgegeben werden, ohne zu berücksichtigen, daß die in der Bundesrepublik stationierten Soldaten nicht nur zu deren Schutz dort untergebracht sind, sondern zur Sicherheit aller Staaten der westlichen Allianz beitragen sollen. Wenn die Vertreter der USA gerade die Bundesrepublik zu größeren Anstrengungen im Rahmen eines Ausgleichs der wirtschaftlichen Lasten für die Verteidigung der "freien Welt" drängen, gehen sie andererseits lediglich den Weg des geringsten Widerstandes: die in der Bundesrepublik seit deren Bestehen gängige Bedrohungsperzeption und das daraus resultierende Interesse an der Präsenz amerikanischer Truppen hat den westdeutschen Alliierten traditionell empfänglich gemacht für amerikanische Wünsche, empfänglicher zumindest, als andere NATO-Staaten in

1) Im Gegensatz zu einigen Vertretern der Legislative vertrat McNamara jedoch die Ansicht, mit Rücksicht auf die unterschiedliche Höhe des Bruttosozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung in den USA und der BRD könne man von dem westdeutschen Verbündeten nicht verlangen, den gleichen Anteil am BSP für Militärausgaben aufzuwenden wie die Vereinigten Staaten. Siehe: Hearings on Military Posture and H.R. 2440, to Authorize Appropriations during FY 1964, Committee on Armed Services, House of Representatives, 88th Cong. 1st Sess., S. 584.

Europa. Robert Strausz-Hupé, damals Direktor des Foreign Policy Research Institute, hatte diesen Tatbestand am 12. Mai 1966 vor dem auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses so ausgedrückt: "Falls es ein europäisches Land gibt, auf das wir Einfluß ausüben können, dann ist das ohne allen Zweifel Deutschland."

6.2 Das finanzpolitische Argument: westdeutsche Käufe in den USA

Die westdeutschen Anstrengungen um eine Reduzierung des den USA aus ihrer Stationierungspolitik entstehenden Zahlungsbilanzdefizits sind an anderer Stelle bereits ausführlich dargestellt worden¹. Im Widerspruch zu der in diesem Kontext beschriebenen legislativen Kritik an den deutsch-amerikanischen Vereinbarungen zum Abbau des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits haben die Regierungsvertreter in den Vereinigten Staaten stets darauf bestanden, daß es sich bei den "offset"-Abmachungen um ein zwar zu verbesserndes, im Grunde aber taugliches Instrumentarium zur Neutralisierung der aus der Truppenstationierung resultierenden Zahlungsbilanzprobleme der USA handelt. Sie stützen ihre diesbezügliche Argumentation zunächst auf den Hinweis, daß durch die "offset"-Vereinbarungen mit der BRD ein großer Teil der abfließenden Mittel wieder in die Vereinigten Staaten zurückkommt. Wichtiger erscheint ihnen in diesem Zusammenhang jedoch die Prognose, daß sich eine Reduzierung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits durch den Abbau der US-Truppen in Europa umgehend negativ auf die Ausfuhr von Rüstungsgütern und auf die allgemeinen Exporte nach Westeuropa auswirken würde. So gab der damalige stellvertretende Außenminister Richardson im Januar 1970 zu bedenken:

"Die Belastung unserer Zahlungsbilanz auf Grund unserer Truppenstationierung in Europa beläuft sich gegenwärtig auf etwa 1,5 Milliarden Dollar pro Jahr. Das ist zweifellos eine beträchtliche Summe, und wenn unsere Truppen in die USA zurückgebracht würden, dann würde ein großer Teil dieser Dollars im Lande bleiben. Dieses Problem ist jedoch zum Teil durch Devisenausgleichs-Vereinbarungen mit den europäischen Ländern, vor allem mit Deutschland, neutralisiert worden, und wir suchen gegenwärtig nach Mitteln, um diese Vereinbarungen noch zureichender zu gestalten. Darüber hinaus würde ein Abzug unserer Truppen aus

1) Siehe oben S. 143ff.

Europa wahrscheinlich umgehend negative Effekte für uns auslösen, vor allem durch ein Nachlassen unserer Verkäufe von militärischer Ausrüstung an unsere Verbündeten sowie der allgemeinen Exporte nach diesen Ländern".¹⁾

Während Richardson und anderen Gegnern der legislativen Abzugswünsche das verbleibende, aus der militärischen Europapräsenz resultierende Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten als eine Investition erscheint, die die militärischen und zivilen Exporte des Landes garantiert und zur Aufrechterhaltung der traditionell positiven Zahlungsbilanz der USA im Handel mit Westeuropa beiträgt, wird im Senat behauptet, auch ohne die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf seinem Territorium werde der westdeutsche Verbündete seine Waffen aus den USA beziehen. Ein Zusammenhang zwischen Europapräsenz und dem Verkauf von Militärgütern an die Bundesrepublik wird von den Kritikern der amerikanischen Stationierungspolitik geleugnet.

Diese Ansicht hat 1971 der damalige Assistant Secretary of State for European Affairs und heutige Botschafter der USA in Bonn, Hillenbrand, vor einem Unterausschuß des Fulbright-Committees entschieden zurückgewiesen. Hillenbrand konstatierte einen monokausalen Zusammenhang zwischen der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in der BRD und dem Kauf amerikanischer Rüstungsgüter durch die BRD. Er behauptete zunächst, der westdeutsche Alliierte werde ohne die Europapräsenz der US-Truppen einen erheblich höheren Teil seiner militärischen Beschaffungen in westeuropäischen Nachbarländern tätigen. Eine für die USA aber noch viel weniger akzeptierbare Konsequenz aus

1) Europa Archiv, 25. Jg., F.4, 1970, S. D97. Zu ähnlichen Überlegungen hinsichtlich der Folgen der Reduzierung der amerikanischen Militärausgaben in der BRD für die zivilen Exporte der Vereinigten Staaten nach Westdeutschland siehe auch Lois Ernstoff, Rolf Fiekarz, and Elliot Wetzler, United States Exports Induced by Department of Defense Expenditures in Europe, Institute for Defense Analysis, Washington D.C. April 1965.

einer Reduzierung des militärischen Zahlungsbilanzdefizits als Folge des Abbaus der Europapräsenz bestünde nach Hillenbrand darin, daß die USA in diesem Fall ihren wichtigsten Waffenkäufer ganz verlieren würden, weil die Bundesrepublik ohne die Stationierung amerikanischer Soldaten keinen eigenen Beitrag zum westlichen Sicherheitssystem leisten würde. Ohne Europapräsenz gäbe es keine Bundeswehr. Wörtlich erklärte Hillenbrand:

"Zunächst: falls man voraussetzen könnte, daß die Deutschen vergleichbare Verteidigungsanstrengungen unternehmen würden, wenn wir nicht dort wären, könnten sie einen ansehnlichen Prozentsatz dieser Ausrüstung in anderen europäischen Staaten kaufen und gekauft haben. Aber mein Hauptpunkt, glaube ich, ist, daß man über dieses Problem überhaupt nicht sprechen würde, falls man die NATO nicht hätte und die engen wechselseitigen Beziehungen im Verteidigungsbereich zwischen uns und den Deutschen. Es gäbe dann überhaupt keine Käufe von den Vereinigten Staaten, weil die Deutschen aus dem Geschäft heraus wären, sich zu bewaffnen".¹

Dieses Statement Hillenbrands macht noch einmal deutlich, daß es sich bei den amerikanischen Devisenverlusten, die aus der Truppenstationierung in der Bundesrepublik entstehen, um den Preis handelt, den die USA bezahlen müssen, wenn sie Westdeutschland als Mitglied im atlantischen Bündnis und als Großabnehmer amerikanischer Rüstungsgüter nicht verlieren wollen. Die Regierungsvertreter versichern zwar immer wieder ihre Entschlossenheit, diese Investition so niedrig wie möglich halten zu wollen, sie lassen aber auch keinen Zweifel daran, daß Einsparungen von 1650 Dollar pro zurückverlegtem Soldat und Jahr² oder von 60 bzw.

1) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2237.

2) So General Polk, Oberkommandierender der US-Army in Europa, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2124.

16 Millionen Dollar als Ergebnis der Abzüge im Rahmen von "Reforger" und "Crested Cap"¹ letztlich keine Einsparungen sind, die geeignet wären, die mit dem Abbau der amerikanischen Europapräsenz verbundene Beeinträchtigung der "vitalen Interessen" der USA zu rechtfertigen. Dieser Standpunkt der Exekutive kam auch in einem Brief zum Ausdruck, den der damalige Außenminister Rogers am 27. April 1970 an Senator Fulbright richtete und in dem es hieß:

"Die grundlegende Frage schließt jedoch eine Beurteilung des Wertes von Zahlungsbilanzeinsparungen gegenüber der Funktion einer gegebenen Stärke amerikanischer Streitkräfte in Europa für die Bewahrung und Förderung unserer vitalen Interessen dort ein. Wir glauben, daß die gegenwärtigen Kosten gerechtfertigt sind, obgleich wir Einsparungen durch Konsolidierungen und Reduzierungen bei Versorgungseinheiten erzielt haben und fortfahren werden, nach solchen Wegen zu suchen, wo immer es möglich ist, ohne Einschränkung der Kampfkraft und ohne gegen NATO-Verpflichtungen zu verstoßen".²

1) So General Polk, Oberkommandierender der US-Army in Europa, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2063.

2) *ibid.*, S. 2256.

6.3 Das politische Element: die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa

Die Fixierung der Kritik an der amerikanischen Stationierungspolitik auf Fragen der Lastenverteilung und auf die negativen Auswirkungen der Europapräsenz amerikanischer Truppen für die Zahlungsbilanz der USA hat dazu geführt, daß diesen Themen auch in den öffentlichen Repliken der Regierungsvertreter oft Priorität eingeräumt wird. Die Gegner der senatorialen Abzugswünsche sind darüber hinaus jedoch bemüht, ihre eigene Position in dieser Kontroverse durch den Verweis auf die politische Funktion der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte auf den Territorien der westeuropäischen Alliierten zu verbessern. Dabei geht es ihnen einerseits um die Rolle der amerikanischen Soldaten für das politische Gleichgewicht zwischen den Allianzen in Europa, zum anderen beharren sie aber auch darauf, daß die Stabilität innerhalb des westlichen Bündnisses ohne die Beibehaltung der ungeschmälernten Europapräsenz der USA nicht möglich sei. Während die interallianzpolitische Funktion der militärischen Europapräsenz nach wie vor besonders in den öffentlichen Statements und Reden der Regierungsvertreter betont wird, erfolgt der Hinweis auf die bündnisinterne Relevanz der US-Truppen in Europa vor allem in deren Aussagen vor den mit diesen Fragen befaßten Ausschüssen im Congress. Allianzpolitische Rücksichtnahmen besonders gegenüber dem westdeutschen Verbündeten engen die Möglichkeiten der Exekutiven ein, diesen Aspekt in der öffentlichen Diskussion um die US-Streitkräfte in Europa zu stark hervorzuheben.

6.3.1 Die Erhaltung des politischen Gleichgewichts zwischen den Blöcken in Europa

Grundlage für die Beurteilung der Bedrohung, der sich ein Staat oder ein Bündnis ausgesetzt sieht, ist die Einschätzung der Absichten des "potentiellen Gegners"

und des ihm zur Verfügung stehenden militärischen Potentials. Wie oben ausgeführt wurde, begründen Senator Mansfield und seine Anhänger ihre Abzugsforderungen auch damit, daß der UdSSR aggressive Intentionen gegenüber Westeuropa nicht länger unterstellt werden könnten. Von dem militärischen Potential der Sowjetunion behaupten sie, es diene der Einflußstabilisierung der östlichen Hegemonialmacht innerhalb des Warschauer Pakts und sei nicht gegen die westeuropäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten gerichtet. Dieser Interpretation schließt sich die regierungsamtliche Argumentation nur sehr beschränkt an.

Wie Senator Mansfield und seine Gefolgsleute konzedieren auch die Vertreter der Exekutiven von Kennedy bis Nixon bei ihren Auftritten im Congress ein Nachlassen der Spannungen zwischen den Mitgliedsländern der NATO und des Warschauer Pakts. Sie halten auch nicht mit ihrer Meinung zurück, daß zur Zeit nicht mit einem Angriff der Staaten des östlichen Bündnisses auf Westeuropa zu rechnen sei. Derartige Zweifel an der Wahrscheinlichkeit eines Krieges reichen von den Ausführungen McNamaras vor dem Bewilligungsausschuß des Senats im Jahre 1961¹ bis zur Versicherung Hillenbrands gegenüber Senator Fulbright Anfang der siebziger Jahre, er rechne nicht ernsthaft mit der Möglichkeit einer russischen Invasion in diesem Teil der Welt².

Obwohl beide Seiten bei der Beurteilung des Kriegsrisikos in Europa zum selben Ergebnis gelangen, stehen sich die Prämissen, von denen sie bei ihren Überlegungen ausgehen, konträr entgegen. Während sich für

1) Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong. 1st Sess., S. 1687.

2) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2241.

Mansfield die sowjetische Außenpolitik in der Substanz in Richtung auf ein friedliches Zusammenleben der Völker gewandelt hat, konstatieren die Regierungsvertreter lediglich einen Wandel in der Methode. Sie halten in modifizierter Form an der traditionellen Bedrohungspitze fest und unterstellen der UdSSR, daß sie jede Chance zur Ausdehnung ihres Einflusses in Europa nutzen würde, sobald dies ohne die Gefahr eines allgemeinen Krieges möglich sei¹. Derartige Unterstellungen fanden ihren Niederschlag Anfang der sechziger Jahre im Zusammenhang mit dem Strategiewandel zur "flexible response" in den ständigen Warnungen, die westliche Allianz müsse auf die Abwehr kriegsähnlicher Aktionen unterhalb der Atomschwelle vorbereitet sein, mit denen die Staaten des Warschauer Pakts versuchen würden, genau beschriebene und eng definierte Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen². Noch pointierter drückte sich McNamara aus, als er 1966 vor dem Bewilligungsausschuß des Senats erklärte, er habe keine Zweifel, daß die Sowjetunion für den Fall der Schwächung der Verteidigungskraft der NATO diese Schwäche sondieren, sie finden und ausnutzen würde³. Die Reihe derartiger Statements läßt sich ohne Schwierigkeiten bis zu den Repräsentanten der Nixon-Administration vervollständigen⁴. In den letzten Jahren wird vor allem die Invasion der UdSSR und einiger Verbündeter im August 1968 in die CSSR immer wieder "als eindeutiger Hinweis" dafür

1) The Soviet Threat. Prepared at the Request of the Committee on Armed Services, House of Representatives, H.A.S.C. No. 91-70, Washington D.C. G.P.O. 1970.

2) Als Beispiel siehe die Rede Paul Nitze am 2.3.1963 in Cleveland; die Rede ist ausführlich zitiert in Kaufmann, McNamara Strategy, S. 130ff.

3) Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for FY 1967, Committee on Appropriations, Senate, 89th Cong. 2d Sess., S. 14.

4) Siehe z.B. die Ausführungen General Goodpasters, in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 11.

genannt, "daß die Sowjetunion den Einsatz militärischer Macht nicht aufgegeben hat, wenn es darum geht, ihre politischen Ziele zu erreichen"¹.

Die Gegner des Abbaus der amerikanischen Europapräsenz in der Exekutiven und ihre Gefolgsleute im Congress bestehen darauf, daß die momentan zu konstatierende Periode relativ geringer Spannungen im Ost-West-Verhältnis auf eben der Abschreckungspolitik basiert, deren Fundament in der Stationierung starker US-Verbände in Europa gesehen wird. Ihrer Ansicht nach verändern sich die außenpolitischen Zielvorstellungen der UdSSR mit deren Einschätzung der militärischen Stärke und politischen Entschlossenheit der NATO. Deshalb werden sie nicht müde, davor zu warnen, daß die dem Warschauer Pakt unterstellte latente Aggressionsbereitschaft in dem Moment aktualisiert werden könnte, in dem das gegenwärtige Abschreckungssystem der westlichen Allianz durch einen substantiellen Rückzug der USA aus Westeuropa geschwächt würde².

Die Einwilligung in die Reduzierung der US-Truppen in Europa wird daher abhängig gemacht von "einer allgemeinen Verbesserung der Atmosphäre zwischen Ost und West, über einige Zeit, so daß die Europäer und wir uns tatsächlich sagen können, mit Sicherheit, daß keine Bedrohung mehr besteht"³. Im Januar 1970 erklärte der damalige stellvertretende Außenminister Richardson zu diesem Thema in Chicago:

1) Report of Special Study Mission to Europe, by Hon. L. Farbstein, S. 2.

2) So z.B. Hillenbrand, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, 91st Cong., S. 2209.

3) Hillenbrand, in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 41. Dieses Statement stimmt fast wörtlich mit den Aussagen überein, die McNamara und Rusk 1967 vor einem mit Fragen der amerikanischen Stationierungspolitik in Europa befaßten Ausschuß des Senats machten, siehe: United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees; Senate, 90th Cong. 1st Sess., S. 21 und 43.

"Wenn es keine Bedrohung der Sicherheit der westeuropäischen Länder mehr gibt, dann besteht auch keine Notwendigkeit mehr für die NATO. Und nur wenn die Konfrontation in Europa wirklich beendet ist und ein echter Friede an die Stelle des stets gefährdeten Friedens gegenseitiger Abschreckung tritt, wird die Aufgabe unserer Truppen endgültig erfüllt sein"¹.

Im Widerspruch zu Mansfield und den ihn unterstützen den Senatoren halten die Regierungsvertreter die amerikanische Europapräsenz als Bestandteil einer Abschreckungspolitik für die Voraussetzung der Entspannung und den Rückgang der Bedrohung Westeuropas und nicht für den Anachronismus eines veränderten Ost-West-Verhältnisses. In ihren Plädoyers für die Perpetuierung der Anwesenheit amerikanischer Truppen auf den Territorien der NATO-Alliierten vergleichen sie diese mit Vorliebe mit einer Feuerwehr, die man auch nicht abschaffe, wenn es einige Jahre nicht gebrannt habe. Es paßt in diese Beweisführung, wenn der Erhalt der Abschreckungskapazität der NATO durch Fortsetzung der amerikanischen Stationierungspolitik immer wieder als Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß der unterschiedlichsten Verhandlungen mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten genannt und davor gewarnt wird, in Vereinbarungen mit der UdSSR, die Entspannung signalisieren, zugleich auch einen Anlaß für den Abbau der amerikanischen Europapräsenz sehen zu wollen.

Im Rahmen eines Sicherheitskonzeptes, das aus den beiden Komponenten Entspannung und Verteidigungsbereitschaft besteht, betonen die legislativen Kritiker der Europapräsenz die Vorrangigkeit der Entspannung, während die Regierungsvertreter eindeutig an der Priorität der Verteidigungsbereitschaft und des Abschreckungsmodells festhalten. Wie zu Beginn der fünfziger Jahre werden die amerikanischen Divisionen in Europa von der Exekutiven auch heute noch als ein politisches Symbol beschrieben, das der Sowjet-

1) Europa Archiv, 25. Jg., F.4, 1970, S. D100.

union das Engagement der USA in diesem Teil der Welt dokumentieren und sie von einem Angriff abschrecken soll. Dazu hieß es in dem Staff Report of the Subcommittee on National Security and International Operations vom 1. März 1967:

"Die militärische Präsenz der USA in Europa bildet noch immer den harten Kern der westlichen Abschreckungsmittel. Der Hauptgrund für die amerikanische Truppenstationierung ist politischer Art: keinen Zweifel daran zu lassen, weder in Westeuropa noch in Moskau, daß die Vereinigten Staaten bei einem Schritt gegen Westeuropa von Anfang an voll und ganz beteiligt wären. Wir wollen nicht, daß man sich im Kreml über unsere Absichten im Unklaren ist. Es muß dem Gegner klar sein, daß jeder Akt der Aggression auf eine schlagkräftige amerikanische Streitmacht treffen würde, eine Streitmacht, die entschlossen standhalten kann, so daß der Kampf von Anfang an eine sowjetisch-amerikanische Krise wäre, mit allen Implikationen, und nicht nur eine europäische"¹.

Der ständige Verweis der Regierungsvertreter auf die angeblich fortbestehenden Aggressionsabsichten der UdSSR als Grundlage für die Fortsetzung der Abschreckungspolitik und damit auch der Europapräsenz der USA kann jedoch nicht dahingehend interpretiert werden, daß die Exekutive den legislativen Wünschen nach einem Abbau der US-Truppen in Europa in dem Moment zustimmen würde, da sie selbst zu einer positiveren Beurteilung der außenpolitischen Intentionen der UdSSR gelangen würde. Diese Haltung wird mit dem Hinweis auf das militärische Potential der Sowjetunion begründet. Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen, die der damalige Außenminister Rusk im April 1967 in seinem Memorandum an Senator Mansfield machte:

1) "The Atlantic Alliance: Unfinished Business", in: Jackson, Atlantic Alliance, S. 27ff., hier S. 34; siehe auch die Ausführungen Senator Jacksons, in: CR, Vol. 112, 1.9.1966, S. 21577.

"Selbst wenn der Wandel in der politischen Haltung der Sowjetunion weit größer wäre, als irgendeiner von uns jetzt vorhersagen kann, bestünde dennoch die Notwendigkeit, das sowjetische militärische Übergewicht in Europa auszugleichen. Dieses militärische Übergewicht könnte von jeder sowjetischen Regierung als politischer Hebel gebraucht werden, um unseren vielfältigen Interessen an der Kooperation mit Europa zu schaden"¹.

Für den Fall, daß in Europa das gegenwärtig bestehende militärische Gleichgewicht durch einen Abzug substantieller amerikanischer Truppen verloren ginge, prophezeien die Gegner Mansfields die "Finnlandisierung" Westeuropas. Unter diesem Terminus, der das Verhältnis Moskau-Helsinki nur sehr ungenau und für die Finnen diskriminierend beschreibt, verstehen sie eine nach Osten orientierte Neutralität der bisherigen Verbündeten der USA, die langfristig in die Dominanz der UdSSR über diesen Teil der Welt einmünden würde. Wie im Congress vor allem von Hillenbrand², dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für die Streitkräfte, Stennis³, und dem Oberkommandierenden der NATO, General Goodpaster⁴, vorgetragen wurde, würde der Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa quasi automatisch zu einer Verschärfung des sowjetischen Drucks auf die mit den USA verbündeten Staaten in diesem Teil der Welt führen. Eine solche Entwicklung müßte zwangsläufig aus der militärischen Überlegenheit der UdSSR entstehen, da der Abzug der US-Truppen

1) United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees, Senate, 90th Cong. 1st Sess., S. 100.

2) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2252. Zur Versicherung Hillenbrands, die USA würden alles tun, um die Finnlandisierung Westeuropas zu verhindern, siehe das "Interview der Woche im Deutschlandfunk mit dem amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Martin Hillenbrand, 6.8.1972", hektographierter Text, S. 6.

3) CR, Vol. 117, 14.5.1971, No. 71, S. S6964.

4) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 8.

in Westeuropa ein Machtvakuum entstehen lassen würde, das seitens der UdSSR nur als Einladung interpretiert werden könnte, das durch den Abzug signalisierte geschwundene Interesse der USA an dieser Region durch eigene Aktivitäten zu ersetzen. Obwohl von führenden Militärs nicht ausgeschlossen wird, daß ein partieller Rückzug der USA aus Westeuropa die Sowjetunion zu einem militärischen Vorstoß verleiten könnte¹, wird in der Regel mit einer langfristig zu erwartenden Zunahme des politischen Drucks der UdSSR argumentiert².

Die Argumentation, mit der ein Abbau der Europapräsenz der US-Streitkräfte von den Regierungsvertretern aus interallianzpolitischen Erwägungen abgelehnt wird, hat sich seit Beginn der fünfziger Jahre nicht verändert. Die Gegner Senator Mansfields halten nach wie vor daran fest, daß die UdSSR ihren Einfluß auf Westeuropa ausdehnen will und daß allein eine Drohstrategie auf der Basis der Anwesenheit der amerikanischen Truppen die Garantie bietet, die UdSSR von der Realisierung der ihr noch immer unterstellten Aggressionsabsichten abzuschrecken. Selbst unter der Voraussetzung, daß militärische Schritte der Sowjetunion gegen die westeuropäischen Alliierten mit Sicherheit ausgeschlossen werden könnten, wären die Gegner Mansfields in der Exekutive nicht zu einem

1) So z.B. General Burchinal, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2087.

2) Als Beispiel hierfür kann die Antwort gelten, die Hillenbrand Senator Symington auf dessen Frage gab, ob er der Ansicht sei, der Abzug von zwei US-Divisionen aus der Bundesrepublik könne der UdSSR einen Anreiz geben, mit ihren Truppen Westeuropa anzugreifen: "Ich glaube nicht, daß die Folgen so augenblicklich wären, aber ich glaube, daß sehr wohl eine Kettenreaktion ausgelöst werden könnte, die zu irgendeinem Zeitpunkt die Möglichkeit oder zumindest die Versuchung für die Sowjets schaffen könnte, ihren Einflußbereich auf Westeuropa auszudehnen". ibid., S. 2209.

substantiellen Abbau der US-Streitkräfte bereit, da sie im Fall einer Reduzierung die quasi automatische Orientierung der Staaten Westeuropas an der militärisch weit überlegenen Sowjetunion und damit die "Finnlandisierung" dieses Teils der Welt fürchten.

6.3.2 Die Erhaltung des politischen Gleichgewichts innerhalb der Allianz

Die Anwesenheit amerikanischer Soldaten und ihrer Familien in Westeuropa wird von den Apologeten der unverminderten Europapräsenz der USA aber nicht nur als Interventionsdrohung gegenüber der UdSSR, sondern zugleich auch als Interventionsgarantie gegenüber den Verbündeten verstanden¹. Der Verlust des Dokuments für das amerikanische Beistandsversprechen bzw. der Abbau des Symbols des amerikanischen Engagements in Europa, wie die Truppenpräsenz von ihren Befürwortern beschrieben wird, würde nach deren Prognosen zu einem "verheerenden psychologischen Schock" bei den Alliierten führen². Die Verbündeten würden sich im Stich gelassen vorkommen, das amerikanische Beistandsversprechen würde unglaubwürdig, das Vertrauen der Alliierten in die Zuverlässigkeit der amerikanischen Führungsmacht zerstört. Für die Sicherheit der Vereinigten Staaten müßte dieser Vertrauensverlust die gleichen katastrophalen Folgen haben wie russische Zweifel an der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Bindungen an Europa³. Diese Entwicklung wäre nach der Beweisführung der Regierungsvertreter aber nicht nur

1) Siehe bes. die Ausführungen Präsident Kennedys auf seiner Pressekonferenz im Februar 1963, in: Europa Archiv, 18. Jg., F.7, 1963, S. D169.

2) So Hillenbrand, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2213.

3) So McNamara, in: United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees, Senate, 90th Cong. 1st Sess., S. 16f.

im Falle eines substantiellen Rückzuges der USA zu erwarten: selbst geringfügige Reduzierungen könnten diesen Vertrauensverlust bei den Verbündeten auslösen, weil sie als Beginn größerer Abzüge, als Anfang vom Ende des amerikanischen Engagements in Europa interpretiert würden.

Die Sprecher der Exekutiven beschränken sich aber nicht auf die Vorhersage eines Schocks, der bei den Alliierten durch den Abbau der Europapräsenz ausgelöst würde. Sie beschreiben vielmehr ganz konkret die ihrer Meinung nach zu erwartenden Folgen einer solchen Politik für das westliche Bündnis. So behaupten sie, daß durch einen partiellen Rückzug der US-Streitkräfte den militärischen Anstrengungen der Verbündeten der psychologische Rückhalt genommen würde. Die Apologeten der Stationierungspolitik behaupten, daß eigenständige militärische Anstrengungen der Verbündeten in der Vergangenheit nur in dem Maße erbracht wurden, wie sich die alliierten Truppen um die in Europa stationierten Verbände der USA und das hinter diesen stehende - atomare - Potential scharen konnten. Die amerikanischen Divisionen gelten ihnen nach wie vor als Katalysator für die Verteidigungsbeiträge der westeuropäischen NATO-Partner¹. Das wurde vor allem in einem Memorandum deutlich, in dem sich das Department of State 1967 zum Sinn der amerikanischen Europa-präsenz äußerte:

"Das Department of State ist der Ansicht, daß eine effektive Abschreckung gegen eine sowjetische Aggression in Europa nicht nur eine nukleare Kapazität erfordert, sondern auch ausreichende konventionelle Streitkräfte, um Feindseligkeiten einzudämmen, die entweder absichtlich oder aus Zufall begannen oder die einen Aggressor zwingen würden, jede größere geplante Aktion auf ein solches Ausmaß anzuheben, daß er einen Nuklearkrieg riskiert. Die US-Streitkräfte in Europa, und besonders die, die in Deutschland stationiert sind, bilden das Hauptelement, um

1) So z.B. General Wheeler, in: Department of Defense Appropriations for 1964, Subcommittee of the Committee on Appropriations, House of Representatives, 88th Cong. 1st Sess., part 2, S. 138.

das herum das erforderliche militärische Potential aufgebaut ist, um diesem strategischen Konzept Gültigkeit zu verleihen. Nur wenn andere alliierte Truppen an diesen zentralen Kern der amerikanischen militärischen Stärke geschmiedet sind, gewinnt diese flexible Strategie Bedeutung. Eine umfangreiche Reduzierung der amerikanischen NATO-Streitkräfte zusammen mit den korrespondierenden alliierten Verringerungen, die mit Sicherheit einem solchen Schritt folgen würden, könnten zu einem beträchtlichen Abbau dieses Potentials führen"¹.

Nach dieser Argumentation tragen die amerikanischen Truppen nicht nur dadurch zur Abschreckung eines Angriffs auf Europa bei, daß sie das konventionelle Verteidigungspotential der NATO erweitern, sondern auch dadurch, daß sie für die gesamten herkömmlich armierten Verbände der Allianz das Rückgrat bilden. Der NATO-Beitrag der Alliierten erhält erst dann einen Sinn, wenn sich diese Truppen um den "harten Kern" der amerikanischen Divisionen in Westeuropa scharen können. In dieser Beurteilung kann sich die Nixon-Administration sowohl auf die Zustimmung der NATO² als auch auf die Unterstützung des Vorsitzenden des Senatsausschusses für die Streitkräfte, Stennis³, berufen. Die Repräsentanten der Exekutiven argumentieren weiter, dem Niedergang der militärischen Anstrengungen der NATO-Partner werde das Ende der politischen Kooperation der Staaten Westeuropas parallel gehen. Ohne den "Kitt" der US-Truppen in Europa werde das bisher erreichte Maß an Zusammenarbeit in Westeuropa gefährdet. Das prognostizierte Ende der Integrationsbemühungen werde dazu führen, daß die Staaten Westeuropas zu einer nationalstaatlichen Politik zurückkehren würden, wie sie die USA bereits zweimal in Weltkriege verwickelt hatte. In

1) United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees, Senate, 90th Cong. 1st Sess., S. 1o1.

2) Siehe zum Beispiel den Brief des Generalsekretärs der NATO, Manlio Brosio, vom Mai 1971 an Nixon, in: CR, Vol. 117, No. 72, 17.5.1971, S. S7o83.

3) Siehe u.a. CR, Vol. 117, No. 72, 17.5.1971, S. S71o8ff. und ibid., No. 73, 18.5.1971, S. S7222ff.

diesem Sinne warnte Außenminister Rusk in einem Memorandum, das er am 21.4.1967 an Senator Mansfield richtete:

"Die Anwesenheit unserer Streitkräfte in Europa im Rahmen der NATO hat auch zur Entwicklung der inner-europäischen Kooperation beigetragen. Es sind große Fortschritte erreicht worden. Aber ohne die sichtbare Bürgschaft eines ansehnlichen amerikanischen Kontingents könnten alte Gegensätze wieder aufleben und Europa könnte erneut instabil werden"¹.

Mit der Warnung vor einem Wiederaufleben alter Gegensätze in Europa ist vor allem die Funktion der amerikanischen Europapräsenz für die Integration des westdeutschen Alliierten und seines Militärbeitrags in das Bündnis angesprochen. Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Westeuropa würde dazu führen, daß die Bundeswehr mehr als die Hälfte der verbleibenden Soldaten in diesem Teil der Welt stellen würde. Sollte die Bundesrepublik wider Erwarten die amerikanischen Abzüge ganz oder teilweise ausgleichen, so würde die militärische Vorherrschaft Westdeutschlands noch offensichtlicher. Aber selbst ohne zusätzliche Bundeswehrsoldaten und unter der Voraussetzung, daß die anderen NATO-Partner ihre Einheiten in der Bundesrepublik nicht auch abziehen würden, wäre die gesteigerte Bedeutung der BRD für die militärische Sicherung Westeuropas nicht zu übersehen: die NATO würde sich militärisch als bilaterale westdeutsch-amerikanische Allianz ausnehmen, in der die Bundeswehr als konventionelle Komponente in Europa von der strategischen Atomstreitmacht in den USA abgedeckt würde. Der Verweis auf die negativen Konsequenzen einer derartigen Aufwertung der Bundesrepublik gehört zum Repertoire der Argumente, mit denen die Gegner Mansfields im Congress gegen die Abzugsforderungen des demokratischen Mehrheitsführers Front machen².

1) United States Troops in Europe, Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees, Senate, 90th Cong. 1st Sess., S. 100.

2) Die Regierungsvertreter halten sich demgegenüber aus verständlichen Gründen mit Verweisen auf die potentielle Gefährdung des europäischen Status quo durch die Bundesrepublik zurück. Bis weit in die zweite Hälfte der sechziger Jahre war es üblich, alle mit diesem Komplex zusammenhängenden Fragen und Antworten in den Protokollen der Ausschüsse des Congresses zu streichen.

Die Notwendigkeit der Perpetuierung der ungeschmälernten amerikanischen Europapräsenz zur Neutralisierung des politischen und militärischen Gewichts der Bundesrepublik wird mit vier Überlegungen begründet: zum einen werden die Gefahren beschworen, die sich aus der Angst der westlichen Alliierten vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus für den Zusammenhalt der NATO ergeben könnten; zum anderen werden negative Auswirkungen für den partiellen Großmächtedialog mit der Sowjetunion prophezeit; außerdem wird davor gewarnt, daß eine militärisch erstarkte und unkontrollierte Bundesrepublik versucht sein könnte, das Wiedervereinigungsproblem im Alleingang und ohne die Alliierten zu lösen; schließlich wird noch die Gefahr beschworen, daß die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik erneut aktuell werden könnte.

Der Verweis auf die Konsequenzen der politischen und militärischen Aufwertung der BRD nach dem Abbau der amerikanischen Europapräsenz für den Zusammenhalt der NATO spielte besonders 1966 bei den Hearings über die atlantische Allianz vor dem Jackson-Committee eine wichtige Rolle¹. Mit Nachdruck vertraten vor allem die Senatoren Jackson und Javits die Ansicht, daß kein NATO-Staat mehr zu einer Partnerschaft mit Westdeutschland bereit sein werde, dessen Übergewicht nach dem Rückzug der US-Truppen nicht mehr auszubalancieren sei². Daß es in diesem Kontext nicht nur um die Kontrolle des militärischen Potentials der BRD, sondern auch um die Überwachung der politischen Entwicklung in Westdeutschland geht, wurde deutlich, als Javits im Januar 1967 bei seiner Ablehnung der

1) Jackson, Atlantic Alliance, bes. S. 112ff.

2) Siehe auch die Ausführungen der beiden Senatoren auf der NATO-Parlamentarierkonferenz im November 1966 in Paris, in: North Atlantic Assembly: Addresses by Speakers at the 12th Annual Conference, Paris 14.-18. November 1966, Neuilly-sur-Seine, International Secretariat o.J.

Mansfield-Resolution wörtlich erklärte:

"Da ist zum Beispiel Deutschland, das sich zur Zeit in einem fürchterlichen Zustand des Wandels und des Übergangs befindet: auf der einen Seite zum Osten, auf der anderen zum Westen hingezogen, das alles vermischt mit der Uneinigkeit, die Charles de Gaulle ausgelöst hat. Ich glaube, wir haben allen Grund, über jedes mögliche Wiederaufleben des Neonazismus und der Naziartei besorgt zu sein, die leider bei den letzten Wahlen einige Bedeutung erlangt hat ... Ich glaube, daß 20 Jahre nicht zu lange sind, nachdem was Deutschland der Welt seit 1870 angetan hat. Deutschland ist noch nicht über den Berg. Die Vereinigten Staaten haben in dieser Angelegenheit eine Verantwortung, und so lange ich Leben und Stimme habe, werde ich darauf achten, daß das Thema Deutschland nicht vom Tisch kommt"¹.

Als Senator Mansfield im Mai und November 1971 versuchte, die Exekutive mit Amendments zum Rückzug eines Teils der US-Truppen aus Europa zu zwingen, waren es erneut seine Gegenspieler im Congress, die ohne Furcht vor möglichen negativen Folgen für das amerikanisch-westdeutsche Verhältnis die Notwendigkeit der ungeschmälernten Europapräsenz der US-Truppen damit begründeten, daß sie auf deren Funktion gegenüber dem deutschen Alliierten verwiesen. Im Mai erklärte Senator Griffin:

"Seit fast drei Dekaden haben wir erkannt, daß unsere Truppen in Europa einem Zweck dienen, der darüber hinausgeht, einen sowjetischen Angriff abzusichern. Unsere NATO-Verpflichtung trägt dazu bei, in der deutschen Politik Stabilität zu wahren. Unsere Truppen tragen dazu bei, das deutsche Vertrauen in den Westen zu stärken. Sie bilden die Basis für die fortdauernde Integration Deutschlands in Westeuropa"².

Einige Monate später machte Senator Allott darauf aufmerksam, daß die durch die Forderungen Mansfields heraufbeschworene Aufwertung der Bundesrepublik geeignet sei, die kleineren NATO-Staaten geradewegs in die Arme der Sowjetunion zu treiben. Allott erklärte:

1) CR, Vol. 113, 19.1.1967, S. 1005.

2) CR, Vol. 117, No. 73, 18.5.1971, S. 7236.

"Ich habe in diesem Jahr zwei Reisen nach Europa unternommen, in deren Verlauf ich ausgiebig mit vielen europäischen Politikern und mit den hochqualifizierten Amerikanern gesprochen habe, die dort Dienst tun. Sie alle stimmen in einem zentralen Punkt überein: die US-Truppen immunisieren Westeuropa gegen das Mißtrauen gegenüber Deutschland. ...Unilaterale Verringerungen der US-Truppen in Europa, herausgelöst aus dem Kontext allgemeiner Reduzierungen in Europa, würden die deutschen Streitkräfte beunruhigend groß aussehen lassen und könnten so eine Reduzierung auch der deutschen Streitkräfte erzwingen. Ich darf hinzufügen, daß die einzige Alternative hierzu gleich unheilvoll ist: ein Anwachsen der alten Befürchtungen gegenüber der deutschen Macht könnte dazu führen, daß die kleineren Nationen Westeuropas versuchen würden, sich auf eigene Faust mit der Sowjetunion zu verständigen"¹.

Im Repräsentantenhaus bestand besonders der Abgeordnete Frelinghuysen darauf, daß die US-Truppen in Europa die *conditio sine qua non* für die Eindämmung der westdeutschen Militärmacht und deren Kanalisierung in konstruktive Bahnen seien².

Vor einem gemeinsamen Unterausschuß des Committee on Armed Services und des Committee on Foreign Relations kam bereits 1967 die Rede auf einen weiteren Aspekt der amerikanischen Europapräsenz, als der damalige Acting Secretary of State, Katzenbach, eine Reduzierung der US-Truppen mit der Begründung ablehnte:

"Ich glaube, die Angst vor Deutschland, aus der Geschichte begründet, würde wachsen, wie unberechtigt diese Angst auch sein mag, sie würde im Osten und gleichermaßen im Westen wachsen, einfach vor dem Hintergrund der Geschichte dieses Landes"³.

Nach diesem Statement würde der Aufstieg der Bundesrepublik zur stärksten Militärmacht in Westeuropa

1) CR, Vol. 117, No. 181, 23.11.1971, S. 19500.

2) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 72, 216, 269, 305.

3) United States Troops in Europe, Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Subcommittees, Senate, 90th Cong. 1st Sess., S.46.

nicht nur unter den Alliierten der USA Unruhe und Besorgnis auslösen und den Zusammenhalt des Bündnisses gefährden, er würde darüber hinaus ähnliche Ängste auch bei der UdSSR und den Staaten Osteuropas heraufbeschwören¹. Dadurch würde nach Überzeugung der Befürworter der amerikanischen Europapolitik nun aber gerade der engere Zusammenhalt des östlichen Paktsystems gefestigt, was mit dem amerikanischen Interesse an der Lockerung der starren Bindungen in Osteuropa unvereinbar sei. Die auf den Erfahrungen vor allem der osteuropäischen Staaten mit dem deutschen Militarismus beruhenden Ängste vor einem Wiederaufleben dieser unseligen Tradition in der Bundesrepublik würde darüber hinaus die amerikanischen Bemühungen um eine Entspannung im Verhältnis zu den sozialistischen Staaten torpedieren: der durch den Abzug der US-Truppen bedingte Aufstieg Westdeutschlands zur militärischen Hegemonialmacht in Westeuropa würde den osteuropäischen Ängsten vor dem deutschen "Militarismus" und "Revanchismus" neue Nahrung geben und so das Kernstück der amerikanischen Außenpolitik seit Anfang der sechziger Jahre, den Dialog und die partielle Kooperation mit der Sowjetunion, gefährden.

Die Berechtigung der sowjetischen Befürchtungen vor einem militärisch starken und unkontrollierten Westdeutschland wurde bereits im November 1961 von Kennedy in seinem Interview mit dem Chefredakteur der "Iswestija", Alexej Adschubej, ausdrücklich anerkannt². Die Integration der Bundesrepublik in die NATO - und damit der Fortbestand der amerikanischen Europapräsenz - wurden von dem amerikanischen

1) Prof. Schelling verwies zu Recht darauf, daß viele Deutsche selbst vor einer solchen Entwicklung Angst hätten; siehe Jackson, Alliance, S. 169.

2) "Interview des Chefredakteurs der 'Iswestija', Alexej Adschubej, mit Präsident John F. Kennedy am 25. November 1961", in: Europa Archiv, 16. Jg., F. 24, 1961, S. D 729-742.

Präsidenten als Voraussetzung für die Verhinderung eines neuen Krieges in Europa genannt. Das in diesem Statement Kennedys konstatierte Interesse der Sowjetunion und ihrer Verbündeten an der Kontrolle der westdeutschen Militärmacht durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Westeuropa ist in den sechziger Jahren noch mehrfach im Congress hervorgehoben worden. Der Verweis auf die angeblich mit Sicherheit zu erwartende Verschärfung der Spannungen in Europa als Folge der neuen militärischen Rolle der BRD ist von Repräsentanten der Exekutive, der Legislative und auch von prominenten Zeugen bei den Hearings im Congress mehrfach zur Sprache gebracht worden. Unter den Stellungnahmen aus der letztgenannten Gruppe verdienen die Ausführungen von Professor Kertesz vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses besondere Beachtung. Er fragte:

"Ist es wirklich im sowjetischen Interesse, daß alle amerikanischen Truppen aus Europa abgezogen werden? Die amerikanischen Truppen sind dort zur Sicherheit für jedermann, einschließlich der Sowjetunion. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein großes Anwachsen der deutschen Wiederbewaffnung in Moskau viel Freude auslösen würde, wenn man bedenkt, welche Erfahrungen sie mit den Deutschen in zwei Weltkriegen gemacht haben."

Kertesz kommt daher zu dem Schluß:

"Die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte wäre selbst im Falle wechselseitiger Reduzierungen für den Weltfrieden und die allgemeine europäische Sicherheit unerläßlich"¹.

Diese Gedankengänge Kerteszs brachten den Abgeordneten Farbstein sogar auf die Idee, einige der schwierigsten außenpolitischen Probleme der USA dadurch lösen zu wollen, daß die Sowjetunion mit der Perspektive des wiedererwachenden deutschen Militarismus unter Druck gesetzt werden sollte:

1) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 144.

"Wir sollten der Sowjetunion vielleicht mit dem Abzug der amerikanischen Truppen und dem Auffüllen des Vakuums mit deutschen Truppen drohen, wenn sie der Entspannung nicht zustimmen, wenn sie uns nicht in Hanoi helfen und wenn sie uns nicht helfen, den Frieden in Laos und in anderen Regionen wie zum Beispiel im Nahen Osten zu sichern"¹

Derartige Überlegungen, die Kooperationsbereitschaft der UdSSR durch die Drohung forcieren zu wollen, den deutschen Militarismus andernfalls von der Leine der amerikanischen Europapräsenz zu lassen, bilden eine Ausnahme in der amerikanischen Auseinandersetzung um die US-Truppen in Europa. In der Regel argumentierten die Gegner Senator Mansfields gerade in umgekehrter Richtung: der Rückzug der amerikanischen Streitkräfte und der Aufstieg der BRD zur führenden Militärmacht in diesem Teil der Welt würde die Entspannungspolitik gefährden, weil an die Stelle des für eine Entspannungspolitik unverzichtbaren Vertrauens der osteuropäischen Staaten in die Absichten der NATO erneut deren Mißtrauen gegenüber der westlichen Allianz treten würde. Als beispielhaft für diese Argumentationsweise kann die Rede gelten, die der damalige stellvertretende Außenminister Richardson im Januar 1970 in Chicago hielt und in der er sagte:

" Der Hauptteil jeder wesentlichen amerikanischen Truppenreduzierung würde von der Bundesrepublik, dem volkreichsten und wohlhabendsten unserer NATO-Verbündeten, ausgeglichen werden müssen. ... Sicherlich würde die Sowjetunion ebensowenig Gefallen daran finden, da sie auf Grund ihrer 20 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg immer noch gefühlsmäßig stark belastet ist und in der Frage des deutschen "Revanchismus" sehr empfindlich reagiert. Jede wesentliche Steigerung der deutschen Verteidigungsanstrengungen könnte so...die Versuche zum Stillstand bringen, den Boden für eine Lösung der Europa immer noch spaltenden Fragen zu bereiten"².

1) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 144.

2) Europa Archiv, 25 Jg., F.4, 1970, S. D99.

Derartige Belastungen für das Ost-West-Verhältnis wären vor allem dann zu erwarten, wenn nach dem Abbau der amerikanischen Europapräsenz die Frage der Verfügung der Bundesrepublik über Atomsprengeköpfe erneut aktuell würde¹. Die mit dem Abzug amerikanischer Soldaten erforderlich werdende Senkung der Atomschwelle im strategischen Konzept der NATO und der Vertrauensverlust in das Beistandsversprechen der USA bilden nach Ansicht vieler Gegner der Rückzugsforderungen Senator Mansfields den sichersten Weg, dieses Problem zu aktualisieren, das bis zur Mitte der sechziger Jahre die Diskussionen innerhalb der westlichen Allianz bestimmte und einige Zeit die partielle Großmächtekooperation blockierte².

Im Gefolge der waffentechnologischen Entwicklung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war ein Widerspruch entstanden zwischen dem mit dem frühzeitigen Rückgriff auf Kernwaffen unauflöslich verbundenen Interesse der BRD an der Abschreckung und an der "Vorneverteidigung" einerseits und der abnehmenden Glaubwürdigkeit der Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Sprengköpfe andererseits. Der westdeutsche Verbündete hatte daraufhin sein Interesse an einer Regelung angemeldet, die den Einsatz von Atomwaffen auch dann garantieren sollte, wenn eine solche Entscheidung im Gegensatz zu den amerikani-

1) So Senator Kuchel bereits in: CR, Vol. 112, 22.9.1966, S. 23637f. Zu den noch immer offenen Fragen einer atomaren Mitsprache der BRD siehe u.a. Andrew J. Pierre, "Nuclear Diplomacy. Britain, France and America", in: Foreign Affairs, Vol. 49, No. 2, Januar 1971, S. 283-301.

2) Die Frage der atomaren Teilhabe der Bundesrepublik ist in der Literatur ausführlich dargestellt und diskutiert worden. Als neuester Beitrag aus dem deutschsprachigen Schrifttum liegt jetzt vor: Dieter Mahncke, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954-1970, Berlin 1972. Die Arbeit von Mahncke enthält eine ausführliche Übersicht über die wichtigsten Publikationen zu diesem Thema.

schen Intentionen stehen würde. Dabei ging es zunächst um die Verfügung über die in Westeuropa eingelagerten taktischen Atomsprengköpfe, die der alleinigen Kontrolle der Vereinigten Staaten unterliegen¹, für deren Einsatz die Bundeswehr aber bereits seit 1958 mit den entsprechenden Trägern ausgerüstet worden war².

Schließlich strebte der westdeutsche Verbündete aber auch nach Mitbestimmung über einen Teil des strategischen Nuklearpotentials in der Allianz.

Als zu Beginn der sechziger Jahre der diesbezügliche Druck der Bundesregierung immer stärker geworden war³, hatte die westliche Hegemonialmacht mit einer Reihe von Vorschlägen für eine kollektive Lösung des Problems reagiert⁴. Diese Modelle zeichneten sich übereinstimmend dadurch aus, daß sie den westeuropäischen Verbündeten und vor allem der BRD Mitbestimmung über den Atomwaffeneinsatz in Aussicht stellten und zugleich die alleinige Verfügungsgewalt des amerikanischen Präsidenten über diese Vernichtungsmittel institutionalisieren sollten. Dieser Widerspruch haftete vor allem den Plänen für eine

1) Zum Kontrollmechanismus für die auf fremden Territorien gelagerten Atomsprengköpfe der USA siehe bes. Irving Heymont, "The NATO Nuclear Bilateral Forces", in: Orbis, Vol. IX, Winter 1966, No.4, S. 1025-1041.

2) Die Bundesrepublik besitzt die zweitgrößte Zahl an atomaren Trägern in der NATO, siehe Catherine McArdle Kelleher, German Nuclear Dilemmas: 1955 - 1965, Ph. D., M.I.T., September 1967, S.11.

3) Siehe in diesem Zusammenhang bes. die Studie des Führungsstabes der Bundeswehr zur atomaren Verteidigung, Text in: Wehrkunde, 9. Jg., H.9, September 1960, S. 480f.

4) Zu diesen Plänen siehe bes. Thomas C. Wiegele, "The Origins of the MLF Concept, 1957-1960", in: Orbis, Vol. XII, Summer 1968, No.2, S. 465-489; Osgood, Entangling Alliance, S. 212ff.

multilaterale Flotte mit strategischen Trägersystemen für Atomwaffen¹ an, mit denen die Vereinigten Staaten seit 1963 versuchten, die atomaren Ambitionen ihres westdeutschen Partners aufzufangen².

1) Kein anderes Projekt der westlichen Militärpolitik ist so ausführlich dargestellt und diskutiert worden wie der Plan für eine multilaterale Atomstreitmacht auf Schiffen. Zusätzlich zu der bei Mahncke, Mitwirkung, S. 254ff. angeführten Literatur seien hier noch folgende Titel genannt: Robert G. Neumann, "Europa und das Kernwaffenproblem. Die amerikanische Konzeption einer multilateralen Atomstreitmacht", in: Europa Archiv, 18. Jg., 1963, F. 17, S. 651-668. Die umfangreichste Arbeit über die MLF bildet die Dissertation des Sekretärs der aus 8 Nationen bestehenden Arbeitsgruppe zur MLF, Robert M.F. von Pagenhardt, Toward an Atlantic Defense Community: The First Effort, 1960-1966 (2 Vols.), Ph. D. Stanford University 1970. Die ausführlichste Zusammenstellung der Vorschläge zur Organisation, Kommandostruktur und Finanzierung der MLF sowie eine Gegenüberstellung der für und gegen die MLF vorgebrachten Argumente findet sich in Elizabeth Stabler, "The MLF: Background and Analysis of Pros and Cons", Legislative Reference Service, Library of Congress, in: CR, Vol. 111, 5.1, 1965, No. 2, S. 80ff.

2) Zur Orientierung der MLF an dem Erfordernis einer Nonproliferationspolitik gegenüber der BRD schreibt Stabler, MLF, S. 85: "Hinter fast jedem allgemeinen Argument für die MLF steht die nüchterne Vermutung, daß die Allianz einem deutschen Problem gegenübersteht oder bald gegenüberstehen wird, und die beschränkte Hoffnung oder die Überzeugung, daß die MLF ein Mittel abgeben könnte, diesem Problem zu begegnen. Das Problem stellt sich so dar: die Befürchtungen, Unzufriedenheiten und natürlichen Ambitionen Westdeutschlands haben zu Pressionen in Richtung auf eine größere Teilhabe an der Kontrolle der Nuklearstreitkräfte der Allianz geführt und könnten zu einem starken Drängen nach dem Erwerb einer unabhängigen Abschreckungsstreitmacht führen. Letzteres, besonders wenn es zu deutschen oder gemeinsamen deutsch-französischen nuklearen Anstrengungen führte, würde sich innerhalb der Allianz als in hohem Maße spaltend erweisen und könnte ein gefährliches Element der Instabilität in die Ost-West-Beziehungen bringen. Die MLF, so lautet die Argumentation, könnte den Druck nach größerer Teilhabe auffangen und dadurch die Chancen erheblich reduzieren, daß das Streben nach einer eigenen Atomstreitmacht aufkommt und ernste Ausmaße annimmt". Die Richtigkeit der Argumentation Stablers wird von Robert R. Bowie, dem geistigen Urheber des MLF-Konzepts, bestätigt. Siehe dazu: Nominations of Robert R. Bowie and U. Alexis Johnson. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 89th Cong., 2d Sess., August 16 and 23, 1966, Washington 1966, S. 38.

Obwohl die MLF eindeutig als Rüstungskontrollmaßnahme zur Verhinderung des Zugangs der BRD zu Atomsprenköpfen zu interpretieren ist¹, trafen die Pläne für eine multilaterale Flotte von Anfang an auf den erbitterten Widerstand der UdSSR und ihrer Verbündeten², die fürchten mußten, die Bundesrepublik könnte langfristig mit ihren bereits annoncierten Bemühungen um eine Änderung des Kontrollverfahrens über die Atomwaffen der MLF Erfolg haben. Erst als die Johnson-Administration das MLF-Vorhaben im Dezember 1964 zugunsten eines Nonproliferationsvertrages fallen ließ³, konnte die partielle Kooperation mit der UdSSR im Bereich der Rüstungskontrollmaßnahmen weitergehen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß ein Wiederaufleben der atomaren Ambitionen der Bundesrepublik nach einem substantiellen Abzug amerikanischer Truppen aus Europa den Bemühungen um eine Entspannung im Ost-West-Verhältnis schwersten Schaden zufügen würde.

Sowohl die Stabilität innerhalb der westlichen Allianz als auch die Möglichkeiten der partiellen Kooperation zwischen den Militärblöcken hängen von der Integration des bundesrepublikanischen Verbündeten in das westliche Sicherheitssystem ab. Von den Gegnern Senator Mansfields wird die ungeschmälerte Deutschlandpräsenz der US-Truppen nach wie vor als *conditio sine qua non* dieser Integration gesehen.

1) Siehe hierzu bes. Thomas H. Karas, *The MLF. A Case Study in United States Nuclear Weapons Control Policy*, o.O. März 1966 (fotomechanische Wiedergabe).

2) "Note from the Soviet Union to the United States Protesting the Proposed Establishments of, and West German Participation in a Nuclear Force Within NATO, April 8, 1963", in: *Military Implications of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. Hearings before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 91st Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1969, S. 626-628.*

3) Zur Aufgabe des MLF-Projekts siehe bes. Philip Geyelin, Lyndon B. Johnson and the World, New York and Washington 1966, S. 16off.

Die Kontrolle der militärischen Position der Bundesrepublik ist aber nicht nur wegen interallianzpolitischer Stabilitätsbemühungen oder intraallianzpolitischer Kooperationsinteressen unverzichtbar. Den US-Truppen in Westdeutschland ist nach wie vor¹ zumindest stillschweigend auch die Aufgabe gestellt, zu verhindern, daß eine nationalistische Bundesregierung durch einen militärischen Alleingang versuchen würde, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erzwingen, wodurch die USA in eine direkte militärische Konfrontation mit der UdSSR getrieben werden könnten. Die Kritiker der Abzugsforderungen Senator Mansfields gehen in diesem Zusammenhang von folgender Ausgangslage aus: als Folge einer wirtschaftlichen Regression ist in der Bundesrepublik eine nationalistische Regierung an die Macht gekommen, "Franz Josef Strauß oder jemand noch weiter rechts ist Bundeskanzler"². Im Falle innenpolitischer Schwierigkeiten in der DDR oder der UdSSR oder bei einem Konflikt zwischen der Sowjetunion und China könnte diese nationalistische westdeutsche Regierung versucht sein, die DDR mit Waffengewalt in ihren Herrschaftsbereich einzugliedern. Das atomare Patt zwischen den Großmächten würde einen solchen Schritt begünstigen. Auch ein erneuter Aufstand in der DDR könnte eine nationalistische westdeutsche Regierung zur militärischen Intervention verleiten³.

Die Vertreter der Exekutiven verzichten aus verständlichen Gründen darauf, die Notwendigkeit einer

1) Zu diesbezüglichen Befürchtungen in der amerikanischen Regierung Anfang der sechziger Jahre siehe Richard Joseph Barnet and Markus G. Raskin, Nach dem Kalten Krieg - Deutschland in der Entscheidung, München 1966.

2) So der Korrespondent des Christian Science Monitor, Wohl, im April 1970 als Zeuge in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong 2d Sess., S. 371, siehe auch S. 376ff.

3) Zur Angst Kennedys vor einem solchen "spill over" siehe Zolling/Bahnsen, Kalter Winter, S. 94, 100, 109, 168f.

ungeschmälerten Europapräsenz mit der Funktion der US-Truppen bei militärischen Alleingängen der Bundesregierung in der Wiedervereinigungsfrage zu begründen. Die Beantwortung diesbezüglicher Fragen lehnen sie in den Hearings mit dem Hinweis ab, eine Invasion der DDR durch die Bundeswehr sei völlig ausgeschlossen¹. Die legislativen Gegner der Senatoren um Mansfield sind in diesem Punkt wesentlich weniger zurückhaltend. So erklärte etwa der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Farbstein, nachdem er zuvor eine Regierungsbildung in der BRD durch "nationalistische Elemente" unterstellt hatte, zur Funktion der US-Truppen in Westdeutschland:

"Unter bestimmten Umständen könnten es die Führer dieser Regierung für opportun halten, daß Westdeutschland in Ostdeutschland einmarschiert oder vielleicht versucht, Ostberlin zurückzuerobern. Unter diesen Umständen wäre die amerikanische Präsenz die erste Verteidigungslinie für Ostdeutschland"².

Die Kontrolle des westdeutschen Verbündeten und seines Wehrbeitrages ist nach wie vor eine zentrale Aufgabe, die es nach Ansicht der Gegner der Abzugsforderungen Mansfields verbietet, die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik zu reduzieren. Während die Funktion der amerikanischen Europapräsenz als Sicherheitsfaktor für die BRD angesichts der Entspannung im Ost-West-Verhältnis an Bedeutung verloren hat, ist ihre Relevanz für die Sicherheit vor der BRD seit Beginn der fünfziger Jahre noch gestiegen: seit den ersten Ansätzen zur partiellen Großmächtekooperation geht es nicht mehr allein darum, die Verbündeten durch die Stationierung amerikanischer Truppen in Westdeutschland gegen ihre Angst vor einer

1) So der damalige amerikanische Botschafter in Bonn und jetzige stellvertretende Verteidigungsminister, Kenneth Rush, in: Military Implications of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Committee on Armed Services, Senate, 91st Cong. 1st Sess., S. 401.

2) *ibid.*

wiederbewaffneten Bundesrepublik zu immunisieren, auch für das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR ist die Ausschaltung des westdeutschen Alliierten als potentieller Störenfried durch den bestimmenden Einfluß der amerikanischen Hegemonialmacht unverzichtbar. Nur wenn durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der BRD sichergestellt ist, daß sich an der militärischen und politischen Position des westdeutschen Alliierten nichts ändert, wird es nach Ansicht der Befürworter einer ungeschwächerten Europapräsenz der USA gelingen, das gegenwärtige Gleichgewicht innerhalb der westlichen Allianz und zwischen den Bündnissen zu erhalten.

6.4 Das militärische Element: Festhalten an der "flexible response"

Mit der Behauptung, jeder mit Waffengewalt ausgetragene Konflikt in Europa werde umgehend und unvermeidlich in den nuklearen Schlagabtausch zwischen den USA und der UdSSR eskalieren, sprechen die Kritiker der amerikanischen Europapräsenz den US-Truppen auch jede militärische Bedeutung ab, die über die eines "Stolperdrahts" hinausginge. Demgegenüber besteht die Exekutive darauf, daß "die Streitkräfte, die in Westeuropa stationiert sind, dort stationiert sind wegen eines eindeutigen militärischen Erfordernisses im Zusammenhang mit unserer eigenen nationalen Verteidigung und nicht nur aus politischen Gründen"¹. Während die senatorialen Abzugsforderungen davon ausgehen, daß eine symbolische Europapräsenz der Vereinigten Staaten die automatische - atomare - Beteiligung des Landes an jedem Krieg in Europa ausreichend glaubwürdig androhe und umfangreiche konventionell gerüstete US-Truppen in Westeuropa deshalb für die Abschreckung irrelevant seien, behauptet die Exekutive bekanntlich seit Anfang der sechziger Jahre, daß Abschreckung ohne diese Verbände überhaupt nicht möglich sei. Seit dem Strategiewandel zur "flexible response" ist es das zentrale strategische Dogma aller amerikanischen Regierungen, daß die Glaubwürdigkeit der Abschreckung im Zustand des atomaren Patt von der Fähigkeit zur Abwehr eines mit herkömmlichen Waffen vorgetragenen Angriffs abhängt. Ein substantieller amerikanischer Abzug würde demnach die Optionsmöglichkeiten der NATO auf die Alternativen "nuklearer Selbstmord" oder "Aufgabe" reduzieren und so die Glaubwürdigkeit der Abschreckungspolitik untergraben.

1) So McNamara, in: Foreign Assistance Act of 1963. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 88th Cong. 1st Sess., on H.R. 5490, part 1, Washington D.C. G.P.O. 1963, S. 79.

Auch das von der Nixon-Administration propagierte Konzept der "realistischen Abschreckung" hält an dieser Beweisführung fest und macht die Anwesenheit starker Bodentruppen und taktischer Luftwaffenverbände der USA in Westeuropa zur *conditio sine qua non* ihrer Militärdoktrin¹. Als Beleg kann das Statement gelten, das General Goodpaster im Februar 1970 vor dem Europaausschuß des Committee on Foreign Affairs machte:

"Es ist meiner Ansicht nach offenkundig, daß die Notwendigkeit zur frühzeitigen nuklearen Erwidern umso größer ist, je mehr die konventionellen Streitkräfte verringert werden; um so niedriger ist die Atomschwelle. Das bedeutet einfach, daß die Notwendigkeit, Streitkräfte in Europa an Ort und Stelle zu haben, fortbesteht und nicht abnimmt"².

Die von der Exekutiven behauptete Notwendigkeit für die militärische Präsenz der USA in Europa als Erfordernis einer Abschreckungsstrategie ergibt sich aber nicht nur daraus, daß die Atomschwelle jeweils um das Maß der amerikanischen Truppenreduzierungen gesenkt werden müßte. Wie oben bereits dargestellt wurde, würde nach Ansicht der Regierungsvertreter das Problem vielmehr dadurch verschärft, daß die westeuropäischen Verbündeten der USA im Falle eines Abbaus der Europapräsenz ihre Truppen gleichfalls reduzieren würden, was jede konventionelle Optionsmöglichkeit zunichte machen müßte. Mit dieser Argumentation bestand z.B. Hillenbrand darauf, daß bereits eine Verminderung der amerikanischen Verbände auf die von Mansfield zeitweilig anvisierte Zahl von 150 000 Soldaten den USA außer Übergabe und Kernwaffeneinsatz keine Alternative ließe³.

1) Siehe die Ausführungen von Verteidigungsminister Laird, in: Department of Defense Appropriations for FY 1972, Hearings before a Subcommittee on Appropriations, U.S. Senate, 92d Cong. 1st Sess., Washington G.P.O. 1971, S. 268.

2) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 3.

3) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2211f.

Bei der Auseinandersetzung um die militärische Funktion der US-Truppen in Europa geht es letztlich darum, daß Kritiker und Befürworter der amerikanischen Europapräsenz völlig entgegengesetzter Ansicht sind, wenn die Frage beantwortet werden soll, ob das Territorium der NATO-Staaten in Europa mit konventionellen Mitteln gegen einen mit herkömmlichen Waffen vorgetragenen Angriff verteidigt werden kann. In ihrer Argumentation, daß in Westeuropa stationierte amerikanische Bodentruppen zwar den Zeitpunkt der Niederlage kurzfristig verzögern können, langfristig aber ohne Rückgriff auf Atomwaffen nicht in der Lage sind, die konventionell gerüsteten Truppen eines Angreifers aufzuhalten, können sich die Kritiker um Senator Mansfield auf das langlebigste Dogma der westlichen Allianz berufen. In den fünfziger Jahren war der Glaubenssatz von der haushohen konventionellen Überlegenheit der UdSSR und ihrer Verbündeten in der NATO völlig unbestritten. Die aus dieser Überlegenheit resultierende Unfähigkeit des Bündnisses zur konventionellen Verteidigung wurde jedoch so lange nicht weiter als beunruhigend empfunden, wie die USA über ein Monopol zum Einsatz atomarer Waffen verfügten und jeder Angriff in Europa mit diesem "atomaren Schwert" beantwortet werden sollte. Mit dem Verlust des amerikanischen Atommonopols wurden in den Vereinigten Staaten dann erstmals Stimmen laut, die Zweifel an der These von der nicht ausgleichbaren Überlegenheit der Staaten des Warschauer Pakts im Bereich der herkömmlichen Waffensysteme anmeldeten. Die systematische Überprüfung des Mythos von den "russischen Horden" gehörte dann zu den vordringlichsten Aufgaben, denen sich die Kennedy-Administration sofort nach ihrer Amtseinführung zuwandte¹.

1) Zur Überprüfung des konventionellen Kräfteverhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt in den sechziger Jahren siehe besonders: Alain C. Enthoven und K. Wayne Smith, *How Much Is Enough? Shaping the Defense Program, 1961-1969*, New York-London-Evanston 1971, bes. S. 132ff.

Ausgangspunkt dieser Analyse waren einige Statistiken: so wurde zum Beispiel im Department of Defense gefragt, wie es möglich sei, daß die UdSSR ein Militärpotential unterhalten kann, das dem des Westens um ein Vielfaches überlegen ist, obgleich die Bevölkerungszahlen für die USA und die Sowjetunion ungefähr gleich sind, die Westeuropäer sogar mehr Einwohner haben als die Mitgliedsländer des Warschauer Pakts und das gesamte Bruttosozialprodukt in den Staaten der westlichen Allianz das des östlichen Bündnissystems erheblich übersteigt. Ein Vergleich der Militärbudgets der Staaten des Warschauer Pakts und der Mitgliedsländer der NATO offenbarte gleichfalls umfangreiche Mehrausgaben der westlichen Allianz.

Bereits im Mai 1961 brach der damalige Verteidigungsminister McNamara mit dem traditionellen Vorurteil von den "russischen Horden", als er vor dem Bewilligungsausschuß des Senats erklärte, es gebe keinen Grund zu der Annahme, daß die Sowjetunion die NATO mit konventionellen Waffen überrennen könne¹. Als er im Sommer 1962 seine programmatische Rede zur "flexible response" in Ann Arbor hielt, konstatierte er zwar eine Überlegenheit der UdSSR bei den nicht-nuklearen Streitkräften in Europa, bestand aber darauf, daß dieser Vorsprung keinesfalls überwältigend sei. Die westliche Allianz verfüge durchaus über das Potential für eine erfolgreiche Verteidigung gegen diese Streitkräfte². Im Frühjahr 1963 verneinte auch sein Stellvertreter Nitze die Existenz einer "konventionellen Verteidigungslücke" und behauptete, dieses Gespenst entspringe ebenso wie die Gerüchte von einer "Bomberlücke" und der "Raketenlücke" den Fehleinschätzungen westlicher Geheimdienste. Die Vergleichszahlen der tatsächlich vorhandenen Streitkräfte

1) Department of Defense Appropriations for 1962, Subcommittee of the Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong. 1st Sess., S. 14.

2) Europa Archiv, 17. Jg., F.14, 1962, S. D363ff.

ließen es eher berechtigt erscheinen, wenn die UdSSR den Eindruck habe, der Westen verfüge über die "konventionellen Horden"¹.

Diese Neubewertung stützte sich einerseits auf die Erkenntnis, daß die UdSSR noch nicht einmal über die Hälfte der vermuteten 160 - 175 Divisionen verfügte, von deren Existenz bei der Beurteilung des militärischen Potentials des Warschauer Pakts bis dahin immer ausgegangen worden war. Zum anderen hatte sich herausgestellt, daß bei einem Vergleich der Divisionszahlen für die NATO und den Warschauer Pakt, wie er bis dahin die Basis für die Beurteilung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Allianzen bildete, Größen verglichen wurden, die nicht zu vergleichen sind: die personelle und materialmäßige Ausstattung der Divisionen in der NATO und im Warschauer Pakt ist so unterschiedlich, daß die Gegenüberstellung der Zahl der jeweiligen Großverbände in Ost und West keine Aussagen über das militärische Kräfteverhältnis zwischen den beiden Allianzen erlaubt².

McNamara und seine Mitarbeiter versuchten daher, durch einen Vergleich der Zahl der Soldaten in den Mitgliedsländern der beiden Bündnisse zu einem zuverlässigerem Ergebnis zu gelangen. Zwar ist auch dieses Vorgehen nur sehr ungenau, weil es zum Beispiel über den Ausbildungsstand und die Moral der

1) Die Rede Nitzes vom 2.3.1963 in Cleveland ist ausführlich zitiert in: Kaufmann, McNamara Strategy, S. 13off.

2) Divisionsstärken in der NATO und im Warschauer Pakt nach: The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1972-1973, London 1972

Land	Infanterie	Panzer	Luftlande
USA	16 000	17 000	13 000
(Marine-Corps Division über 19 000)			
UdSSR	10 000	9 000	7 000
Großbritannien	12-15000	12-15000	-
Frankreich	14 000	16 000	14 000
BRD	15 500	14 500	8-9 000

Zum militärischen Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt siehe jetzt auch Bielfeldt, Carola u.a., Frieden in Europa? Zur Koexistenz von Rüstung und Entspannung, Frankfurt a.M. 1973

Soldaten ebensowenig aussagt wie über eine Reihe anderer Faktoren, von denen der Kampfwert von Streitkräften abhängt, dennoch bietet es bessere Möglichkeiten, die relative konventionelle Stärke der NATO und des Warschauer Pakts zu ermitteln als der Vergleich auf der Basis der Divisionszahlen. Im November 1963 legte McNamara das Ergebnis seiner Analysen vor. Danach verfügten die Sowjetunion und ihre europäischen Verbündeten zu diesem Zeitpunkt über 4,5 Millionen Soldaten, während die NATO 5 Millionen Mann unter Waffen hatte¹. Die Angaben des Londoner Instituts für strategische Studien dokumentieren, daß sich dieser Vorsprung des westlichen Bündnisses bis zu Beginn der siebziger Jahre noch vergrößert hat: Mitte Juli 1972 dienten in den Heeres-, Luftwaffen- und Marineverbänden der NATO insgesamt 5 359 000 Mann, der Warschauer Pakt verfügte zur gleichen Zeit über lediglich 4 393 000 Soldaten².

Diesen Zahlen wird die Behauptung entgegengesetzt, in Europa sei das Verhältnis für die NATO entschieden ungünstiger, weil einerseits ein großer Teil des weltweiten Potentials der westlichen Allianz außerhalb Europas stationiert sei und weil andererseits der zentralen Landmacht Sowjetunion in Europa erhebliche Vorteile aus der geographischen Lage gegenüber der maritimen Koalition der Vereinigten Staaten erwachsen³. Ein Blick auf die tabellarische Übersicht

1) Europa Archiv, 19. Jg., F.10., 1964, S. D263-D276. Siehe auch McNamara, Sicherheit, S. 53f. Zu den Problemen beim Vergleich der konventionellen Potentiale von NATO und Warschauer Pakt siehe auch Newhouse, U.S. Troops, S. 60ff.

2) The Military Balance 1972-1973. Zur globalen Überlegenheit des westlichen Bündnisses siehe auch Frederick S. Wyle, "The United States and West European Security - Interests, Forces, and Finances", in: Survival, Vol. 14, No. 1, Jan./Feb. 1972, S.8-15. Eine kritische Analyse der Kampfkraft der NATO ist der Beitrag von Steven L. Canby, "NATO Muscle: More Shadow Than Substance", in: Foreign Policy. No. 8, Herbst 1972, S. 38-49.

3) So z.B. Alastair Buchan und Philip Windsor, Eine Strategie für Europa. Die Vorschläge für Rüstungsbeschränkung und Abrüstung 1955-1965, München 1968, S. 144ff. Gerhard Baumann, Sicherheit. Deutsche Friedenspolitik im Bündnis, Darmstadt 1970, S. 99ff.

der Zahlen, die das Institute for Strategic Studies für 1972/73 zum Stand der General Purpose Forces und der taktischen Luftstreitkräfte in Europa publizierten, scheint diese Kritik - wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfang - zu stützen:

Streitkräfte, die den Kommandeuren der NATO und des Warschauer Pakts in Friedenszeiten zur Verfügung stehen, nach Kategorie und Region, 1972 - 1973 ¹

Kategorie	Nord- und Zentraleuropa ^a			Südeuropa ^b		
	NATO	Warschauer Pakt Zusammen	UdSSR	NATO	Warschauer Pakt Zusammen	UdSSR
Bodentruppen (in Divisionsstärken)						
Panzer	9	31	21	6	8	3
Infanterie (motorisiert u. Luftlande)	15	36	20	31	19	4
Zusammen	24	67	41	37	27	7
=====						
Kampf- u. direkte Unterstützungstruppen (in Tausend)	580	1000	650	530	350	90
Kampfpanzer	6000	16000	10000	2100	5200	1600
Taktische Flugzeuge						
Leichte Bomber	64	250	200	-	30	30
Kampfflugzeuge	1200	1400	1100	450	120	50
Abfangjäger	400	2100	1100	250	950	450
Aufklärer	400	450	300	150	90	40
Zusammen	2064	4240	2700	850	1190	570
=====						

a) Umfaßt auf der Seite der NATO die Kommandos, für die AFCENT und AFNORTH verantwortlich sind; Frankreich ist nicht eingeschlossen. Umfaßt auf der Seite des Warschauer Pakts das Kommando, für das der Oberkommandierende des Paktes verantwortlich ist, jedoch ohne die Streitkräfte Bulgariens, Rumäniens und Ungarns; sowjetische Einheiten, die normalerweise in der westlichen UdSSR stationiert sind und solche Truppen, die auf dem baltischen Kriegsschauplatz eingesetzt werden könnten, sind einbezogen.

b) Umfaßt auf der NATO-Seite die italienischen, griechischen und türkischen Landstreitkräfte und solche Einheiten der USA und Großbritanniens, die auf dem Kriegsschauplatz Mittelmeer eingesetzt würden, auf der Seite des Pakts die Landstreitkräfte Bulgariens, Rumäniens und Ungarns und solche sowjetischen Einheiten, die normalerweise in Ungarn und der südlichen UdSSR stationiert sind und auf dem Kriegsschauplatz Mittelmeer eingesetzt werden könnten.

1) Alle Zahlen für diese Zusammenstellung sind aus The Military Balance 1972-1973 entnommen.

Nach dieser Übersicht stehen in Nord-, Mittel- und Südeuropa 61 NATO-Divisionen mit 8 100 Panzern und 2 920 Flugzeugen 94 Divisionen des Warschauer Pakts gegenüber, denen 21 200 Panzer und 5 360 Flugzeuge für den taktischen Einsatz zur Verfügung stehen. Nachzutragen sind hier noch die genauen Zahlen für die Soldaten, über die die Militärbündnisse in Europa im Juli 1972 verfügten: NATO 1 110 000 Mann, Warschauer Pakt 1 350 000 Mann.

Die Angaben des ISS machen zunächst deutlich, daß der Warschauer Pakt in der personellen Stärke seiner Streitkräfte weit von der dreifachen Überlegenheit entfernt ist, die gemäß einer nach wie vor verbindlichen Faustregel der Taktik erforderlich ist, um einen Angriff mit konventionellen Waffen mit Aussicht auf Erfolg vortragen zu können¹. Selbst wenn man jene Berechnungen akzeptiert, nach denen für eine erfolgreiche Aggression gegen Westeuropa bereits die doppelte Stärke des Angreifers genügen soll², bleibt festzustellen, daß die Staaten des Warschauer Pakts auch nicht über ein derartiges Potential verfügen.

Die Argumentation mit den angeblichen Horden des Warschauer Pakts wird schließlich völlig unglaublich, wenn man auf westlicher Seite jene 6 französischen Divisionen hinzuzählt, die in der Übersicht nach den ISS-Zahlen fehlen. Diese sind zwar der militärischen Integration der NATO entzogen, müssen aber zu deren Bestand hinzugerechnet werden, da Frankreich nach wie vor Mitglied des Nordatlantikvertrages ist und nie einen Zweifel daran gelassen hat, auf welcher Seite seine Divisionen kämpfen werden, falls es in Europa zu einem militärischen Konflikt kommt.

1) Siehe hierzu bes. Ashton H. Crosby, "Nonnuclear Defense of Europe", in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 20, No. 4, April 1964, S. 30.

2) So Pierre M. Gallois, "Widersprüche der atlantischen strategischen Planung. Die neue Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit", in: Wehrkunde, 12. Jg., No. 4, April 1963, S. 174-185.

Eine kritische Betrachtung der Vergleichszahlen des ISS für die taktischen Waffensysteme der NATO und des Warschauer Pakts in Europa enthüllt, daß auch in diesem Bereich die These von der Überlegenheit des östlichen Bündnisses nicht zu halten ist. So verdeckt zum Beispiel die numerische Unterlegenheit der westlichen Allianz bei den taktischen Flugzeugen einen qualitativen Vorsprung der NATO, der von McNamara bereits 1968 in seinem Statement vor dem Congress zum Militärprogramm der USA für die Jahre 1969 bis 1973 belegt wurde¹. Auch die beiden führenden Mitarbeiter McNamaras für den Bereich der Waffensystemvergleiche, Enthoven und Smith, stellen fest, daß die taktischen Flugzeuge der NATO in Europa denen des Warschauer Pakts in Reichweite, Flugzeit, Transportfähigkeit und Ausbildung der Piloten weit überlegen sind². Der große Vorsprung, den die NATO darüber hinaus bei diesem Waffensystem im globalen Rahmen gegenüber dem Warschauer Pakt hat, läßt sich einfacher als in anderen Bereichen in eine schnelle Verstärkung des Potentials in Europa umsetzen.

Bei einem qualitativen Vergleich der Panzer ergibt sich ein ähnliches Bild: nach Ansicht des Pentagon sind die Panzer der NATO schneller, moderner und kampfkraftiger als die des Warschauer Pakts³. Der Vorsprung, den der Warschauer Pakt zahlenmäßig bei den Panzern hat, wird darüber hinaus durch die Überlegenheit der NATO bei den Panzerabwehrwaffen neutralisiert. So kamen Enthoven und Smith in ihrem für 1968 vorgenommenen Vergleich der am Mobilmachungstag in der zentraleuropäischen Region (BRD, Belgien, Niederlande, Frankreich, DDR, Polen, CSSR) verfüg-

1) Statement of Secretary of Defense Robert S. McNamara before the Senate Armed Services Committee on the Fiscal Year 1969-73 Defense Program and 1969 Defense Budget, 22.1.1968, o.O. und J., S. 80.

2) Enthoven/Smith, How Much, S. 154f.

3) Dpa-Meldung vom 13.2.1973.

baren Waffensysteme zu dem Ergebnis, daß die NATO in diesem Bereich zwar nur 55% der Panzer, aber 150% der Panzerabwehrwaffen des Warschauer Pakts besitzt. Auch bei den Schützenpanzern, der Gesamtzahl der Fahrzeuge, der Divisionslogistik und dem Pioniergerät errechneten Enthoven und Smith ein erhebliches Übergewicht der NATO-Staaten in dieser Region¹. Diese generell vorteilhafte Position der NATO ändert sich auch dann nicht, wenn neben Mannschaftsstärken und Bewaffnung auch andere Kriterien für die Kampfkraft der Verbände in den Vergleich der militärischen Kapazitäten der NATO und des Warschauer Pakts in Mitteleuropa einbezogen werden. Auch wenn Einsatzbereitschaft, Feuerkraft, Ausbildungsstand, Verteilung der Streitkräfte und die Möglichkeiten zur schnellen Verstärkung mitberücksichtigt werden, bleibt nach den Untersuchungen des Pentagon in den sechziger Jahren das militärische Verhältnis zwischen den beiden Allianzen in Zentraleuropa - trotz anfänglicher Vorteile für den Warschauer Pakt in der ersten Phase nach der Mobilmachung - ausgeglichen².

Die Neueinschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa lieferte der Regierungsseite für die inneramerikanische Auseinandersetzung um die Europapräsenz der USA das Argument, daß die NATO durchaus in der Lage sei, sich gegen so gut wie jeden mit herkömmlichen Waffen vorgetragenen Angriff zu verteidigen, ohne umgehend auf Atomwaffen zurückgreifen zu müssen³. Der Behauptung Mansfields, die

1) Enthoven/Smith, How Much?, bes. S. 148.

2) Siehe auch Alain C. Enthoven, "Arms and Men: The Military Balance in Europe", in: Interplay, Mai 1969. Nachgedruckt in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 203-207; siehe auch Newhouse, U.S. Troops, S. 43ff.

3) So u.a. Statement of Secretary of Defense Robert S. McNamara before a joint session of the Senate Armed Services Committee and the Senate Subcommittee on Department of Defense Appropriations on the Fiscal Year 1968-1972 Defense Program and 1968 Defense Budget, 23.1.1967, o.O. und o.J., S. 72.

konventionelle Überlegenheit der Staaten des Warschauer Pakts erfordere im Ernstfall seitens des Westens die sofortige Eskalation in den Atomkrieg, wird von der Exekutiven die These von der konventionellen Parität in Europa entgegengestellt. Nachdem sich bereits Präsident Nixon bei der Formulierung der nach ihm benannten Doktrin dazu bekannt hatte, daß in Europa auch bei den herkömmlich armierten Verbänden ein Gleichgewicht besteht¹, ist das jüngste Beispiel für eine realistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen NATO und Warschauer Pakt bei den konventionellen Streitkräften in Europa eine Studie, die zu Beginn der siebziger Jahre vom amerikanischen Verteidigungsministerium unter Federführung des früheren Heeresministers Froehle und des Leiters der Forschungsabteilung des Pentagon, Tucker, angefertigt wurde und deren Ergebnisse die Frankfurter Allgemeine Zeitung folgendermaßen zusammenfaßte:

"Europa kann durch die vorhandenen Land- und Luftstreitkräfte der NATO bis zu neunzig Tage lang erfolgreich gegen einen Angriff der Streitkräfte des Warschauer Pakts verteidigt werden, ohne daß die Auseinandersetzung automatisch in einen Atomkrieg übergeht. Die taktischen Luftstreitkräfte des Bündnisses können auf Grund ihrer technischen Überlegenheit die zahlenmäßig nur knapp überlegenen Luftstreitkräfte des Warschauer Pakts in Schach halten. Die Vorstellung, daß die Sowjetunion mit ihrer Unterseebootflotte im Atlantik in wenigen Tagen den Nachschub amerikanischen Materials an die europäische Front lahmlegen würde, ist irrig. Die europäische Zentralfront kann im Konfliktfall (in dem Frankreich trotz seines Austritts aus der militärischen Organisation in der NATO auf seiten des Bündnisses mitkämpfen würde) gehalten werden, um die notwendige Pause für politische Verhandlungen zu erzielen. Es ist an der Zeit, die herkömmlichen, von völlig übertriebenen Vorstellungen von der zahlen- und kampfkraftmäßigen Überlegenheit der sowjetischen sowie der Truppen des Warschauer Pakts ausgehenden Überlegungen zugunsten einer kühlen, der realen Lage entsprechenden Analyse zu überprüfen. Deren Ergebnis wird dazu führen, daß Europa mit Hilfe der Vereinigten Staaten konventionell verteidigt werden kann."²

1) Europa Archiv, 26. Jg., F.8, 1971, S. D17off., bes. S. D179ff.

2) FAZ vom 8.6.1973.

Von den amerikanischen Militärs in Führungspositionen in Europa wird gleichfalls bestätigt, daß die ihnen unterstellten Truppen und die der Verbündeten für ein Gleichgewicht der herkömmlich armierten Streitkräfte in diesem Teil der Welt ausreichen¹. Dementsprechend verlangen sie auch nicht mehr den umfassenden Ausbau der alliierten Verbände wie zu Beginn der sechziger Jahre, sondern geben sich mit der Forderung nach einer "Korrektur der Ungleichgewichtigkeit zwischen dem konventionellen Potential der NATO und des Warschauer Pakts" zufrieden². Mit Entschiedenheit wenden sich die Befürworter der gegenwärtigen Stationierungspolitik der Vereinigten Staaten gegen jeden Versuch, aus diesem Stand der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO den Schluß zu ziehen, daß ein Abbau der amerikanischen Europapräsenz ohne Einbußen bei dieser Fähigkeit des westlichen Bündnisses zur Verteidigung mit herkömmlichen Waffen möglich sei³. Nach ihrer Ansicht stellt

1) Siehe die Aussagen von Gen. Burchinal, stellvertretender Kommandeur von EUCOM, und General Polk, Commander in Chief USAEUR, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2036 und 2047. Senator Cooper erklärte in diesem Hearing (S. 2043), daß dies die Absicht aller Militärs sei, mit denen er in den letzten drei Jahren gesprochen habe.

2) So der stellvertretende Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium für europäische und NATO-Angelegenheiten John Morse, "Die amerikanische Verteidigungspolitik und die NATO", in: Wehrkunde, 20. Jg., H.3, März 1971, S. 119-122.

3) David P. Calleo, Associate Professor of European Studies, The Johns Hopkins School of Advanced International Studies, and Research Associate at the Washington Center of Foreign Policy Research, vertritt die Ansicht, daß selbst ohne irgendwelche amerikanischen Bodentruppen in Europa ein ungefähres Gleichgewicht bei den Landstreitkräften bestehe. Siehe seine Aussage in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong., 2d Sess., S. 283ff.; siehe auch David P. Calleo, The Atlantic Fantasy: The U.S., NATO, and Europe, Baltimore and London 1970.

das gegenwärtige Ausmaß der militärischen Europa-
präsenz der USA ein unverzichtbares Minimum dar, um
die mit der Strategie der "flexible response" pro-
pagierten Zielvorstellungen zu erreichen. Ein Abbau
der konventionellen Optionsmöglichkeiten wäre dem-
gegenüber gleichbedeutend mit dem Ende der gegen-
wärtig verbindlichen strategischen Konzeption der
westlichen Allianz. Regierungsvertreter¹, Militärs²
und senatoriale Gefolgsleute ihrer Politik³ bestehen
darauf, daß die von Mansfield geforderten Verringe-
rungen der amerikanischen Europapräsenz das bestehen-
de, aber labile konventionelle Gleichgewicht in die-
sem Teil der Welt zerstören würden. Unter Verweis auf
das Konzept der "flexiblen Erwiderung" lehnen sie die
senatorialen Abzugswünsche daher auch aus militäri-
schen Gründen ab.

Die Argumentation, ein substantieller Abzug amerika-
nischer Truppen aus Europa sei nicht möglich, wenn
man das konventionelle Gleichgewicht in diesem Teil
der Welt nicht zerstören wolle, ist irreführend. Auch
mit weniger als 300 000 in Westeuropa stationierten
amerikanischen Soldaten hätte die NATO ein breites
Spektrum an konventionellen Optionsmöglichkeiten,
ohne bei Ausbruch eines Krieges vor der Alternative
"Atomkrieg oder Aufgabe" zu stehen. Rein rechnerisch
würde die Hälfte der in Westeuropa bereitstehenden
Bodentruppen ausreichen, um eine Aggression der zur
Zeit verfügbaren und am Mobilisierungstag bereits
einsatzfähigen Landstreitkräfte des Warschauer Pakts
abzuwehren. Eine unilaterale Reduzierung der US-Truppen

1) So z.B. Hillenbrand, in: United States Security
Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United
States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee
on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2217.

2) Siehe die Ausführungen Gen. Goodpasters in: *ibid.*,
S. 2144. Auf dieses Statement des SACEUR berief sich
auch Außenminister Rogers in seinem Brief vom 27.4.
1970 an Senator Fulbright, Text in: *ibid.*, S. 2256.

3) Senator Spong in: CR, Vol. 115, 30.10.1969,
S. 32329f.; Senator Griffin in: CR, Vol. 117,
18.5.1971, No. 73, S. 7233ff.; Senator Dole in:
CR, Vol. 117, No. 181, 23.11.1971, S. 19509ff.

in Europa wäre militärisch durchaus zu rechtfertigen. Im Gegensatz zur Beweisführung Mansfields und seiner Anhänger läßt sich die Truppenverminderung der USA aber nicht damit begründen, daß die NATO einem Angriff des Warschauer Pakts sowieso nicht mit konventionellen Waffen abwehren kann. Die militärische Rechtfertigung für den Abbau der amerikanischen Europa-präsenz ergibt sich vielmehr aus der Tatsache, daß die NATO zur Zeit in Europa mehr Streitkräfte unterhält, als angesichts des Potentials des Warschauer Pakts für eine Verteidigungsstrategie erforderlich wären.

7. Das "nationale Interesse" der USA an der
Europapräsenz

Die Darstellung der inneramerikanischen Auseinandersetzung um die US-Truppen in Europa hat gezeigt, daß die legislativen Kritiker der gegenwärtigen Stationierungspolitik und die Befürworter einer ungeschmälernten Europapräsenz in allen zur Diskussion stehenden Einzelfragen zu diesem Thema völlig konträrer Ansicht sind. Ob es um ein gerechteres "burden sharing" im Bündnis, um die aus der Stationierungspolitik resultierenden Belastungen der amerikanischen Zahlungsbilanz, um die inter- oder intraallianzpolitischen Funktionen der Europapräsenz oder um die strategischen Vorstellungen geht, die ihr zu Grunde liegen: in keinem dieser Punkte gibt es Übereinstimmung. Mit dieser Bestandsaufnahme ist der Gegensatz zwischen Senator Mansfield und seinen Anhängern auf der einen Seite und den Exekutiven von Kennedy bis Nixon auf der anderen Seite aber noch immer nicht ausreichend beschrieben. Die Regierungsvertreter lassen nämlich keinen Zweifel daran, daß das militärische Engagement der USA in Europa selbst dann nicht abgebaut werden könnte, wenn sie mit der von Mansfield vorgetragenen Kritik übereinstimmten.

Grundlage dieser Argumentation bildet der Verweis auf das eigene "nationale Interesse", das die USA nach Ansicht der Gegner Senator Mansfields an der Stationierung ihrer Truppen in Westeuropa haben. So erklärte z.B. der damalige Verteidigungsminister Robert S. McNamara bereits im Sommer 1963 vor dem Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses:

"Ich glaube, wir müssen feststellen, daß wir fünf Divisionen und drei Brigaden in Westeuropa nicht in erster Linie im Interesse der Westeuropäer unterhalten, sondern vor allem, weil wir glauben, daß dies im Interesse unserer eigenen nationalen Sicherheit ist. Ich glaube daher nicht, daß wir den Rückzug dieser Divisionen einfach deshalb in Erwägung ziehen sollten, weil sich die Westeuropäer nicht

so verhalten haben, wie wir glauben, sie hätten sich verhalten sollen"¹.

Unabhängig von der Berechtigung der legislativen Kritik an dem Verhalten der westeuropäischen Verbündeten lehnte McNamara einen Abbau der Europapräsenz als Sanktion für die unzureichende Kooperationsbereitschaft der Verbündeten ab, weil sich die Vereinigten Staaten mit einer solchen Politik selbst schaden würden. Vor dem Streitkräfteausschuß des Senats gab Dean Rusk sechs Jahre später zu erkennen, daß sich die Haltung der Exekutiven in dieser Frage auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nicht geändert hat. Rusk erklärte:

"Es ist in unserem eigenen nationalen Interesse, die amerikanischen Streitkräfte in Europa und Deutschland auf ihrer gegenwärtigen Stärke zu belassen. Das Interesse, das wir durch Reduzierungen schädigen würden, wäre nicht nur ein europäisches, sondern unser eigenes"².

Wie wenig sich diese Beurteilung in jüngster Zeit gewandelt hat, zeigte sich in der Botschaft, die Präsident Nixon 1970 zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten an den Congress richtete und in der er zu dem Schluß kam: "Wir können uns genauso wenig aus Europa zurückziehen wie aus Alaska"³.

Die Vielzahl der exekutiven Verweise auf das "nationale Interesse" der Vereinigten Staaten an der Beibehaltung ihrer ungeschmälernten Europapräsenz steht im umgekehrten Verhältnis zu irgendwelchen Konkretisierungen darüber, was die Regierungsvertreter unter dem "national interest" der USA an Westeuropa verstanden wissen wollen. Im Folgenden soll daher der Versuch unternommen werden, diesen Terminus auf seinen ökonomischen, politischen und militärischen Gehalt hin zu analysieren.

1) Hearings on Military Posture and H.R.2440 to Authorize Appropriations during Fiscal Year 1964, Committee on Armed Services, House of Representatives, 88th Cong. 1st Sess., S. 581.

2) Military Implications of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Committee on Armed Services, Senate, 91st Cong. 1st Sess., S. 386.

3) United States Foreign Policy for the 1970's. A New Strategy for Peace, Message from the President of the United States Transmitting a Report on Foreign Relations, 91st Cong. 2d Sess., House Document No. 91-258, Washington D.C. G.P.O. 1970, S. 31.

7.1 Der politische Aspekt: die Erhaltung des Bündnisses mit Westeuropa

Die waffentechnologische Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren hat zum ständig wachsenden Ausbau der partiellen Kooperation zwischen den beiden Großmächten mit dem Minimalziel geführt, die Gefahr einer atomaren Konfrontation so gering wie möglich zu halten. Das jüngste und spektakulärste Beispiel für diese Zusammenarbeit bildet das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zur Verhinderung eines Atomkrieges vom Juni 1973¹. Diese Übereinkunft ist jedoch nur eine aus einer vor allem in den letzten beiden Jahren ständig steigenden Flut von zweiseitigen Abkommen aller Art und unterschiedlichster Tragweite², zu denen die beiden Vereinbarungen vom Mai 1972 über die Begrenzung der Antiraketensysteme bzw. der Offensivwaffen (SALT I) ebenso gehören wie die Regelung der seit dem Zweiten Weltkrieg umstrittenen Leih- und Pachtschulden der UdSSR bei den Vereinigten Staaten. Wirtschaftsabkommen und Abmachungen über die amerikanisch-russische Kooperation im medizinischen, ökologischen und technologischen Bereich bis hin zur gemeinsamen Erforschung und Nutzung des Weltraums kommen hinzu. Gemeinsame Interessen und gemeinsame Verantwortlichkeiten haben dazu geführt, daß die USA und die UdSSR in wesentlichen Bereichen ihres zwischenstaatlichen Zusammenlebens von der Konfrontation zur bilateralen Kooperation übergegangen sind. Bereits im Mai 1972 wurde der Versuch unternommen, durch die Einigung auf "Grundsätze für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen

1) Text in: Europa Archiv, 28. Jg., F.15, 1973, S. D418f.

2) Curt Gasteyger, "Weltmächte und Weltordnung. Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Treffen Breschnjew-Nixon", in: Europa Archiv, 28. Jg., F. 16, 1973, S. 541-548.

Sowjetrepubliken"¹ die Regeln für dieses Zusammenleben auf Dauer festzulegen.

Die Festschreibung der friedlichen Koexistenz zwischen den USA und der UdSSR blieb nicht ohne Auswirkungen für das amerikanisch-europäische Verhältnis. Im transatlantischen Dialog schwingen die westeuropäischen Befürchtungen mit, die USA könnten entweder zu einer isolationistischen Politik zurückkehren oder sich über die Verbündeten hinweg mit dem Rivalen und Partner UdSSR zu einem Kondominium zusammenfinden. Der sich gegenwärtig vollziehende Strukturwandel in der amerikanischen Außenpolitik hat bereits zu einem spürbaren Wertverlust für die NATO und die westeuropäischen Alliierten geführt², die vor allem im Zusammenhang mit dem Nah-Ost-Konflikt im Herbst 1973 feststellen mußten, daß die amerikanische Führungsmacht in mehreren krisenhaften Situationen und bei Entscheidungen, die auch die Verbündeten betrafen, allein zur nachträglichen Information, nicht aber zur vorhergehenden Konsultation der Alliierten bereit war.

Die verstärkte bilaterale Kooperation zwischen den USA und der UdSSR bildet aber nicht den einzigen Grund für die Verschärfung der Spannungen innerhalb der westlichen Allianz. Nach wie vor ist im Bündnis selbst eine Reihe von Problemen ungelöst, die seit Beginn der sechziger Jahre den transatlantischen Dialog stören. So war zum Beispiel die Harmonisierung der strategischen Interessen der USA und ihrer westeuropäischen Alliierten nur so lange möglich, wie die Vereinigten Staaten den anderen NATO-Mitgliedern ohne Furcht vor den möglichen Konsequenzen ihren atomaren Beistand zusichern konnten. Die waffentechnologische Entwicklung hat jedoch die strategischen

1) Text in: Europa Archiv, 27. Jg., F.12, 1972, S. D289ff.

2) Siehe hierzu bes. Ernst-Otto Czempel, "Entwicklungslinien der amerikanisch-europäischen Beziehungen", in: Europa Archiv, 28. Jg., F.22, 1973, S.781-790.

Interessen dieser beiden Regionen auseinanderrücken lassen. Mit der einseitigen - aber nicht willkürlichen - Entscheidung für die Doktrin der "flexible response" haben die USA ihren nationalen Interessen im strategischen Bereich Vorrang gegeben¹. Auch wenn die BRD ihren anfänglichen Widerstand gegen die neue Strategie inzwischen aufgegeben hat, muß bezweifelt werden, daß die Doktrin der "flexible response" mit den Interessen der BRD an der Wahrung der territorialen Integrität auch nach Ausbruch eines Krieges in Europa in Übereinstimmung zu bringen ist².

Andere Probleme kommen hinzu: für den westdeutschen Alliierten ist die Frage nach der gleichberechtigten atomaren Teilhabe noch immer unbefriedigend geregelt, die Westeuropäer sind über die Währungspolitik der amerikanischen Regierung verärgert, im wirtschaftlichen Sektor wird die Konkurrenz zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft deutlicher. Die vor allem durch den ökonomischen Wiederaufstieg Westeuropas bedingten Veränderungen in der Gewichtung innerhalb der atlantischen Allianz haben den Verweis auf den "Wandel in der Allianz" diesseits und jenseits des Atlantiks zu einer stehenden Wendung werden lassen³ und dazu geführt, daß das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen NATO-Mitgliedern zum beherrschenden Thema der letzten Konferenzen des nordatlantischen Bündnisses wurde. Diesem auch und gerade von den USA mit Nachdruck geforderten Wandel⁴ sind jedoch Grenzen

1) Ronald Steel, The End of Alliance: America and the Future of Europe, New York 1964, S. 59f.

2) Zu den Auswirkungen eines nach den Regeln der "flexible response" geführten Krieges für die Bundesrepublik siehe bes. Weizäcker, Kriegsfolgen.

3) Siehe z.B. das Interview Willy Brandts im ZDF anlässlich des zehnten Jahrestages des deutsch-französischen Vertrags, in: FR, 23.1.1973.

4) Siehe hierzu bes. die Rede Henry Kissingers am 23.4.1973 in New York. Text in: Europa Archiv, 28. Jg., F.10, 1973, S. D220-D225.

gesetzt. Sie liegen dort, wo der Fortbestand des Bündnisses gefährdet und die führende Position der Vereinigten Staaten in Frage gestellt werden könnten.

Anfang der siebziger Jahre erwirtschafteten mehr als 300 Millionen Menschen in Westeuropa ein jährliches Bruttosozialprodukt von über 700 Milliarden Dollar. Im Blick auf dieses strategische Potential wird das "nationale Interesse" der Vereinigten Staaten von den Regierungsvertretern und im Congress dahingehend beschrieben, daß es für die USA unverzichtbar ist, die Allianz mit den Staaten Westeuropas zu erhalten und unter allen Umständen zu verhindern, daß diese Region unter den bestimmenden Einfluß der Sowjetunion gerät. Die Sicherheit der Vereinigten Staaten wird mit dem Erfolg ihrer Bemühungen gleichgesetzt, die Millionen geschulter Facharbeiter, die wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten, die Produktionsstätten und das hochentwickelte Verkehrswesen Westeuropas der Einflußnahme durch die UdSSR vorzuenthalten. Die Kontinuität dieser Zielvorstellung fand Mitte der sechziger Jahre ihren Niederschlag in einem Statement des damaligen Verteidigungsministers McNamara, das sehr starke Ähnlichkeiten mit den oben zitierten Ausführungen General Eisenhowers zur Begründung des Ausbaus der amerikanischen Europapräsenz hatte. McNamara sagte:

"Die entscheidende Bedeutung Westeuropas für die kollektive Sicherheit der freien Welt kann nicht oft genug betont werden. Die sechs Nationen des gemeinsamen Marktes und das Vereinigte Königreich allein übertreffen in ihrer Gesamtbevölkerung, ihrem gemeinsamen Potential an Soldaten und in ihrem gemeinsamen Bruttosozialprodukt die Sowjetunion nicht unerheblich. Die Stärke Westeuropas wächst beständig Jahr für Jahr. In der Tat repräsentiert der westeuropäische Teil der NATO neben den USA die größte Quelle an ökonomischer, politischer, militärischer und ideologischer Stärke, die dem kommunistischen Lager gegenübersteht. Zugleich bildet er das Bollwerk der freien Welt, das dem Zentrum der sowjetischen militärischen Stärke

am nächsten liegt. Der Verlust oder die Neutralisierung irgendeines Teils dieses Gebietes wäre ein verhängnisvoller Schlag für unsere eigene Sicherheit".¹

Die USA gehen nach wie vor davon aus, daß ein vitales Sicherheitsinteresse des Landes daran besteht, daß keine potentiell feindliche Macht Westeuropa mit seinen vielfältigen Ressourcen beherrschen darf. Präsident Nixon hat diesem Interesse in seiner Botschaft an den Congress vom Februar 1970 mit der Feststellung Ausdruck verliehen, die Vereinigten Staaten könnten sich ebenso wenig aus Europa zurückziehen wie aus Alaska². Auch die Formulierung der Nixon-Doktrin hat an dieser Einschätzung nichts geändert, eine Einschätzung übrigens, die auch vom Congress geteilt wird³. Sie wird zum einen als präventives Erfordernis beschrieben: die Orientierung der Staaten Westeuropas an der UdSSR würde demnach ein Machtverhältnis schaffen, das das bestehende weltweite Gleichgewicht zugunsten der UdSSR verändern würde. Hinsichtlich der Konsequenzen einer solchen Entwicklung für die Sicherheit der USA hat der stellvertretende Secretary of State für europäische und NATO-Angelegenheiten, Morse, darauf hingewiesen, daß ein Bündnis der Staaten Westeuropas mit der Sowjetunion amerikanische Militärinterventionen erforderlich machen würde, die selbst die Kräfte der

1) Department of Defense Appropriations, 1965. Hearings before the Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 88th Cong. 2d Sess., on H.R. 10939, Part 1, Washington D.C. G.P.O. 1964, S. 23.

2) United States Foreign Policy for the 1970's. A New Strategy for Peace, Message from the President of the United States, Transmitting a Report on Foreign Relations, 91st Cong. 2d Sess., House Document No. 91-258, Washington D.C. G.P.O. 1970, S. 31. Siehe auch "Our Permanent Interests in Europe", Address by Secretary Rogers on December 1, in: DOSB, Vol. LXV, No. 1695, 20.12.1971, S. 693-697.

3) Siehe z.B. The American Commitment to NATO. Report of the Special Subcommittee on North Atlantic Treaty Organization Commitments of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 92nd Cong. 2nd Sess., Washington D.C. G.P.O. 1972.

Vereinigten Staaten übersteigen würden¹. Die USA wären nicht in der Lage, den Machtzuwachs der UdSSR auszugleichen, und langfristig dem gemeinsamen Druck des aus Gesamteuropa und der UdSSR bestehenden Blocks standzuhalten. Zum anderen sind die USA aber auch deshalb an der Fortsetzung des Bündnisses mit den Staaten Westeuropas interessiert, weil nur in der Kooperation mit den technologischen Möglichkeiten und den Fähigkeiten der Menschen dieses Erdteils die Chance gesehen wird, die weltweit anliegenden Probleme im Interesse der bürgerlich-privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaftsordnung zu lösen.

Was ist darunter zu verstehen, wenn McNamara oder auch die Repräsentanten der Nixon-Administration vor einem "Verlust" Westeuropas für die USA warnen? Derartige Warnungen gehen richtigerweise davon aus, daß bei aller partiellen Kooperation der ideologische Antagonismus und daraus resultierend die politische Konkurrenz zwischen den beiden Gesellschaftssystemen fort dauern, für die die USA und die Sowjetunion repräsentativ stehen². Die Systemkonkurrenz wird auch seitens der Nixon-Administration als Strukturprinzip der internationalen Politik anerkannt, wobei der UdSSR unterstellt wird, sie betrachte internationale Krisen als geeignetes Vehikel zur Ausdehnung des sozialistischen Systems³. Vor dem Hintergrund der andauernden Systemkonkurrenz werden die Gemeinsamkeiten mit der UdSSR als begrenzt, die nach wie vor bestehenden Gegensätze jedoch als groß beschrieben⁴.

1) Morse, "Amerikanische Verteidigungspolitik", S. 120.

2) Zur theoretischen Auseinandersetzung mit diesem Problem siehe bes. Ursula Schmiederer, "Systemkonkurrenz als Strukturprinzip der internationalen Politik", in: Internationale Beziehungen als System, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 5/1973, S. 309-346.

3) U.S. Foreign Policy for the 1970's. The Emerging Structure of Peace, A Report to the Congress by Richard Nixon, President of the United States, February 9, 1972, Washington D.C. G.P.O. 1972, S. 17.

4) Verteidigungsminister Richardson am 28.3.1973 vor dem Senatsausschuß für die Streitkräfte: "Aber die Gebiete, auf denen wir übereinstimmen, sind zwischen der Sowjetunion und uns ziemlich eng, und die Gegensätze, die uns trennen, bleiben groß". Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 18, 5.5.1973, S. 1083.

Der befürchtete "Verlust" Westeuropas würde sich in dieser Situation darin konkretisieren, daß es der UdSSR gelänge, ihren Einfluß auf die Staaten Westeuropas zumindest in dem Maße auszudehnen, wie es in den oben beschriebenen Warnungen prominenter Regierungsvertreter vor einer "Finnlandisierung" dieses Teils der Welt beschworen wird. Die nachfolgende Phase des "Verlustes" würde in dem Zerfall der Systemgleichheit zwischen den Staaten Westeuropas und den USA bestehen, wenn als Folge des zunehmenden Einflusses der Sowjetunion in den jetzt noch mit den Vereinigten Staaten verbündeten westeuropäischen Ländern sozialistische Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft errichtet würden.

Wenn es traditionell als Ziel der amerikanischen Europapolitik beschrieben wird, im Rahmen einer globalen Konkurrenz antagonistischer Gesellschaftssysteme der UdSSR die Ausdehnung ihres Einflusses auf den westlichen Teil Europas zu verweigern, dann läßt sich diese langfristige Zielsetzung auch positiv als Erhaltung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der USA in diesem Teil der Welt benennen. McNamara hat nicht nur vor einem "Verlust" Westeuropas gewarnt, er hat auch die Neutralisierung dieser Region als für die USA unakzeptabel bezeichnet. Was herkömmlich als Erhalt des stabilen Gleichgewichts in Europa beschrieben wird, läuft auf die Perpetuierung der hegemonialen Stellung der USA gegenüber Westeuropa hinaus, eine Position, die angesichts der wachsenden ökonomischen, politischen und militärischen Gegensätze innerhalb der westlichen Allianz gefährdet werden könnte.

Nach der Definition Triepels stützt sich das zwischenstaatliche Abhängigkeitsverhältnis, das etwa in der Mitte des Kontinuums zwischen bloßer Einflußnahme und Herrschaft liegt und das Triepel als Hegemonie bezeichnet, stets auf die Zustimmung des geführten Staates¹. Voraussetzung für die freiwillig akzeptier-

1) Heinrich Triepel, Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten, Stuttgart 1938, S. 141.

te Minderstellung des Folgschaftsstaates ist aber nicht nur das Bekenntnis zu einer "Wertüberlegenheit" des Hegemon, wie sie sich etwa in dem weit überlegenen militärischen Potential der USA manifestiert, sondern auch ein Mindestmaß an Uneigennützigkeit des führenden Staates, eine "Selbstbändigung der Macht", die den Hegemon daran hindert, seine Position zu vorwiegend eigennützigen Interessen auszunutzen¹. Es ist gerade diese freiwillige Selbstbeschränkung des Hegemonialstaates, die den Unterschied zwischen Hegemonie und Herrschaft ausmacht. Nur wenn es dem führenden Staat gelingt, in seinen Entscheidungen auch die Interessen des geführten Staates ausreichend zu berücksichtigen, kann er mit der Anerkennung seiner Position durch den Gefolgschaftsstaat rechnen, die die Voraussetzung eines jeden Hegemonialverhältnisses ist.

Angesichts der nachlassenden Interessenidentität innerhalb des westlichen Bündnisses wird das andauernde Schutzbedürfnis der westeuropäischen Staaten mehr und mehr zur einzig noch tragfähigen Basis, auf der sich die hegemoniale Position der USA gegenüber Westeuropa fortschreiben läßt. Während sich im strategischen, politischen und vor allem ökonomischen Bereich die Gegensätze zwischen den USA und ihren westeuropäischen Alliierten verstärken und die Hegemonie der USA gefährden, gewährleistet das Festhalten der Verbündeten an der traditionellen Bedrohungsperson deren "Anlehnsbedürfnis", das nach Triepel den häufigsten Grund für ein Hegemonialverhältnis bildet². Für die westeuropäischen Partner ist auch 25 Jahre nach Gründung der NATO der militärische Schutz durch die USA die unverzichtbare Voraussetzung

1) Triepel, Hegemonie, S. 149; siehe auch Wilhelm G. Grewe, Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, Düsseldorf und Wien 1970, S. 115ff.

2) Triepel, Hegemonie, S. 176ff.

für ihre eigene Sicherheit. Ein Teil der Gegensätze im Bündnis resultiert gerade aus dem Zweifel der Alliierten, daß dieser Schutz durch das weit überlegene militärische Potential der USA nicht mehr voll gewährleistet sein könnte.

Nach der übereinstimmenden Ansicht aller Verbündeter bildet die Fortdauer der Stationierung umfangreicher US-Streitkräfte die unverzichtbare Grundlage des amerikanischen Schutzversprechens für Westeuropa¹. Den Vereinigten Staaten kann daher nicht daran gelegen sein, die Europapräsenz ihrer Truppen, die die entscheidende Legitimierung für ihre andauernde hegemonale Position in Westeuropa bildet, zu einem Zeitpunkt abzubauen, da als Folge der eigenen Kooperationsbereitschaft mit der UdSSR die starren Fronten des Ost-West-Gegensatzes in Europa in Fluß geraten sind und da die traditionelle Westorientierung der Verbündeten durch die Öffnung dieser Staaten nach Osteuropa komplettiert wird. Die ungeschmälerierte Anwesenheit der amerikanischen Truppen wird vielmehr als die Basis beschrieben, die eine Überprüfung des traditionellen Konfrontationsmodells in Europa erst ermöglicht. Auf die Notwendigkeit der Beibehaltung der amerikanischen Europapräsenz als Instrument der Einflußstabilisierung gerade in dieser Phase des Übergangs hat besonders der damalige Außenminister Rogers in einem Brief hingewiesen, den er am 27. April 1970 an Senator Fulbright richtete und in dem er schrieb:

1) Zu diesbezüglichen Stellungnahmen führender Vertreter der Bundesregierung siehe bes. Willy Brandt, "Germany's 'Westpolitik'", in: Foreign Affairs, Vol. 50, No. 3, April 1972, S. 416-426; Rede des Bundesministers der Verteidigung, Helmut Schmidt, am 8. April 1970 vor dem Council on Foreign Relations in New York, Auszüge in: Friedrich-Karl Schramm u.a., Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954-1972, Frankfurt a.M. 1972, S. 770-772.

"Es gibt ein ausschlaggebendes politisches Argument (gegen den Abzug substantieller US-Truppen, H.H.), das sich daraus ergibt, daß die frühen siebziger Jahre eine Phase des Übergangs bilden. Wenn sich die Ära nach dem Zweiten Weltkrieg, die durch den dominierenden amerikanischen Einfluß in Westeuropa gekennzeichnet war, dem Ende zuneigt, so bleibt der Umriß der weiteren Zukunft unklar. Wir sind wirtschaftlich, kulturell und in gewissem Maße auch politisch unentwirrbar mit Westeuropa verbunden, aber das genaue Aussehen und die Institutionalisierung der Beziehung im ausgehenden 20. Jahrhundert müssen noch erarbeitet werden. Wir können phantasie reich für die Zukunft bauen, aber während dieser Übergangsphase sollten wir realistischerweise an den Formen und Institutionen festhalten, mit denen das Gleichgewicht und die grundlegende Sicherheit erreicht wurden, in deren Rahmen die Prosperität Westeuropas und der Vereinigten Staaten solch auffallende Fortschritte gemacht hat. Zu diesem Zeitpunkt einen destabilisierenden Faktor einzuführen, würde unsere Möglichkeiten ernsthaft einschränken, diese optimale zukünftige Verbindung zu erreichen"¹.

In Auslegung dieser Grundsatzserklärung ist die Europapräsenz der amerikanischen Truppen seither als Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß so gut wie aller Verhandlungen benannt worden, die seit Anfang der siebziger Jahre auf die Überwindung der Konfrontation zwischen Ost und West vor allem in Europa abzielen. Als beispielhaft kann in diesem Zusammenhang das Auftreten des Mitarbeiters am Institute for Defense Analysis, James E. King, vor dem außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses gelten². King warnte vor einer Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa mit der Begründung, ohne die US-Streitkräfte könnte die Bundesregierung ihre Verhandlungen mit der UdSSR, mit Polen und der DDR nicht zu Ende führen. Als weitere abzugshemmende Momente nannte er die Europäische Sicherheitskonferenz,

1) Zit. nach: Unites States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2255.

2) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., bes. S. 259f.

die Gespräche zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen, die SALT-Verhandlungen und die damals laufenden Gespräche über den Beitritt Großbritanniens, Norwegens und Dänemarks zum Gemeinsamen Markt. Die Pariser Vietnam-Verhandlungen und die Viermächte-sondierungen zum arabisch-israelischen Konflikt fügte King dieser Liste ebenfalls hinzu.

Im wesentlichen sind es drei Faktoren, die zu Beginn der siebziger Jahre den politischen Aspekt des "nationalen Interesses" der USA an ihrer ungeschmälerten militärischen Europapräsenz ausmachen. Zunächst signalisieren die US-Truppen, daß die Bedrohung Westeuropas, zu deren Abwehr sie Anfang der fünfziger Jahre auf das Territorium der Verbündeten verlegt wurden, noch immer anhält. Die Europapräsenz trägt damit selbst zur Prolongierung einer Bedrohungssperzeption bei, ohne die sich der bestimmende Einfluß der USA in Westeuropa nicht erhalten ließe. Darüber hinaus sollen die amerikanischen Streitkräfte eine Position der Stärke gewährleisten, von der aus die USA wie auch die Verbündeten in Westeuropa ihre Entspannungspolitik mit den sozialistischen Staaten Osteuropas betreiben können. Diese auch von den Westeuropäern und vor allem von der Bundesregierung erbetene Rückendeckung für die eigene Ostpolitik gibt den USA zugleich Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die solchermaßen abgesicherte Politik. Schließlich bildet die militärische Europapräsenz der USA aber auch ein Auffangnetz und eine Rückzugsposition für den Fall, daß die Bemühungen der USA und ihrer Alliierten um eine Entspannung ihrer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten scheitern sollten. Die fortdauernde Anwesenheit amerikanischer Truppen in Westeuropa erweitert somit den Handlungsspielraum der amerikanischen Regierung sowohl gegenüber der UdSSR als auch gegenüber den eigenen Verbündeten in diesem Teil der Welt. Vor allem aber soll sie sicherstellen, daß am Ende der gegenwärtigen Phase des Wandels und des Übergangs nicht der Zerfall der Systemgleichheit zwischen

den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten steht.

Die inneramerikanische Diskussion liefert eine Reihe von Hinweisen, daß die Verfechter einer ungeschmälernten Europapräsenz der amerikanischen Truppen deren auf die Erhaltung der Systemgleichheit abzielende Funktion aber nicht nur auf den Bereich des Bündnisses beschränkt sehen wollen. So hat z.B. Hillenbrand darauf bestanden, daß auch nichtalliierte Staaten wie Schweden und Österreich unter dem Schutz des Gleichgewichtssystems stehen¹, d.h. durch das Instrument der Europapräsenz dem Einfluß der UdSSR entzogen sind. Mc Ghee hat darauf verwiesen, daß die zu erwartende Situation in Jugoslawien nach dem Tode Titos gleichfalls die unverminderte Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa erfordere². Zur Bedeutung der amerikanischen Präsenz auch über den Rahmen Europas hinaus sind die Ausführungen aufschlußreich, die Senator Griffin im Mai 1971 zur Abwehr des Mansfield-Amendments im Congress vortrug:

"Wir können den Wert unserer militärischen Macht in Europa auch nicht allein im Rahmen der NATO bemessen. Die Vereinigten Staaten haben vitale Sicherheitsinteressen im Mittleren Osten. Unsere Streitkräfte in Europa ... setzen uns in die Lage, unseren Einfluß und unsere Macht in das Mittelmeer und in den Mittleren Osten zu projizieren"³.

1) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2254.

2) Gale McGhee, "Die amerikanische Außenpolitik. Ziele und Begrenzung", in: Wehrkunde, XXI. Jg., H.4, April 1972, S. 169-172.

3) CR, Vol. 117, 18.5.1971, No. 73, S. 7234; zu ähnlichen Ausführungen Senator Jacksons siehe United States Troops in Europe, Combined Subcommittee on Foreign Relations and Armed Services Committees, Senate, 90th Cong. 1st Sess., S. 16. Senator Stennis wies auf diesen Aspekt der Europapräsenz hin in: CR, Vol. 117, 23.11.1971, No. 181, S.19492.

Der Nah-Ost-Krieg im Herbst 1973 und die Kontroverse um die amerikanischen Waffentransporte von west-deutschem Territorium nach Israel haben demonstriert, wie schnell derartige Argumente für eine ungeschmälerte Europapräsenz aktuell werden können.

Ein militärischer Angriff von außen ist nicht die einzige Möglichkeit, durch die der Fortbestand der Systemgleichheit und des Einflusses der USA auf die Staaten Westeuropas gefährdet werden könnte. Der Status quo hinsichtlich der Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Teil der Welt könnte auch durch innenpolitische Entwicklungen verändert werden. Es stellt sich daher die Frage nach der Funktion der amerikanischen Europapräsenz auch in diesem Fall.

Zunächst ist anzumerken, daß der amerikanischen Stationierungspolitik in diesem Zusammenhang eindeutig prophylaktische Bedeutung zukommt, weil jeder Träger einer möglichen innenpolitischen Veränderung die amerikanischen Truppen in seine Überlegungen einbeziehen muß. In seinem Abschlußbericht vom Dezember 1970 ist das Symington-Committee zu dem Ergebnis gekommen, daß die militärische Präsenz der USA immer auch eine enge Affinität der Vereinigten Staaten zu der Regierung des Gastlandes signalisiert¹. Dieses Involviertsein ist von jeder Gruppe einzukalkulieren, deren Politik auf die Veränderung eines gesellschaftlichen Zustandes abzielt, zu dessen Schutz die Präsenz der USA beibehalten wird.

1) Final Report of the Subcommittee on United States Security Agreements and Commitments Abroad of the Committee on Foreign Relations, December 21, 1970, S. 2434: "Stützpunkte in Übersee, die Anwesenheit von Teilen der Streitkräfte der USA, gemeinsame Planung, gemeinsame Übungen oder ausgedehnte Militärhilfeprogramme stellen für die Regierungen der Gastländer zuverlässigere Bürgschaften für die Bindung der USA dar als irgendwelche Verträge oder Vereinbarungen. Darüber hinaus garantiert jedes dieser Beispiele der militärischen Präsenz der USA ein gewisses Involviertsein der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten der Regierung des Gastlandes".

Deren vorbeugende Bedeutung reicht aber noch weiter. Zumindest die militärischen Eliten des Gastgeberlandes sollen durch die enge Kooperation mit den amerikanischen Militärs an die Wertvorstellungen der USA gebunden und gegen anti-amerikanische Einstellungen immunisiert werden¹. Was aber würde geschehen, wenn sich diese vorbeugenden Maßnahmen als nicht ausreichend erweisen sollten?

Die Frage nach den möglichen Aufgaben der US-Truppen im Falle innenpolitischer Veränderungen in den Stationierungsländern ist in der amerikanischen Auseinandersetzung um die Europapräsenz weitgehend tabuisiert. Es besteht bei den Hearings so etwas wie ein stillschweigender Konsens, daß Stationierungstruppen zwar im Verhältnis der UdSSR zu den sozialistischen Staaten Osteuropas der Stabilisierung des politischen und gesellschaftlichen Status quo im Gastland dienen, eine solche Möglichkeit wird aber zugleich als dem Wesen des westlichen Bündnisses zuwiderlaufend angesehen und in der Regel nicht angesprochen. Dennoch kam es in dieser Frage 1971 zu folgendem Dialog zwischen dem Berater des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Mr. Paul, und dem Leiter der Westeuropaabteilung im Department of State, Hillenbrand:

"Mr. Paul. Einige NATO Staaten haben sehr große kommunistische oder andere Linksparteien. Italien ist ein Beispiel. In welchem Ausmaß hält das State Department dies für eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheitsinteressen, die mit der NATO verbunden sind, und was wäre unsere Haltung, wenn in einem solchen Land eine Regierung an die Macht käme, die stark von Kommunisten beeinflusst wäre?

1) In diesem Zusammenhang kommt besonders den Ausbildungsprogrammen eine große Bedeutung bei, wie folgendem Statement McNamaras zu entnehmen ist: "Ausbildungsprogramme sind dazu da, diese Länder auf der Höhe des amerikanischen militärischen Denkens und der Waffenentwicklung zu halten und ihre vielversprechenden jüngeren Offiziere auch weiterhin psychologisch an den Vereinigten Staaten orientiert zu halten". Foreign Assistance Act and Related Agencies Appropriations for 1963, Committee on Appropriations, Senate, 87th Cong. 2d Sess., S. 9.

Mr. Hillenbrand. Ich glaube, es ist ziemlich klar, daß so etwas, wenn es sich ereignen sollte, die NATO ernsthaft schwächen würde, und es wäre daher etwas, was wir nicht begrüßen könnten"¹.

Die Antwort Hillenbrands gibt verständlicherweise keine detaillierte Auskunft, wie die USA konkret auf eine derartige Herausforderung reagieren würden. Es fehlt jedoch auch der sonst übliche Hinweis, daß es sich bei der von Mr. Paul skizzierten Entwicklung um eine innere Angelegenheit des betroffenen Landes handelt, in die sich die USA nicht einmischen könnten. Die Frage nach deren Reaktion läßt sich daher zunächst nur im Analogieschluß zur amerikanischen Politik in den sechziger Jahren in der Schweinebucht, gegenüber der Dominikanischen Republik und in Vietnam beantworten. Darüber hinaus gibt es jedoch auch konkrete Hinweise auf die Existenz von Plänen, die den Einsatz amerikanischer Stationierungstruppen in Westeuropa zur Niederwerfung von Aufständen gegen die etablierten Regierungen in dieser Region vorsehen. So fand der Symington-Ausschuß in seinen Hearings heraus, daß in den Jahren 1967/68 einige tausend amerikanische Fallschirmjäger aus der Bundesrepublik nach Spanien geflogen wurden, um an den Manövern "Pathfinder Express" teilzunehmen. Im Rahmen dieser Übungen war ihnen die Aufgabe gestellt, gemeinsam mit spanischen Truppen einen hypothetischen Aufstand im Norden des Landes niederzuschlagen, was im Verlauf des Manövers auch erfolgreich durchexerziert wurde².

1) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2264.

2) Final Report of the Subcommittee on United States Security Agreements and Commitments Abroad of the Committee on Foreign Relations, December 21, 1970, S. 2425f. Zu genauen Angaben über das 'Drehbuch' zu Pathfinder Express und einer Beschreibung ähnlicher Übungen auf Formosa siehe *ibid.*, S. 2436.

Nach Chapman, U.S. Bases Abroad, S. 75f., müssen die amerikanischen Stationierungsstreitkräfte dann eingreifen, "wenn der Fall einer etablierten Regierung das Vorspiel zur Kontrolle durch Kommunisten sein sollte oder die amerikanische Sicherheit auf andere Weise bedrohen sollte".

Da die Repräsentanten der amerikanischen Exekutiven davon ausgehen, daß die Sicherheit und Freiheit der USA nur zu erhalten sind, wenn die Staaten Westeuropas am bürgerlich-demokratischen Modell der Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft orientiert bleiben, ist es relativ unbedeutend, ob die in den NATO-Staaten Westeuropas bestehenden Gesellschaftssysteme durch eine Aggression von außen oder durch Umwälzungen im Innern bedroht sind. In beiden Fällen liegt der Schutz der bestehenden Ordnung nach der Überzeugung der Entscheidungsträger in den USA im "vitalen Interesse" der Vereinigten Staaten. Die USA würden daher intervenieren. In einer solchen Situation läge der Vorteil der Stationierung amerikanischer Truppen in dem betroffenen Land darin, daß sie bereits in einer frühen Phase der Auseinandersetzung eingreifen könnten und zugleich in direkter Kommunikation mit den Gruppen stünden, zu deren Gunsten sie intervenierten. Die gleichen Vorteile, die die physische Präsenz amerikanischer Soldaten den USA für den Fall eines Angriffs von außen bietet, ergeben sich auch für den Fall einer innenpolitischen Bedrohung des Status quo.

7.2 Der wirtschaftliche Aspekt: Westeuropa als Markt für amerikanische Waren und Anlagegebiet für amerikanisches Kapital

Nach Angaben des damaligen stellvertretenden Außenministers der USA, G. Griffith Johnson, beliefen sich die zwischen 1945 und 1963 an Westeuropa geleisteten US-Darlehen und -Kredite insgesamt auf mehr als 70 Milliarden Dollar¹. In diesem Betrag summierten sich zu Beginn der sechziger Jahre die amerikanischen Hilfen für den ökonomischen Wiederaufstieg Westeuropas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und die parallel laufenden Bemühungen der USA um die militärische Absicherung dieses Teiles der Welt. Während der vor allem durch den Marshal-Plan getätigte wirtschaftliche Beistand der USA auf die innenpolitische Stabilität der nach dem bürgerlich-demokratischen Modell strukturierten Staaten Westeuropas zielte, waren die Gründung der NATO und die damit verbundenen Ausgaben der USA Investitionen für die Absicherung der westeuropäischen Region gegen eine vermutete Bedrohung von außen. Wirtschaftliche und militärische Hilfe der Vereinigten Staaten komplettierten einander zu dem Versuch, Westeuropa für die "Freie Welt" zu erhalten.

Die mit dem ökonomischen und militärischen Engagement der USA einhergehende Stabilisierung der privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaftssysteme in Westeuropa war zugleich die Voraussetzung dafür, daß die staatlichen amerikanischen Hilfen für die westeuropäischen Industrien zunehmend durch privatwirtschaftliche Investitionen aus den USA ergänzt wurden. Auf der Suche nach neuen Absatzmärkten und angelockt

1) G. Griffith Johnson, "Western Europe and the Balance of Payments", in: Annals of the Academy of Political and Social Sciences, Vol. 348, Juli 1963, S. 110-120.

durch die Möglichkeit höherer Profite als in der heimischen Industrie bei gleichzeitig größerer Sicherheit ihrer Investitionen als bei Anlagen in den Staaten der Dritten Welt, sind nicht nur die absoluten Zahlen für die amerikanischen Direktinvestitionen in Westeuropa ständig gestiegen, auch deren Anteil an den gesamten Auslandsanlagen der USA ist kontinuierlich gewachsen¹. In den sechziger Jahren entwickelte sich der Anteil der direkten amerikanischen Investitionen in Westeuropa an den gesamten direkten Auslandsinvestitionen der USA wie folgt²:

Jahres- ende	Buchwert der ge- samten direkten Auslandsanlagen der USA	Buchwert der di- rekten Investi- tionen der USA in Westeuropa	%
(in Millionen Dollar)			
1961	34 667	7 742	22,33
1962	37 225	8 930	23,98
1963	40 736	10 340	25,38
1964	44 480	12 129	27,26
1965	49 474	13 985	28,26
1966	54 799	16 233	29,62
1967	59 491	17 926	30,13
1968	64 983	19 407	29,86
1969	71 016	21 651	30,48
1970	78 090	24 471	31,33

1) Für die Entwicklung in den fünfziger Jahren siehe die Tabelle in Lawrence B. Krause, European Economic Integration and the United States, Washington D.C. 1968, S. 124.

2) Quellen: Christopher Layton, Trans-Atlantic Investments, Boulogne-sur-Seine 1968², S. 38; U.S. Bureau of the Census, Statistical Abstract of the United States: 1971 (92nd ed.), Washington D.C. G.P.O. 1971, S. 755; R. David Belli and Julius N. Freidlin, "U.S. Direct Investments Abroad in 1970", in: Survey of Current Business, Vol. 51, No. 10, October 1971, S. 26-38.

Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der in Westeuropa vertretenen amerikanischen Firmen wie folgt an¹:

Land	1961	1962	1963	1964	1965
Westeuropa	597	559	597	598	554
Gemeinsamer Markt	332	319	325	334	291
Belgien-Luxemburg	38	54	57	61	61
Frankreich	101	64	67	72	54
Italien	63	74	73	63	46
Niederlande	48	42	44	64	45
Westdeutschland	82	85	84	74	85
EFTA	246	209	226	210	170
Schweiz	50	34	37	23	12
Vereinigtes Königreich	166	145	152	156	129
Schweden	15	16	11	15	17
Andere EFTA-Länder	15	14	26	16	12
Andere Länder Westeuropas	19	31	46	54	93

Land	1966	1967	1968	1969	1970	Zusammen
Westeuropa	473	369	394	595	480	5.216
Gemeinsamer Markt	260	204	210	325	284	2.884
Belgien-Luxemburg	46	35	38	85	63	538
Frankreich	53	48	29	52	71	611
Italien	50	37	42	56	27	531
Niederlande	33	23	41	38	40	418
Westdeutschld.	78	61	60	94	83	786
EFTA	154	131	148	224	161	1.879
Schweiz	19	13	17	32	20	257
Vereinigtes Königreich	101	101	102	160	109	1.321
Schweden	17	10	18	16	13	148
And. EFTA-Länder	17	7	11	16	19	153
And. Länder Westeuropas	59	34	36	46	35	453

1) Business Abroad, Vol. 96, No. 6, Juni 1971, S.7.
In dieser Aufstellung sind nur solche Unternehmen aufgeführt, in denen der Anteil des amerikanischen Kapitals über 50% liegt.

Hinter dieser Aufstellung steht die Erkenntnis amerikanischer Unternehmer, daß die Anlage ihres Kapitals in Westeuropa vor allem durch die Bildung der EWG und der EFTA noch lukrativer geworden ist¹. Durch den Abbau der Binnenzölle innerhalb des Gemeinsamen Marktes bei gleichzeitiger Beibehaltung der Außenzölle waren die amerikanischen Exporteure in einen erheblichen Nachteil gegenüber ihren westeuropäischen Mitbewerbern aus den EWG-Ländern geraten. So wurde den amerikanischen Produzenten, die wegen des EWG-Außenzolls mit ihren westeuropäischen Konkurrenten auf dem Gemeinsamen Markt nicht länger mithalten konnten, durch die westeuropäische Integration ein starker Anreiz gegeben, den Wettbewerbsnachteil durch die Errichtung eigener Produktionsstätten innerhalb des Gemeinsamen Marktes auszugleichen. Amerikanische Investitionen wurden außerdem profitabler durch die mit der Erweiterung des Marktes einhergehende Expansion der Produktionsstätten und der damit verbundenen Senkung der Kosten pro hergestellter Einheit.

Nach der Etablierung des Gemeinsamen Marktes haben sich die Direktinvestitionen amerikanischer Unternehmen in EWG-Ländern zwischen 1958 und 1968 fast verfünffacht, während für den gleichen Zeitraum bei Investitionen der US-Firmen in anderen Teilen der Welt lediglich eine Verdopplung festzustellen ist². Einem Buchwert von 1,9 Milliarden Dollar für amerikanische Anlagen bis zum Jahr 1958 steht eine Steigerung auf 9 Milliarden Dollar bis 1968 gegenüber. Während die jährliche Zuwachsrate aller amerikanischen Auslandsanlagen nach 1958 zurückging, stieg sie für Investitionen in Ländern der EWG und der EFTA an. In den letzten fünf Jahren vor Gründung des Gemeinsamen Marktes wuchsen die amerikanischen Investitionen in diesen

1) Siehe auch Krause, Integration, S. 120ff.

2) A Review of Economic and Trade Relations between the United States and the Community. By the Commission of the European Community, in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 121ff.

Ländern um jährlich 16 Prozent, in den folgenden sieben Jahren dagegen um 18,5 Prozent. Für die EFTA-Staaten liegen die Zahlen bei 13,2 Prozent in der erstgenannten Phase und 16 Prozent in der zweiten Periode. Ende der sechziger Jahre bestritten amerikanische Gesellschaften, die sich in Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft niedergelassen hatten, ungefähr ein Siebtel aller neuen Industrieinvestitionen. Im einzelnen entwickelten sich die amerikanischen Direktinvestitionen in Westeuropa in den sechziger Jahren wie folgt:

Buchwert der amerikanischen Direktinvestitionen
in Westeuropa (in Millionen Dollar)¹

Jahres- ende	Großbrit.	EWG-Länder	Andere Län- der West- europas	West- europa
1963	4 172	4 490	1 678	10 340
1964	4 555	5 421	2 153	12 129
1965	5 123	6 304	2 558	13 985
1966	5 679	7 587	2 967	16 233
1967	6 113	8 444	3 369	17 926
1968	6 694	9 012	3 701	19 407
1969	7 190	10 255	4 206	21 651
1970	8 015	11 695	4 761	24 471

Seit Ende der sechziger Jahre steht Westeuropa an der Spitze der Regionen, in die amerikanische Direktinvestitionen fließen. Mit 21,651 Milliarden Dollar überstieg der Buchwert der US-Anlagen in den Staaten Westeuropas 1969 erstmals den Wert der amerikanischen Investitionen in Kanada, der sich zu diesem Zeitpunkt auf 21,127 Milliarden Dollar belief². Im nachfolgenden Jahr hatte sich die Differenz bereits auf 24,471 zu 22,801 Milliarden Dollar ausgedehnt. Obwohl generell

1) Belli/Freidlin, "U.S. Direct Investments", S.28.
Die Zahlen für 1970 sind vorläufig.

2) Survey of Current Business, October 1971, S.32ff.

der amerikanische Anteil an den westeuropäischen Industrien noch nicht übermäßig ist, erreicht er in einzelnen Teilen der Wachstumsindustrie dramatische Proportionen. So befanden sich zum Beispiel Mitte der sechziger Jahre 84% der westdeutschen Computer-Industrie im Besitz amerikanischer Firmen.¹

Bereits in den fünfziger Jahren wuchsen die amerikanischen Investitionen in Westeuropa am schnellsten in der Bundesrepublik, wo sie nicht nur an einer prosperierenden Ökonomie partizipierten, sondern auch völlige Freiheit bei Kapitalbewegungen genossen, wie sie in anderen Ländern dieser Region nicht gewährt wurde.² Die Gründung der EWG veränderte diese Spitzenposition der BRD nicht. Während sich die direkten amerikanischen Anlagen in Westdeutschland zwischen 1950 und 1957 verdreifachten, nahmen sie im Zeitraum von 1958 bis 1966 um das Fünffache zu.³ Im Jahr 1970 machten die Investitionen amerikanischer Firmen in der BRD 39,15% der Gesamtsumme der im Gemeinsamen Markt angelegten amerikanischen Gelder aus, nachdem dieser Anteil im Jahr zuvor bereits bei 41,69% gelegen hatte. Die Bundesrepublik beherbergt die meisten der im EWG-Raum stationierten amerikanischen Firmen und liegt nach Großbritannien an der zweiten Stelle des ökonomischen Engagements der USA in Westeuropa. Für die Anlagen amerikanischer Firmen in den EWG-Ländern in den Jahren 1969 und 1970 ergibt sich im einzelnen folgendes Bild:

1) Zum amerikanischen Anteil an bestimmten Industriezweigen in Frankreich, Großbritannien und der BRD siehe Layton, Trans-Atlantic Investments, Tabelle F; Zum Buchwert der US-Direktinvestitionen, aufgeschlüsselt nach Industriezweigen und Ländern, in den Jahren 1969 und 1970 vgl. Survey of Current Business, October 1971, S. 32ff. Siehe auch Rainer Hellmann, Weltunternehmen nur amerikanisch? Baden-Baden 1970.

2) Layton, Trans-Atlantic Investments, S. 32.

3) DIVO, American Subsidiaries, S. 1; zur Entwicklung zwischen 1957 und 1966 siehe bes. Tabelle S. 195.

Amerikanische Investitionen in EWG-Ländern 1969 und 1970 (in Millionen Dollar) ¹										
Land	Buchwert am Jahresende	Netto Kapital- abfluß	Reinvestierte Gewinne	Gewinne	Zinsen, Dividende und "branch earnings"					
	1969	1970	1969	1970	1969	1970				
EWG zusammen	10255	11695	660	971	503	448	945	1245	460	774
Belgien und Luxemburg	1214	1510	103	154	78	97	138	171	55	68
Frankreich	2122	2588	88	330	110	147	201	235	92	97
BRD	4276	4579	238	247	256	68	488	623	238	513
Italien	1422	1521	109	101	27	5	72	65	45	59
Niederlande	1221	1495	122	138	32	131	46	151	31	37

¹) Zahlen nach: Survey of Current Business, October 1971, S. 32ff.

Die amerikanischen Investitionen in Westeuropa machen aber nur einen Teil des ökonomischen Interesses der USA an dieser Region aus. Nicht weniger bedeutend für die amerikanische Wirtschaft ist die Erhaltung der westeuropäischen Staaten als Handelspartner der USA. Die Relevanz, die in diesem Zusammenhang besonders den Mitgliedsländern des Gemeinsamen Marktes zukommt, wurde gleichfalls in der oben bereits erwähnten Studie der EWG vom Februar 1970 aufgezeigt¹. Danach hat sich das Handelsvolumen zwischen den USA und den sechs Staaten der Gemeinschaft von 1958 bis 1970 verdreifacht und belief sich zu diesem Zeitpunkt auf 13 Milliarden Dollar. Die Zunahme des Austausches von industriellen und agrarischen Produkten verlief in der angegebenen Zeitspanne stetig und schneller als die Entwicklung des Welthandels. In jedem Jahr zwischen 1960 und 1967 hatten die USA im Handel mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einen durchschnittlichen Überschuß in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar. Zwischen 1958 und 1969 nahmen die Exporte der USA in die Länder der EWG um 182 Prozent zu, während im gleichen Zeitraum die amerikanischen Ausfuhren in EFTA-Länder lediglich um 143 und gegenüber dem Rest der Welt nur um 118 Prozent stiegen. Eine Aufschlüsselung dieser Zahlen ergibt, daß die Agrarexporte der USA in Länder des Gemeinsamen Marktes zwischen 1958 und 1968 um 78% wuchsen, während sie in die restlichen Staaten der Welt nur um 60% zunahmen. Die Zahlen für nichtagrарische Ausfuhren lassen für den gleichen Zeitraum einen Anstieg von 123 Prozent gegenüber 86 Prozent erkennen.

Ein Blick auf amerikanische Statistiken ergibt für die Entwicklung des Handels zwischen den USA und den nicht-sozialistischen Staaten Europas zusätzlich Jugoslawiens und der Türkei folgendes Bild²:

1) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 121ff.; siehe auch die Aussagen des Vertreters der USA bei den europäischen Gemeinschaften, J. Robert Schaetzel, in: *ibid.*, S. 312ff.

2) Zahlen nach: Statistical Abstracts 1971, S.767ff.

Exporte der USA
(in Millionen Dollar)

Importe der USA
(in Millionen Dollar)

	1955	1960	1965	1968	1969	1970	1975	1980	1985	1988	1969	1970
Insgesamt	15547	20575	27478	34636	38006	43226	11384	14654	21366	33226	36043	39963
Westeuropa	5119	7204	9224	11132	12392	14465	2397	4187	6155	10139	10138	11175

Anteil des amerikanischen Handels mit Westeuropa an den gesamten Einfuhr- und Ausfuhr der USA	32,92%	35,01%	33,56%	32,14%	32,60%	33,46%	21,05%	28,70%	28,80%	30,51%	28,12%	27,96%
---	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Bundesrepublik	607	1272	1650	1709	2142	2740	366	897	1341	2721	2603	3130
----------------	-----	------	------	------	------	------	-----	-----	------	------	------	------

Anteil des amerikanischen Handels mit der BRD am gesamten Handel der USA mit Westeuropa	11,85%	17,65%	17,88%	15,35%	17,28%	18,94%	11,09%	21,42%	21,75%	26,83%	25,67%	28,01%
---	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Westeuropa ist nicht nur der größte Handelsblock der Welt, es ist auch der wichtigste Markt für industrielle und landwirtschaftliche Produkte der USA¹. Durchschnittlich ein Drittel der jährlichen Ausfuhren der Vereinigten Staaten wird von den Ländern Westeuropas aufgenommen, unter denen die Bundesrepublik nach Großbritannien an der Spitze steht. 1970 war Westdeutschland sogar der größte Abnehmer amerikanischer Produkte in Westeuropa. Die Handelsbilanz der USA mit den Staaten dieser Region war bis 1971 stets positiv und erreichte mit einem Überschuß von mehr als 3 Milliarden Dollar im Jahr 1970 ihren Höhepunkt. Trotz der umfangreichen Direktinvestitionen amerikanischer Firmen in Ländern Westeuropas und trotz der Außenzölle der EWG wuchsen die Exporte der USA in diesen Teil der Welt zwischen 1955 und 1970 noch schneller als in die anderen Gebiete der Erde: um 282% nach Westeuropa, um 278% in die restlichen Regionen.

Diese Zahlen dokumentieren das überragende ökonomische Interesse der USA an der Fortsetzung der bestehenden engen Kooperation mit den Staaten Westeuropas. Die zentrale Bedeutung, die diesen Ländern für den Handel und den Kapitalexport der USA zukommt, wurde seitens der Exekutiven vor allem in zwei State-ments hervorgehoben, die Mitte der sechziger Jahre und zu Beginn der siebziger Jahre von McNamara und Hillenbrand im Congress abgegeben wurden. Anlässlich der Hearings zum Militäretat für 1966 erklärte der damalige Verteidigungsminister:

1) The Future of U.S. Trade Policy. Hearings before the Subcommittee on Foreign Economic Policy of the Joint Economic Committee, Congress of the U.S., 90th Cong 1st Sess., Vol. 1, Washington D.C. G.P.O. 1967; The Future of U.S. Foreign Trade Policy. Report of the Subcommittee on Foreign Economic Policy of the Joint Economic Committee, Congress of the U.S., with Supplemental Statements and Individual Views, Washington D.C. G.P.O. 1967.

"Westeuropa stellt heute das größte Potential an ökonomischer, politischer und ideologischer Stärke gegenüber dem kommunistischen Lager dar. Und es ist außerdem die Bastion der Macht der Freien Welt, die dem Zentrum der sowjetischen militärischen Stärke am nächsten liegt. Es ist offensichtlich, daß der Verlust irgendeines Teils dieses Gebietes nicht nur für Westeuropas Sicherheit einen schrecklichen Schlag bedeuten würde, sondern auch für unsere. In diesem Zusammenhang sind die Nationen der NATO nicht nur unsere militärischen Alliierten sondern auch unsere Haupthandelspartner"¹.

Martin Hillenbrand nahm das Thema vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses 1970 erneut auf:

"Es liegt auf der Hand, daß einer der Gründe, weshalb wir Europa für so wesentlich für unsere eigene Sicherheit halten, in unserer ökonomischen Verstrickung mit Europa liegt. Wenn Sie an die Tatsache denken, daß es nach Kanada - was eine besondere Situation ist - die meisten amerikanischen Investitionen aufnimmt, der größte Handelspartner der USA ist, und so weiter, daß wir multinationale Gesellschaften in amerikanischem Besitz und unter amerikanischer Kontrolle in ganz Europa arbeiten haben, dann ist es klar, daß wir ein sehr vitales Interesse dort haben, einschließlich Export- und Importinteressen, besonders Exportinteressen"².

Das vitale Interesse der USA an Ausfuhren nach Westeuropa, das auch in einem 1967 veröffentlichten Bericht einer Studiengruppe des Repräsentantenhauses besonders hervorgehoben wurde³, resultiert nicht zuletzt daraus, daß die Bedeutung dieser Exporte bei weitem deren Funktion übersteigt, die Zahlungsmittel für Importe in die USA zu verdienen. Eine positive Handelsbilanz ist nach amerikanischer Ansicht vielmehr auch die unverzichtbare Voraussetzung für die Finanzierung des globalen Engagements der USA und

1) Department of Defense Appropriations, 1966. Subcommittee of the Committee on Appropriations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 1st Sess., S. 30.

2) United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 55.

3) Report of Special Study Mission to Europe, 1966. House of Representatives, Report No. 26, Washington D.C. G.P.O. 1967.

deren militärischer Präsenz an den vorgeschobenen Positionen ihres Einflußbereiches. Auf die Abhängigkeit des weltweiten militärischen und politischen Engagements der USA von der Finanzierung dieser Politik durch den Handel mit Westeuropa hat bereits Präsident Kennedy mehrfach hingewiesen, u.a. in einer Rede, die er im Mai 1962 in New Orleans hielt und in der er hervorhob, ohne Expansion dieses Handels seien die USA in Zukunft nicht in der Lage,

"... die Last zu tragen, die wir tragen müssen, nämlich der Freiheit zu helfen, sich selbst zu verteidigen - über das ganze Spektrum vom amerikanischen Soldaten, der das Brandenburger Tor bewacht, bis zu den Amerikanern in Vietnam, oder zu den Leuten vom Peace Corps in Kolumbien. Wenn wir nicht die Mittel zur Finanzierung dieser gewaltigen Aufgaben...haben, wenn wir nicht in der Lage sind, unser Plus in der Zahlungsbilanz zu erhöhen, dann sehen sich die Vereinigten Staaten vor die schwere Wahl gestellt, diese Verpflichtungen entweder einzuschränken oder damit zu beginnen, sich aus dieser großen nationalen Aufgabe zurückzuziehen"¹.

Zu dem gleichen Ergebnis kam der Gemeinsame Wirtschaftsausschuß des Congresses in einem Bericht, der ebenfalls 1962 veröffentlicht wurde². Zu Beginn der siebziger Jahre hat vor allem Hillenbrand darauf hingewiesen, daß Europa der natürliche Markt für die USA sei, auf dem die erforderlichen Einnahmen zu erzielen sind, um die aus den globalen Verpflichtungen der USA resultierenden Ausgaben bestreiten zu können³.

1) "Address in New Orleans at the Opening of the New Dockside Terminal, May 4, 1962", in: Public Papers 1962, S. 357-361. Zu weiteren Anlässen, bei denen sich Kennedy in diesem Sinne äußerte, siehe die Dissertation von Cromwell, Atlantic Partnership, S. 49ff.

2) Foreign Economic Policy for the 1960's. Report of the Joint Economic Committee to the Congress of the United States with Minority and Other Views, 87th Cong. 2nd Sess., Joint Committee Print, House Report No. -, Washington D.C. G.P.O. 1962, S.8; Zum instrumentalen Gebrauch des Handels in der amerikanischen Außenpolitik siehe bes. Krippendorff, Amerikanische Strategie, S. 393ff.

3) United States Security, Agreements and Commitments Abroad, Part 10. Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 91st Cong., S. 2199.

Im Zusammenhang mit den ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten in und an den Ländern Westeuropas kommt der Stationierung der US-Truppen in diesem Teil der Welt zunächst die Aufgabe zu, die amerikanischen Direktinvestitionen militärisch abzusichern. Darüber hinaus sollen sie aber auch gewährleisten, daß diese Region als Markt für amerikanische Produkte erhalten bleibt. Hillenbrand hat die Ansicht vertreten, daß die Vereinigten Staaten von diesem Markt durch die UdSSR ausgeschlossen worden wären, wenn die NATO nicht gegründet worden wäre, und er besteht darauf, daß ein Rückzug der US-Truppen dazu führen werde, daß die bisherigen Verbündeten zunehmend unter den Einfluß der Sowjetunion geraten würden und damit als Abnehmer amerikanischer Waren verlorengingen¹. Angesichts der ökonomischen Interessen der USA an Westeuropa hält Hillenbrand daher die militärische Präsenz seines Landes in Westeuropa für eine angemessene Investition. Vor einem Unterausschuß des Fulbright-Committees drückte er diese Überzeugung so aus:

"Wenn wir den angemessenen Geldbetrag für die erforderlichen Streitkräfte ausgeben, ist das das beste Rezept für die Art von ökonomischen Beziehungen mit Europa, die für unsere Wirtschaft gut ist"².

In diesem Statement schwingt bereits der Hinweis mit, daß die Sicherung der ökonomischen Interessen der USA an Westeuropa gegenüber dem Systemkonkurrenten UdSSR nicht der einzige Grund für die fortbestehende militärische Europapräsenz der Vereinigten Staaten ist. Die Erhaltung der vorteilhaften außenwirtschaftlichen Beziehungen - nach Czempiel das zweite Strukturziel der amerikanischen Außenpolitik neben der Wahrung ihrer Handlungsfreiheit³ - wurde in der letzten Hälfte der sechziger und in den siebziger Jahren weit eher durch die divergierenden wirtschaftlichen Interessen

1) United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 91st Cong., S. 2199.

2) *ibid.*, S. 2203.

3) Czempiel, "Entwicklungslinien", bes. S. 784.

innerhalb des Bündnisses gefährdet als durch die Möglichkeit irgendwelcher Interventionen von außen. Diese Zeit ist gekennzeichnet durch eine konstante Verschlechterung der wirtschaftlichen, währungspolitischen und handelspolitischen Position der USA vor allem gegenüber Westeuropa und Japan. Die Minderstellung resultiert sowohl aus der gesteigerten Produktivität der westeuropäischen Wirtschaft und dem teilweisen Verlust des technologischen Vorsprungs der Vereinigten Staaten als auch aus der inflationären Entwicklung in den USA als Folge des Vietnamkrieges. Im Bereich des Handels und der Währungspolitik erscheint die Europäische Gemeinschaft heute vielen Amerikanern weit eher als Konkurrent oder sogar Rivale denn als Verbündeter.

In den kommenden Jahren wird es das vorrangige Ziel der amerikanischen Außenpolitik sein, diese Schmälerung der ökonomischen Interessen der USA durch die Staaten Westeuropas zu beenden und eine vorteilhafte wirtschaftliche Position des Landes zurückzugewinnen¹. In seiner programmatischen Rede zur Erneuerung der atlantischen Allianz, in der das Thema 'Wirtschaft' nicht zufällig an erster Stelle stand, hat Henry Kissinger hervorgehoben, daß das europäische System der Integration, der Assoziationen und Präferenzen zu Lasten der Vereinigten Staaten geht. In seinem Wunsch nach einer Abänderung dieser für die USA unbefriedigenden Situation hat er den Hinweis eingebunden, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Lösung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Fragen im Bündnis besteht. Er warnte davor, daß eine ungezügeltere ökonomische Konkurrenz die Impulse für eine gemeinsame Verteidigung entscheidend schwächen könnte². Auch wenn

1) So bes. Ernst-Otto Czempel, "Das Jahr Europas. Interessen und Konzepte in der amerikanischen Europapolitik", in: Die neue Gesellschaft, 20. Jg., H.3, März 1973, S. 173-179.

2) Text in: Europa Archiv, 28. Jg., F.10, 1973, S. D 22off.

Henry Kissinger inzwischen behauptet hat, die von ihm im April 1973 konstatierte Verzahnung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Probleme in den atlantischen Beziehungen dürfe nicht so interpretiert werden, daß die USA "versuchen, ihre europäischen Verbündeten auf wirtschaftlichem Gebiet zu erpressen"¹, ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß das bestehende Schutzbedürfnis der Westeuropäer die Chancen der USA erhöht, durch Zusagen auf dem Gebiet der Sicherheit die Aussichten für handels- und wirtschaftspolitische Konzessionen der Alliierten zu verbessern. Auch wenn sich die Brauchbarkeit der militärischen Europapräsenz der USA als Instrument zur Förderung der ökonomischen Interessen der USA gegenüber den Verbündeten nicht genau bestimmen läßt², ist doch sicher, daß die USA nicht freiwillig auf die Hilfsfunktionen verzichten wollen, die ihnen die Stationierung ihrer Truppen bei ihrem Bemühen bieten, einen dauerhaften und erweiterten Zugang zu den sich ausdehnenden industriellen und landwirtschaftlichen Marktmöglichkeiten der EWG sicherzustellen.

1) Text der Presseerklärung in: Europa Archiv, 28.Jg., F. 19, 1973, S. D 532ff.

2) Auf das Erfordernis eines derartigen Hebels hat bereits Kennedy hingewiesen, als er im Mai 1962 erklärte: "Unsere Geschäftsleute, Arbeiter und Farmer brauchen neue Märkte - und der am schnellsten wachsende Markt auf der Welt ist der europäische gemeinsame Markt. Bald wird er 250 Millionen Konsumenten haben. Die Verkaufsmöglichkeiten auf diesem Markt sind noch kaum erschlossen. Sein Bedarf an amerikanischen Produkten ist ohne Beispiel - wenn wir nur die Werkzeuge bekommen können, um die Tür offen zu halten." Public Papers 1962, S. 359.

7.3 Der militärische Aspekt: die Verhinderung der Eskalation

Als zu Beginn der sechziger Jahre die militärische Absicherung des Interesses der USA an der fortdauernden Kooperation mit den Staaten Westeuropas in Widerspruch geriet zu der mit dem Ausbau der strategischen Trägersysteme der UdSSR einhergehenden Anfälligkeit des amerikanischen Territoriums für Verwüstungen durch Atomsprengköpfe, half sich die westliche Führungsmacht mit dem Strategiewandel von der "massive retaliation" zur "flexible response" aus diesem Dilemma. Das sich in dem Wechsel der strategischen Doktrin niederschlagende Interesse der Vereinigten Staaten an der Wahrung ihrer territorialen Integrität ist seither nicht geringer geworden. Im Gegenteil: die gestiegene Zahl der sowjetischen Interkontinentalraketen, die Entwicklung neuer Waffensysteme mit Mehrfachsprengköpfen und die Konstruktion orbitaler Angriffswaffen haben zusammen mit der inzwischen nachgewiesenen Unmöglichkeit, zureichende Abwehrsysteme gegen die strategischen Offensivwaffen bereitzustellen, das amerikanische Interesse an der Begrenzung der Schäden im Falle einer militärischen Auseinandersetzung noch verfestigt. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist trotz des ihr zur Verfügung stehenden Militärapparates heute weniger denn je in der Lage, in einem Atomkrieg den Fortbestand der amerikanischen Gesellschaft zu garantieren.

Diese Verwundbarkeit bedeutet einerseits, daß die USA bemüht sein müssen, in der partiellen Großmächtekooperation mit der UdSSR zu Vereinbarungen zu gelangen, durch die die Gefahren des Zusammenlebens atomar hochgerüsteter und konkurrierender Staaten gemindert werden. Die sowjetisch-amerikanischen Bemühungen um eine Einhegung des Nuklearkrieges zielen in diese Richtung¹. Andererseits gehört es zu den

1) Uwe Nerlich, "Die Einhegung des Nuklearkrieges. Zur politischen Bedeutung des amerikanisch-sowjetischen Grundsatzabkommens über die Verhütung von Nuklearkriegen", in: Europa Archiv, 28. Jg., F. 19, 1973, S. 669-678.

Axiomen der amerikanischen Außenpolitik, daß Entspannung, wie sie sich in derartigen Abkommen konkretisiert, ohne ein hohes Maß an Verteidigungsbereitschaft nicht möglich ist¹. Die traditionelle Bedrohungsperson, die seit der Mitte der fünfziger Jahre zwar modifiziert, aber nicht grundsätzlich revidiert wurde, schließt die Möglichkeit eines militärischen Konflikts mit der UdSSR nicht aus. Die USA bleiben daher an einer Strategie interessiert, mit der der Schaden in Grenzen gehalten werden kann, falls es zum Krieg kommen sollte.

Schadensbegrenzung verlangt nach Eskalationsprävention und diese fängt in den strategischen Konzepten der USA traditionell mit der Abschreckung an. Daran hat sich auch nichts geändert, als die Nixon-Administration der Strategie der "flexiblen Erwidern" ihr Etikett der "realistischen Abschreckung" aufklebte. Nach den Prämissen, auf denen die "flexible response" aufbaut, ist eine Abschreckungsstrategie in der Phase des atomaren Patt aber nur dann glaubwürdig, wenn die angegriffene Seite auf jeder Stufe der Konfliktintensität über die Mittel verfügt, eine Aggression abzuschlagen oder den Kampf auf die nächsthöhere Stufe zu eskalieren. Mehr noch als in der Strategie der "massiven Vergeltung" kommt den US-Truppen in Europa in der Doktrin der "flexiblen Erwidern" daher die Aufgabe zu, die Drohung mit dem Einsatz atomarer Waffen glaubwürdig

1) Zur grundsätzlichen Kritik an dieser Position siehe bes. Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden, Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt 1969; Philip Green, Deadly Logic. The theory of nuclear deterrence, Ohio State University Press 1966.

zu machen.¹ Während in der Zeit des amerikanischen Atommonopols und danach in der Phase der eindeutigen Vorherrschaft der USA in diesem Bereich Abschreckung auch ohne Europapräsenz möglich gewesen wäre, ist die Geiselrolle der amerikanischen Truppen seit Beginn der sechziger Jahre das unverzichtbare Bindeglied zwischen dem Einsatz westeuropäischer Soldaten und dem des amerikanischen Atompotentials und damit die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des nuklearen Verteidigungsversprechens der USA. Eine auf Eskalationsprävention und Schadensbegrenzung zielende Abschreckungsstrategie der USA bedarf als Ausgleich für den Verlust der Glaubwürdigkeit der Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen der Europapräsenz amerikanischer Truppen. Von ihrer Funktion für die Glaubwürdigkeit einer Abschreckungsstrategie her läßt sich eine umfangreiche Europapräsenz der USA allein aber nicht rechtfertigen. Für eine Analyse des militärischen Interesses der USA an der Beibehaltung ihrer Stationierungspolitik ist es vielmehr erforderlich, auch die Aufgaben zu berücksichtigen, die den US-Truppen bei der Verteidigung Westeuropas mit konventionellen und atomaren Waffen zugewiesen sind.

Das amerikanische Interesse an der Eskalationsprävention auch nach einem Scheitern der Abschreckung in Europa verlangt, daß bei einem militärischen Konflikt in diesem Teil der Welt keine Atomsprengköpfe eingesetzt werden. Die Urheber der Strategie der

1) Vor dem auswärtigen Ausschuß des Senats machte 1966 der spätere Außenminister, Kissinger, einen Versuch, die Zahl der Soldaten genau zu bestimmen, die für eine glaubwürdige Drohung mit dem Ersteinsatz atomarer Waffen in Europa erforderlich sind: "Als Marschall Foch 1914 gefragt wurde, wie viele britische Soldaten er für den Fall eines deutschen Angriffs haben wolle, soll er gesagt haben: 'Gebt mir einen und ich werde dafür sorgen, daß er am ersten Tag des Krieges getötet wird'. Im nuklearen Zeitalter mag diese Form der Bürgschaft auf etwa 5 bis 6 Divisionen angewachsen sein". siehe United States Policy Toward Europe, Committee on Foreign Relations, Senate, 89th Cong. 2d Sess., S. 156.

"flexible response" haben an diesem Erfordernis keinen Zweifel gelassen. Das Anheben der Atomschwelle bis ins Unendliche hat ein annäherndes Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte der NATO und des Warschauer Pakts in Europa zur Voraussetzung. Wie oben dargestellt wurde, kann bereits seit einigen Jahren von der Existenz eines derartigen Equilibriums ausgegangen werden - wenn man nicht sogar eine Überlegenheit des westlichen Bündnisses konstatieren muß. In beiden Fällen wollen die USA nicht auf die günstige Voraussetzung dafür verzichten, einen militärischen Konflikt in Europa nicht seitens der NATO eskalieren zu müssen. Für die Nixon-Administration gilt wie für ihre Vorgängerregierungen, daß sich die Atomschwelle in Europa umso sicherer anheben läßt, je mehr NATO-Soldaten dort zur Verfügung stehen. Das heißt auch: je mehr amerikanische Soldaten das konventionelle Potential der NATO verstärken, umso besser läßt sich die Eskalationsprävention garantieren. Zum anderen werden die US-Truppen in voller Stärke benötigt, um den Verbündeten zu demonstrieren, daß nach Ansicht der USA die Bedrohung Westeuropas nicht aufgehört hat und nach wie vor umfangreiche Verteidigungsanstrengungen erforderlich macht. Da kein Zweifel bestehen kann, daß die westeuropäischen Verbündeten unter innenpolitischem Druck im Falle eines Abbaus der amerikanischen Europapräsenz ihre Truppen gleichermaßen reduzieren würden, bestünde die Gefahr, daß das gesamte konventionelle Potential der NATO im Falle eines einseitigen Abzuges der US-Truppen wegen der nachfolgenden Anpassungsmaßnahmen der Alliierten so geschwächt würde, daß der frühzeitige Rückgriff auf Kernwaffen im Falle eines Konflikts nicht länger vermieden werden könnte.

Die amerikanischen Regierungsvertreter gehen davon aus, daß umfangreiche einseitige Reduzierungen der US-Truppen in Europa die Strategie der "flexible response"

ihrer materiellen Grundlage berauben würden¹. Der Rückzug eines substantiellen Teils der amerikanischen Streitkräfte würde demnach der NATO jene Optionsmöglichkeiten nehmen, die seit dem Strategiewandel zu Beginn der sechziger Jahre im Interesse der Eskalationsprävention aufgebaut wurden. Die Bemühungen der USA um eine Begrenzung ihrer Schäden auch nach dem Scheitern der Abschreckung würden aussichtslos.

Wie im Zusammenhang mit der Erörterung der politischen Funktion der amerikanischen Europapräsenz bereits dargestellt wurde, müßte der Verlust der Fähigkeit des westlichen Bündnisses zur Abwehr eines mit herkömmlichen Waffen vorgetragenen Angriffs erneut die Frage nach der Verfügungsgewalt über atomare Sprengköpfe in der NATO aufwerfen. Die Aufwertung der Bedeutung taktischer Atomsprengköpfe in der Strategie der Allianz und der Abzug einer großen Zahl der amerikanischen "Geiseln" müßten Bestrebungen der nicht atomar gerüsteten Alliierten aktualisieren, durch ein Mehr an Verfügungsgewalt über zumindest das taktische Atompotential des Bündnisses in Europa ein Weniger an Glaubwürdigkeit der Drohnung mit dem Einsatz dieser Vernichtungsmittel auszugleichen². Diese Diskussion würde die amerikanische Nonproliferationspolitik und die Bemühungen um die zentrale Verfügungsgewalt über die Atomwaffen der NATO in der Hand des amerikanischen Präsidenten in Frage stellen.

1) "Diese ganze Strategie der abgestuften Abschreckung würde zusammenfallen, falls es zu großen amerikanischen Reduzierungen kommen sollte". So Hillenbrand in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 34.

2) Die Frage nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen würde auch dann aktuell, wenn die Verbündeten wider Erwarten die durch den Abzug der US-Truppen entstehenden Lücken im konventionellen Potential der NATO schließen sollten. Siehe hierzu bes. die Ausführungen von Kenneth Rush, in: Military Implications of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Committee on Armed Services, Senate, 91st Cong. 1st Sess., S. 404.

Der Ausbau der konventionellen Optionsmöglichkeiten der NATO seit Beginn der sechziger Jahre ist nur ein Aspekt der amerikanischen Bemühungen um die Eliminierung des Atomkrieges als mögliche Form der militärischen Auseinandersetzungen in Europa. So lange die westliche Hegemonialmacht durch nicht von ihr kontrollierte Atomstreitkräfte der Alliierten in einen Kernwaffenkrieg mit der UdSSR verwickelt werden kann, ist das Problem für die USA nur unvollständig gelöst. Während die Kennedy-Administration daher bemüht war, durch den Ausbau der herkömmlich bewaffneten Streitkräfte der NATO den Atomwaffeneinsatz unnötig zu machen, forderte sie im Rahmen der "flexible response" zugleich die zentrale Verfügungsgewalt über die Kernwaffen der Allianz mit dem Ziel, einen Rückgriff auf A-Waffen gegen den Willen der USA auch unmöglich zu machen. Diese Politik hat ihren Niederschlag vor allem in der Rede gefunden, die McNamara im Juni 1962 in Ann Arbor hielt¹. Sie realisierte sich aber auch in konkreten Nonproliferationsmaßnahmen der Vereinigten Staaten in den sechziger Jahren.

Um eine zentralgeleitete Kampfführung im Interesse der Eskalationsprävention zu garantieren, bemühte sich die Kennedy-Administration zunächst erfolglos um die Ausklammerung atomarer Waffen aus den Frontdivisionen der NATO, ehe sie dazu überging, die in Europa stationierten taktischen Atomsprengköpfe mit elektronischen Schlössern zusätzlich zu sichern². Im Jahre 1963 wurden die Thor- und Jupiter-Raketen der USA in Großbritannien, Italien und der Türkei

1) Text in: Europa Archiv, 17. Jg., F.14, 1962, S. D 363-371.

2) Siehe hierzu die Rede von Senator Hubert Humphrey, in: CR, Vol. 108, 12.7.1962, No. 118, S. 12411f. Zu den Maßnahmen der Kennedy-Administration für eine wirksamere Kontrolle der Atomwaffen im eigenen Land siehe bes. Kolodziej, Uncommon Defense, S. 339ff.

abgebaut¹, ein Jahr später wurde das Programm für die Entwicklung einer mobilen Mittelstreckenrakete gestrichen, die nach ihrer von den Verbündeten geforderten Installierung in Westeuropa nur schwer zu kontrollieren gewesen wäre². Mitte der sechziger Jahre schließlich waren amerikanische Bestrebungen erkennbar, die "dual capability" der Streitkräfte der Verbündeten zumindest zu reduzieren und vor allem die Starfighter der Bundesluftwaffe zu "denuklearisieren".

Seit die USA auch die Pläne für eine gemeinsame Atomstreitmacht des Bündnisses zugunsten des Abschlusses eines Nonproliferationsvertrages aufgegeben haben, beschränkt sich die Möglichkeit der nichtnuklear gerüsteten Alliierten zur atomaren Teilhabe auf deren Mitarbeit in der nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO, durch deren Gründung bereits kurz nach dem Verzicht auf das MLF-Projekt die Minderstellung des westdeutschen Verbündeten gegenüber Frankreich und Großbritannien kompensiert werden sollte. Bei der NPG handelt es sich um eine Studiengruppe, die den Teilnehmerstaaten die Mitwirkung im nuklearen Planungsprozeß ermöglicht, ohne sie zugleich am physischen Mitbesitz an Atomwaffen zu beteiligen³. Obgleich die mit der NPG gegebenen Chancen zur Einflußnahme hinter den ursprünglichen Forderungen der BRD weit zurückbleiben - die Mitarbeit in der NPG garantiert weder den Einsatz noch den Nichteinsatz atomarer Waffen

1) Zu den legislativen Empfehlungen in dieser Richtung, die vor allem mit dem Erfordernis des frühzeitigen Einsatzes dieser Raketen begründet wurden, siehe bes. die von McNamara verlesenen Auszüge aus dem Report "The Study of United States and NATO Nuclear Weapons Arrangements" in: Hearings on Military Posture and H.R. 4016, Committee on Armed Services, House of Representatives, 89th Cong. 1st Sess., S.1338.

2) CR, Vol. 110, 7.10.1964, No. 192, S.A 5197.

3) Eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit der NPG zieht Mahncke, Mitwirkung, S. 239ff. Zur nuklearen Kooperation in der NATO nach dem Verzicht auf die MLF siehe auch John B. Kotch, "NATO Nuclear Arrangements in the Aftermath of MLF", in: Air University Review, Vol. XVIII, No. 3, März-April 1967, S. 78-87.

und stellt auch nicht sicher, daß sich die amerikanischen bzw. britischen Entscheidungsträger im Kriegsfall an die gemeinsamen Planungen halten - hat sich der westdeutsche Verbündete mangels einer Alternativen mit der Institutionalisierung von Information und Konsultation im Bereich der nuklearen Planung zufrieden gegeben.

Abgesehen vom Fortbestand nationaler Atomstreitkräfte in Frankreich und Großbritannien bildet die nukleare Planungsgruppe der NATO eine optimale Lösung im Interesse der USA an der zentralisierten Verfügungsgewalt über die Atomwaffen des Bündnisses. Der Rückzug eines Großteils der US-Truppen aus Europa müßte die Kontinuität der Arbeit der NPG jedoch in Frage stellen, weil ein Abbau der Europapräsenz nicht ohne die Verringerung der Zahl der in Westeuropa deponierten taktischen Atomsprengköpfe möglich ist, über deren Einsatz in der NPG vor allem gesprochen wird. Eine derartige Rückverlegung läßt sich nicht vermeiden, wenn in Westeuropa nicht ein "atomarer Überschuß"¹ entstehen soll, für dessen Bewachung durch amerikanische Truppen auch in Krisenzeiten nicht mehr ausreichend gesorgt wäre und der im Falle eines militärischen Konflikts entweder einem Angreifer in die Hände fallen oder aber in Panikstimmung zu früh eingesetzt würde. Das amerikanische Interesse an der Eskalationsprävention läßt sich mit einem Abbau der US-Truppen in Westeuropa bei Nichtverringerung der Zahl der in diesem Teil der Welt deponierten Atomsprengköpfe nicht vereinbaren. Das würde aber bedeuten, daß es gerade in dem Augenblick zum Abzug eines Teils der Atomsprengköpfe aus Europa kommen müßte, da diesen durch die Senkung der Atomschwelle als Folge der Verringerung der amerikanischen Truppen erhöhte

1) Zum Erfordernis des Abbaus der taktischen Atomsprengköpfe im Falle der Reduzierung der US-Truppen in Europa siehe auch Joffe, "Amerikanische Präsenz", S. 196.

Bedeutung für die Verteidigungsplanungen der NATO zukäme¹.

Der durch den Abbau der amerikanischen Truppenpräsenz erforderlich werdende Rückzug eines großen Teils der taktischen Atomsprengköpfe würde aber nicht nur die Frage nach der Verfügungsgewalt über die A-Waffen des Bündnisses aktualisieren². Nach der Logik der Strategie der "flexible response" würde durch eine solche Politik auch die Eskalationsgefahr im Falle eines Krieges in Europa erhöht, weil die taktischen Atomsprengköpfe nach deren Abzug als Element der Abschreckung vom Ersteinsatz derartiger Vernichtungsmittel durch einen Angreifer fehlen würden. Das mit der Strategie der "flexible response" vorrangig gesicherte militärische Interesse der USA an der Eskalationsprävention verbietet daher den unilateralen Abbau der in Westeuropa stationierten amerikanischen Truppen.

1) Nach Ansicht der zuständigen amerikanischen Militärs in Westeuropa können die 7000 amerikanischen taktischen A-Sprengköpfe in Europa auch dann nicht reduziert werden, wenn die USA in voller Stärke auf den Territorien ihrer Verbündeten bleiben. So General Burchinal, in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2112.

2) Es ist sicher kein Zufall, daß das Projekt einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht parallel zum Beginn der MBFR-Gespräche erneut in die Diskussion gebracht wurde. Zur ablehnenden Stellungnahme der BRD siehe die Ausführungen von Bundeskanzler Brandt in: Frankfurter Rundschau vom 23.7. und 28.7.1973.

8. Die Zukunft der Europapräsenz - Versuch einer Prognose

Die Europapräsenz der amerikanischen Streitkräfte dient den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen der USA in und an diesem Teil der Welt. Die Vorteile, die den Vereinigten Staaten aus ihrer Stationierungspolitik erwachsen, werden zumindest von der Exekutiven für größer gehalten als die finanziellen Nachteile, die den USA aus der Anwesenheit ihrer Truppen auf den Territorien der westeuropäischen Verbündeten entstehen. In der amerikanischen Regierung besteht daher nach wie vor wenig Neigung, an dem als für die USA vorteilhaft erkannten gegenwärtigen Zustand substantielle Veränderungen vorzunehmen¹. Im Gegenteil: die Repräsentanten der Nixon-Administration haben in einer Vielzahl von Statements, die von der Rede des Präsidenten im Oktober 1970 in Limerick bis zu den Versprechungen seines Verteidigungsministers vor den verschiedenen NATO-Gremien im Jahre 1973 reichen, glaubhaft versichert, daß die Anwesenheit der US-Truppen in Westeuropa auch in den kommenden Jahren ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Investitionen in die kollektive Sicherheit des westlichen Bündnisses sein wird. Ob und in welchem Ausmaß sich diese Absicht realisieren läßt, wird jedoch von einer Reihe sehr unterschiedlicher politischer Faktoren abhängen, deren wichtigster die Entwicklung des innenpolitischen Drucks auf die amerikanische Stationierungspolitik, das Ergebnis der

1) Hillenbrand erklärte am 26. Juni 1970 in dem Hearing über United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe vor einem Unterausschuß des Committee on Foreign Relations: "Unter dem gegenwärtigen System ist die Nettobilanz - wirtschaftlich, politisch und militärisch - zu unseren Gunsten, und Sie sollten es sich ernsthaft überlegen, ehe Sie anfangen, dieses System abzubauen".

multilateralen Verhandlungen über einen Truppenabbau in Europa und die Bereitschaft der westeuropäischen Verbündeten zur Übernahme höherer Kosten für die kollektive Sicherheit des atlantischen Bündnisses sein werden.

Die Fortsetzung der amerikanischen Stationierungspolitik wird auch in Zukunft starkem innenpolitischem Druck ausgesetzt sein. Nachdem das Thema Europapräsenz nach den beiden Abstimmungsniederlagen Mansfields im Mai und November 1971 im Senat an Brisanz verloren hatte und 1972 kein Amendment in der von Mansfield vorgeschlagenen Form eingebracht wurde, ist es in jüngster Zeit erneut zum Gegenstand heftiger Kontroversen im Congress geworden. Es hat sich gezeigt, daß die spektakulären außenpolitischen Initiativen Präsident Nixons die Frage der Stationierung umfangreicher US-Truppen in Europa nur vorübergehend in den Hintergrund schieben konnten. Mit dem rapiden Anstieg der Dienstleistungsausgaben der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik, dem Kaufkraftverlust als Folge der Dollar-Abwertung und der Aufwertung der DM sowie den Preissteigerungen in Westdeutschland wurde das Problem der finanziellen Belastung der Vereinigten Staaten aus ihrer Stationierungspolitik erneut aktuell. Zugleich hat die Regelung des Deutschland- und Berlinproblems und die Konkretisierung des Entspannungsprozesses in der Europäischen Sicherheitskonferenz und den MFR-Verhandlungen der Frage nach dem Sinn einer ungeschmälerten militärischen Europapräsenz neuen Zündstoff gegeben. Auch die Pläne für die Abschaffung der Wehrpflicht in den USA und die dringend benötigten Mittel für die Lösung der brennenden innenpolitischen Probleme der USA lassen eine Reduzierung des Militäretats im Titel "Europapräsenz" angeraten erscheinen. Die amerikanische Regierung wird sich darüber hinaus zunehmend die Frage gefallen lassen müssen, wieso Vietnamisierung in Vietnam sinnvoll ist, während die Europäisierung für Europa angeblich kein ernstzunehm-

mendes Konzept darstellt¹.

Bereits im März 1973 sprach sich die demokratische Fraktion im Senat bei weniger als einem Dutzend Gegenstimmen für einen Abbau der in Übersee stationierten US-Truppen aus². Im Juli verlangte Senator Mansfield dann sowohl die Auflösung der NATO als eines Überrestes des Kalten Krieges³ als auch die Reduzierung der amerikanischen Bodentruppen im Ausland um die Hälfte binnen drei Jahren⁴. Der Druck des Senats auf einen Abbau der Europapräsenz gipfelte schließlich in den Abstimmungen vom September 1973, in denen es den Kritikern der amerikanischen Stationierungspolitik erstmals gelang, eine Mehrheit für ihre Abzugsforderungen zu bekommen. Nachdem zunächst am 26. September mit 51 gegen 44 Stimmen ein Antrag abgelehnt worden war, der die Verringerung der US-Streitkräfte in Übersee um 40% vorsah, billigte der Senat einen Tag später mit 48 gegen 36 Stimmen die Verminderung der amerikanischen Bodentruppen im Ausland um 23% bis zum 31. Dezember 1975⁵.

Die Entscheidung des Senats hat nichts an den fort dauernden Zusicherungen der Nixon-Administration gegenüber den Verbündeten geändert, die Truppen der USA in nächster Zukunft nicht zu reduzieren. Diese Kontinuität in dem amerikanischen Präsenzversprechen resultiert einerseits aus der Tatsache, daß im

1) Dieser Aspekt der Nixon-Doktrin wurde bes. von dem Abgeordneten Mikva angesprochen in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's, Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong., 2d Sess., S.425.

2) AFP/ddp-Meldung vom 16.3.1973.

3) In seinem Bericht an den außenpolitischen Ausschuß des Senats. Reuter-Meldung vom 24.7.1973.

4) Mansfield machte diese Aussage vor dem Senatsausschuß für Rüstungskontrolle. AP-Meldung vom 25.7.1973.

5) Europa Archiv, 28. Jg., F. 20, 1973, S. Z208.

Repräsentantenhaus bisher alle Anträge abgelehnt wurden, die auf einen Abbau der US-Truppen in Übersee zielten. Im Juni und August 1973 konnten sich weder die Befürworter eines Vorschlages durchsetzen, die Zahl der im Ausland stationierten amerikanischen Soldaten um die Hälfte zu verringern, noch fand ein wesentlich gemäßigterer Antrag zur Reduzierung dieser Streitkräfte um lediglich 109 000 Mann die Zustimmung der Abgeordneten¹. Selbst in dem sehr unwahrscheinlichen Fall, daß aus einer Konferenz von Delegationen beider Häuser eine Bestimmung hervorgehen würde, mit der die Exekutive zum Abzug der US-Truppen veranlaßt werden sollte, wäre nicht damit zu rechnen, daß diesem Beschluß der Legislative auch ein Abbau der amerikanischen Europapräsenz folgen würde. Richard Nixon hat mehrfach betont, daß er sich mit der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Macht des Präsidenten jedem Votum widersetzen werde, die US-Truppen in Europa zum gegenwärtigen Zeitpunkt einseitig abzubauen.

Seit einiger Zeit wird diese Weigerung vor allem mit dem Hinweis auf die angestrebten bzw. in Aussicht stehenden oder bereits laufenden Verhandlungen über einen Abbau der Truppen der NATO und des Warschauer Pakts in Europa begründet². Als die UdSSR und ihre

1) AP-Meldung vom 20.6.1973 und dpa-Meldung vom 2.8.1973.

2) Nach der englischen Bezeichnung "Mutual Balanced Force Reductions" wurden diese Gespräche zunächst MBFR-Verhandlungen genannt. Neben dieser Abkürzung bürgert sich zunehmend "MFR" ein. Diese Kürzel trägt der Weigerung der sozialistischen Staaten Rechnung, die westliche Forderung nach Ausgewogenheit der Reduzierungen zu akzeptieren. Christoph Bertram, Mutual Force Reductions in Europe: The Political Aspects, Adelphi Papers 84. London (IISS) 1972; ders., "Gegenseitige Truppenverringerung in Europa. Politische Möglichkeiten, Risiken und Chancen", in: Europa Archiv, 27. Jg., F.2, 1972, S. 49-60; Wilfried von Bredow, "MBFR und europäische Sicherheit", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 18. Jg., H.2, 1973, S. 120-131; Dieter Senghaas, Volker Rittberger, Burkhard Lubert, "MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?", in: Carola Bielfeldt u.a., Frieden in Europa? Zur Koexistenz von Rüstung und Entspannung, Frankfurt a.M. 1973, S. 48-87. Lothar Ruehl, "Beiderseitige Truppenverminderungen in Europa. Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen von MBFR-Verhandlungen", in: Europa Archiv, 28. Jg., F.10, 1973, S. 325-340.

Verbündeten in der Mitte der sechziger Jahre erneut das Konzept einer Europäischen Sicherheitskonferenz propagierten, wurde der Entspannungsdialog seitens der NATO um diese Variante erweitert¹. Dabei war der Wunsch nach einer Neutralisierung des senatorialen Drucks auf die amerikanische Stationierungspolitik der wichtigste Beweggrund für diese Initiative. Erstmals auf ihrer NATO-Ratstagung Ende Juni 1968 bekundeten die Außenminister der Allianz - mit Ausnahme Frankreichs - ihre grundsätzliche Bereitschaft zu MBFR-Verhandlungen. Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 in der CSSR wurde das Projekt vorübergehend zurückgestellt, ehe es auf der Ministerratstagung des westlichen Bündnisses im Mai 1970 erneut vorgebracht wurde.

Die Staaten des Warschauer Pakts zögerten zunächst, auf die Verhandlungsofferte der NATO einzugehen, weil sie offensichtlich befürchteten, daß durch langwierige und komplizierte MBFR-Gespräche ihr vorrangiges Interesse an Übereinkünften auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz Schaden nehmen würde. Erst im Mai 1971 deutete Breschnew die Bereitschaft der UdSSR an, über die Reduzierung ausländischer und nationaler Streitkräfte in Europa zu verhandeln². Die Staaten des Warschauer Pakts verhielten sich in der Folgezeit jedoch erneut zurückhaltend gegenüber den Sondierungsversuchen der NATO in dieser Angelegenheit, und es bedurfte eines von westlicher Seite konstruierten Junktims zwischen KSZE und MBFR, ehe Ende Januar 1973 die Vorgespräche und Ende Oktober des gleichen Jahres die eigentlichen Verhandlungen in Wien begannen³.

1) Eine sehr ausführliche Dokumentation der mit MBFR im Zusammenhang stehenden Dokumente bis 1972 bietet Schramm u.a., Sicherheitskonferenz. Für die Zeit danach s. bes. die Dokumentationen des Europa Archivs.

2) Auszüge aus der Rede Breschnews in Tiflis in: Europa Archiv, 26. Jg., F.14, 1971, S.D 348.

3) Friedrich Ruth, "Die Wiener Vorgespräche über Truppenverminderung. Verlauf und Ergebnis", in: Europa Archiv, 28. Jg., F.18, 1973, S. 643-650.

Nachdem in der inneramerikanischen Diskussion bereits seit 1966 die Forderung nach einer formellen oder informellen Übereinkunft mit der UdSSR über den Abbau auch des russischen Bedrohungspotentials in Osteuropa von den Regierungsvertretern zunehmend zur Voraussetzung für eine Reduzierung der US-Truppen in Europa gemacht worden war¹, ist seit dem Aufkommen des MBFR-Projekts die Perspektive von multilateralen Verhandlungen über dieses Thema das am meisten vorgebrachte Argument gegen die Abzugswünsche Senator Mansfields und seiner Anhänger. Die kurz- bzw. mittelfristig unverminderte Europapräsenz der amerikanischen Divisionen ist nach Ansicht der Nixon-Administration die unverzichtbare Voraussetzung für deren langfristige Reduzierung über MBFR. Diese an Vorstellungen einer Politik der Stärke orientierte Betrachtungsweise unterstellt, daß die UdSSR kein Eigeninteresse an dem Abbau ihrer militärischen Anwesenheit in einigen sozialistischen Staaten Osteuropas hat und daher nur durch Verhandlungen, in denen die westliche Seite so stark wie irgend möglich auftreten muß, zu Zugeständnissen gezwungen werden kann. Auf die Tradition dieser Argumentation, nach der die amerikanische Europapräsenz die westliche Position sowohl bei den SALT-Gesprächen als auch bei den Berlinverhandlungen der Vier Mächte stützen sollte, ist bereits im Zusammenhang mit der Erörterung der intraallianzpolitischen Funktion der US-Truppen in Europa hingewiesen worden.

1) So McNamara in: Atlantic Alliance, Subcommittee on National Security and International Operations of the Committee on Government Operations, Senate, 89th Cong., 2d Sess., S. 196. In der Legislativen wurde diese Argumentation besonders von den Senatoren Clark und Jackson vorgetragen, s. CR Vol. 112, 31.8.1966, S. 21447f. und ibid., 1.9.1966, S.21576f.

Seit dem Beginn der Diskussion über das MBFR-Projekt bestehen die Vertreter der amerikanischen Regierung darauf, daß ein unilateraler Abbau der US-Truppen in Europa Verhandlungen über eine beiderseitige Verringerung der konventionellen Streitkräfte in diesem Teil der Welt torpedieren würde¹. Die einseitige Verminderung der amerikanischen Soldaten würde demnach der UdSSR jeden Anreiz zu diesbezüglichen Gesprächen mit den USA und der NATO nehmen, weil sie auch ohne Verhandlungen und ohne den Preis von Gegenleistungen alles bekommen würde, worauf die sowjetische Westeuropapolitik nach Ansicht der amerikanischen Exekutive abzielt². Ein typisches Beispiel für diese Argumentationsweise auch im Congress lieferte Senator Robert P. Griffin, als er die im Mai 1971 erstmals bekundete Bereitschaft der UdSSR zu Gesprächen über einen Truppenabbau in Europa noch am gleichen Tag zu einem Angriff gegen das zu dieser Zeit gerade verhandelte Mansfield-Amendment ausnutzte:

"Der Zeitpunkt für das Mansfield-Amendment könnte nicht unglücklicher oder weniger passend gewählt sein. Der Senat läuft Gefahr, in die Geschichte als der Senat einzugehen, der die vielversprechendsten Abrüstungsgespräche unserer Zeit zum Scheitern brachte. Erst heute Morgen hat der sowjetische Parteichef Breschnew von seinem Interesse gesprochen, über Truppenreduzierungen in Zentraleuropa zu verhandeln. Welchen Anreiz hätte er, sich zu Reduzierungen des Warschauer Paktes zu verpflichten, falls das Mansfield-Amendment angenommen werden sollte?"³

1) Präsident Nixon behauptete im März 1973 in einer Fernsehrede sogar, daß eine einseitige Reduzierung der US-Truppen die Kriegsgefahr in Europa erhöhen werde. dpa-Meldung vom 31.3.1973.

2) So bes. Hillenbrand in: United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10, United States Forces in Europe, Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, Senate, 91st Cong., S. 2220. In gleicher Weise argumentierten die Generäle Burchinal in ibid., S. 2084 und Goodpaster in: United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's. Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., S. 4. Siehe auch die Ausführungen Elliot Richardsons in: Europa Archiv, 25. Jg., F.4, S.D 98f.

3) CR, Vol. 117, 14.5.1971, No. 71, S. 6893. Das "Timing" der Tiflis-Rede Breschnews legt die Vermutung nahe, daß auch die UdSSR zu diesem Zeitpunkt an einem unilateralen Abzug der amerikanischen Truppen nicht interessiert war.

Zwei Tage später nahm auch Außenminister Rogers die Offerte Breschnews in seine Kritik an dem Zusatzantrag Mansfields auf, als er erklärte, es sei unsinnig, daß sich die USA durch einen unilateralen Rückzug ihrer Truppen der Chance beraubten, mit der UdSSR eine Vereinbarung über einen wechselseitigen Abbau des konventionellen Destruktionspotentials in Europa auszuhandeln¹. Bei der Diskussion um den zweiten Vorstoß Mansfields vom November 1971 war die Kritik an dem angeblich schlechten "Timing" erneut das Hauptargument der Gegner eines substantiellen Abzuges amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik². Auch nach dem Abschluß der Vorgespräche blieb der Hinweis auf die anstehenden MBFR-Verhandlungen die Trumpfkarte, mit der die Administration in den Hearings im Sommer 1973 versuchte, die neuerlichen Initiativen in Richtung auf einen unilateralen Abbau der amerikanischen Truppen in Europa abzublocken³.

Nachdem sich die Zahlen für die militärische Europa-präsenz der Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutlich rückläufig entwickelt hatten, kamen die amerikanischen Abzüge parallel mit dem Aufkommen des MBFR-Projekts zum Stillstand⁴. Anfang der siebziger Jahre, als sich die Perspektive von Verhandlungen über einen wechselseitigen Truppenabbau zu konkretisieren begann, wurden die US-Truppen in Europa sogar geringfügig verstärkt, weil die USA hofften, auf diese Weise ihre Ausgangsposition bei den

1) Congressional Quarterly, Vol. XXIX, No. 21, 21.5.1971, S. 1095.

2) Siehe bes. die Briefe Präsident Nixons vom 22.11.1971 an Senator Stennis und Verteidigungsminister Lairds vom 18.11.1971 an Senator Thurmond, in: CR, Vol. 117, 23.11.1971, No. 181, S. 19493 und 19506. siehe auch die Reden der Senatoren Stennis, Jackson, Goldwater, Allott, Muskie, Scott und Javits vom gleichen Tag.

3) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 28, 14.7.1973, S. 1896.

4) Siehe oben S. 55.

anstehenden Rüstungskontrollverhandlungen über MBFR vor deren Beginn zu verbessern. Die 1971 zusätzlich nach Westeuropa verlegten 10 000 US-Soldaten sind seither aber auch mehrmals als ein Kontingent beschrieben worden, über dessen Abzug die Exekutive mit der Legislative verhandeln könne, ohne die sicherheitspolitische Position der NATO substantiell zu schwächen.

Im Gegensatz zu den Zielvorstellungen, die mit Rüstungskontrollverhandlungen über einen Truppenabbau in Europa verbunden sind, hat das von der Nixon-Administration aufgestellte Junktim zwischen einem Abbau der US-Truppen in Europa und einem erfolgreichen Abschluß der MFR-Gespräche bisher allein zur Stabilisierung der militärischen Europapräsenz der USA beigetragen, und die Komplexität der in Wien zur Diskussion stehenden Fragen wird dafür sorgen, daß die MFR-Verhandlungen auch in naher Zukunft stabilisierend auf die Anwesenheit der amerikanischen Truppen in Europa wirken werden.

Die Schwierigkeiten bei dem angestrebten Kontrollabkommen konzentrieren sich um den Begriff des militärischen Gleichgewichts. In dieser Frage gibt es bereits innerhalb der westlichen Allianz erheblich divergierende Ansichten. Selbst in den einzelnen Ländern schwanken die diesbezüglichen Aussagen je nach dem Zweck, der mit ihnen verfolgt werden soll. Zwischen den beiden Blöcken ist dieser Verhandlungspunkt noch kontroverser: während der Westen davon ausgeht, daß Streitkräfteverringerungen zwischen den Militärallianzen in Europa asymmetrisch zu erfolgen hätten und die UdSSR mit ihren Verbündeten wegen des angeblich wesentlich größeren konventionellen Potentials und den geographischen Vorteilen für das östliche Bündnis stärker reduzieren müßten als die NATO, lehnen die sozialistischen Staaten diese Forderung als in-diskutabel ab. Diese Haltung schlägt sich nicht zuletzt in ihrer Weigerung nieder, das Adjektiv "ausgewogen" in die Benennung der Gespräche in Wien aufzunehmen.

Die fehlende Gemeinsamkeit bei der Bestimmung von Kriterien für ein militärisches Gleichgewicht ist nicht der einzige Grund, der ein kurzfristiges und positives Ergebnis in Wien ausschließt¹. Noch immer besteht eine gewisse Unschärfe hinsichtlich des Gegenstandes von MFR-Verhandlungen. Selbst dem Kommuniqué über den Beginn der Gespräche² ist nicht zu entnehmen, ob ein noch auszuhandelndes Abkommen im wesentlichen nur die in Europa stationierten ausländischen Truppen betreffen würde, oder ob auch die nationalen Kontingente der betroffenen europäischen Staaten in einem entsprechenden Rüstungskontrollabkommen erfaßt werden sollen. Die Frage der Einbeziehung der atomaren Sprengköpfe in MFR-Gespräche ist noch völlig ungeklärt. Nicht zuletzt bleibt zu bedenken, daß die Regelung der Kontroll- und Verifikationsprozeduren bei allen bisherigen Rüstungskontrollvereinbarungen nur schwer zu überwindende Hindernisse darstellten.

Angesichts der großen Zahl von Schwierigkeiten, für die eine Lösung gefunden werden muß, ehe eine Übereinkunft in Wien möglich erscheint, und angesichts der Weigerung der Nixon-Administration, vor dem Abschluß eines MBFR-Abkommens die amerikanische Europa-präsenz abzubauen, ist nicht damit zu rechnen, daß die US-Truppen in der Bundesrepublik in nächster Zeit reduziert werden. Daran wird sich auch für den Fall nichts ändern, daß die legislative Opposition gegen die amerikanische Stationierungspolitik nicht nachlassen sollte, einen einseitigen Abbau der US-Truppen als gradualistische Vorleistung an die UdSSR zu fordern. Der Beginn der Hauptverhandlungen über MFR im Oktober 1973 in Wien hat die Position der Nixon-Regierung gegenüber ihren Kritikern vielmehr gestärkt, weil die Exekutive bei ihren Abzugsweigerungen nun

1) Zu den Schwierigkeiten bei MBFR vor dem Hintergrund der Trends der Rüstungskontrollpolitik der vergangenen Jahre siehe Senghaas/Rittberger/Luber, "Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?", S. 59ff.
2) Text in: Europa Archiv, 28. Jg., F.18, 1973, S. D514.

auf die gerade laufenden Verhandlungen verweisen kann und sich in ihrer Argumentation nicht auf die perspektivische Möglichkeit derartiger Erörterungen zu beschränken braucht. Es wäre unlogisch, wenn der Congress einen unilateralen Abbau der amerikanischen Truppen in Europa während der laufenden Verhandlungen erzwingen wollte, nachdem er sich zuvor mit Rücksicht auf diese Gespräche zu einem derartigen Schritt nicht entschließen konnte.

Der seit dem Frühjahr 1973 erneut auflebende innenpolitische Druck auf die amerikanische Stationierungspolitik ist jedoch insofern nicht wirkungslos geblieben, als die Nixon-Administration bemüht war, einige Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. So legte sie in der Pentagon-Studie vom 7. Juni 1973¹ eine wesentlich realistischere Einschätzung des Kräfteverhältnisses in Europa bei den konventionell gerüsteten Streitkräften vor, als das zuvor in NATO-Papieren der Fall war. Während durch diese Studie die Kluft zwischen den von Ost und West genannten Daten hinsichtlich des konventionellen Kräfteverhältnisses verringert und die Erfolgsaussichten für Verhandlungen verbessert wurden, verzichteten die USA im Abschlußkommuniqué der Besprechungen zwischen Nixon und Breschnew im Juni 1973 darauf, an dem Grundsatz der Ausgewogenheit als konstitutivem Element der Rüstungskontrollverhandlungen explizit festzuhalten².

Die durch diese Politik erleichterten MFR-Verhandlungen werden zu einem Abbau der militärischen Europapräsenz der USA führen. Zum Ausmaß des in Europa verbleibenden amerikanischen Kontingents hat Kissinger im April 1973 erklärt, eine vernünftige Verteidigungsposition müsse auf dem "sichersten Minimalumfang" und zu den "sichersten Minimalkosten" aufgebaut werden³. Was im Einzelnen

1) Washington Post vom 7.6.1973.

2) Text des gemeinsamen Kommuniqués in: Europa Archiv, 28. Jg., F.15, 1973, SD420-426.

3) Text der Rede Kissingers vom 23. April 1973 in: Europa Archiv, 28. Jg., F.10, 1973. S.D220-225.

darunter zu verstehen sein könnte, wurde durch gezielte Indiskretionen bekannt, in denen von amerikanischen Plänen die Rede ist, nach denen die USA insgesamt 30% ihrer Streitkräfte aus Mitteleuropa im Rahmen von MFR abbauen wollen¹. Nach einem Bericht des Unterausschusses für Europa des auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses vom Dezember 1973 strebt die NATO bereits für das Ende der ersten Phase eine Reduzierung der amerikanischen und russischen Truppen in Mitteleuropa um jeweils 14% an².

Eine Vereinbarung über MFR bringt aber nicht nur die Reduzierung der amerikanischen Europapräsenz, sondern auch die langfristige Institutionalisierung und vertragliche Absicherung der Anwesenheit der in Europa verbleibenden US-Truppen. Die sich in MFR konkretisierenden Bemühungen, das militärische Gleichgewicht in Europa auf einem niedrigeren als dem gegenwärtigen Niveau zu stabilisieren, ist mit der Fixierung der militärischen Europapräsenz der USA gekoppelt. Eine derartige vertragliche Vereinbarung im Rahmen von MFR bringt für die an der Fortdauer einer Stationierung substantieller US-Truppen interessierte Administration eine Reihe von Vorteilen, deren wichtigster darin zu sehen ist, daß ein MFR-Abkommen ein hinreichendes Instrument sein wird, den legislativen Druck auf eine Reduzierung der amerikanischen Europapräsenz in der von Mansfield angestrebten und eine MFR-Regelung überschreitenden Größenordnung wirkungsvoll abzuwehren. Eine vertragliche Festsetzung der Zahl der in Europa verbleibenden amerikanischen Soldaten setzt den legislativen Abzugswünschen Grenzen, die vor allem mit Rücksicht auf die Alliierten eingehalten werden müssen, weil eine MFR-Regelung gegenüber diesen die feste Zusage einschließt, daß amerikanische Truppen in einer vereinbarten Stärke für eine fest-

1) Frankfurter Rundschau vom 15.9.1973.

2) dpa-Meldung vom 27.12.1973.

gelegte Zeit in Europa bleiben. Zu den politischen, ökonomischen und militärischen Argumenten für die Beibehaltung einer umfangreichen militärischen Präsenz der USA in Europa wird nach dem Abschluß von Vereinbarungen im Rahmen von MFR noch der Hinweis treten, daß die vertraglichen Vereinbarungen mit der UdSSR und den Alliierten eingehalten werden müssen.

Während die amerikanischen Truppen als Folge von MFR-Vereinbarungen quantitativ verringert werden - was keinesfalls einer qualitativen Reduzierung der militärischen Europapräsenz der USA im gleichen Ausmaß entsprechen wird¹ - ist damit zu rechnen, daß der Preis ansteigt, den die Westeuropäer für die Fortdauer der amerikanischen Stationierungspolitik zu zahlen haben werden. Die über MFR institutionalisierte Europapräsenz wird die Europäer mehr kosten als in der Vergangenheit². Das wurde spätestens in der Rede deutlich, die Henry Kissinger im April 1973 hielt, und in der er das Versprechen der Beibehaltung der amerikanischen Europapräsenz an Vorbedingungen knüpfte, die alle auf höhere Aufwendungen der Alliierten hinauslaufen. Wenn Kissinger erklärte, die USA er-

1) In seinem Jahresbericht für das Finanzjahr 1973 erklärte der amerikanische Verteidigungsminister Melvin R. Laird: "Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß die Verbesserung der NATO-Streitkräfte und MBFR einander ergänzen müssen. Wir werden vor, während und nach MBFR-Verhandlungen fortfahren müssen, unsere Streitkräfte zu verbessern". National Security Strategy of Realistic Deterrence, Secretary of Defense Melvin R. Lairds Annual Report, Fiscal Year 1973, February 15, 1972, Washington D.C. G.P.O. 1972, S. 113.

2) Direkte Zuwendungen der westeuropäischen und vor allem des bundesrepublikanischen Verbündeten zum amerikanischen Militäretat, wie sie bereits seit langem von Senator Symington gefordert werden, erscheinen inzwischen auch entschiedenen Gegnern der Abzugsforderungen als einziger Ausweg für ein gerechtes "burden sharing" im Bündnis. So forderte z.B. Senator Jackson im Sommer 1973 Präsident Nixon auf, er solle von den Alliierten in Europa Ausgleichszahlungen in Höhe von jährlich 2 Milliarden Dollar verlangen. Er kündigte zugleich an, er werde ein entsprechendes Gesetz einbringen. dpa-Meldung vom 7.8.1973.

warteten "von jedem Verbündeten einen fairen Anteil an den gemeinsamen Bemühungen um die gemeinsame Verteidigung"¹, so war diese Forderung zwar nicht neu. Derartige "burden-sharing"-Ansprüche durchziehen alle diesbezüglichen Statements amerikanischer Regierungsvertreter seit Anfang der sechziger Jahre. Neu war jedoch die Deutlichkeit, mit der Kissinger auf die wechselseitige Abhängigkeit der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Probleme innerhalb der Allianz verwies, und mit der er zu verstehen gab, daß die konkrete Ausgestaltung des amerikanischen Präsenzversprechens in Zukunft mehr als bisher von der Kooperationsbereitschaft der Alliierten abhängen wird.

Im Juli 1973 erbat sich der neue Verteidigungsminister der USA, Schlesinger, vor dem Senatsunterausschuß für Waffenkontrolle ein halbes Jahr Zeit, um mit den Verbündeten ein Abkommen auszuhandeln, das den westeuropäischen Alliierten eine größere finanzielle Beteiligung an den militärischen Lasten des Bündnisses auferlegen soll². Noch im selben Monat legten die USA dem Ständigen NATO-Rat und den Verbündeten "Anregungen" mit dem Ziel einer weiteren Entlastung der US-Zahlungsbilanz und des amerikanischen Militäretats vor³. Nach den in diesen Papieren niedergelegten Vorstellungen der Nixon-Administration soll der US-Anteil an der gemeinsamen Infrastruktur der Allianz weiter gesenkt werden, die europäischen Verbündeten sollen beschleunigt Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten ordern und die amerikanischen Truppen sollen bei der Unterhaltung ihrer Stützpunkte und Versorgungseinrichtungen in Europa finanziell und personell entlastet werden.

1) Text in: Europa Archiv, 28. Jg., F.10, 1973, S. D220-225.

2) Reuter/dpa-Meldung vom 30.7.1973.

3) Bericht der Frankfurter Rundschau vom 3.8.1973.

Seit Anfang der siebziger Jahre gehen die Verbündeten zunehmend auf diese Forderungen der amerikanischen Führungsmacht ein. Auf Initiative der Bundesrepublik einigten sich die in der Euro-Group zusammengeschlossenen NATO-Mitglieder zunächst im Oktober 1970 auf die Bildung eines gemeinsamen Fonds von 300 Millionen Dollar, aus dem ein Teil der Kosten für die US-Truppen in Europa bestritten werden sollte. Präsident Nixon verzichtete jedoch auf diese Hilfe, die ihm bei einem Militäretat der USA von 76 Milliarden Dollar für 1970 nur den Spott des Congresses eingebracht hätte¹. Ende 1970 erklärten die NATO-Staaten in der Euro-Gruppe dann ihre Bereitschaft, über einen Zeitraum von fünf Jahren ca. 1 Milliarde Dollar in einem "European Defense Improvement Program" bereitzustellen, mit dem die Infrastruktur des Bündnisses verbessert und der Beitrag einiger Alliierten - vor allem der BRD - zur konventionellen Verteidigung der NATO ausgebaut werden soll.² Im Januar 1972 lief in Westdeutschland ein Programm an, in dessen Rahmen die Bundesregierung 600 Millionen DM für die Renovierung amerikanischer Anlagen in der BRD aufwendet. Nach dem im Dezember 1972 veröffentlichten Euroreport übernahmen die Staaten der Euro-Group für 1973 zusätzliche Militärausgaben von 1,5 Milliarden Dollar, um die in der NATO-Studie "AD 70" aufgedeckten wichtigsten "Verteidigungslücken" der Allianz zu schließen. Im März 1973 konnte der damalige amerikanische Verteidigungsminister Richardson dem Armed Services Committee des Senats berichten, daß einige NATO-Staaten ihre Militärausgaben zwischen 1970 und 1973 um 30% erhöhten³. Die Anbindung des amerikanischen Präsenzversprechens an die Befreiung der USA von einem Teil

1) Siehe u.a. die Reaktion Senator Percys, in: CR, Vol. 116, 2.10.1970, S. 34686.

2) Text des Communiqués der Sitzung der Verteidigungsminister der Europäischen Gruppe in der NATO vom 1. Dezember 1970 in: Europa Archiv, 26. Jg., F.3, S.D 73.

3) Congressional Quarterly, Vol. XXXI, No. 13, 31.3.1973, S. 748.

der wirtschaftlichen Lasten ihres NATO-Engagements führt zunehmend zu konkreten "burden-sharing"-Maßnahmen, um die sich die Vereinigten Staaten in den sechziger Jahren vergeblich bemüht hatten.

Die Kooperationsbereitschaft der Verbündeten und die Reduzierung der amerikanischen Truppen als Bestandteil einer MFR-Regelung werden es der amerikanischen Exekutive ermöglichen, auch ihre militärische Europa-präsenz in ein vornehmlich an wirtschaftlichen Überlegungen orientiertes neues Konzept ihrer Außenpolitik einzupassen. Eine Verringerung der US-Streitkräfte im Rahmen von MFR hat darüber hinaus für die amerikanische Regierung den Vorteil, daß durch eine solche Regelung die von den Regierungsvertretern als abzugshemmend beschriebenen politischen Konsequenzen eines unilateralen Rückzuges der USA nicht heraufbeschworen würden: das militärische und politische Gleichgewicht zwischen den Blöcken bliebe erhalten; da die amerikanischen Abzüge durch Reduzierungen der nationalen Kontingente komplettiert würden und nicht durch Truppenverstärkungen der Alliierten ausgeglichen würden, bliebe auch innerhalb der NATO ein Equilibrium gewahrt, weil der befürchtete Aufstieg der Bundesrepublik zur führenden Militärmacht in Westeuropa vermieden würde; schließlich werden durch die Beteiligung der Alliierten an den Gesprächen in Wien die negativen psychologischen Auswirkungen vermieden, die ein einseitiger Abbau der amerikanischen Europa-präsenz nach Ansicht der Vertreter der amerikanischen Regierung ausgelöst hätte.

Auch eine im Rahmen von MFR reduzierte amerikanische Europapräsenz wird noch immer die politische Funktion haben, die Systemgleichheit zwischen den Staaten Westeuropas und den USA zu garantieren und Westeuropa als Handelspartner und als Anlagegebiet für amerikanische Investitionen zu erhalten¹. Während sich die

1) Die Symington-Hearings führten zu dem Ergebnis, daß die wachsende ökonomische Stärke Westeuropas die Bedeutung dieser Region für die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen der USA in Zukunft noch erhöhen wird. Security Agreements and Commitments Abroad. Final Report of the Subcommittee, December 21, 1970, S. 2424 und 2433ff.

politische und ökonomische Funktion der amerikanischen Stationierungspolitik nicht ändern werden, wird der Abbau der US-Truppen im Rahmen von MFR jedoch mit einem Wandel in deren militärischer Aufgabenstellung verbunden sein. Es ist das erklärte Ziel der auf der Nixon-Doktrin basierenden und vom damaligen Verteidigungsminister Laird ausformulierten Strategie der "realistischen Abschreckung"¹, daß die US-Truppen nicht länger das Rückgrat auch der konventionellen Verteidigung in Europa bilden, sondern daß die westeuropäischen Alliierten selbst die Divisionen aufbringen, die für die Instrumentierung der Strategie der "flexible response" erforderlich sind. Die anvisierte "neue Partnerschaft" zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten bedeutet im militärischen Bereich nicht mehr und nicht weniger, als daß die Alliierten in Zukunft in erster Linie selbst "für ihre Verteidigung sorgen"². Da das vorrangige amerikanische Interesse an der Eskalationsprävention nach einer MFR-Regelung vor allem durch eine Reduzierung des Militärpotentials der UdSSR und ihrer Verbündeten sichergestellt sein wird, läßt sich die Anwesenheit amerikanischer Truppen quantitativ auf ein Niveau zurücknehmen, das nicht länger an der Notwendigkeit der massiven amerikanischen Hilfe bei der Anfangsverteidigung Westeuropas orientiert sein wird. Andererseits muß das in Europa stationierte amerikanische Kontingent jedoch groß genug sein, um die konventionelle Verteidigung Westeuropas sicherzustellen, weil es der amerikanischen Regierung nur unter dieser Voraussetzung möglich sein wird, mit der UdSSR über die Reduzierung der Atomwaffen zu verhandeln.

1) National Security Strategy of Realistic Deterrence. Secretary of Defense Melvin R. Laird's Annual Defense Department Report, Fiscal Year 1973, February 15, 1972, Washington D.C. G.P.O. 1972.

2) Auszüge aus dem Bericht Laird's in: Europa Archiv, 27. Jg., F.11, 1972, S.D 251ff.

Die USA gehen davon aus, daß die NATO und mit ihr der Fortbestand der amerikanischen Europapräsenz auch in Zukunft die Grundlage jedes Sicherheitssystems in Europa bilden werden. Sicherheit in Europa ist nach Ansicht der Repräsentanten der Nixon-Administration nicht durch die Überwindung der traditionellen Konfrontation der antagonistischen Blöcke zu erreichen, sondern beruht auf der Erhaltung der gegenwärtigen Konfrontationsordnung, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau. Kein wie auch immer projektiertes Sicherheitssystem für Europa ist nach den Aussagen der Vertreter der Administration Nixon geeignet, die Auflösung des westlichen Bündnisses und das Ende der amerikanischen Europapräsenz zu rechtfertigen.

Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob sich diese Instrumente der amerikanischen Außenpolitik auch in Zukunft im gleichen Maße als Mittel hegemonialer Führung verwenden lassen wie in der Vergangenheit. Der Rückgang der relativen Bedeutung der US-Truppen für die konventionelle Verteidigung der NATO wird ebenso zur verminderten Verwertbarkeit dieses Instrumentes beitragen wie eine allgemeine Verringerung des Schutzbedürfnisses der westeuropäischen Alliierten als Folge der Entspannungspolitik in Europa. Ein Abbau der amerikanischen Europapräsenz muß zwangsläufig das Selbstbewußtsein der westeuropäischen Alliierten stärken, die schon jetzt für 80 Prozent der Kosten der nichtnuklearen Verteidigung der NATO aufkommen und dies auf den letzten Tagungen der NATO-Gremien auch immer wieder hervorgehoben haben. Die Europapräsenz der US-Truppen wird andauern. Ihre Verwertbarkeit zur Sicherung der politischen und ökonomischen Interessen der USA in und an Westeuropa wird jedoch zurückgehen in einer Zeit, in der sich die Gegensätze zwischen den westeuropäischen NATO-Staaten und den USA verstärken.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Übersicht:

1. U.S. Government Publications
 - 1.1 Materialien der US-Regierung
 - 1.2 Materialien des US-Congresses
 - 1.21 Hearings
 - 1.22 Reports
 - 1.23 Documents
 - 1.24 Committee Prints
 - 1.25 Sonstige Materialien
2. Literatur
 - 2.1 Monographien
 - 2.2 Aufsätze

1. U.S. Government Publications

1.1 Materialien der US-Regierung

Public Papers of the Presidents of the United States,
John F. Kennedy, 1961, Washington D.C. G.P.O.
1962ff.

Department of State (ed.), American Foreign Policy,
Current Documents 1961, Washington D.C. G.P.O.
1965 ff.

The Department of State Bulletin, Vol. XLIV, 1961 ff.

U.S. Bureau of the Census, Statistical Abstract of
the United States: 1971 (92nd ed.), Washington
D.C. G.P.O. 1971f.

United States Department of Commerce (ed.), Survey of Current Business, Vol. 41, 1961ff.

U.S. Overseas Bases. Present Status and Future Prospects. A Bibliographical Survey, Headquarters, Department of the Army, DA Pam 20-63, Washington D.C. G.P.O. 1963.

Nuclear Weapons and the Atlantic Alliance. A Bibliographical Survey, Headquarters, Department of the Army, Washington D.C. G.P.O. 1965.

1.2. Materialien des US-Congresses

Congressional Record, Vol. 107, 87th Cong. 1st Sess., 1961ff.

Congressional Quarterly, Vol. XXIX, 1971ff.

1.21 Hearings

Assignment of Ground Forces of the United States to Duty on the European Areas. Hearings before the Committee on Foreign Relations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 82nd Cong. 1st Sess., on S. Con. Res. 8, Wash. D.C. G.P.O. 1951.

Mutual Security Appropriations for 1960 (and Related Agencies), Hearings before the Committee on Appropriations on H.R. 8385, U.S. Senate, 86th Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1959.

Greater Cooperation among Atlantic Democracies. Hearing before the Committee on Foreign Relations, on S. Con. Res. 17, U.S. Senate, 86th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1960.

Hearings on the Formulation and Administration of United States Foreign Policy; Developments in Military Technology and Their Impact on United States Strategy and Foreign Policy; Ideology and Foreign Affairs; United States Foreign Policy in Western Europe; Economic, Social, and Political Change in the Underdeveloped Countries and Its Implications for United States Policy, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1961.

Department of Defense Appropriations for 1962.
Hearings before the Subcommittee of the
Committee on Appropriations, U.S. Senate,
87th Cong., 1st Sess., Washington D.C.
G.P.O. 1961ff.

Department of Defense Appropriations for 1962.
Hearings before the Subcommittee of the
Committee on Appropriations, House of
Representatives, 87th Cong. 1st Sess., Parts
1-6, Wash. D.C. G.P.O. 1961ff.

Military Procurement Authorization. Fiscal Year
1962. Hearings before the Committee on
Armed Services, U.S. Senate, 87th Cong.,
1st Sess. on Department of Defense Programs
and Authorization of Appropriations for
Procurement of Aircraft, Missiles, and Naval
Vessels by the Armed Forces, Washington D.C.
G.P.O. 1961ff.

Authorizing Appropriations for Aircraft, Missiles,
and Naval Vessels for the Armed Forces.No.10.
Hearings before the Committee on Armed
Services, House of Representatives, 87th
Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1961.

International Development and Security. Hearings
before the Committee on Foreign Relations,
U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess. on S.1983,
parts 1 and 2, Wash. D.C. G.P.O. 1961.

The International Development and Security Act.
Hearings before the Committee on Foreign
Affairs; House of Representatives, 87th
Cong. 1st Sess., on H.R. 7372, Parts 1-3,
Wash. D.C. G.P.O. 1961.

Authority for Ordering Ready Reserves to Active
Duty, Extension of Enlistments, and Additional
Appropriations for Procurement. Hearing before
the Committee on Armed Services, U.S. Senate,
87th Cong., 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1961.

Hearings before Committee on Armed Services of the
House of Representatives on Sundry Legislation
Affecting the Naval and Military Establish-
ments 1961, 87th Cong., 1st Sess., Wash.
D.C. G.P.O. 1961.

Foreign Operations Appropriations for 1962. Hearings
before the Subcommittee of the Committee on
Appropriations, House of Representatives,
87th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O.
1961 ff.

- Foreign Assistance and Related Agencies Appropriations for 1962. Hearings before the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess. on H.R. 9033, Wash. D.C. G.P.O. 1961ff.
- Foreign Assistance Act of 1961. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 87th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1961ff.
- Organizing for National Security. Hearings before the Subcommittee on National Policy Machinery of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1961.
- Military Posture Briefings (No. 9). Hearings before the Committee on Armed Services, House of Representatives, 87th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1961.
- Disarmament Agency. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 87th Cong., 1st Sess. on S.2180. Wash. D.C. G.P.O. 1961.
- Organizing for National Security. State, Defense, and the National Security Council. Hearings before the Subcommittee on National Policy Machinery of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., part IX, Wash. D.C. G.P.O. 1961.
- International Payments Imbalances and Need for Strengthening International Financial Arrangements. Hearings before the Subcommittee on International Exchange and Payments of the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Wash. D.C. G.P.O. 1961.
- Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., on the Nomination of Dean Rusk, Secretary of State-Designate, Washington D.C. G.P.O. 1961.
- Communist and Workers' Parties' Manifesto Adopted November-December 1960. Interpretation and Analysis. Hearings before the Subcommittee to Investigate the Administration of the Internal Security Act and Other Internal Security Laws of the Committee on the Judiciary, U.S. Senate, 87th Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1961.

Analysis of the Khrushchev Speech of January 6, 1961.
Hearing before the Subcommittee to Investigate
the Administration of the Internal Security
Act and Other Internal Security Laws of the
Committee on the Judiciary, U.S. Senate, 87th
Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1961.

Foreign Assistance Act of 1962. Hearings before the
Committee on Foreign Relations, U.S. Senate,
87th Cong. 2d Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1962ff.

Foreign Assistance Act of 1962. Hearings before the
Committee on Foreign Affairs, House of
Representatives, 87th Cong. 2d Sess., Wash.
D.C. G.P.O. 1962.

Military Procurement Authorization Fiscal Year 1963.
Hearings before the Committee on Armed
Services, U.S. Senate, 87th Cong. 2d Sess.,
Washington D.C. G.P.O. 1962.

Authorizing the President to Order Units and Members
in the Ready Reserve to Active Duty for not
more than 12 Months. Hearings before the Com-
mittee on Armed Services, U.S. Senate, 87th
Cong. 2d Sess., on S.J. Res. 224, Wash. D.C.
G.P.O. 1962.

Foreign Economic Policy. Hearings before the Sub-
committee on Foreign Economic Policy of the
Joint Economic Committee, Congress of the
United States, Washington D.C. G.P.O. 1962.

Nominations of General M.D. Taylor and General
E.G. Wheeler. Hearing before the Committee
on Armed Services, U.S. Senate, 87th Cong.
2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1962.

Hearings on Military Posture and H.R. 2440, to
Authorize Appropriations during Fiscal Year
1964 for Procurement, Research, Development,
Test, and Evaluation of Aircraft, Missiles,
and Naval Vessels for the Armed Forces, and
for Other Purposes, U.S. House of Representa-
tives, Committee on Armed Services, 88th Cong.
1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1963.

Military Aspects and Implications of Nuclear Test
Ban Proposals and Related Matters. Hearings
before the Preparedness Investigating
Subcommittee of the Committee on Armed
Services, U.S. Senate, 88th Cong. 1st Sess.,
parts 1 and 2, Wash. D.C. G.P.O. 1963.

Nuclear Test Ban Treaty. Hearings before the
Committee on Foreign Relations, U.S. Senate.,
88th Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1963.

- Administration of National Security. Hearings before the Subcommittee on National Security Staffing and Operations of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 88th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1963.
- The United States Balances of Payments. Hearings before the Joint Economic Committee, Congress of the United States, 88th Cong. 1st Sess., parts 1-3, Washington D.C. G.P.O. 1963.
- Agreement for Cooperation with NATO for Mutual Defense Purposes. Hearings before the Subcommittee on Agreements for Cooperation of the Joint Committee on Atomic Energy, Congress of the United States, 88th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1964.
- Hearings on Military Posture, Committee on Armed Services, House of Representatives, 89th Cong. 1st Sess., Washington 1965ff.
- International Agreement for Cooperation. Hearings before the Subcommittee on Agreements for Cooperation of the Joint Committee on Atomic Energy, Congress of the United States, 89th Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1965.
- To Amend Further the Arms Control and Disarmament Act. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 89th Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1965.
- Conduct of National Security Policy. Hearings before the Subcommittee on National Security and International Operations of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 89th Cong. 1st Sess., parts 1-4, Washington D.C. G.P.O. 1965.
- Worldwide Military Commitments. Hearings before the Preparedness Investigating Subcommittee of the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess. Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- United States Policy Toward Europe (And Related Matters). Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- Nonproliferation of Nuclear Weapons. Hearings before the Joint Committee on Atomic Energy, Congress of the United States, 89th Cong. 2d Sess., on S. Res. 179, Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- Atlantic Union Resolutions. Hearings before the International Organization Affairs Subcommittee of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., on S.Con. Res. 64 and S. Res. 128, Washington D.C. G.P.O. 1966.

- Supplemental Military Procurement and Construction Authorizations, Fiscal Year 1966. Hearings before the Committee on Armed Services and the Subcommittee on Department of Defense Appropriations of the Committee on Appropriations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., on S. 2791 and S. 2792, Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- Supplemental Defense Appropriations for Fiscal Year 1966. Hearings before the Committee on Appropriations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., on H.R. 13546, Washington D.C. G.P.O. 1966.
- The Atlantic Alliance. Hearings before the Subcommittee on National Security and International Operations of the Committee on Government Operations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., parts 1-7, Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- Military Airlift. Hearings before the Special Committee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 89th Cong. 1st and 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1966.
- Worldwide Military Commitments. Hearings before the Preparedness Investigating Subcommittee of the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- The Crisis in NATO. Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 89th Cong. 2nd Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- Recent Developments in East-West Relations. Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 89th Cong. 2d Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- Nominations of Nicholas de B. Katzenbach, Eugene V. Rostow, and Foy D. Kohler. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., September 27 and October 4, 1966. Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- Nominations of Robert R. Bowie and U. Alexis Johnson. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 89th Cong. 2d Sess., August 16 and 23, 1966. Wash. D.C. G.P.O. 1966.
- United States Troops in Europe. Hearings before the Combined Subcommittee of Foreign Relations and Armed Services Committees on the Subject of United States Troops in Europe, U.S. Senate, 90th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1967.

- United States Armament and Disarmament Problems. Hearings before the Subcommittee on Disarmament of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 90th Cong. 1st Sess., Wash. D.C. G.P.O. 1967.
- Conflicts Between United States Capabilities and Foreign Commitments. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 90th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1967.
- Authorization for Military Procurement, Research and Development, Fiscal Year 1969, and Reserve Strength. Hearings before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 90th Cong. 2d Sess., on 3293, Wash. D.C. G.P.O. 1968.
- Nonproliferation Treaty. Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 90th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1968.
- The Foreign Military Sales Act. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 90th Cong. 2d Sess., on H.R. 15681, Wash. D.C. G.P.O. 1968.
- Foreign Military Sales. Hearing Before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 90th Cong. 2d Sess. on S. 3092, Washington D.C. G.P.O. 1968.
- Strategy and Science: Toward a National Security Policy for the 1970's. Hearings before the Subcommittee on National Security, Policy and Scientific Developments of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1969.
- Military Implications of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. Hearings before the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 91st Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1969.
- United States Foreign Policy for the 1970's. Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1970.
- United States Relations with Europe in the Decade of the 1970's. Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 91st Cong., 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1970.

Foreign Military Sales Act Amendment: 1970, 1971.
Hearings before the Committee on Foreign Relations,
U.S. Senate, 91st Cong. 2d Sess., Washington
D.C. G.P.O. 1970.

Military Airlift. Hearings before the Special Subcommittee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1970.

United States Security Agreements and Commitments Abroad, Part 10. United States Forces in Europe. Hearings before the Subcommittee on United States Security Agreements and Commitments Abroad of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 91st Cong., Vol. II, Washington D.C. G.P.O. 1971.

The Cold War: Origins and Developments. Hearings before the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 92nd Cong., 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1971.

Hearings before the Special Subcommittee on North Atlantic Treaty Organization Commitments of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 92d Cong. 1st and 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1972.

1.22 Reports

Department of Defense, Annual Report for Fiscal Year 1961. Including the Reports of the Secretary of Defense, Secretary of the Army, Secretary of the Navy, Secretary of the Air Force, 87th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1962ff.

The United States Balance of Payments. 88th Cong. 2d Sess., Senate Report No. 965, Washington D.C. G.P.O. 1964.

Proposed Agreement for Cooperation Regarding the Exchange of Atomic Information between the Government of the United States of America and the North Atlantic Treaty Organization and Its Member Nations. 88th Cong 2d Sess., Senate Report No. 1592, Washington D.C. G.P.O. 1964.

- Report to Senator Richard B. Russell, Chairman, Armed Services Committee, Sen. J.W. Fulbright, Chairman, Foreign Relations Committee, Trip to Switzerland, Germany, France, and Great Britain, April 3 - April 14, 1966, by Senator Stuart Symington, o.O. und o.J.(1966).
- Report of Special Subcommittee Visiting American Military Installations and NATO Bases in France, by Special Subcommittee of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 89th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1966.
- Military Airlift. Report of Special Subcommittee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 89th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1966.
- Report of Special Study Mission to Europe, 1966. House of Representatives, Report No. 26, Washington D.C. G.P.O. 1967.
- Our Changing Partnership with Europe. Report of Special Study Mission to Europe, 1966. House of Representatives, Report No. 26, 90th Cong. 1st Sess., Washington D.C. G.P.O. 1967.
- United States Troops in Europe. Report of the Combined Subcommittee of the Foreign Relations and Armed Services Committees on the Subject of United States Troops in Europe to the Committee on Foreign Relations and Committee on Armed Services, U.S. Senate, 90th Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1968.
- Military Airlift. Report of Special Subcommittee on Military Airlift of the Committee on Armed Services of the House of Representatives, 91st Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1970.
- Report of Special Study Mission to Europe. By Hon. L. Farbstein, New York, Chairman, Subcommittee on Europe, Committee on Foreign Affairs, 91st Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1970.
- The American Commitment to NATO. Report of the Special Subcommittee on North Atlantic Treaty Organization Commitments of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 92nd Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1972.

1.23 Documents

United States Defense Policies Since World War II.
House Document No. 100, 85th Cong. 1st Sess.,
Washington D.C. G.P.O. 1957.

The Nature and Feasibility of War and Deterrence.
A Study Prepared by Herman Kahn, Physics
Division, The RAND Corporation, 86th Cong.
2d Sess., Washington 1960.

Strengthening Free World Security. NATO and Atlantic
Cooperation, The United Nations and World
Government, Senate Document No. 124, 96th
Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1960.

United States Foreign Policy. Compilation of Studies.
Prepared under the Direction of the Committee
on Foreign Relations, U.S. Senate, Senate
Document No 24, 87th Cong. 1st Sess.
Washington D.C. G.P.O. 1961.

- Study No. 3. Western Europe, by Foreign
Policy Research Institute, University of
Pennsylvania, October 1959
- Study No 8. Developments in Military Tech-
nology and Their Impact on United States
Strategy and Foreign Policy, by the
Washington Center of Foreign Policy
Research, The Johns Hopkins University,
December 1959.

Problems and Trends in Atlantic Partnership I. Some
Comments on the European Economic Community
and NATO, Staff Study Prepared for the Use
of the Committee on Foreign Relations, U.S.
Senate, Senate Document No. 132, 87 th Cong.
2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1962.

United States Defense Policies in 1961. Prepared
at the Request of the Honorable Melvin Price,
Member of Congress, by the Library of Congress,
Legislative Reference Service, House Document
No 502, 87th Cong. 2d Sess., Washington D.C.
G.P.O. 1962.

Problems and Trends in Atlantic Partnership II. Staff
Study Prepared for the Use of the Committee
on Foreign Relations, U.S. Senate, Senate
Document No 21, 88th Cong. 1st Sess., Washington
D.C. G.P.O. 1963.

John Fitzgerald Kennedy. A Compilation of Statements
and Speeches made during his Service in the
United States Senate and House of Representati-
ves, Senate Document No 79, 88th Cong. 2d Sess.,
Washington D.C. G.P.O. 1964.

United States Foreign Policy for the 1970's. A New Strategy for Peace, Message from the President of the United States Transmitting a Report on Foreign Relations, House Document No 91-258, 91st Cong. 2d Sess., Washington D.C. G.P.O. 1970.

1.24 Committee Prints

The European Economic Community and the United States. Subcommittee on Economic Policy of the Joint Economic Committee, Congress of the United States, 87th Cong. 1st Sess., Joint Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1961.

The United States Balance of Payments - Perspectives and Policies, Staff Materials and Other Submissions Prepared for the Use of the Joint Economic Committee, Congress of the United States, 88th Cong. 1st Sess., Joint Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1963.

The United States Balance of Payments. Statements by Economists, Bankers, and Others on the Brookings Institution Study "The United States Balance of Payments in 1968", 88th Cong. 1st Sess., Joint Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1963.

Berlin in a changing Europe. Report of Sen. Mike Mansfield, Sen. J.C. Boggs, Sen. C.Pell, Sen. B.A. Smith to the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 88th Cong. 1st Sess., Committee Print, Washington 1963.

The Crisis in NATO. Report of the Subcommittee on Europe of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 89th Cong. 2nd Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1966.

Europe Today. Report to the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, by Senator Frank Church on a Study Mission to Brussels, Paris, London, Bonn, Berlin and the Eighteen Nations Disarmament Conference at Geneva, 89th Cong. 2d Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1966.

Arms Sales and Foreign Policy. Staff Study prepared for the Use of the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 90th Cong., 1st Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1967.

The Changing Strategic Military Balance USA versus U.S.S.R. Prepared at the Request of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 90th Cong. 1st Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1967.

United States Troop Levels in Europe. Report on Staff Survey Mission to Europe, May 2-24, 1970. 91st Cong. 2d Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1970.

Documents on Germany, 1944 - 1970. Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 92d Cong. 1st Sess., Committee Print, Washington D.C. G.P.O. 1971.

1.25 Sonstige Materialien

The Stationing of United States Troops in Europe: A Background Study. The Library of Congress, Legislative Reference Service, Foreign Affairs Division, Washington D.C. G.P.O. July 1, 1967.

2. Literatur

2.1. Monographien

- Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1959 - 1963, Stuttgart 1968.
- Alexander, Thomas Ley, The Relationship between United States Foreign Policy Aims Respecting the Federal Republic of Germany and the Information Center Service USIA Support of these Objectives, The American University Ph. D. 1964.
- Arneson, Ruthann and Fowler, Don, Strategy: Military Policy of the United States, Chicago 1969.
- Aron, Raymond, Einführung in die Atomstrategie. Die atlantische Kontroverse, Köln - Berlin 1964.
- Ball, George, Disziplin der Macht. Voraussetzung für eine neue Weltordnung, Frankfurt a.M. 1968.
- Barnet, Richard Joseph und Raskin, Marcus G., Nach dem kalten Krieg - Deutschland in der Entscheidung, München 1966.
- Bauer, Kunz Dieter, Die Einfuhr von Rüstungsgütern in die Bundesrepublik. Probleme der Einfuhr von Rüstungsgütern dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, (Diss.) Köln 1964.
- Baumann, Gerhard, Die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Partner, Kornwestheim o.J. (1966).
- Baumann, Gerhard, Sicherheit. Deutsche Friedenspolitik im Bündnis, Darmstadt 1970.
- Beaton, Leonhard, The Western Alliance and the McNamara Doctrine, Adelphi Papers No. 11, London (ISS) 1964.
- Beaufre, André, Die NATO und Europa, Stuttgart 1967.
- Bertram, Christoph, Mutual Force Reductions in Europe: The Political Aspects, Adelphi Papers No. 84, London (JFSS) 1972.

- Bielfeldt, Carola u.a., Frieden in Europa? Zur Koexistenz von Rüstung und Entspannung, Frankfurt a.M. 1973.
- Bloomfield, Lincoln P. and Leiss, Amelia C., Controlling Small Wars: A Strategy for the 1970's, New York 1969.
- Bollinger, Klaus und Maretzki, Hans, USA - Globalstrategie in Europa, Berlin 1967.
- Brandt, Edward R., Confidence and Crisis in International Relations: A Case Study of West German Political Attitudes toward the United States during the Postwar Period, vols 1 + 2, Ph. D. University of Minnesota 1970.
- Brandt, Gerhard, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik. Dritte Folge der von Georg Picht herausgegebenen Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Witten und Berlin 1966.
- Brennan, Donald (Hrsg.), Strategie der Abrüstung. Achtundzwanzig Problemanalysen, Gütersloh 1962.
- Brodie, Bernard, Strategy in the Missile Age, London 1959.
- Brodie, Bernard, Escalation and the Nuclear Option, Princeton 1966.
- Brown, Neville, Nuclear War. The Impending Strategic Deadlock, New York - Washington - London 1964.
- Buchan, Alastair, NATO in the 1960's: The Implications of Interdependence. New York 1960.
- Buchan, Alastair und Windsor, Philip, Eine Strategie für Europa. Die Vorschläge für Rüstungsbeschränkung und Abrüstung 1955 - 1965, München 1968.
- Carstens, Karl und Mahncke, Dieter: Westeuropäische Verteidigungskooperation, München 1972.
- Calleo, David P., The Atlantic Fantasy: The U.S., NATO and Europe, Baltimore and London 1970.
- Chapmann II, James William, United States Bases Abroad: Technological and Political Considerations Affecting Their Value, Princeton University Ph.D. 1967.
- Cleveland, Harold van B., The Atlantic Idea and its European Rivals, New York 1966.

- Close, Richard Bernard, Nuclear Weapons and West Germany, University of Massachusetts Ph.D. 1967.
- Cromwell, William Cook, The Concept and Role of Atlantic Partnership in United States Foreign Policy; A Critical Appraisal, The American University Ph.D. 1968.
- Dormann, Manfred, Demokratische Militärpolitik. Die alliierte Militärstrategie als Thema deutscher Politik 1949 - 1968, Freiburg 1970.
- Edinger, Lewis J., West German Armament, Air University, Document Research Study, Au - 254 - 54 - RSI.
- Enthoven, Alain C. and Smith, K. Wayne, How much is enough? Shaping the Defense Program, 1961 - 1969, New York 1971.
- Forndran, Erhard, Rüstungskontrolle. Friedenssicherung zwischen Abschreckung und Abrüstung, Düsseldorf 1970.
- Fox, William T.R., NATO and the range of American choice, New York 1967.
- Freund, Gerald, Germany between Two Worlds, New York 1961.
- Fulbright, J. William, The Arrogance of Power, New York 1966.
- Gavin, James, War and Peace in the Space Age, New York 1958.
- Geyelin, Philip L., Lyndon B. Johnson and the World, ° New York - Washington 1966.
- Green, Philip, Deadly Logic. The theory of nuclear deterrence, Ohio State University Press 1966.
- Grewe, Wilhelm G., Spiel der Kräfte in der Welt-politik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, Düsseldorf - Wien 1970.
- Haftendorn, Helga, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971.
- Haftendorn, Helga, Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955 - 1972, Düsseldorf 1974.

- Halperin, Morton H., Limited War. An Essay on the Development of the Theory and an Annotated Bibliography, Center for International Affairs (Harvard) Mai 1962.
- Halperin, Morton H., Contemporary Military Strategy, Boston 1967.
- Hanrieder, Wolfram, West German Foreign Policy 1949 - 1963. International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967.
- Hanrieder, Wolfram F., Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949 - 1969, Düsseldorf 1971.
- Hilsman, Roger, To Move a Nation. The Politics of Foreign Policy in the Administration of John F. Kennedy, New York 1967.
- Huntington, Samuel Phillips, The Common Defense Strategic Programs in National Politics, New York - London 1961.
- Jackson, Henry M. (ed.), The Atlantic Alliance. Jackson Subcommittee, Hearings and Findings, New York - Washington - London 1967.
- Joffe, Josef (Bearbeiter), Europapräsenz und Europa-politik der Vereinigten Staaten. Eine Untersuchung über Motivation, Funktion und Evolution der amerikanischen Stationierungspolitik in Europa, Ebenhausen 1969.
- Kahn, Herman, On Thermonuclear War, London 1960.
- Kaufmann, William W. (ed.), Military Policy and National Security, Princeton N.J. 1956.
- Kaufmann, William W., The McNamara Strategy, New York - Evanston - London 1964.
- Kelleher, Catherine McArdle, German Nuclear Dilemmas: 1955 - 1965, Ph.D. M.I.T., Sept, 1967.
- Kissinger, Henry A., Kernwaffen und auswärtige Politik, München 1959.
- Kissinger, Henry A., The Necessity for Choice: Prospects of American Foreign Policy, New York 1962.
- Kissinger, Henry A., Was wird aus der westlichen Allianz, Wien - Düsseldorf 1965.
- Kissinger, Henry A. (ed.), Problems of National Strategy. A Book of Readings, New York 1966.

- Knorr, Klaus, NATO and the American Security, Princeton 1959.
- Kohler, Beate: Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien, Frankfurt/M. 1972.
- Kolodziej, Edward A., The Uncommon Defense and Congress, Ohio State University Press 1966.
- Korbel, Josef, Détente in Europe: Real or Imaginary? Princeton, N.J. 1972.
- Krause, Lawrence B., European Economic Integration and the United States, Washington D.C. 1968.
- Krippendorff, Ekkehart, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt am Main 1970.
- Layton, Christopher, Trans-Atlantic Investments, Boulogne-sur-Seine 1968^c.
- Legault, Albert, Deterrence and the Atlantic Alliance, Toronto 1966.
- Mahncke, Dieter, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954 - 1970, Berlin - New York 1972.
- McCloy, J.J.: The Atlantic Alliance: Its Origin and its Future, New York - London 1969.
- McGeehan, Robert, The German Rearmament Question. American Diplomacy and European Defense After World War II, Urbana - Chicago - London 1971.
- McNamara, Robert S., Die Sicherheit des Westens. Bedrohung und Abwehr, Wien - München - Zürich 1969.
- Mendershausen, Horst, Atlantica, Europa, Germania: 1966, RM - 5170 - PR, Rand-Corporation, Santa Monica 1966.
- Mendershausen, Horst, Unrest and Cohesion in the Atlantic Alliance: NATO and the German Question, RM - 4936 - PR, Rand-Corporation, Santa Monica 1966.
- Mendershausen, Horst, Troop Stationing in Germany: Value and Cost, Memorandum RM - 5881 - PR, Rand-Corporation, Santa Monica 1968.
- Morgenstern, Oskar, The Question of National Defense, New York 1959.

- Neustadt, Richard E., Alliance Politics, New York - London 1970.
- Newhouse, John et.al., U.S. Troops in Europe. Issues, Costs, and Choices, The Brookings Institution, Washington D.C. 1971.
- Osgood, Robert Endicott, Limited War. The Challenge to American Strategy, Chicago 1957.
- Osgood, Robert Endicott, NATO, the Entangling Alliance, Chicago and London 1962.
- Pagenhardt, Robert M.F. von, Toward an Atlantic Defense Community: The First Effort, 1960 - 1966, Ph. D. Stanford University 1970.
- Peeters, Paul, Massive Retaliation. The Policy and Its Critics, Chicago 1959.
- Planck, Charles R., The Changing Status of German Reunification in Western Diplomacy, 1955 - 1966, Studies in International Affairs Number 4, Baltimore 1967.
- Richardson, James L., Deutschland und die NATO. Strategie und Politik im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Köln - Opladen 1967.
- Rood, Harold W., The Possible Utility of the U.S. Overseas Base Structure, Menlo Park, Ca. (Stanford Research Institute) 1962.
- Salinger, Pierre, With Kennedy, New York 1966.
- Schelling, Thomas C., The Strategy of Conflict, Cambridge Mass. 1960.
- Schlesinger, Arthur M., Die Tausend Tage Kennedys, Bern - München - Wien 1965.
- Schick, Jack M., The Berlin Crisis 1958 - 1962, Philadelphia 1971.
- Schilling, Warner R., Fox, William R.T., Kelleher et.al., Catherine M., American Arms and a Changing Europe. Dilemmas of Deterrence and Disarmament, New York - London 1973.
- Schmidt, Helmut: Verteidigung oder Vergeltung. Stuttgart 1968
- Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969

- Schramm, Friedrich-Karl, Riggert, Wolfgang-Georg und Friedel, Alois, Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954 - 1972, Frankfurt a.M. 1972.
- Schubert, Klaus von, Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950 - 1952, Stuttgart 1970.
- Schwarz, Urs, Strategie. Die Entwicklung des politisch-militärischen Denkens in Amerika, Düsseldorf 1965.
- Senghaas, Dieter, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt 1969.
- Snyder, Glenn, Deterrence and Defense, Toward a Theory of National Security, Princeton 1961.
- Sorensen, C., Kennedy, München 1966.
- Speier, Hans, German Rearmament and Atomic War. The Views of German Military and Political Leaders, Evanston - Illinois - New York 1957.
- Stambuk, George, American Military Forces Abroad. Their Impact on the Western State System, Ohio State University Press 1963.
- Stanley, John and Pearton, Maurice, The International Trade in Arms, New York 1972.
- Stanley, Timothy und Whitt, Darnell, Entspannungsdiplomatie. Die Vereinigten Staaten und Europas Sicherheit in den siebziger Jahren, Baden-Baden 1971.
- Steel, Ronald, The End of Alliance: America and the Future of Europe, New York 1964.
- Stillman, Edmund and Wiener, Anthony J. in collaboration with Armbruster, Francis E. and Robinson, David A., European Defense. American Interests, and the Prospects for NATO, HI - 331 - IR, Harmon-on-Hudson, New York 1964.
- Stütze, Walther, Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961 - 1962, Bonn 1972.
- Tarr, D.W., American Strategy in the Nuclear Age, New York 1966.

- Taber, George M., John F. Kennedy and a Uniting Europe. The Politics of Partnership. (College of Europe) Bruges 1969.
- Taylor, Maxwell D., The Uncertain Trumpet, New York 1959.
- Thayer, George, War Business. Geschäfte mit Waffen und Krieg, Hamburg 1969.
- Triepel, Heinrich, Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten, Stuttgart 1938.
- Vandevanter, E. jr., Coordinated Weapons Production in NATO: A Study of Alliance Processes, RM - 4169 - PR, Rand-Corporation, Santa Monica 1964.
- Vilmar, Fritz, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft, Frankfurt 1969⁴.
- Westerfield, H. Bradford, The Instruments of America's Foreign Policy, New York 1965.
- von Weizsäcker, Carl Friedrich (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971.
- Wetting, Gerhard, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943 - 1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967.
- Willenz, Eric, Early Discussion Regarding a Defense Contribution in Germany (1948 - 1950), Rand-Memorandum No. 968, Santa Monica/Calif. 1952.
- Wohlstetter, Albert, On the Value of Overseas Bases, The Rand-Corporation, P-1877, Santa Monica 1960.

2.2 Aufsätze

- Adam, Robert, "Die bewaffnete Macht in der Zahlungsbilanz und im Haushalt der USA", in: Wehr und Wirtschaft, 7. Jg., No. 4, 1963, S. 130-132.
- Althaus, Peter, "Die Entwicklung der amerikanischen Militärdoktrin nach 1945", in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 19. Jg., H. 1, Januar 1969, S. 1 - 22.
- Baumann, Gerhard, "Devisenausgleich und Sicherheit", in: Wehrkunde, XVII. Jg., H. 5, Mai 1968, S. 245 - 251.
- Beaufre, André, "Vorfeld und Hinterland. Frankreich und Deutschland von der Warte der Verteidigungspolitik", in: Wehrkunde, XV. Jg., H. 3, März 1966, S. 113 - 118.
- Belli, David R. / Freidlin, Julius N., "U.S. Direct Investments Abroad in 1970", in: Survey of Current Business, Vol. 51, No. 10, Oktober 1971, S. 26 - 38.
- Bertram, Christoph, "Gegenseitige Truppenverringerung in Europa. Politische Möglichkeiten, Risiken und Chancen", in: Europa Archiv, 27. Jg., F. 2, 1972, S. 49 - 60.
- Bloomfield, Lincoln P., "Future Small Wars: Must the United States Intervene?", in: Orbis, Vol. XII, No. 3, Fall 1968, S. 669 - 684.
- Bowie, Robert R., "Tensions within the Alliance", in: Foreign Affairs, Vol. 42, No. 1, Oct. 1963, S. 49 - 69.
- von Bredow, Wilfried, "MBFR und europäische Sicherheit", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 18. Jg., H. 2, 1973, S. 120 - 131.
- Brodie, Bernard, "Gedanken zur nuklearen Strategie", in: Wehrkunde, XVII. Jg., H. 4, 1968, S. 174-177.
- Brower, Michael, "Nuclear Strategy of the Kennedy Administration", in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 18, No. 10, Oktober 1962, S. 34 - 41.
- Canby, Steven L., "NATO Muscle: More Shadow Than Substance", in: Foreign Policy, No. 8, Herbst 1972, S. 38- 49.

- Craig, Gordon A., "NATO and the New German Army", in: Kaufmann, W. (ed.): Military Policy and National Security, Princeton, N.J. 1956, S. 218 - 232.
- Craig, Gordon A., "Germany and NATO: The Rearmament Debate 1950 - 1958", in: Knorr, NATO and the American Security, S. 236 - 259.
- Crosby, Ashton H., "Nonnuclear Defense of Europe", in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 20, No. 4, April 1964, S. 28-33.
- Czempel, Ernst-Otto, "Das Jahr Europas. Interessen und Konzepte in der amerikanischen Europapolitik", in: Die neue Gesellschaft, 20. Jg., H. 3, März 1973, S. 173-179.
- Czempel, Ernst-Otto, "Entwicklungslinien der amerikanisch-europäischen Beziehungen", in: Europa Archiv, 28. Jg., F. 22, 1973, S. 781-790.
- Dettker, Dieter, "Probleme der amerikanisch-westeuropäischen Beziehungen", in: aus politik und zeitgeschichte, B 10/73, 10.3.1973, S. 3-17.
- Docker, Günter, "Die Amerikaner in Europa", in: Grosser, Dieter (Hrsg.): Konzentration ohne Kontrolle, Köln 1970, S. 83 ff.
- Douglas, R.N., "United States Anti-Proliferation Policies in the 60-s", in: Australian Outlook, Vol. 21, H. 2, August 1967, S. 179-197.
- Duckwitz, Georg-Ferdinand, "Truppenstationierung und Devisenausgleich", in: Außenpolitik, 18. Jg., H. 8, August 1967, S. 471 - 475.
- Enthoven, Alain C. and Smyth, K. Wayne, "What Forces for NATO? And from Whom?", in: Foreign Affairs, Vol. 48, No. 1, Oktober 1969, S. 80 - 96.
- Friedel, Alois, "Amerikanische Truppenpräsenz in Europa und ihr Preis", in: Wehrkunde, XIX. Jg., H. 12, 1970, S. 620 - 624.
- Friedel, Alois, "Truppenreduzierung oder Kampf um Einfluß? Mansfields 'ceterum censeo'", in: Wehrkunde, XX. Jg., H. 12, 1971, S. 625-629.
- Gallois, Pierre M., "New Teeth for NATO", in: Foreign Affairs, Vol. 35, No. 1, Oct. 1960, S. 67 - 80.
- Gouard, S., "Die Entwicklung der strategischen NATO-Doktrinen", in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, Jg. 129, H. 9, 1963, S. 515 - 520.

- Halperin, Mortin H., "Nuclear weapons and limited war"
in: The Journal of Conflict Resolution, Vol. V,
No. 2, 1961, S. 146 - 166.
- Heymont, Irving, "The NATO Nuclear Bilateral Forces",
in: Orbis, Vol. IX, No. 4, Winter 1966,
S. 1025 - 1041.
- Hoag, Malcolm W., "The Place of Limited War in NATO
Strategy", in: Knorr, NATO and American
Security, S. 98 - 126.
- Hunter, Robert E., "U.S. Defense Commitments in Europe
and Asia during the 1970's: Military and Political
Factors in Economic Policy", in: National Planning
Association (Ed.), U.S. Foreign Economic Policy
for the 1970's: A New Approach to New Realities,
Washington D.C. 1971.
- Janowitz, M., "Armed forces in Western Europe, Uniformity
and diversity", in: Arch. f. europ. Sociol.,
6/1965, S. 225 - 237.
- Joffe, Josef, "Amerikanische Präsenz und europäische
Stabilität. Zur Problematik amerikanischer
Truppenabzüge aus Europa", in: Europa Archiv,
25. Jg., H.6, 1970, S. 191-204.
- Joffe, Josef, "Germany and the Atlantic Alliance:
The Politics of Dependence, 1961-1968", in:
William C. Cromwell (ed.): Problems of Atlantic
Partnership, Brüssel 1968.
- Johnson, G. Griffith, "Western Europe and the Balance
of Payments", in: Annals of the Academy of
Political and Social Sciences, Vol. 348,
Juli 1963, S. 110 - 120.
- Kelleher, Catherine M., "The Issue of German Nuclear
Armament", in: The "Atlantic Community"
Reappraised. Proceedings of The Academy of
Political Science, Vol. XXIX, No.2, New York
1968, S. 95-107.
- Kressler, Diane A., "Germany, NATO and Europe", in:
Orbis, Vol. X, No.1, Spring 1966, S. 223-239.
- Magathan, Wallace C., Jr., "West German Defense
Policy", in: Orbis, Vol. 8, No. 2, Summer
1964, S. 292-315.
- Martin, Laurence W., "The American Decision to Rearm
Germany", in: Harald Stein (ed.), American
Civil-Military Decisions. A Book of Case
Studies, Birmingham, Alabama 1963, S. 641-665.
- McGhee, Gale, "Die amerikanische Außenpolitik. Ziel
und Begrenzung", in: Wehrkunde, XXI. Jg.,
H.4, April 1972, S. 169-172.

- McNamara, Robert Strange, "American strategy now", in: Survival, Vol. 7, No. 3, 1965, S. 98-117.
- Mendershausen, Horst, "Truppenstationierung in Deutschland - dauerhaftes Provisorium?", in: Wehrkunde, XVIII. Jg., H.11, November 1969, S. 650-663.
- Montag, Claus, "Zu einigen aktuellen Problemen der US-Truppenpräsenz in Europa", in: Deutsche Außenpolitik, 17. Jg., H.3, Mai/Juni 1972, S. 505-521.
- Moulton, Harlan B., "The McNamara General War Strategy", in: Orbis, Vol. VIII, No. 2, Summer 1964, S. 238-254.
- Nerlich, Uwe, "Die Einhegung des Nuklearkrieges. Zur politischen Bedeutung des amerikanisch-sowjetischen Grundsatzabkommens über die Verhütung von Nuklearkriegen", in: Europa Archiv, 28. Jg., F. 19, 1973, S. 669-678.
- Nerlich, Uwe, "Die Rolle beiderseitiger Truppenverminderung in der europäischen Sicherheitspolitik", in: Europa Archiv, 27. Jg., H.5, 1972, S. 161-168.
- Pfaltzgraff, Robert L. Jr., "Probleme der Sicherheit Westeuropas unter der Nixon-Doktrin", in: Europa Archiv, 26. Jg., F.18, 1971, S. 627-638.
- Ruehl, Lothar, "Beiderseitige Truppenverminderungen in Europa. Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen von MBFR-Verhandlungen", in: Europa Archiv, 28. Jg., F.10, 1973, S. 325-340.
- Schelling, Thomas, "Die Rolle Europas in der Weltstrategie der USA", in: Wehrkunde, XVI. Jg., H. 2, Februar 1967, S. 58-65.
- Schick, Jack M., "The Berlin Crisis of 1961 and U.S. Military Strategy", in: Orbis, Vol. VIII, No. 4, Winter 1965, S. 816-831.
- Schmiederer, Ursula, "Systemkonkurrenz als Strukturprinzip der internationalen Politik", in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 5/1973: Internationale Beziehungen als System, S. 309-346.
- Senghaas, Dieter, Volker Rittberger, Burkhard Lubert, "MBFR: Aufrüstung durch Rüstungskontrolle?", in: aus politik und zeitgeschichte, B 13/73, 31.3.1973, S. 27-54.

- Shepler, Cora E. / Campbell, Leonhard G., "United States Defense Expenditures Abroad", in: Survey of Current Business, Vol. 49, No. 12, Dez. 1969, S. 40 - 47.
- Speier, Hans, "Deutschlands Stellung in der amerikanischen Außenpolitik", in: Wehrkunde, XV. Jg., H. 2, Febr. 1966, S. 59 - 71.
- Tarr, David W., "The American Military Presence Abroad", in: Orbis, Vol. IX, No. 3, Fall 1965, S. 630 - 654.
- Thiel, Elke, "Truppenstationierung und Wirtschaft", in: Wehrkunde, XVII. Jg., H. 9, September 1968, S. 470 - 474.
- Thiel, Elke, "Truppenstationierung und Devisenausgleich. Vor Verhandlungen über ein neues deutsch-amerikanisches Offset-Abkommen", in: Europa Archiv, 24. Jg., F. 7, 1969, S. 221-228.
- Thiel, Elke, "Devisenausgleich und Lastenteilung im Atlantischen Bündnis", in: Europa Archiv, 26. Jg., F. 10, 1971, S. 352 - 362.
- Toinet, Marie-France, "Les troupes américaines en Europe. Le débat aux Etats-Unis", in: Défense nationale, 30. Jg., Februar 1974, S. 17 - 28.
- "United States Defense Expenditures Abroad", in: Survey of Current Business, Vol. 49, No. 12, Dezember 1969, S. 40 - 47.
- Wyle, Frederick S., "The United States and West European Security - Interests, Forces and Finances", in: Survival, Vol. 14, No. 1, Jan./Feb. 1972, S. 8 - 15.
- Yochelson, John, "The American Military Presence in Europe: Current Debate in the United States", in: Orbis, Vol. XV, Fall 1971, No. 3, S. 784 - 807.

L e b e n s l a u f

Harald H o r n

geboren am: 29. Mai 1939 in Borgholzhausen/
Krs. Halle/Westfalen

Familienstand: verheiratet, zwei Töchter

Im Jahre 1941 zogen meine Eltern, der Amtsbürgermeister Heinz H. Horn und seine Ehefrau Elfriede, geb. Jungck, mit meiner um ein Jahr jüngeren Schwester und mir nach Klerf in Luxemburg. Gegen Kriegsende kamen wir nach Darmstadt, wo ich 1946 eingeschult wurde. 1950 wechselte ich auf das Liebig-Realgymnasium in Darmstadt. 1954 wurde mein Vater Bürgermeister der Gemeinde Wabern/Bezirk Kassel. Nach dem Umzug besuchte ich die August-Vilmar-Schule in Homburg/Elze. Dort bestand ich im März 1960 die Reifeprüfung.

Nach dem Abitur wurde ich zur Bundeswehr einberufen.

Im SS 1962 begann ich das Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität in Marburg. Seit dem SS 1963 studierte ich in Marburg Politik, Englisch und Erziehungswissenschaften. Von Anfang 1967 bis Februar 1970 arbeitete ich als wissenschaftliche Hilfskraft und nach im Sommer 1968 bestandenen Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien als akademischer Tutor am Institut für wissenschaftliche Politik der Philipps-Universität in Marburg.

Seit März 1970 bis Ende Februar 1972 war ich wissenschaftlicher Angestellter der Stiftung Volkswagenwerk. Die vorliegende Promotionsschrift ist das Ergebnis meiner Arbeit in diesen beiden Jahren.

Im September 1972 begann ich meine Ausbildung als Studienreferendar. Im Juni 1973 bestand ich das Zweite Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Zur Zeit bin ich als Studienrat z.A. an der Gesamtschule in Stadt Allendorf tätig.

Veröffentlichungen: Die Berlinkrise 1958/61. Zur Funktion der Krise in der internationalen Politik, Frankfurt 1970; "Irreführende Streitkräftevergleiche", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/1973; Sicherheit in Europa. Ein Planspiel im Themenbereich "intergesellschaftliche Konflikte", Frankfurt 1973

Harald Horn

